Konsumentenkredite zwischen Geldpolitik und Konsum

Eine theoretische und empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades des
Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von
Matthias Werwigk
aus Stuttgart

1981

82 324

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548919_0011

Konsumentenkredite zwischen Geldpolitik und Konsum

Eine theoretische und empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades des
Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft
der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von
Matthias Werwigk
aus Stuttgart

1981

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Dekan: Professor Dr. rer.pol. Josef Molsberger
Erstberichterstatter: Professor Dr. rer.pol. Erich Arndt
Zweitberichterstatter: Professor Dr. rer.pol. Josef Molsberger
Tag der mündlichen Prüfung: 23. Juli 1981

G L I E D E R U N G

	Seite
KAPITEL 1	1
GRUNDLEGUNG	1
1.1. Begriff und Abgrenzung des Konsumentenkredits	1
1.2. Problemstellung und Aufbau der Arbeit	3
KAPITEL 2	7
EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DES KONSUMENTENKREDITGESCHÄFTES	7
2.1. Entwicklung und relative Bedeutung der Konsumentenkredite	7
2.2. Die Struktur des Konsumentenkreditgeschäfts	10
2.2.1. Die Kreditgeber der Konsumenten	10
2.2.2. Die Arten des Konsumentenkredits	14
2.2.3. Die Verwendungszwecke der Konsumentenkredite	18
2.2.4. Die Merkmale der kreditnehmenden Haushalte	20
2.2.5. Die Fristenstruktur der Konsumentenkredite	22
KAPITEL 3	
KONSUM UND KONSUMENTENKREDITE IM MONETÄREN WIRKUNGSZUSAMMENHANG	24
3.1. Vorbemerkungen	24
3.2. Der Kreditkostenmechanismus	25
3.3. Der Liquiditätsmechanismus	31
3.4. Die Vermögensmechanismen	36
3.4.1. Grundzüge	36
3.4.2. Die Theorie der relativen Preise und die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern	40
3.4.3. Direkte Vermögenseffekte und die Nachfrage nach nicht dauerhaften Konsumgütern	47

Seite

3.4.4. Die Theorie der relativen Preise und das Angebot an Konsumentenkrediten 52

3.5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 60

3.6. Exkurs: Möglichkeiten und Grenzen einer besonderen Konsumentenkreditpolitik 65

KAPITEL 4

KONJUNKTUR- UND WACHSTUMSPOLITISCHE ASPEKTE DES KONSUMENTENKREDITGESCHÄFTES 70

4.1. Die konjunkturelle Bedeutung des Konsums 70

4.1.1. Ältere Argumente für eine passive Rolle des Konsums 70

4.1.2. Neuere Argumente für eine aktive Rolle des Konsums 73

4.1.3. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern 76

4.1.4. Akzelerationseffekte 80

4.2. Konsumentenkredite und Konjunktur 82

4.2.1. Vorbemerkungen 82

4.2.2. Die Reaktionsweisen der kreditnehmenden Haushalte und ihr Einfluss auf die zeitliche und sachliche Veränderung des Konsums 83

4.2.3. Multiplikatorwirkungen der Konsumentenkredite 87

4.2.4. Die konjunkturpolitische Bedeutung der Konsumentenkredite 92

4.3. Konsumentenkredite und Wachstum 96

KAPITEL 5

GELDPOLITIK, KONSUMENTENKREDITE UND KONSUM AUS EMPIRISCHER SICHT 99

5.1. Fragestellungen 99

5.2. Geldpolitik und Konsumentenkredite 100

5.2.1. Indikatoren für den Kurs der Geldpolitik 100

5.2.2. Die freien Liquiditätsreserven und das Angebot an Konsumentenkrediten 105

5.2.3. Das Zinsniveau und die Nachfrage nach Konsumentenkrediten 109

Seite

5.2.4. Der Einfluss des Einkommens auf die Entwicklung der Konsumentenkredite 114

5.2.5. Die Konjunkturentwicklung und das Konsumentenkreditgeschäft 118

5.2.6. Das Konsumklima und die Entwicklung der Konsumentenkredite 121

5.2.7. Zusammenfassung der Beobachtungen 126

5.3. Geldpolitik und Konsum 129

5.3.1. Statistische Probleme 129

5.3.2. Der Einfluss der Konsumentenkredite auf die Konsumneigung 135

5.3.3. Die Entwicklung der Konsumentenkredite und der Verlauf der Konsumausgaben 137

5.3.4. Die Kreditabhängigkeit des privaten Konsums und seiner Komponenten 140

5.3.5. Konsumentenkredite und Automobilkonjunktur 147

5.3.6. Der Einfluss der Konsumentenkredite auf die Konsumstruktur 150

5.3.7. Zusammenfassung der Beobachtungen 153

KAPITEL 6

ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNISSE DER ARBEIT 154

TABELLENANHANG 156

LITERATURVERZEICHNIS 183

Inhaltsverzeichnis des Tabellenanhangs

		Seite
Tab. 1.	Kredite verschiedener Verwendungszwecke	156
Tab. 2.	Entwicklung der Kredite verschiedener Verwendungszwecke	157
Tab. 3.	Verpflichtungen der privaten Haushalte	158
Tab. 4.	Konsumentenkredite und Bevölkerung	158
	Tab. 4.1. Konsumentenkredite und Wohnbevölkerung	158
	Tab. 4.1. Konsumentenkredite und abhängige Erwerbspersonen	158
Tab. 5.	Bruttosozialprodukt und Konsumentenverschuldung	159
Tab. 6.	Entwicklung der verschiedenen Kreditarten	159
Tab. 7.	Anteil der einzelnen Kreditnehmergruppen an den Gesamtkrediten an inländische Unternehmen und Privatpersonen	159
Tab. 8.	Konsumentenkredite i.w.S. nach Kreditgebern	160
Tab. 9.	Konsumentenkredite nach Arten	160
Tab. 10.	Private Haushalte mit Kreditverpflichtungen	161
Tab. 11.	Konsumentenkredite nach Befristung	162
Tab. 12.	Freie Liquiditätsreserven der Kreditinstitute	163
Tab. 13.	Diskontsätze der Deutschen Bundesbank	164
Tab. 14.	Sollzinsen für Kontokorrentkredite (unter 1 Mio. DM)	164
Tab. 15.	Effektive Jahreszinsen für Ratenkredite	165
Tab. 16.	Konsumentenkredite (saisonbereinigt)	166
Tab. 17.	Einkommen der privaten Haushalte (saisonbereinigt)	167
Tab. 18.	Entwicklung der Haushaltseinkommen (saisonbereinigt)	168
Tab. 19.	Entwicklung des Bruttosozialproduktes (in Preisen von 1970)	169
Tab. 20.	Entwicklung des Bruttosozialproduktes (in jeweiligen Preisen)	170
Tab. 21.	Verschuldungsquoten	171
Tab. 22.	Konsumklima	172
Tab. 23.	Sparquote (saisonbereinigt)	172

		Seite
Tab. 24.	Ausgaben für den privaten Verbrauch	173
Tab. 25.	Entwicklung des privaten Verbrauchs	174
Tab. 26.	Entwicklung der Verbrauchsstruktur	175
Tab. 27.	Berechnung der neugewährten Konsumentenkredite pro Quartal	176
Tab. 28.	Kreditfinanzierungsquote für den gesamten privaten Verbrauch	177
Tab. 29.	Kreditfinanzierungsquote der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen	178
Tab. 30.	Anteil der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter an den Ausgaben für den privaten Verbrauch ausgewählter Haushalte	179
Tab. 31	Tab. 31.1. Schätzung der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter	179
	Tab. 31.2. Jährliche Kreditfinanzierungsquote der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter	179
Tab. 32.	Entwicklung der kredit- und nicht kreditfinanzierten Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen	180
Tab. 33.	Beitrag der Finanzierungskomponenten zum Wachstum der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen (Lundberg Komponenten)	181
Tab. 34.	Entwicklung des PKW-Bestandes	182

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

		Seite
Abb. 1	Entwicklung der Kredite für verschiedene Verwendungszwecke	
Abb. 2	Geldpolitische Wirkungskette zwischen monetärem Impuls und privatem Konsum	62
Abb. 3	Konsumverlauf nach Einführung des Konsumentenkredits	85
Abb. 4	Freie Liquiditätsreserven und Konsumentenkreditgeschäft	107
Abb. 5	Zinsniveau und Konsumentenkreditgeschäft	111
Abb. 6	Einkommensentwicklung und Konsumentenkreditgeschäft	116
Abb. 7	Verschuldungsquote bezogen auf die Nettolöhne und -gehälter	118
Abb. 8	Bruttosozialprodukt und Konsumentenkreditgeschäft	119
Abb. 9	Verschuldungsquote bezogen auf das Bruttosozialprodukt	119
Abb.10	Konsumklima und Konsumentenkreditgeschäft	123
Abb.11	Freie Liquiditätsreserven, Zinsniveau und Konsumklima	125
Abb.12	Konsumentenkreditgeschäft und Sparquote	136
Abb.13	Konsumentenkreditgeschäft und Konsumentwicklung	138
Abb.14	Kreditfinanzierungsquoten des Konsums	142
Abb.15	Konsumentenkreditgeschäft und Automobilkonjunktur	149
Abb.16	Konsumentenkreditgeschäft und Anteil der langlebigen Gebrauchsgüter am privaten Verbrauch	154

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

BbankG	Bundesbankgesetzt
BGBl	Bundesgesetzblatt
KWG	Kreditwesengestz
StabG	Stabilitätsgestz
TZ-Wirtschaft	Die Teilzahlungswirtschaft
WiSta	Wirtschaft und Statistik
ZfGK	Zeitschrift für das Gesamte Kreditwesen

KAPITEL 1

GRUNDLEGUNG

1.1. Begriff und Abgrenzung des Konsumentenkredits

Konsumentenkredite sind eine vorübergehende Überlassung von Zahlungsmitteln an private Haushalte zur Finanzierung des privaten Verbrauchs.[1] Im täglichen Leben begegnen sie einem unter den verschiedensten Namen und Formen wie Kleinkredit, Bardarlehen, SB-Kredit, persönliches Darlehen, Teilzahlungs- oder Ratenkredit, um nur einige wenige zu nennen.[2]

Das entscheidende Wesensmerkmal dieser Kreditkategorie ist der konsumtive Verwendungszweck. Dies entfachte eine längere wissenschaftliche Diskussion,[3] deren Ergebnis sich in Anlehnung an Keller mit folgenden Worten zusammenfassen lässt: Manches,was zunächst konsumtiv zu sein scheint oder es primär auch ist, wirkt im Endeffekt unzweifelhaft produktiv; selbst das, was dem Menschen unmittelbar zur Befriedigung seiner Bedürfnisse und dadurch zum Unterhalt seines Lebens dient, transformiert sich im Regelfall in produktiv verwendbare Arbeitskraft.[4] Aus diesem Grunde trifft das Kriterium der konsumtiven Verwendung nur insofern zu, als man darunter Ausgaben versteht, die im Sinne der volkswirtschaftlichen

---

1 Begriff in Anlehnung an Deppe (Betriebswirtschaftliche Grundlagen) S. 43

2 Vgl. Saxer (Konsumkreditgeschäft) S. 27

3 Vgl. hierzu Keller (Problem des Kreditgebers) S. 41, Wagner (Konsumkredit in volkswirtschaftlicher Sicht) S. 107 ff., Nöll von der Nahmer (Teilzahlungskredit) S. 13 f., Schimanski (Theorie) S. 17 ff., Weissensee (Kreditkarte) S. 13. Im Hintergrund dieser Diskussion stand die Vorstellung, dass rein konsumtiv verwendete Kredite moralisch verwerflich und der Volkswirtschaft abträglich seien.

4 Keller (Problem des Kreditgebers) S. 41

Gesamtrechnung zum privaten Konsum zählen.

Eine andere Abgrenzung wählt die Deutsche Bundesbank. In ihrer Kreditnehmerstatistik unterscheidet sie zwischen Unternehmen einschliesslich Selbständigen, wirtschaftlich unselbständigen Privatpersonen sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter. Dabei werden alle Kredite an unselbständige Privatpersonen, soweit sie nicht mit dem Wohnungsbau zusammenhängen, als Konsumentenkredite angesehen.[1] Diese Definition befriedigt allenfalls unter erhebungstechnischen Gesichtspunkten, da auch Selbständige und Landwirte in oft überdurchschnittlichem Ausmass Kredite zu Konsumzwecken aufnehmen.[2] Nicht erfasst werden gleichfalls die von Nichtbanken gewährten Kredite zur Konsumfinanzierung.

Darüberhinaus verwendet die Kreditwirtschaft den Begriff Privatkredite oder Konsumentenkredite im weiteren Sinn. Er umfasst die Konsumentenkredite nach der Definition der Deutschen Bundesbank sowie die nicht hypothekarisch gesicherten Kredite für den Wohnungsbau.[3]

---

1 Deutsche Bundesbank (Private Kreditnehmer) S. 35: Kredite für den Wohnungsbau rechnen in Anlehnung an die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung insgesamt zu den Krediten an den Unternehmenssektor, obgleich viele Kreditnehmer hier gemäss dem Schwerpunkt ihrer Erwerbstätigkeit den wirtschaftlich unselbständigen Privatpersonen zuzurechnen wären (Ebenda, S. 30).

2 Vgl. Tab. 10 im Anhang.

3 Vgl. Deutscher Sparkassen- und Giroverband (Jahresbericht 1976) S. 39 f.

1.2. Problemstellung und Aufbau der Arbeit

Der Wiederaufbau der Teilzahlungswirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg entfachte in der Bundesrepublik Deutschland eine lebhafte Diskussion über die Vor- und Nachteile der Konsumentenkredite. An ihr beteiligten sich namhafte Autoren.[1] Röpke sah in der Ausbreitung des Kreditkaufs grosse Gefahren für den einzelnen Verbraucher und die gesamte Wirtschaftsordnung.[2] Nöll von der Nahmer betonte dagegen die Vorteile der Teilzahlungsfinanzierung für die Lieferanten wie auch für die Kreditnehmer.[3] Kritisch beurteilte Lutz den Konsumentenkredit unter konjunkturellen Gesichtspunkten.[4] Meyer hingegen vermochte in dieser Kreditform keine besonderen Probleme für den Wirtschaftsablauf zu erkennen.[5] Schimanski legte schliesslich eine Theorie des Konsumentenkredites vor, die unter modellmässigen Annahmen den Einfluss der Konsumentenkredite auf den privaten Verbrauch und die Investitionen zu erklären versucht.[6]

Gleichwohl war und blieb die Konsumentenverschuldung in der damaligen Zeit nahezu bedeutungslos, so dass das wissenschaftliche Interesse an den damit verbundenen Fragen alsbald erlosch.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse auf diesem Kreditmarkt grundlegend gewandelt. Zum einen gaben die Konsumenten ihre Zurückhaltung gegenüber einer Verschuldung weitgehend auf. Die von Röpke befürchteten negativen Folgen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich traten, nebenbei bemerkt, nicht auf. Zum anderen haben die Geschäftsbanken die privaten

---

1 Ein prägnanter Überblick über diese Diskussion findet sich bei Egner (Haushalt) S.194 ff.

2 Röpke (Borgkauf) S. 9 ff.

3 Nöll von der Nahmer (Teilzahlungskredit) S. 17 ff.

4 Lutz (Konsumentenkredit) S. 79 ff.

5 Meyer (Problematik der Konsumfinanzierung) S. 12 ff.

6 Schimanski (Theorie) S. 59 ff.

Haushalte als neue und attraktive Kreditnehmer entdeckt und ihre Geschäftspolitik entsprechend umorientiert.[1] Demzufolge wurden diese Kredite ein übliches und weitverbreitetes Instrument der Konsumfinanzierung. Ein deutlicher Beleg dafür ist die nicht zu übersehende Werbung für Verbraucherkredite seitens der Kreditinstitute.

Aufgrund dieser jüngeren Entwicklung erscheint eine neuerliche Betrachtung des Konsumentenkreditgeschäftes und eine Diskussion seiner gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sinnvoll und notwendig.

Nachhaltige und langfristige Veränderungen in der Struktur der gesamtwirtschaftlichen Kreditbeziehungen haben aber auch Folgen für den Gestaltungsspielraum der Geldpolitik.[2] Sie können die Effizienz der Geldpolitik entweder vermindern oder aber erhöhen. Welche Einflüsse hierbei von den anwachsenden Konsumentenkrediten ausgehen, ist eine weitgehend offene Frage.

In den älteren Arbeiten wird dieses Problem nur am Rande gestreift. Ihnen zufolge hat die Notenbank weder einen Einfluss auf das Angebot an Konsumentenkrediten[3] noch auf die Kreditbedingungen[4], vielmehr sehen sie in dem Einkommen der Verbraucher und der Entwicklung des Konsums die zentralen Bestimmungsfaktoren der Kreditnachfrage. Diese Ansicht wird durch einen prozyklischen Verlauf des damaligen Konsumentenkreditgeschäftes gestützt.[5] Ob dies auch heute noch zutrifft, ist zu prüfen.

Falls sich diese Verhältnisse jedoch gewandelt haben sollten, würde der Handlungsspielraum der Geldpolitik erheblich

---

1 Commerzbank (Privater Kunde) S. 24 ff.
2 Vgl. Pohl (Transmissionsmechanismen) S. 1
3 Vgl. dazu beispielsweise Timmermann (Regulierung) S. 16
4 Arndt (Ziele und Wege) S. 109
5 Lutz (Konsumentenkredit) S. 87 ff.
Haberler (Consumer Instalment Credit) S. 158

erweitert. Die Notenbank gewänne über diesen Weg einen direkten Einfluss auf den privaten Konsum, der nach den bislang gültigen Vorstellungen lediglich indirekt über den Einkommenseffekt der Investitionen von geldpolitischen Massnahmen tangiert wird. Dadurch würden sich die Erfolgsaussichten einer monetären Konjunkturpolitik ohne Zweifel verbessern. Dies gilt einmal im Hinblick auf das für die Geldpolitik bedeutsame Ziel der Preisniveaustabilität[1], welches gemeinhin an den Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte gemessen wird[2], die ihrerseits unmittelbar von der Höhe und Entwicklung der Konsumnachfrage abhängig sind. Darüberhinaus könnten der Zentralbank über denkbare Impulse auf den privaten Verbrauch neue Chancen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuwachsen.[3] Auf diesem Feld ist die herkömmliche Geldpolitik bislang im Hintertreffen, da die gewerblichen Investitionen eher nachfrage- als zinsabhängig sind. Durch eine Anregung des Konsums würden auch diese belebt.

Mit diesen einführenden Überlegungen ist die Problemstellung der vorliegenden Arbeit im wesentlichen umrissen.

Antworten auf die angeschnittenen Fragen können erstens anhand theoretischer Überlegungen und zweitens aufgrund empirischer Beobachtungen gegeben werden. Obwohl beide Vorgehensweisen einander ergänzen, ist dadurch dennoch eine gewisse Zweiteilung der Arbeit vorgegeben und zweckmässig. Im theoretischen Teil werden zunächst die verschiedenen geldtheoretischen Transmissionskonzepte bezüglich ihrer Aussagen über Konsumentenkredite und Konsum überprüft und gegebenenfalls erweitert. Im nächsten Schritt werden der Einfluss der

---

1 In der Bundesrepublik Deutschland obliegt es der Deutschen Bundesbank als Trägerin der Geldpolitik nach § 3 BbankG die Währung zu sichern

2 Vgl. Giersch (Konjunktur- und Wachstumspolitik) S. 74

3 Nach § 12 BbankG ist die Bundesbank verplichtet, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen, deren Ziele sind durch § 1 StabG vorgegeben.

Konsumentenkredite auf den Konsum und dessen konjunktur- und wachstumspolitische Folgen näher analysiert. Im Rahmen der empirischen Untersuchungen wird die Entwicklung des Konsumentenkreditgeschäftes mit dem Kurs der Geldpolitik, dem Konjunkturverlauf und den Veränderungen der privaten Verbrauchsausgaben verglichen. Als Basis und Einstieg für die theoretische wie auch empirische Analyse dient der nachfolgende, geraffte Überblick über die Entwicklung und Struktur des Konsumentenkreditgeschäftes in der jüngeren Zeit.

Die theoretischen und empirischen Aussagen beziehen sich, soweit nichts Gegenteiliges vermerkt wird, ausschliesslich auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Beschränkung ist notwendig, da die relative Bedeutung der Konsumentenkredite, die institutionellen Gegebenheiten der Geldpolitik, wie auch die gesetzlichen Vorschriften zum Konsumentenkreditgeschäft von Land zu Land unterschiedlich sind.

KAPITEL 2

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DES KONSUMENTENKREDITGESCHÄFTES

2.1. Entwicklung und relative Bedeutung der Konsumentenkredite

Infolge der unvollkommenen Bankenstatistik kann die Entwicklung der Konsumentenkredite in der Bundesrepublik Deutschland nicht über den gesamten Nachkriegszeitraum beobachtet werden. Die heute noch gültigen Zeitreihen beginnen im Jahre 1968.[1] Aufgrund der damals erfolgten Neuabgrenzung der Konsumentenkredite sind diese Zahlen nur bedingt mit den Angaben aus der davor liegenden Zeit vergleichbar.[2] Dennoch wird erkennbar, dass der eigentliche Aufschwung des Konsumentenkreditgeschäftes hierzulande erst mit dem Beginn der siebziger Jahre eingesetzt hat. In Anbetracht dessen wiegen die statistischen Mängel nicht allzu schwer.

Die erste Betrachtung kann sich auf die bankmässige Konsumentenkreditgewährung beschränken. Die Verpflichtungen der privaten Haushalte gegenüber anderen Kreditgebern sind vergleichsweise gering. Ihr Anteil an der gesamten Konsumentenverschuldung lag 1970 bei 16% und ging seitdem um die Hälfte zurück.[3]

Der Gesamtbetrag aller bei Kreditinstituten ausstehenden Konsumentenkredite belief sich im Dezember 1968 auf

---

1 Eine Zusammenstellung wichtiger statistischer Daten zum Konsumentenkreditgeschäft der früheren Jahre findet sich bei Ellgering (Allzweckkreditprogramm) S. 15 ff., Deutsche Bundesbank (Entwicklung) S. 16 ff.

2 Die frühere Konsumentenkreditstatistik enthielt nur die kürzerfristigen Bankkredite, die ausdrücklich der Konsumfinanzierung dienten. Ab 1968 werden alle Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen erfasst (mit Ausnahme der Hypothekenkredite). Deutsche Bundesbank (Private Kreditnehmer) S. 35

3 Vgl. Tab. 3 im Anhang

21,4 Mrd.DM. Bis Mitte 1980 wuchs dieses Volumen an auf 121,4 Mrd.DM.[1] Innerhalb von zwölf Jahren haben sich die Konsumentenkredite demnach mehr als verfünffacht.

In ähnlicher Weise entwickelte sich der Kreditbetrag pro Kopf der Bevölkerung. In der Bundesrepublik Deutschland lag er 1980 bei 1 582 DM gegenüber 353 DM im Jahre 1968.[2] In den Jahren 1966 und 1964 lagen die entsprechenden Beträge erst bei 150 bzw. 125 DM.[3] Freilich dürften die beiden letztgenannten Grössen aufgrund der alten Abgrenzung um einiges zu niedrig angesetzt sein. Auch wenn man dieses berücksichtigt, wird deutlich, dass sich das Wachstum der Konsumentenverschuldung erst nach 1968 beschleunigte.

Es entspricht sicherlich mehr der Realität, wenn das ausstehende Kreditvolumen allein auf die abhängigen Erwerbspersonen umgelegt wird. Dieser Personenkreis ist weitgehend identisch mit den Schuldnern der statistisch ausgewiesenen Konsumentenkredite. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung dieser Gruppe stieg von 1 000 DM Ende 1968 auf 4 278 DM Ende 1980.[4] Damit wird in etwa das relative Gewicht der Konsumentenverschuldung für einen deutschen Durchschnittshaushalt sichtbar.

Eine genauere Betrachtung dieser beiden Messziffern im Zeitablauf zeigt, dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung nicht gleichmässig entwickelte. So war der absolute Zuwachs 1970 bei beiden Grössen relativ niedrig. 1974 blieb er sogar ganz aus. Da die Wohnbevölkerung wie auch die Zahl der Erwerbspersonen über den gesamten Beobachtungszeitraum nur in engen Grenzen schwankte, dürfte die prozentuale Veränderung der Pro-Kopf-Verschuldung nicht wesentlich von den Wachstumsraten des gesamten Konsumentenkreditvolumens abweichen.[5]

Die Zunahme der Konsumentenverschuldung relativiert sich indessen durch gleichzeitige Lohn- und Preissteigerungen sowie

1 Vgl. Tab.1 im Anhang
2 Vgl. Tab.4 im Anhang
3 Deutsche Bundesbank (Entwicklung) S. 15
4 Vgl. Tab.4 im Anhang
5 Vgl. dazu Tab.2 im Anhang

Fortschritte in der Arbeitsproduktivität. Gewisse Anhaltspunkte für das reale Wachstum der Konsumentenkredite erhält man, wenn das Kreditvolumen auf das Bruttosozialprodukt zu jeweiligen Preisen bezogen wird. Zwischen 1968 und 1980 erhöhte sich diese Relation von 4 % auf 8,2 %.[1] Die Entwicklung dieser Kennziffer unterlag gleichfalls erheblichen Schwankungen, teilweise sogar Rückgängen. Dies ist ein erster Hinweis auf den unterschiedlichen Verlauf von Konsumentenkreditgeschäft und Konjunktur.

Schliesslich ist die Frage von Interesse, wie sich die Konsumentenkredite im Vergleich zu den Krediten anderer Verwendungszwecke entwickelt haben. Ausgehend vom gemeinsamen Basisjahr 1968 wuchsen die Konsumentenkredite bis 1979 auf 538 % des damaligen Umfangs (Vgl. Abb.1).

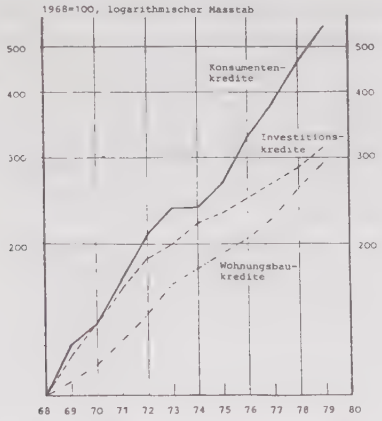


Abb.1: Entwicklung der Kredite für verschiedene Verwendungszwecke

Deutlich niedriger blieben die Zunahmen der beiden anderen Kreditkategorien. Die Kredite an Selbständige und Unternehmen wuchsen im selben Zeitraum auf 312 %, die Kredite für den Wohnungsbau hingegen lediglich auf 287,6 % des Ausgangswertes.[2]

1 Vgl. Tab.5 im Anhang
2 Vgl. Tab.6 im Anhang

Trotz dieser stürmischen Entwicklung hält sich die Bedeutung der Konsumentenkredite weiterhin in Grenzen. Ihr Anteil an den Gesamtausleihungen der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen erhöhte sich zwischen 1968 und 1979 von 6,6 % auf 11,25 %, im wesentlichen zu Lasten der Wohnungsbaukredite.[1] Diese Gewichte verschieben sich noch etwas zugunsten der Konsumentenkredite, wenn in Betracht gezogen wird, dass auch Selbständige und Unternehmenshaushalte Kredite zu Konsumzwecken aufnehmen, die aus erhebungstechnischen Gründen jedoch bei den Investitionskrediten ausgewiesen werden.

Die vorangegangenen Beobachtungen lassen ein bislang ungebremstes Wachstum im Konsumentenkreditgeschäft erkennen. Diese Entwicklung dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen, da dieses Kreditmarktpotential offensichtlich noch nicht voll ausgeschöpft ist[2], wie ein vergleichender Blick auf das amerikanische Konsumentenkreditgeschäft zeigt. Die dortige Pro-Kopf-Verschuldung, wie auch das Verhältnis der Konsumentenkredite zum Bruttosozialprodukt waren in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland.[3] Die Abstände scheinen sich allerdings in der letzten Zeit verringert zu haben.

2.2. Die Struktur des Konsumentenkreditgeschäftes

2.2.1. Die Kreditgeber der Konsumenten

Der Kreis der verschiedenen Kreditgeber der privaten Haushalte umfasst:

- Nichtbanken
- Spezialbanken
- Universalbanken.

---

1 Vgl. dazu Tab. 7 im Anhang

2 Vgl. Hamm (Entwicklung) S. 8

3 Vgl. Deutsche Bundesbank (Private Kreditnehmer) S. 35, Leitermann/Schulz (Neue Akzente) S. 35, Küppers (Konsumentenkredit) S. 8, Saxer (Konsumkreditgeschäft) S. 37 und S. 48

Ihre jeweilige Bedeutung bei der Kreditgewährung an private Haushalte hat sich im Laufe der Zeit erheblich verschoben.

Zwischen Konsumenten und Nichtbanken bestehen Kreditbeziehungen der unterschiedlichsten Art. Sie umfassen Gehaltsvorschüsse oder Anschaffungsdarlehen der Arbeitgeber an ihre Mitarbeiter, Darlehen von Versicherungen sowie Kredite des Handels und der Produzenten an die Verbraucher.[1] Als weitere Kreditgeber sind Kreditkartenunternehmen[2] und öffentliche Stellen[3] zu nennen.

Ursprünglich hatte der Handel die Kreditkäufe der Verbraucher gänzlich aus eigenen Mitteln finanziert. Ab Mitte der zwanziger Jahre ging er jedoch verstärkt dazu über, die Teilzahlungswünsche seiner Kunden unter Einschaltung spezieller Kreditinstitute zu befriedigen.[4] Infolge dieser Entwicklung zogen sich die Nichtbanken von der Kreditgewährung an private Haushalte weitgehend zurück.[5]

Teilzahlungsbanken sind Spezialkreditinstitute, die sich ausschliesslich der Absatzfinanzierung widmen[6]. Sie verzichten auf die Entgegennahme von Giroeinlagen und die Führung von Kontokorrent- oder Sparkonten.[7] Oft wurden sie unter massgeblicher Beteiligung von Händlern und Produzenten ins Leben gerufen.[8] Einzelne Versandhäuser, Kaufhauskonzerne und Automobilunternehmen haben zur Absatzförderung eigene Finanzierungsinstitute gegründet.[9] Teilweise handelt es sich

---

1 Vgl. Lutz (Konsumentenkredit) S.11 f., Schimanski (Theorie) S.22 ff.

2 Vgl. Weissensee (Kreditkarte) S.25 f.

3 Beispielsweise Darlehen zur Ausbildungsförderung

4 Vgl. Nieschlag (Warenkredit) S.7 ff.

5 Vgl. Tab.3 im Anhang

6 Lutz (Konsumentenkredit) S.14

7 Jaeger (Sekundäre Finanzierungsinstitute) S.29

8 Vgl. Hagenmüller-Diepen (Bankbetrieb) S.106 f.

9 Vgl. Schimanski (Theorie) S.27

bei den Teilzahlungsinstituten aber auch um Tochtergesellschaften anderer Banken, die auf diesem Wege eine Ausweitung ihres Geschäftsbereiches anstreben.[1]

Infolge ihrer besonderen Geschäftsstruktur sind Teilzahlungsbanken auf die Refinanzierungshilfe anderer Geldinstitute angewiesen. Weitgehend versperrt ist ihnen auch der Zugang zum Notenbankkredit, da ihnen aus der Konsumfinanzierung kein rediskontfähiges Wechselmaterial zufliesst.[2] Überdies sind sie aufgrund des fehlenden Depositengeschäftes nur indirekt in den Geldschöpfungsprozess des Bankensektors involviert.[3]

Die aus diesen Besonderheiten resultiernden Probleme des notenbankpolitischen Einflusses auf die Kreditvergabe an private Haushalte können heutzutage vernachlässigt werden.[4] Die einstmals grosse Bedeutung der Teilzahlungsinstitute bei der bankmässig gewährten Konsumfinanzierung ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. 1958 belief sich ihr Anteil an den Teilzahlungsfinanzierungen aller Kreditinstitute auf 60%.[5] Mitte der siebziger Jahre lag ihr Marktanteil bei den Konsumentenkrediten i.w.S. bei nur noch 10-12% und geht seitdem weiter zurück.

---

1 Feldbausch (Lexikon) S. 385 f.

2 Vgl. Jaeger (Sekundäre Finanzierungsinstitute) S. 31 f.

3 Vgl. Seidel (Geldschöpfung) S. 22 ff.

4 Vgl. dazu Jaeger (Sekundäre Finanzierungsinstitute) S.177 ff.

5 Vgl. Koch (Teilzahlungswirtschaft) S. 328, Krug (Vergangenheit und Gegenwart) S. 13, Giesen (Entwicklung) S.13; diese Werte sind aufgrund der Umstellung der Bankenstatistik jedoch nur begrenzt mit den neueren Angaben vergleichbar.

6 Vgl. Tab.8 im Anhang
Konsumentenkredit im weiteren Sinne enthalten zusätzlich diejenigen Kredite für den Wohnungsbau, die nicht zu den Realkrediten zählen.

Zudem haben mehrere einstmals reine Teilzahlungsinstitute ihr Tätigkeitsfeld auf weitere banktypische Geschäfte ausgedehnt[1] und sich zu Spezialbanken der privaten Haushalte fortentwickelt. Anlass dafür war der zunehmende Wettbewerb auch am Markt für Konsumentenkredite infolge der gewandelten Geschäftspolitik der Universalbanken.

Zu den Universalbanken, die heute im Konsumentenkreditgeschäft dominieren, gehören im wesentlichen

- Sparkassen
- Kreditgenossenschaften sowie
- Gross- und Regionalbanken.

Die privaten Haushalte waren für diese Kreditinstitute lange Zeit ausschliesslich als Einleger und Sparer interessant. Diese Einstellung änderte sich erst Ende der fünfziger Jahre, nachdem erkannt worden war, dass mit dem Anstieg der Löhne und Gehälter die wirtschaftlich Unselbständigen kreditwürdig geworden waren.

Neben den Sparkassen, die sich seit ihrer Gründung als Hausbank des kleinen Mannes verstanden und sich bereits seit 1950 in das Teilzahlungsgeschäft einschalteten[2], begannen nun auch die Gross- und Regionalbanken sowie die Genossenschaftsinstitute Konsumentenkredite in ihre Angebotspalette mit aufzunehmen.

Diese Entwicklung wurde durch das Vordringen bankspezifischer "Marketingphilosophien" beschleunigt. Derartige Konzeptionen umfassen im wesentlichen eine kundenorientierte Geschäftspolitik, intensive Marktforschung, den Einsatz absatzpolitischer Instrumente und eine zielgruppenbezogene Bankorganisation.[3] Die neuen Marketingmethoden ermöglichten es den Banken, den bis dahin nur in Teilbereichen erschlossenen Markt der Normalhaushalte nachhaltig zu durchdringen.[4]

---

1 Insbesondere Depositengeschäft und Zahlungsverkehr

2 Ellgering (Allzweckkreditprogramm) S. 9

3 Vgl. dazu Tietze (Marketing im Kreditgewerbe) S. 81 ff., Penzkofer (Marketing und Bankorganisation) S. 126 ff., Slevogt (Marketing für das Bankgeschäft) S. 9 ff.

4 Slevogt (Marketing für das Bankgeschäft) S. 20

Darüberhinaus wurden verschiedene institutionelle Regelungen im Kreditwesen aufgehoben, die einer aktiven Marktpolitik im Wege standen. Die 1958 erfolgte Abschaffung der Bedürfnisprüfung bei der Errichtung neuer Zweigstellen löste eine erhebliche Geschäftsstellenexpansion aus. Die Aufhebung des Wettbewerbsabkommens im Jahre 1966 war der Startschuss für eine intensive und breitgestreute Bankenwerbung und Öffentlichkeitsarbeit der Kreditinstitute. Die Zinsliberalisierung von 1967 gab den Banken schliesslich das Mittel der Preispolitik in die Hand.[1] Diese veränderten Rahmenbedingungen erleichterten den Universalbanken die enorme Ausweitung des Konsumentenkreditgeschäftes.

Die Marktanteile der einzelnen Bankengruppen am Konsumentenkreditgeschäft i.w.S. haben sich seit dem Ende der sechziger Jahre nicht mehr wesentlich verändert. An den Ausleihungen an private Haushalte waren die Kreditbanken mit durchschnittlich gut 30 % beteiligt. Die Sparkassen lagen regelmässig etwas darüber. Allein die Kreditgenossenschaften konnten ihren Marktanteil von 20,8 % im Jahre 1969 auf knapp 26 % Ende der siebziger Jahre erhöhen.[2]

2.2.2. Die Arten des Konsumentenkredites

In Anlehnung an die Struktur der Kreditgeber können folgende Grundformen des Konsumentenkredites beobachtet werden:

- Warenkredite des Handels,
- bankmässig organisierte Warenkredite,
- Barkredite der Kreditinstitute.

Ein Warenkredit liegt vor, wenn die Kreditgewährung im Rahmen eines Güterkaufs und unter massgeblicher Beteiligung des Händlers erfolgt. Barkredite hingegen sind nicht objektgebunden; über sie kann der Kreditnehmer frei verfügen.

---

1 Köppen (Bankmarketing) S. 93

2 Vgl. Tab. 8 im Anhang

Über diese beiden Grundtypen hinaus sind mannigfaltige Variationen in der Ausgestaltung der einzelnen Kredite zu beobachten. Sie betreffen die Usancen der Kreditgewährung, die Kredithöhe, die Laufzeit, die Besicherung sowie den Rückzahlungsmodus.[1]

Die aus eigenen Mitteln finanzierten Warenkredite des Handels werden in der Regel in Form der vertraglich fixierten Teilzahlung und des offenen Buchkredits gewährt.

Letztere beruhen darauf, dass die Käufer nicht bar sondern nach Erhalt der Rechnung bezahlen. In der Regel werden die Aussenstände innerhalb eines Monats beglichen. Gelegentlich kommen auch Kaufpreisstundungen über mehrere Monate vor. Eng verwandt mit diesen offenen Buchkrediten sind die neu aufkommenden Kreditkarten. Die damit getätigten Käufe werden dem Karteninhaber meistens einmal im Monat in Rechnung gestellt. Diese kurzfristigen Kreditbeziehungen, mittels derer der weitaus grösste Teil aller Kreditverkäufe abgewickelt wird, dienen primär der Erleichterung des Zahlungsverkehrs und sind aus diesem Grunde nicht zu den Konsumentenkrediten im eigentlichen Sinne zu zählen.[2]

Teilzahlungskredite, die in eigener Regie der Einzelhandelsbetriebe abgewickelt werden, spielen in einigen Branchen nach wie vor eine gewisse Rolle. Ihr Anteil am Gesamtabsatz betrug im Jahre 1977 beim

- Möbeleinzelhandel 4,7 %
- Handel mit Haushaltstechnik 13,4 %
- Radio- und Fernseheinzelhandel 5,7 %
- Musikfachhandel 6,9 %

Da die auf den Absatz bezogenen Aussenstände dieser Sparten am Ende des gleichen Geschäftsjahres bei durchweg 5 % lagen und darin noch die in beträchtlichem Ausmass gewähr-

---

1 Vgl. Wittgen (Kreditverkehr) S.18 ff.

2 Vgl. Weissensee (Kreditkarte) S.179

3 Berechnet nach Angaben des Instituts für Handelsforschung (Mitteilungen) S.131

ten Buchkredite enthalten sind, dürften bei den Teilzahlungskäufen die Anzahlungen hoch, die Zahlen der Raten gering und die Laufzeit auf nur wenige Monate beschränkt sein. Als Sicherung behält sich der Händler in der Regel das Eigentum am Kaufgegenstand vor.

Der bankmässig organisierte Warenkredit wird im wesentlichen von der Teilzahlungswirtschaft abgewickelt. Typisch ist die indirekte Kundenfinanzierung (B- und C-Geschäft). Die Kreditgewährung vollzieht sich unter Vermittlung und Mithaftung des Verkäufers. In der Regel zahlt der Käufer einen Teil des Kaufpreises an und schliesst über den Rest der Kaufsumme einen Kreditvertrag. Die Rückzahlung erfolgt in mehreren gleich hohen Raten, die im Rahmen des C-Geschäftes auf Wechselbasis abgewickelt werden.[1] Die nicht objektgebundene, direkte Kundenfinanzierung in Form des Anweisungs- und Schecksystems (A-Geschäft) wurde von den Teilzahlungsinstituten zugunsten der Barauszahlung aufgegeben.[2]

Diese bankmässig gewährten Barkredite erfreuten sich bei den Konsumenten zunehmender Beliebtheit, weil diese bei ihren (Kredit-)Käufen das Geschäft und den Händler völlig frei wählen und als Barzahler auftreten konnten.[3] Die grösste Bedeutung kommt dabei den Ratenkrediten zu. Diese Darlehen haben weitgehend standardisierte Konditionen und erlauben eine dementsprechend schnelle Bearbeitung und Abwicklung.[4] Unter den verschiedensten Namen und mit meist nur geringfügigen Unterschieden werden sie heute von allen im Konsumentenkreditgeschäft tätigen Instituten angeboten.

---

1 Vgl. Koch (Teilzahlungswirtschaft) S.328, Wittgen (Kreditverkehr) S.140 f., Feldbausch (Lexikon) S.387

2 Vgl. Hagenmüller-Diepen (Bankbetrieb) S.109, Wittgen (Kreditverkehr) S.140, Giesen(Entwicklung) S.4, Krug (Vergangenheit und Gegenwart) S.13

3 Krug (Vergangenheit und Gegenwart) S.13

4 Wittgen (Kreditverkehr) S.139

Folgende Varianten des Ratenkredites sind üblich:[1]

- Kleinkredit mit einer Höhe von gegenwärtig bis zu 6000.- DM und einer Laufzeit mit maximal 47 Monaten. Die Sicherung geschieht durch Abtretung der Lohn- und Gehaltsansprüche und gegebenenfalls durch Mithaftung des Ehegatten.[2]
- Anschaffungsdarlehen richten sich in ihrer Höhe nach dem zu finanzierenden Objekt und werden mittel- bis langfristig zur Verfügung gestellt. Die Sicherung erfolgt wie beim Kleinkredit zuzüglich einer Sicherungsübereignung des Kaufgegenstandes oder einer Verpfändung sonstiger Vermögensobjekte.[3]
- Anschaffungshypotheken liegen in ihrem Umfang oberhalb der Anschaffungsdarlehen und werden langfristig gewährt. Sie werden durch Grundpfandrechte abgesichert.

Diese modernen Barkredite zuzüglich der älteren Teilzahlungskredite werden in der Statistik unter den Ratenkrediten zusammengefasst. Sie tragen den Hauptteil des Konsumentenkreditgeschäftes. Ende der sechziger Jahre entfielen auf sie 80 % der Konsumentenschulden. Ihr heutiger Anteil ist nach einem zwischenzeitlichen Rückgang auf 71 % wieder auf 78 % gestiegen.[5] Mit der Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wurde das Kreditangebot an die privaten Haushalte noch um die Überziehungsmöglichkeit auf Lohn- und Gehaltskonten, den sogenannten Dispositionskrediten, erweitert. Bei einmal eingeräumten Kreditlinien steht die Inanspruchnahme dieser Mittel allein im Belieben des Kreditkunden. Die Obergrenze dieser Kontokorrentkredite liegt meistens beim ein- bis dreifachen der regelmässigen Monatsgutschriften. Feste Rückzahlungsbedingungen werden nicht vereinbart.[6]

---

1 Ellgering (Allzweckkreditprogramm) S. 32 ff.

2 Vgl. Jährig/Schuck (Handbuch) S. 119

3 Vgl. Jährig/Schuck (Handbuch) S. 119 f.
Ellgering (Allzweckkreditprogramm) S. 37 ff.

4 Krämer (Kreditprogramm) S. 387

5 Vgl. Tab. 9 im Anhang

6 Vgl. Ellgering (Allzeckkreditprogramm) S. 29 ff.

Sein Anteil an der bankmässigen Konsumentenverschuldung, der 1968 noch bei knapp 6 % lag, stieg bis 1977 auf 13,8 %.[1] Ein weiteres Vordringen des Dispositionskredites, insbesondere zu Lasten der Ratenkredite, ist nicht zu vermuten, da er sich von der Höhe des Einzelbetrages her nicht für grössere Finanzierungsvorhaben eignet.

2.2.3. Die Verwendungszwecke der Konsumentenkredite

Mit dem Vordringen der nicht zweckgebundenen Barkredite ist es den Banken unmöglich geworden, genaue Angaben über die jeweilige Verwendung ihrer hinausgelegten Konsumentenkredite zu machen.[2] Die letzten, einigermassen verlässlichen Informationen hierüber entstammen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die das Statistische Bundesamt im Jahre 1973 durchgeführt hat. Mit den in diesem Jahr aufgenommenen Konsumentenkrediten wurden folgende Ausgaben ganz oder teilweise finanziert:

- Autokauf 34,8 %
- Möbelkauf 23,9 %
- sonstige Anschaffungen 31,7 %
- Urlaubsreise 4,4 %
- Sonstiges 27,7 %[3]

Im Jahre 1979 haben die Haushaltsberatungsstellen der Sparkassen die allerdings nicht repräsentative Beobachtung gemacht, dass Ratenzahlungen von 37 % der Haushalte zur Tilgung eines Darlehens ohne nähere Angabe des Verwendungszweckes, von 33 % für den Kauf eines Autos, von 26 % für die

---

1 Vgl. Tab. 9 im Anhang

2 Da in den sechziger Jahren die streng zweckgebundenen Teilzahlungskredite vorherrschend waren, liegen für diesen Zeitraum detaillierte Angaben über die Verwendungszwecke kreditfinanzierter Konsumgüterkäufe vor. Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (Konsumenten- und Ratenkreditstatistik) S. 22 f., Deutsche Bundesbank (Entwicklung) S. 21 f.

3 Statistisches Bundesamt (Schulden) S. 374, Mehrfachnennungen möglich

Anschaffung von Haushaltsgeräten und die Ausstattung der Wohnung und von 30% für sonstige Güter und Dienstleistungen aufgewendet wurden[1]. Demnach hat sich die Verwendungsstruktur der Konsumentenkredite in den letzten Jahren nicht wesentlich geändert. Diese Ergebnisse bestätigen die allgemeine Vermutung, daß Konsumentenkredite schwerpunktmäßig zur Finanzierung langlebiger hochwertiger Gebrauchsgüter verwendet werden. An erster Stelle steht dabei nach wie vor der Kauf eines Personenkraftwagens. In der Kreditwirtschaft wird angenommen, daß heute zwei von drei Autos mit Hilfe eines Kredites erworben werden.[2] Zu den sonstigen Anschaffungen gehören vor allem technische Haushaltsgeräte wie beispielsweise Wasch- und Spülmaschinen, Farbfernseher, typische Freizeitartikel wie etwa Photo- und Filmausstattungen aber auch Textilien und Bekleidung.

Mit dem Strukturwandel des privaten Verbrauchs und der sich abzeichnenden Marktsättigung bei vielen Gebrauchsgütern dürften auch Umschichtungen in den Kreditfinanzierungsobjekten der Konsumenten einhergehen. Neben den Anschaffungen werden mit Konsumentenkrediten mehr und mehr größere Dienstleistungsausgaben und Käufe immaterieller Güter bestritten.[3] Zu denken ist dabei etwa an Arzt- und Krankenhauskosten, Haus- und Wohnungsreparaturen, Ausgaben für Umzüge, Ausbildung und Freizeitgestaltung.[4] Schließlich können Kredite bei vorübergehenden Liquiditätsengpässen auch zum Kauf von Gütern des täglichen Bedarfs herangezogen werden. Doch dies wird lediglich in Ausnahmen der Fall sein.

---

1 Krömer (Haushalte 1979) S. 75. Hierin sind Doppelnennungen enthalten.

2 Hooven (Konsumentenkredit) S. 25

3 Vgl. Hooven (Konsumentenkredit) S. 24

4 Feldbausch (Lexikon) S. 316

In der Hauptsache werden die Konsumenten aber nach wie vor bei unregelmässig anfallenden grösseren Ausgaben des gehobenen Bedarfs, die nicht aus dem frei verfügbaren Einkommen eines Monats finanziert werden können, auf Kredite zurückgreifen.

2.2.4. Die Merkmale der kreditnehmenden Haushalte

Die Konsumentenverschuldung verteilt sich indessen nicht gleichmässig über die gesamte Bevölkerung. Querschnittsuntersuchungen lassen erkennen, dass

- das Haushalteinkommen,
- die soziale Stellung und
- das Alter des Haushaltsvorstandes

mitentscheidend für den Umfang der Kreditverpflichtungen der einzelnen Haushalte sind. Vor allem Familien, die aufgrund ihres Einkommens und der beruflichen Stellung des Haushaltsvorstandes zur gehobenen Mittelschicht gehören, wie auch junge Leute sind eher bereit, sich für Konsumzwecke zu verschulden.[1]

Die landläufige Vorstellung, dass die Wohlhabenden bar zahlen und allein die Ärmeren auf Kredit kaufen, ist heute nicht mehr haltbar. Wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe[2] zeigt, liegt der Anteil der kreditnehmenden Haushalte in den mittleren und höheren Einkommensklassen bei einam mittleren Wert von 20 %. Im Vergleich dazu hatten lediglich 16 % aller in die Untersuchung einbezogenen Haushalte Kreditverpflichtungen. Familien mit niedrigerem Einkommen sind demnach mit Kreditaufnahmen zurückhaltender.

Ein zusätzlicher Blick auf die durchschnittlichen Restschulden der Haushalte in den einzelnen Einkommensgruppen

---

1 Katona (Massenkonsum) S. 282

2 Vgl. Tab. 10.1. im Anhang

verdeutlicht, dass das Ausmass der Konsumentenverschuldung mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zunimmt. Ein weiterer Grund für diese Beobachtung dürfte darin zu suchen sein, dass mit steigendem Einkommen vermehrt höherwertige Gebrauchsgüter und ähnliche Ausgaben in den Begehrskreis des einzelnen Haushaltes fallen.[1]

Allerdings greifen Familien mit einem Monatseinkommen von 2500.- DM an aufwärts zunehmend seltener auf Kredite zurück. Die von dieser Gruppe aufgenommenen Kredite sind, wie die ausgewiesenen Restschulden belegen, dem Betrage nach aber doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Konsumenten.

Im Hinblick auf die soziale Stellung der Kreditnehmer fällt auf, dass neben den Nichterwerbstätigen die Landwirte und Selbständigen zu einem vergleichsweise geringen Teil Konsumentenkredite in Anspruch nehmen. Bemerkenswert sind jedoch die ausserordentlich hohen Restschulden dieser beiden letztgenannten Kreditnehmergruppen.[2] Zum einen kann dieser Befund mit den teilweise erheblichen Einkommensdifferenzen innerhalb dieser Berufsgruppen erklärt werden. Zum anderen ist es aber auch nicht ausgeschlossen, dass die Befragten entgegen den Erhebungsrichtlinien auch Kredite für betriebliche Zwecke angegeben haben.[3]

Differenziert man nach dem Alter des Haushaltsvorstandes, wird erkennbar, dass jüngere Familien am häufigsten Konsumausgaben mittels Kredit finanzieren.[4] Ursächlich für diese Verhaltensweise dürften die finanziellen Engpässe beim Aufbau eines eigenen Hausstandes und die mit dem Alter steigenden Einkommen bei tendenziell abnehmendem Finanzierungsbedarf sein.

---

1 Vgl. Statistisches Bundesamt (Schulden) S. 375

2 Vgl. Tab. 10.2. im Anhang

3 Vgl. Statistisches Bundesamt (Schulden) S. 375

4 Vgl. Tab. 10.3. im Anhang

Anhand dieser Beobachtung und nach Angaben aus Bankkreisen lässt sich der typische Konsumentenkreditnehmer folgendermassen kennzeichnen: Der Kreditkunde hat ein Alter von 26 bis 40 Jahren, ist verheiratet und hat ein Kind. Er ist 6 bis 10 Jahre in der gleichen Stellung tätig und verdient gut. Bei vielen Kunden ist die Ehefrau berufstätig, und mehr als die Hälfte der Kreditnehmer unterhält Bankguthaben.[1]

2.2.5. Die Fristenstruktur der Konsumentenkredite

Die in der Statistik ausgewiesenen Laufzeiten der Konsumentenkredite haben sich innerhalb des Beobachtungszeitraumes erheblich verschoben.

Der Anteil der langfristigen Kredite mit einer Laufzeit von über vier Jahren hat sich kontinuierlich erhöht. Lag er 1968 noch bei knapp 22%, so betrug er 1979 gut 30%.[2] Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass sich die einzelnen Kreditengagements ihrem Betrage nach erheblich erhöht haben. Kreditnehmer, die ihre monatliche Belastung nicht im gleichen Ausmass steigern konnten oder wollten, mussten daher auf längere Laufzeiten ausweichen.[3] Gegenwärtig sind Laufzeiten bis zu maximal 72 Monaten üblich.

Dementsprechend ging der Anteil der mittelfristigen Verbraucherkredite im gleichen Zeitraum von 45% auf knapp 33% zurück.

Das relative Gewicht der kurzfristigen Ausleihungen an private Haushalte nahm hingegen im ersten Drittel der Beobachtungsperiode von 32,8% auf 36,8% zu. Für diese Entwicklung dürfte nicht zuletzt die vermehrte Inanspruchnahme der hierzu gehörenden Kontokorrentkredite verantwort-

---

1 Kaminsky (Kundenstruktur) S. 8
2 Vgl. Tab. 11 im Anhang
3 Vgl. Löffler (Kreditlaufzeiten) S. 21

lich sein. In den darauffolgenden Jahren sank aber der Anteil der kurzfristigen Kredite auf zuletzt 27,7%. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass Ratenkredite mit einer Laufzeit von unter 12 Monaten zur Finanzierung grösserer Anschaffungen zunehmend seltener werden.

Die beschriebene Fristenstruktur hat indessen einen sehr formalen Charakter. Die tatsächlichen Laufzeiten dürften davon zum Teil erheblich abweichen. So werden die als kurzfristig ausgewiesenen Überziehungskredite auf Lohn- und Gehaltskonten des öfteren über einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen.[1] Auf der anderen Seite ist es aber auch denkbar, dass länger laufende Ratenkredite infolge unvorhergesehener Gehaltserhöhungen oder freiwerdender Prämiensparbeträge vorzeitig zurückgezahlt werden.

Aus diesen Beobachtungen kann auf die durchschnittliche Laufzeit aller Konsumentenkredite geschlossen werden. Sie hat sich von ca. 2 Jahren in der Zeit um 1968 auf etwa 36 bis 48 Monate Ende der siebziger Jahre verlängert.

---

1 Vgl. Krämer (Kreditprogramm) S. 387

KAPITEL 3

KONSUM UND KONSUMENTENKREDITE IM MONETÄREN WIRKUNGSZUSAMMENHANG

3.1. Vorbemerkungen

Im Gegensatz zur Finanzpolitik, die selbst in den Kreislauf der Einnahmen und Ausgaben eingebettet ist, kann die Geldpolitik lediglich indirekt auf die private Nachfrage einwirken. Ihre Basis sind Forderungen (einschliesslich Geld) und Verbindlichkeiten in der Wirtschaft, deren Umfang und Preise sie verändern kann, um somit auf die Ausgabenaktivitäten einzuwirken.[1] Wie sich die monetären Impulse im einzelnen auf die reale Nachfrage übertragen, lässt sich nicht mit absoluter Sicherheit ausmachen. Die verschiedenen geldtheoretischen Schulen haben hierzu voneinander abweichende Vorstellungen entwickelt.

Die keynesianische Denkrichtung sieht in den Verbindlichkeiten das zentrale Bindeglied zwischen realem und monetärem Sektor. Die Wirkung der Geldpolitik erklären sie mit dem Einfluss der Zinsen auf die kreditfinanzierten Ausgaben. Eine Gegenposition dazu vertreten die Monetaristen. Nach ihrer Ansicht sind Geld und sonstige Forderungen der wichtigste Ansatzpunkt der Notenbank. Änderungen der Güternachfrage ergeben sich demzufolge aus den Entscheidungen über die Geld- und Vermögensanlage.
Zwischen diesen extremen Positionen ist der Erklärungsansatz der Liquiditätstheoretiker angesiedelt. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stehen die Bedingungen der Geldbeschaffung im weitesten Sinne. Gemäss dieser Vorstellung gewinnt die Notenbank über eine Steuerung der Kredite und die geldnahen Vermögen Einfluss auf die Ausgabenentscheidungen der Privaten.

---

1 Vgl. Pohl (Transmissionsmechanismen) S.1 f.

Konsumentenkredite und Konsum wurden von der geldtheoretischen Forschung bislang eher stiefmütterlich behandelt. Allein die Monetaristen unterstellen eine geldpolitische Steuerung der Konsumentenausgaben. Da dafür allein Vermögenseffekte verantwortlich gemacht werden, finden Konsumentenkredite in den entsprechenden Transmissionsmechanismen keinen Eingang.

Ob und wie Konsumentenkredite den Handlungsspielraum der Notenbank verändern, ist -wie dieser erste Überblick zeigt- eine weitgehend offene Frage. Vordergründig hängt ihre Beantwortung davon ab, ob man der Geldbeschaffung oder aber der Geldverwendung ein grösseres Gewicht bei der Erklärung des monetären Übertragungsprozesses beimisst.
Daher ist es notwendig, die einzelnen Transmissionsmechanismen mit dieser Problemstellung zu konfrontieren.

3.2. Der Kreditkostenmechanismus

Die Einwirkungsmöglichkeit der Notenbank auf das inländische Zinsniveau legt die Schlussfolgerung nahe, dass sinkende Zinsen die Ausgabentätigkeit der Privaten anregen und steigende Kreditkosten diese hingegen dämpfen.[1] Dieser Mechanismus kann indessen nur für jene Ausgabenkomplexe wirksam sein, die in nennenswertem Umfang mit Krediten finanziert werden. Die keynesianisch orientierten Väter dieser Theorie hatten daher vor allem die unternehmerischen Investitionsentscheidungen im Auge.[2] Empirische Untersuchungen haben eine generelle Zinselastizität der Investitionen jedoch nicht bestätigt. Als zinsreagibel haben sich allenfalls diejenigen Investitionsvorhaben herausgestellt, die nicht von einer konjunkturell bedingten Nachfrageentwicklung abhängen. Dazu zählen vor allem die langfristig finanzierten Infrastrukturinvestitionen sowie der private Wohnungsbau.[3]

---

1 Pohl (Transmissionsmechanismen) S.3

2 Brunner (Neuformulierung) S.3

3 Vgl. dazu Dürr (Prozesspolitik) S.119, Pohl (Transmissionsmechanismen) S.4 . Einen Überblick über die empirischen Befunde für die Bundesrepublik gibt Kohler (Bundesbankpolitik) S.19 ff.

Diese eingeschränkte Zinsabhängigkeit der unternehmerischen Investitionen haben den Zinskostenmechanismus nachhaltig diskreditiert, so dass er für die moderne Geldtheorie nicht mehr akzeptabel war.[1]

Ein möglicher Einfluss der Kreditkosten auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs wurde nur am Rande in Erwägung gezogen. Vielmehr wurde unterstellt, dass der Konsumentenkredit nur wenig zinsreagibel sei.[2] Dies wurde damit begründet,

- dass die Kreditabhängigkeit des gesamten Konsums ohnehin minimal sei und daher vernachlässigt werden könne[3],
- dass die Verbraucher über die Kosten der Konsumentenkredite nur mangelhaft informiert seien[4],
- dass sich die Konsumenten im Gegensatz zu den Unternehmen bei ihren Ausgaben- und Verschuldungsentscheidungen mehr auf Gefühle und weniger auf Kosten- und Ertragsgrössen stützten,
- dass sich die privaten Kreditnehmer ausschliesslich für den Betrag der monatlichen Ratenzahlungen interessierten[5].

Dem ersten Argument kann zunächst die enorme Ausweitung des Konsumentenkreditgeschäftes entgegengehalten werden. So kann man der folgenden Meinung heute nicht mehr zustimmen, die Strümpel Ende der sechziger Jahre vertrat: "Festverankerte, vorindustrielle Wertvorstellungen und Vorurteile gegen die Kreditaufnahme... verhindern einen grossen Teil der Konsumenten ... an der Aufnahme langfristiger Kredite und immunisieren sie damit gegen den unmittelbaren Kosteneffekt von Zinsänderungen ..."[6].

---

1 Vgl. Brunner (Neuformulierung) S.3 f.

2 Dürr (Prozesspolitik) S.118, Köhler (Geldwirtschaft) S.292

3 Neubauer (Strategien) S.156, Deutsche Bundesbank (Verpflichtungen von 1950 bis 1971) S.29

4 Katona (Massenkonsum) S.290 f., Knothe (Bankkunde) S.85 f.

5 Köhler (Geldwirtschaft) S.301

6 Strümpel (Subjektive Liquidität) S.109

Des weiteren kann man einwenden, dass sich die Verbraucher nur für besondere Konsumzwecke verschulden und nicht für den Konsum schlechthin. Wie bereits erwähnt, handelt es sich dabei im wesentlichen um die Käufe von langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern und ähnliche Ausgaben, die infolge ihrer Höhe nicht aus dem laufenden Einkommen bestritten werden können. Die Kreditabhängigkeit dieser Ausgabenkategorien ist demnach ungleich grösser als die des Gesamtkonsums.[1] Ein hoher Kreditfinanzierungsbedarf bei einzelnen Anschaffungen verstärkt aber den relativen Einfluss der Kreditkosten auf die Kaufentscheidung.

Eine wichtige Voraussetzung ist natürlich, dass die Konsumenten über die Höhe einer möglichen Zinsbelastung richtig informiert sind. Einer amerikanischen Untersuchung aus dem Jahre 1959 zufolge hatte der grösste Teil der befragten Verbraucher entweder falsche oder gar keine Vorstellungen über die tatsächlichen Kosten eines Konsumentenkredites. Katona, der sich auf diese Untersuchung beruft, schliesst daraus, dass die Kreditkosten für die breite Bevölkerung von keiner entscheidenden Bedeutung seien.[2] Ein unterentwickeltes Zinsbewusstsein bescheinigt Knothe auch dem deutschen Verbraucher der frühen sechziger Jahre. Er stützt sich dabei auf die Beobachtung, dass Zinsunterschiede bei Kleinkrediten auf die Wahl des Kreditinstitutes offensichtlich keinen Einfluss hatten. So hätten sich beispielsweise die zu höheren Zinssätzen angebotenen Barkredite der Teilzahlungsbanken einer nach wie vor regen Nachfrage erfreut.[3] Dies entspricht der damaligen Erfahrung, dass die Frage nach der Höhe der Zinsbelastung bei den Antragsstellern für Kleinkredite nur eine untergeordnete Rolle spielte.[4]

---

1 Vgl. Nöll v.d.Nahmer (Teilzahlungskredit) S.25 ff. Quantifizierungsversuche erfolgen im Abschnitt 6.3.3

2 Katona (Massenkonsum) S.290 f.

3 Knothe (Bankkunde) S.86 f.

4 Martens (Kleinkreditgeschäft)

Diese mangelnde Zinsempfindlichkeit dürfte nicht zuletzt mit der damals üblichen Preispolitik der Banken zusammenhängen, die das Bestreben hatten, den Preis für bestimmte Absatzleistungen in Teilpreise zu zerlegen.[1] Dadurch wurde die Markttransparenz vermieden und ein Preiswettbewerb verhindert. "Die auch im Kreditgeschäft zu beobachtende Preisspaltung hat dazu geführt, dass gerade für Kreditkunden mit geringer wirtschaftlicher Erfahrung und ohne Verhandlungsmacht die Preisstellung für Kredite undurchsichtig geworden ist."[2] Die "Verordnung über Preisangaben" von 1973[3] hat hier Abhilfe geschaffen. Preisangaben bei Ratenkrediten müssen seitdem stets den effektiven Jahreszins[4] enthalten.[5]

Hierdurch hat das Zinsbewusstsein des Kleinkreditnehmers in den letzten Jahren offensichtlich erheblich zugenommen. Dafür spricht, dass die Angabe des effektiven Jahreszinses zu einem Werbeargument ersten Ranges geworden ist. Konditionenvergleiche zwischen den einzelnen Kreditinstituten schärfen aber den Blick der Konsumenten für die generelle Höhe des Zinsniveaus wie auch seine Veränderung im Zeitablauf. Wie neuere Umfrageergebnisse zeigen, ist in der Zwischenzeit auch in den Vereinigten Staaten von Amerika das Zinsbewusstsein der Verbraucher deutlich gestiegen.[6]

Die alleinige Kenntnis des Zinssatzes bietet indessen noch keine Gewähr dafür, dass ihn die Verbraucher bei ihren kreditfinanzierten Ausgabenentscheidungen auch gebührend berücksichtigen. Da sie im wirtschaftlichen Rechnen im Vergleich zu den gewerblichen Investoren relativ ungeübt sind[7], kann es sein, dass sie die absolute Zinsbelastung unterschätzen.

---

1 Vgl. Egner (Haushalt) S.201

2 Wilhelm (Effektiver Jahreszins) S.12

3 Vgl. BGBl. I, S.461

4 Zur Berechnung des effektiven Jahreszinses vgl. Wilhelm (Effektiver Jahreszins) S.13 f.
Holzapfel (Preisangaben) S.14 f.
Strümpel (Effekte) S.122 ff.

5 Vgl. Streissler (Einleitung) S. 17 ff.

Darüberhinaus vermag eine geschickte Konsum- wie auch Kreditwerbung das Zinsmoment in den Hintergrund zu drängen.[1] Möglicherweise sind auch die üblichen Zinssatzänderungen zu gering, als dass sie allen Haushalten ins Bewusstsein dringen.[2]
Eine mangelnde Flexibilität der Kreditkosten dürfte zu einem wesentlichen Teil auf administrative Vorschriften zur Zinsgestaltung zurückzuführen sein, die bis zur Zinsliberalisierung im Jahre 1967 gültig waren und den Preiswettbewerb der Banken verhinderten.[3] Besonders betroffen wurden davon die Konditionen für Teilzahlungskredite.[4] Unter diesen Voraussetzungen konnte freilich keine zinselastische Nachfrage nach Verbraucherkrediten beobachtet werden.

In diesem Zusammenhang ist jedoch die Beobachtung interessant, dass sich die privaten Haushalte bei Immobilienkäufen äusserst zinsbewusst verhalten.[5] Warum, so muss man sich fragen, sollte sich der einzelne Haushalt bei grösseren Konsumfinanzierungen nicht auch so verhalten. In Anlehnung an die Meinung Schmölders' über den privaten Sparer[6] spricht vieles für folgende These:

> Solange ein Kreditnehmer nur kleine Beträge schuldet, interessieren ihn die Zinsen kaum; bei grösseren Kreditaufnahmen mit langen Laufzeiten fällt die Zinsbelastung hingegen sehr wohl ins Gewicht, und er wird sie in seinen Kalkulationen berücksichtigen.

Die im Konsumentenkreditgeschäft zu beobachtende Tendenz zu höheren Einzeldarlehen und ausgedehnteren Fristen wird demnach die Wirkung eines zinspolitischen Kosteneffektes verstärken. Im Konsumbereich kommt der Zinspolitik darüberhinaus zugute, dass es dem kreditnehmenden Haushalt verwehrt

---

1 Knothe (Bankkunde) S.87

2 Strümpel (Subjektive Liquidität) S.111

3 Vgl. Köppen (Bankmarketing) S.93

4 Jaeger (Sekundäre Finanzierungsinstitute) S.178 ff.

5 Katona (Consumer Behavior) S.124, Strümpel (Effekte) S.122

6 Schmölders schreibt: "Der kleine Sparer spart nicht wegen des Zinses; der Zins tritt überhaupt erst dann in sein Gesichtsfeld, wenn sich seine Sparbeträge zu einer so beträchtlichen Summe akkumuliert haben, dass die Zinsbeträge ins Gewicht fallen." (Bargeld) S.5

ist, hohe Zinskosten in irgendeiner Form zu überwälzen oder auf andere Kreditgeber, wie etwa Finanzintermediäre oder ausländische Kreditmärkte auszuweichen.[1] Den Unternehmen stehen diese Ausweichmöglichkeiten in gewissem Umfang offen.

Die Vermutung, dass anstelle der Zinsen die Höhe der monatlichen Raten das entscheidende Kriterium für die Verschuldung eines Konsumenten darstellt, ist ein schwerwiegendes Argument. Selbst erhebliche Zinssatzänderungen wirken sich nur unwesentlich auf die Höhe der Monatsraten aus, wie das folgende von Knothe entnommene Kreditbeispiel zeigt[2]:

Kredithöhe 1000 DM, Laufzeit: 12 Monate, einmalige Bearbeitungsgebühr: 2 % vom Darlehensbetrag

Zinssatz p.m.	0,3 %	0,4 %
effektiver Jahreszins	10,35 %	12,56 %
Monatsrate	88,00 DM	89,00 DM

Eine Veränderung des effektiven Zinssatzes um etwas mehr als zwei Prozentpunkte schlägt in diesem Falle bei den monatlichen Raten mit lediglich einer Mark zu Buche. Betrachtet man die Kreditentscheidung eines Konsumenten aus diesem Blickwinkel, dann kommt den Zinskosten in der Tat keine Bedeutung zu.

Die Vielzahl der Argumente macht eine vorläufige Bewertung eines direkten Zinskosteneffektes im Konsumbereich nahezu unmöglich. Entscheidend kommt es darauf an, welches Gewicht man der These von der Dominanz der monatlichen Ratenzahlung beimisst. Eine Antwort kann hier allein die Empirie geben.[3] Möglicherweise ist der Kreditkostenmechanismus lediglich ein Teilaspekt eines umfassenderen Erklärungsansatzes, der noch weitere Reaktionsmöglichkeiten der Verbraucher berücksichtigt.

---

1 Vgl. Pohl (Transmissionsmechanismen) S.3 f.

2 Knothe (Bankkunde) S.86

3 Vgl. Abschnitt 5.2.4.

3.3. Der Liquiditätsmechanismus

Neben der Veränderung des Zinsniveaus "können die geldpolitischen Instanzen die Liquiditätslage der Geldinstitute, sonstiger Unternehmen und Haushalte dahingehend beeinflussen, dass die Betreffenden, die Geld ausgeben wollen, die Beschaffung des Geldes schwieriger oder weniger schwierig finden."[1] Damit ist der liquiditätstheoretische Übertragungsmechanismus im wesentlichen umrissen. Er stellt die subjektive Einschätzung des individuellen Finanzierungsspielraumes in das Zentrum der Investitionsentscheidungen sowie der Konsumentscheidungen und enthält damit ein starkes sozialpsychologisches Element.[2] Die Liquiditätstheorie hat im deutschen Raum eine weite Verbreitung gefunden.

Gleichwohl ist die subjektive Liquidität eine äusserst unbestimmte Grösse. Im Gegensatz zur objektiven Liquidität eines Wirtschaftssubjektes, die sich aus den vorhandenen finanziellen Mitteln (aktuelle Liquidität), den konkreten Rückgriffsmöglichkeiten auf Geld (potentielle Liquidität) sowie den definitiven Kreditzusagen (latente Liquidität) zusammensetzt, kann sie nur sehr schwer gemessen werden.[4] In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage, den geldpolitischen Eingriffen und der individuellen Beurteilung kann dieser subjektiv empfundene Finanzierungsspielraum unter oder über dem objektiven Liquiditätsstatus liegen.

Wie sich mögliche Liquiditätseffekte auf den Konsum übertragen, lässt sich erst nach einem kurzen Blick auf die einzelnen Liquiditätskomponenten im Bereich der privaten Haushalte beurteilen. Zweckmässigerweise unterscheidet man dabei zwischen Forderungs- und Kreditliquidität.[5]

---

1 Radcliffe Report S.130 wiederabgedruckt in: Schmölders (Liquiditätstheorie) S.89

2 Duwendag (Theoretische Grundlagen) S.127

3 Ihre herausragendsten Vertreter sind E.Dürr, C.Köhler, G.Schmölders, W.Stützel und O.Veit

4 Vgl. Duwendag u.a. (Geldpolitik) S.200

5 Glöggler (Liquiditätstheorie) S.28 ff.

Zur Forderungsliquidität zählen Bargeld, Sicht- und Termineinlagen sowie Sparguthaben. Des weiteren muss man Geldsubstitute wie Wertpapiere, Guthaben bei Bausparkassen und eingezahlte Prämien von Lebensversicherungsverträgen in Betracht ziehen.[1] Alle genannten Aktiva sind mehr oder weniger leicht liquidisierbar. Ihr "objektiver Liquiditätsgrad" lässt sich unter Berücksichtigung möglicher Vorschusszinsen und sonstiger Abschläge[2] hinreichend genau bestimmen. Aus zahlreichen bereits länger zurückliegenden Untersuchungen geht indessen hervor, dass sich die privaten Haushalte bei der subjektiven Beurteilung ihres Liquiditätsstatus' an keine objektiven Kriterien halten.[3] Beispielsweise werden Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist liquider eingestuft als sie es de facto sind, Wertpapieranlagen hingegen als nahezu illiquide, um nur zwei Beispiele zu nennen. Tendenziell werden die Rückgriffsmöglichkeiten auf vorhandenes Geldvermögen von den Konsumenten unterschätzt. Die Einstellung der breiten Bevölkerung zu ihren liquiditätsnahen Aktiva wird nachhaltig geprägt von langfristig eingeschliffenen Gewohnheiten und Vorurteilen.[4] Geldpolitische Effekte kommen dabei kaum zum Tragen.

Bei der Kreditliquidität handelt es sich im Kern um konkret eingeräumte, jedoch nicht in Anspruch genommene Kreditlinien auf Lohn- und Gehaltskonten, wie auch um ein potentielles Kreditangebot. Ohne Zweifel haben sich die sozialen und psychologischen Barrieren gegen das "Schuldenmachen"[5] in den letzten zehn Jahren verstärkt abgebaut. Nach Schmölders "trägt der lawinenartige Anstieg des Konsumkredits zur Erweiterung der subjektiven Liquidität seines Benutzers bei".[6]

---

1 Vgl. Glöggler (Liquiditätstheorie) S.40 f.

2 Dabei handelt es sich beispielsweise um Steuernachzahlungen und Prämienverluste.

3 Vgl. Schmölders u.a. (Umgang mit Geld) S.121 ff., Glöggler (Liquiditätstheorie) S.40 ff.

4 Vgl. Schmölders (Liquiditätstheorie) S.85

5 Schmölders u.a. (Umgang mit Geld) S.133

6 Schmölders (Geldpolitik) S.101

Für den Liquiditätsmechanismus sind Kreditgewährungen oder zugesagte Überziehungsspielräume weit eher relevant als die Termin- und Spareinlagen, die nur selten zur Nachfrage verwendet werden.[1]

Verstärkend wirkt zudem eine Rückkoppelung mit der Forderungsliquidität. Vorhandene Wertpapieranlagen, längerfristig gebundene Sparguthaben wie auch Lebensversicherungen können problemlos beliehen werden und tragen über diesen Umweg zu einem höheren "Liquiditätsstatus" bei. Diesen Umstand nützen die Kreditinstitute aus und bieten ihren Kunden im Massengeschäft verstärkt höher verzinsliche, längerfristige Geldanlagen an; für kurzfristig auftretende Liquiditätsspielräume stellen sie dann Kredite bereit.[2] Diese neue nicht uneigennützige Geschäftspolitik kommt einer liquiditätsorientierten Geldpolitik entgegen.

Der unmittelbare Ansatzpunkt der Notenbank ist die Liquidität des Bankensektors.[3] Eine Variation der freien Liquiditätsreserven bewirkt eine Veränderung von Quantität und Qualität des Kreditangebots an private Nichtbanken. Neben dem "unmittelbaren Zinseffekt wird eine'Verringerung' (Erhöhung) der Bankenliquidität die Darlehensgeber veranlassen, ihre Bonitätsanforderungen zu verschärfen (zu lockern)".[4]

Im Falle einer expansiven Geld- und Kreditpolitik werden die Kreditinstitute
- verstärkt Dispositions- und andere Kredite zusagen oder in Aussicht stellen,
- die Kreditwerbung forcieren und
- die Kreditkonditionen generell verbessern (neben günstigen Zinssätzen gehören hierzu vor allem herabgesetzte Bonitätsanforderungen und längere Laufzeiten).

---

1 Oberhauser (Liquiditätstheorie) S. 209

2 Im Extremfall wird dem Bankkunden sein eigenes Geld ausgeliehen.

3 Deutsche Bundesbank (Währungspolitische Institutionen und Instrumente) S. 17 ff.

4 Stützel (Kreditpolitik) S. 198

Aus der Sicht der Liquiditätstheorie sind es vor allem das potentielle Kreditangebot und die Ausgestaltung der Kreditkonditionen, die zu Nachfrageveränderungen führen, und weniger die tatsächliche Inanspruchnahme von Krediten.[1] Es sollte dabei aber nicht ausser Betracht gelassen werden, dass gerade im Bereich der privaten Haushalte die Gesamtheit der Kreditbedingungen die effektive Nachfrage nach Krediten umfassender erklärt als allein die Höhe des Zinses.

Grundsätzlich wird ein allgemein lebhaftes Konsumentenkreditgeschäft die Ausgabenfreude auch derjenigen Verbraucher stimulieren, die keine Kredite aufnehmen. Ein ausreichender Impuls ist meistens schon allein das subjektive Gefühl, sich im Bedarfsfalle verschulden zu können. In einer solchen Stimmungslage werden die einzelnen Verbraucher weniger sparen. Zudem neigen sie dazu, ihre bis dahin gehaltenen "eisernen Reserven" anzugreifen und einer konsumtiven Verwendung zuzuführen.[2]

Darüberhinaus gehen die meisten Liquiditätstheoretiker davon aus, dass es der Notenbank möglich sei, die Erwartungen von Banken, Unternehmen und Haushalten über die zukünftige Einkommensentwicklung nachhaltig zu manipulieren. Dies allein kann schon die Ankündigung eines geldpolitischen Kurswechsels bewirken. In Erwartung sinkender Einkommenszuwächse vermindert sich bei objektiv gleichbleibendem Finanzierungsspielraum der subjektiv empfundene Liquiditätsstatus des einzelnen Wirtschaftssubjektes. Damit einhergehend verringert sich auch die Kreditwürdigkeit der Konsumenten, da Verbraucherkredite einen Vorgriff auf die Einkommen der künftigen Monate und Jahre darstellen.[3] Infolgedessen geht die Ausgabentätigkeit zurück.

---

1 Stützel (Kreditpolitik) S.199

2 Vgl. dazu Schmölders (Liquiditätstheorie) S.85

3 Vgl. Stützel (Kreditpolitik) S.198

Vor allem die Kauflust der Konsumenten hängt nachhaltig von solchen Stimmungs- oder Erwartungsänderungen ab. Mit der zunehmenden Vertrautheit breiter Bevölkerungskreise in Geldingen werden diese auch sensibler gegenüber Veränderungen der geldpolitischen Rahmenbedingungen.[1] So können Veränderungen im allgemeinen Zinsniveau, insbesondere Diskontsatzvariationen, "Signaleffekte" auslösen.[2] Eine Erwartungsänderung wird auch bei solchen Wirtschaftseinheiten eintreten, die selbst nicht von den Datenveränderungen betroffen sind.[3] Hierzu berichtet Katona aus den Vereinigten Staaten von Amerika: "Very many people learned to associate easy money with good times in the first post war decade. The first large increase in interest rates, in 1957, was viewed as a signal that something was wrong with the economy." Und einige Sätze weiter: "In 1967 it could be determined that an important factor causing optimism and confidence to deteriorate was the news about rising interest rates."[4]

Die umfassende Konzeption des liquiditätsorientierten Übertragungsprozesses spricht grundsätzlich für die Wirksamkeit geld- und kreditpolitischer Massnahmen im Bereich des privaten Konsums. Monetäre Impulse erreichen die Haushalte auf der ökonomisch rationalen wie auch der rein subjektiven Ebene. Zins- und Liquiditätseffekte wirken nicht nur auf die kreditfinanzierten Ausgaben, sondern darüberhinaus auf weitere wesentliche Teile des Konsums. Gleichwohl sind die Möglichkeiten und Bedingungen der Verschuldung das tragende Element der Erklärung. Damit wird den Konsumentenkrediten ein hoher Stellenwert bescheinigt.

---

1 Strümpel (Effekte) S.126 ff.

2 Vgl. Schmölders (Liquiditätstheorie) S.90, Köhler (Geldwirtschaft) S.299

3 Strümpel (Effekte) S.125

4 Katona (Consumer Behavior) S.129

Dennoch bleiben einige Fragen offen. Die grundlegende Vorstellung, dass Umfang und Konditionen des Angebots von Kredit an private Nichtbanken durch die Liquidität des Bankensektors determiniert sind, erlaubt keine Rückschlüsse darüber, in welcher konjunkturellen Situation und in welcher Phase der Geldpolitik die Kreditinstitute speziell die Verschuldungsmöglichkeiten der privaten Haushalte erweitern oder beschneiden können. Die Anpassungsreaktionen der Banken auf eine Kursänderung der Geldpolitik können bei Konsumentenkrediten in Zeitpunkt und Umfang erheblich von denen in anderen Sparten des Kreditgeschäftes abweichen. Erst nach Klärung dieser Fragen sind genauere Aussagen über das relative Gewicht der Konsumentenkredite bei der Übermittlung monetärer Impulse möglich.

Unschärfen enthalten ferner die Überlegungen zum geldpolitischen Einfluss auf die ausgabenwirksamen Erwartungen der Wirtschaftssubjekte im allgemeinen und der Konsumenten im besonderen. Erwartungen werden von einer Vielzahl von Faktoren mit zeitlich wechselndem Gewicht geprägt. Die diesbezüglichen Einwirkungsmöglichkeiten der Geldpolitik werden demnach erheblichen Schwankungen unterliegen. Ob hier gewisse Gesetzmässigkeiten vorliegen, lässt sich möglicherweise an der Entwicklung des Konsumklimas ablesen. Diese Analyse bleibt dem empirischen Teil dieser Arbeit vorbehalten.[1]

3.4. Die Vermögensmechanismen

3.4.1. Grundzüge

In den Mittelpunkt des geldpolitischen Übertragungsprozesses stellen die Monetaristen das Vermögen der privaten Wirtschaftssubjekte. Diese streben unter Berücksichtigung von Ertrags- und Nutzenmaximierungsgesichtspunkten nach einer optimalen Höhe und Zusammensetzung ihres jeweiligen Gesamtvermögens.[2] Massnahmen der Notenbank verändern das gewünschte Vermögensgleichgewicht. Eine Erhöhung der Geldmenge bewirkt einen re-

1 Vgl. Abschnitt 5.2.6.

2 Vgl. Dickheuer (Wirkungsprozess der Geldpolitik) S. 36 f.

lativen Anstieg der Kassenhaltung der Wirtschaftssubjekte im Vergleich zu ihrem Bestand an Wertpapieren und allen Formen von Realkapital. Unter der Voraussetzung sinkender Grenzbeträge verwenden diese ihren überschüssigen Kassenbestand letztendlich zum Erwerb zusätzlicher Investitions- und Konsumgüter.[1]

Diese Zusammenhänge bilden die Grundlage verschiedener vermögenstheoretischer Transmissionsmechanismen. Zum einen handelt es sich dabei um die Neoquantitätstheorie Friedmans[2]. Zum anderen um die Theorie der relativen Preise[3], die im wesentlichen an die Gedanken der Portfoliotheoretiker anknüpft[4].

Nach der Neoquantitätstheorie sind Ausgabenentscheidungen im einfachsten Falle auf Veränderungen des Kassenbestandes der Wirtschaftssubjekte bei gleichzeitig konstanter Geldnachfrage zurückzuführen. Geldpolitisch entscheidend sind demnach die Abweichungen in der Höhe des tatsächlichen und gewünschten Geldvermögens.[5]

Die Theorie der relativen Preise erklärt die Wirkung der Geldpolitik auf die wirtschaftliche Aktivität über Vermögensstrukturanpassungen bei Banken und Nichtbanken. Monetäre Impulse verändern die Zinssätze bzw. relativen Preise finanzieller und realer Vermögensbestände und stören somit das Vermögensoptimum, bei dem die Grenzerträge der einzelnen Aktiva gleich hoch sind.[6] Dadurch werden Anpassungsprozesse ausgelöst, bei denen die Bestände einzelner Aktiva solange ausgedehnt oder eingeschränkt werden (je nachdem, ob das betreffende Vermögensobjekt noch überdurchschnittlich

---

1 Vgl. Pohl (Transmissionsmechanismen) S.8

2 Vgl. Friedman (Optimale Geldmenge) S.77 ff.

3 Als Hauptvertreter dieser Richtung gelten Brunner und Meltzer. Vgl. Brunner (Neuformulierung) S.1 ff.

4 Vgl. Tobin (Principles of Debt Management) S.143 ff.

5 Vgl. Jarchow (Geldtheorie) S.233

6 Vgl. Siebke/Willms (Theorie) S.40 f.

hohe oder niedrige Grenzerträge aufweist), bis ein allgemeiner Ausgleich der Erträge über alle Aktiva wieder hergestellt ist.[1]

Portfolioumschichtungen vollziehen sich in der Regel zunächst im Bereich des Finanzvermögens. Erst in einer späteren Phase greifen sie auf das Realkapital über. Anpassungen dieser Vermögensbestände verändern letztendlich die Nachfrage nach neu zu produzierenden Kapitalgütern.[2]

In welchem Umfang und mit welcher Geschwindigkeit die Geldpolitik auf diese Ausgabenaktivitäten über das Spiel der relativen Preise einzuwirken vermag, lässt sich nicht von vorneherein sagen. Mangelnde Substitutionalität zwischen einzelnen Vermögenskategorien, insbesondere zwischen Finanz- und Realkapital[3], einhergehend mit im Einzelfall hohen Informations- und Transaktionskosten[4] hemmen diesen allumfassenden Anpassungsprozess und können ihn teiweise ganz zum Erliegen bringen.

Im Bereich der privaten Haushalte vermag die Theorie der relativen Preise die Nachfrage nach jenen Gütern und Dienstleistungen zu erklären, die das Konsumentenkapital erhöhen. Langlebige Konsumgüter wie auch Ausgaben für das Humankapital können analog zu den Kapitalgütern der Unternehmen als Vermögensanlage behandelt werden. Sie erbringen Erträge in Form von Dienstleistungen und können daher grundsätzlich in ein allgemeines Modell der Portfolioentscheidungen einbezogen werden.[5]

---

1 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 156

2 Vgl. Siebke/Willms (Theorie) S. 41 f.

3 Portfoliotheoretiker zweifeln an der vollkommenen Substituierbarkeit zwischen Real- und Finanzkapital. Vgl. dazu Neubauer (Strategien) S. 50. Im Gegensatz dazu gehen die Monetaristen davon aus, dass Umschichtungen das gesamte Vermögensspektrum erfassen. Brunner (Probleme) S. 72 ff.

4 Vgl. Brunner (Neuformulierung) S. 7 f.

5 Friedman (Nicht-Kontroverse) S. 137

Im Gegensatz dazu stellen nichtdauerhafte Konsumgüter kein Aktivum im Sinne der Portfoliotheorie dar. Im Rahmen der Neoquantitätstheorie unterstellen die Monetaristen aber auch bei dieser Ausgabenkategorie Reaktionen auf Geldmengenänderungen. Erklärt wird dies mit der neueren Konsumtheorie, die einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Höhe des Vermögensbestandes und dem Strom der Konsumausgaben unterstellt.[1]

Diese partiell unterschiedlichen Hypothesen über den geldpolitischen Einfluss auf den privaten Konsum sind voneinander weitgehend unabhängig und werden im folgenden getrennt analysiert.

Aus monetaristischer Sicht dominieren Fragen der optimalen Geldverwendung die Nachfrageentscheidungen der privaten Haushalte. Aspekte der Geldbeschaffung, insbesondere der Konsumentenverschuldung, werden von dieser Theorie vernachlässigt[2]. Da zwischen Konsumentenkredit und Vermögensstatus der Verbraucher aber ein enger Zusammenhang besteht, müssen diese Kredite in eine umfassende Analyse der Vermögensdispositionen mit einbezogen werden. Dies kann auf verschiedene Weise geschehen. In den Portfolioentscheidungen der Haushalte können Konsumentenkredite als negatives Aktivum berücksichtigt werden. Eine andere Methode ist die gesonderte Betrachtung von kreditfinanzierten Gebrauchsgütern. Schliesslich wird die Höhe des Vermögens von Kreditaufnahmen und Kreditrückzahlungen tangiert.

Darüberhinaus stellen Konsumentenkredite aus der Sicht der Kreditinstitute, die in den Prozess der relativen Preise involviert sind, eine alternative Form der Geldanlage dar. Die relativen (Zins-) Erträge dieser Kredite erlauben daher Rückschlüsse auf das jeweilige Angebot an Konsumentenkrediten.

---

1 Friedman (Nicht-Kontroverse) S. 137 f.

2 Neubauer (Strategien) S.58

3.4.2. Die Theorie der relativen Preise und die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern

Portfolioentscheidungen der privaten Haushalte betreffen im wesentlichen folgendes Vermögensspektrum[1]: Bargeld und Sichteinlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Spar- und Terminguthaben der verschiedensten Kategorien, Aktien, Anlagen bei Finanzintermediären, Immobilienbesitz, langlebige Konsumgüter und "human capital".

Offenmarktoperationen der Notenbank wirken auf die Renditen der Wertpapiere ein. Nach der Theorie der relativen Preise lösen diese Impulse Substitutionsprozesse aus, die sich über den gesamten Vermögensbereich ausbreiten und letztendlich nachfragewirksame Bestandsanpassungen bei langlebigen Konsumgütern und "human capital" zur Folge haben. Die Akkumulation von Humankapital erfolgt über Ausgaben für Erziehung, Ausbildung und berufliche Fortbildung.[2] Im weitesten Sinne müssten hier auch die Ausgaben für Allgemeinbildung und Gesundheit hinzugerechnet werden. Eine umfassende Definition des Konsumentenkapitals erlaubt die Einbeziehung weiter Teile des privaten Konsums in diesen theoretisch denkbaren Substitutionsprozess.

Für die Operationalisierbarkeit dieser preistheoretischen Gleichgewichtsanalyse ist zunächst entscheidend, dass die Preise und Erträge -pekuniärer wie nichtpekuniärer Art- der einzelnen Vermögensobjekte hinreichend genau bestimmbar sind.

Rechnerisch genau und ohne grösseren Aufwand können die Konsumenten allenfalls den internen Zinsfuss ihrer verschiedenen Wertpapieranlagen feststellen. Zinssätze, Kursschwankungen, aber auch Realwertveränderungen im Zuge allgemeiner Zu- und Abnahmen des Preisniveaus sind rechenhafte Grössen und den Wertpapierbesitzern im allgemeinen bekannt. Ähnlich verhält

---

1 In den allgemeinen Modellen der Portfoliotheorie werden lediglich folgende Vermögensarten berücksichtigt: Geld, Obligationen, Aktien, Sachkapital und menschliches Kapital. Vgl. Jarchow (Geldtheorie) S. 234 f.

2 Duwendag (Geldpolitik) S. 174

es sich mit den monetären Erträgen der übrigen Finanzanlagen.

Die Ermittlung der durchschnittlichen Rendite oder gar des Grenzertrages der realen Vermögensobjekte ist dagegen für die Haushalte ein schwieriges Unterfangen. Vielfach handelt es sich um Aktiva, die keinen marktmässigen Ertrag abwerfen. Teilweise können jedoch Schattenpreise herangezogen werden, wie etwa bei Immobilien und Konsumgütern, die im Leasing-, Pacht- oder Mietverfahren gehandelt und bewertet werden. In den übrigen Fällen ist die Berechnung der Alternativkosten mit erheblichen Problemen verbunden. Die darauf aufbauenden Renditeschätzungen sind wenig präzise, sie geben allenfalls Anhaltspunkte für die ungefähre Grössenordnung dieser Erträge. Ähnlich problematisch ist die Renditeermittlung von (Ausbildungs-) Investitionen in das menschliche Kapital.

Darüberhinaus müssen bei fast allen Vermögensobjekten Nutzenvorstellungen nichtpekuniärer Art berücksichtigt werden. Die Liquiditätsdienste der Kasse, die Stimmrechte eines Aktienpaketes, der Prestigenutzen von Grundbesitz und höherwertigen Konsumgütern wie auch das soziale Ansehen eines bestimmten Berufsstandes, um nur einige Beispiele zu nennen, entziehen sich weitgehend einer genauen Quantifizierung.[1]

Diese nicht-monetären Erträge können von entscheidender Bedeutung sein für die Ausgestaltung und Umschichtung eines Haushaltsportfolios.[2] Das rein monetäre Ertragsmotiv tritt selbst bei Finanzaktiva vielfach in den Hintergrund. Soweit Geldvermögen als Sicherheitsreserve gehalten werden, Sparbeträge auf bestimmte im vorhinein festgelegte Ziele angesammelt werden oder aus vertraglich gebundenen Aktiva, wie etwa Forderungen gegen Versicherungsgesellschaften bestehen, kommen sie für eine vorzeitige Liquididation sowieso nicht in Frage. "Erst wenn das Geldvermögen über jene kritische Marke hinausgewachsen ist, also frei verfügbare Beträge vor-

1 Vgl. Duwendag (Geldpolitik) S. 173 f.
2 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 142

liegen, die von ihren Besitzern in die jeweils günstigste Anlageform gebracht werden können, erst dann und nur auf diese in labiler Struktur befindlichen vagabundierenden Vermögensbestandteile kann die Geldpolitik im erörterten Sinne einzuwirken versuchen."[1]

Ein zusätzlicher Hemmschuh für kurzfristige Portfolioumschichtungen der Haushalte sind die teilweise hohen güterspezifischen Anpassungskosten. Im allgemeinen fehlt es den Konsumenten an der notwendigen Marktübersicht, es sei denn, sie haben sich berufsmässig auf die Vermögensverwaltung spezialisiert. Demnach sind die Kosten der Informationsbeschaffung im Einzelfall relativ hoch, zumal die betreffenden Vermögensteile ihrem absoluten Betrag nach verhältnismässig klein sind. Mit Ausnahme von Kassenbestandsveränderungen fallen bei nahezu allen Vermögensanpassungen mehr oder weniger hohe Transaktionskosten an. Beim Umtausch von Obligationen in Aktien sind beispielsweise Maklerprovisionen, Wertpapiersteuern und Telefongebühren zu entrichten. Bei staatlich geförderten Vermögensanlagen muss gegebenenfalls mit einer Rückerstattung von Prämien oder Steuernachzahlungen gerechnet werden. Bei Immobilien, dem quantitativ bedeutsamsten Realkapitalbestand der breiten Bevölkerung, werden beim Erwerb Notariatsgebühren, Grunderwerbssteuerzahlungen und weitere Kosten fällig.[2] Im Bereich der dauerhaften Konsumgüter schlagen diese Kosten insbesondere beim Versuch eines vorzeitigen Bestandsabbaus zu Buche, da die vielfach geringen Wiederverkaufsmöglichkeiten von Gebrauchsgütern in der Regel zu hohen Preisabschlägen zwingen. Eine Verminderung dieser Kapitalbestände wird in der Realität im wesentlichen durch eine unterlassene Ersatznachfrage erfolgen.

Ausserdem tritt beim Realkapital der Konsumenten das Problem der Unteilbarkeit der meisten Gebrauchsgüter hinzu. Ein vollkommener Ausgleich der Grenzerträge wird demnach nicht mög-

---

1 Neubauer (Strategien) S. 56

2 Vgl. Jarchow (Geldtheorie) S. 257 f.

lich sein. Dies beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit eines Modells, das auf marginalen Anpassungsschritten aufgebaut ist, natürlich erheblich.[1]

Wie aus den bisherigen Erörterungen hervorgeht, sind die grundlegenden Wirkungsvoraussetzungen für einen umfassenden und schnell wirkenden Substitutionsprozess in der Vermögenssphäre der Konsumenten nicht sehr günstig. Der relative Preismechanismus wird erst nach dem Überschreiten "kritischer Schwellen" in Gang kommen, schwerfällig und stockend ablaufen und mit einem erheblichen Zeitbedarf verbunden sein. Meist werden die Haushalte die zwischendurch anfallenden (Opportunitäts-) Kosten eines nicht optimalen Portfolios geringer bewerten als die Kosten einer überstürzten Anpassung.[2]

Auch wenn man von diesen Problemen einmal absieht und einen funktionierenden Anpassungsmechanismus unterstellt, ist nicht sicher, ob die Zentralbank auf diesem Wege die Konsumnachfrage in ihrem Sinne beeinflussen kann. Die Wirkung von Zinsänderungen ist nämlich nur dann gewährleistet und im voraus kalkulierbar, wenn die sonstigen Erträge und Preise der einzelnen Vermögensobjekte kurzfristig konstant sind.

Davon kann jedoch nicht ausgegangen werden. Die Liquiditätsdienste der Kasse und sonstiger geldnaher Vermögen können in wechselnden Konjunkturlagen unterschiedlich hoch eingeschätzt werden. Abnehmende Präferenzen für einzelne Gebrauchsgüter führen zu einer geringeren Inanspruchnahme der daraus fliessenden Dienstleistungen und mindern die entsprechenden Ertragsraten. Die Folge sind ein Bestandsabbau und ein damit verbundener Nachfragerückgang. In die gleiche Richtung wirkt ein sich wandelndes Verhältnis zwischen den Preisen für dauerhafte Konsumgüter und den Marktpreisen für adäquate Dienstleistungen bzw. Mieten. Neben den Renditen wirken Wertänderungen auf die Position einzelner

---

1 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 158
2 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 158

Kapitalgüter im Haushaltsportfolio ein. Eine intensive Nutzung dieser Güter erhöht den Verschleiss und senkt ihren Wert und damit ihren pekuniären Ertrag. Technische Neuentwicklungen und modischer Wandel haben den gleichen Effekt. Strukturwandlungen auf dem Arbeitsmarkt können die human-capital-Ausstattung der Konsumenten vorzeitig entwerten. Gesundheitsaufwendungen zur Erhaltung der Arbeitskraft entziehen sich gänzlich der wirtschaftspolitischen Einflussnahme.[1]

Diese und ähnliche Anstösse aus dem nichtmonetären Bereich gehen in das Spiel der relativen Preise ein und können die Auswirkungen geldpolitischer Impulse weitgehend kompensieren, bisweilen sogar gegenteilige, prozyklische Nachfrageentwicklungen auslösen. Für die Beurteilung der geldpolitischen Einflussmöglichkeiten kommt erschwerend hinzu, dass sich dieser diffizile, schwer nachzuvollziehende Übertragungsprozess in der Realität kaum überprüfen lässt.[2]

Schwerer als die bislang referierten Hemmnisse und Unwägbarkeiten, die sich einer von der Geldpolitik gewünschten Vermögensanpassung der Haushalte entgegenstellen, wiegt jedoch die Tatsache, dass die Konsumenten zumindest in der Bundesrepublik Deutschland über keinen entsprechenden Besitz an kursempfindlichen Wertpapieren verfügen.[3] Damit entzieht sich das Haushaltsvermögen weitestgehend dem direkten Zugriff der Notenbank. Die Verzinsung der Bankeinlagen, die den grössten Teil des Finanzvermögens der breiten Bevölkerung ausmachen[4], unterliegt demgegenüber nur dem indirekten Einfluss der Geldpolitik. Dabei ist die Mitwirkung der Banken notwendig, welche die primären monetären Impulse der Notenbank an die Haushalte weitergeben müssen.

Ob derartige Zinseffekte auf sich allein gestellt genügen, um den oben beschriebenen Substitutionsprozess auszulösen, ist indessen fraglich. Im Gegensatz zu einer Veränderung

---

1 Vgl. dazu Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 159 ff.
2 Duwendag (Theoretische Grundlagen) S. 133
3 Strümpel (Effekte) S. 130
4 Vgl. Quistorp (Geldvermögen der Sparer) S. 382 ff.

der Wertpapierkurse, die den Status und die Rendite des Vermögens unmittelbar berühren, sind die Auswirkungen von Zusatzvariationen bei Bankeinlagen für den Konsumenten nicht sofort spürbar. Viele Geldvermögensbesitzer werden ihrer sicherlich erst bei der jährlichen Zinsabrechnung bewusst. Dazu kommt, dass zinsbewusste Sparer meist längerfristige Anlageformen bevorzugen, die kurzfristig nicht anderweitig verausgabt werden können. Nicht zuletzt steht dem auch die Interessenlage der Kreditinstitute entgegen. Obgleich diese auf einen expansiven Kurs der Notenbank im allgemeinen sehr schnell mit einer Rücknahme der Habenzinssätze reagieren, werden sie darüberhinaus die Sparer wohl kaum zu einer Auflösung ihrer Guthaben animieren, sondern vielmehr bemüht sein, diese über die Inanspruchnahme eines Kredites zu zusätzlichen Ausgaben zu bewegen. Werden mit den Krediten langlebige Gebrauchsgüter finanziert, dann kommt ein solches Verbraucherverhalten der einfachen Vermögensumschichtung sehr nahe: Einem Rückgang des finanziellen Nettovermögens steht eine Zunahme des realen Konsumentenkapitals gegenüber.

In der geldpolitischen Literatur wird, soweit Konsumentenkredite im Rahmen der Theorie der relativen Preise Beachtung finden, indessen auf einen anderen Effekt hingewiesen. Erhöht die Notenbank im Rahmen einer Zinssenkungspolitik über steigende Wertpapierkurse das liquide Vermögen der Haushalte, dann wird ein Teil von ihnen diese zusätzlichen Mittel zur Rückzahlung bereits bestehender Konsumentenschulden verwenden.[1] In diesem Falle führt ein steigendes Geldvermögen zu keinen zusätzlichen Ausgaben. Der geldpolitische Impuls verpufft. Diese Reaktion erscheint auch dann wahrscheinlich, wenn die Verbraucher anstelle steigender Wertpapierkurse lediglich mit sinkenden Zinsen für ihre Bankeinlagen konfrontiert werden. Da nach den bisherigen Erfahrungen die Banken die Habenzinsen sehr rasch, die Sollzinsen dagegen erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung herabsetzen, erhöht sich auch

1 Brunner (Neuformulierung) S. 9

hier der Anreiz, aufgenommene Kredite vorzeitig zurückzuführen.

"Die Schuldentilgung fällt dabei zeitlich mit einem erhöhten Kreditangebot zusammen und senkt somit den Zinssatz für Bankkredite."[1] Daraus ist zu schliessen, dass die Monetaristen, obwohl sie vordergründig die Aspekte der Kreditaufnahme vernachlässigen, unterschwellig von einem wirksamen Kreditkostenmechanismus ausgehen. Dies entspricht auch dem Grundgedanken der Portfoliomodelle, in welche sich kreditfinanzierte Konsumgüter ohne weiteres einfügen lassen.[2] Ihre Erträge sind zwar um die Zinszahlungen und die Minderung des liquiditätsbedingten Nutzens zusätzlich geschmälert, da die Gefahr der Illiquidität angesichts verpflichtender Schuldenraten grösser ist, was einen Kreditkauf auf den ersten Blick wenig attraktiv erscheinen lässt.[3] Dieser Minderertrag fällt allerdings weniger ins Gewicht, wenn bei den anderweitig finanzierten Gütern Opportunitätskosten in Höhe des Zinsertrags und des Liquiditätsnutzens der aufgelösten Ersparnisse in Abzug gebracht werden. Diese Überlegungen spielen indessen für diejenigen Verbraucher keine Rolle, die zumindest kurzfristig über keine alternativen Finanzierungsmittel verfügen. In diesem Fall ist es der Notenbank möglich, allein über die Kosten der Kreditfinanzierung eine Veränderung der relativen Erträge herbeizuführen.

In Portfoliomodellen beeinflussen also parallel die Haben- und Sollzinsen die Gebrauchsgüternachfrage.[4] Demzufolge verbessern Konsumkredite die Wirksamkeit des relativen Preismechanismus, zumal unter deutschen Verhältnissen reine Vermögenseffekte aufgrund veränderter Wertpapierkurse nahezu ausgeschlossen werden können.

---

1 Brunner (Neuformulierung) S. 9
2 Vgl. dazu Dunkelberg (Debt in the Consumer Portfolio) S. 598 ff.
3 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 168 f.
4 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 169

3.4.3. Direkte Vermögenseffekte und die Nachfrage nach nicht dauerhaften Konsumgütern

Ob diese Effekte einen wirksamen Hebel der Geldpolitik zur Beeinflussung des nicht dauerhaften Konsums darstellen, hängt erstens davon ab, wie man den Zusammenhang zwischen Vermögen und Konsum im einzelnen erklärt, und zweitens, in welchem Umfang die Notenbank auf die relevanten Vermögensteile einwirken kann.[1]

Die gemeinsame Basis der verschiedenen Ansätze der neueren Konsumtheorie ist die triviale Tatsache, dass Konsumkäufe und Vermögensbildung alternative Verwendungen des Einkommens darstellen. Die Anschaffungen dauernafter Konsumgüter werden, obwohl diese eine Vermögensentscheidung darstellen, dabei nicht berücksichtigt. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen der Ausstattung der Haushalte mit finanziellen Aktiva und den laufenden Konsumausgaben.[2] Die wichtigsten diesbezüglichen Erklärungsansätze sind:

- die Friedman'sche Konsumtheorie
- die Lebenszyklushypothese des Konsums sowie
- die Konsumerklärung von Ball und Drake

Sie werden nachfolgend in der gebotenen Kürze dargestellt und auf ihre Aussagen bezüglich der geldpolitischen Vermögenseffekte überprüft.

In der Friedman'schen Konsumtheorie wird das Vermögen in seiner weitesten Abgrenzung als Quelle des Einkommens und damit als Bestimmungsfaktor des Konsums betrachtet.[3] Entscheidend für die individuellen Fähigkeiten zur Einkommenserzielung sind die Art der Ausbildung und der Persönlichkeit wie auch die Höhe des vorhandenen Bestandes an Geld- und Sachvermögen.[4] Die Haushalte passen ihre Konsumausgaben jedoch nicht an die kurzfristigen Schwankungen des

---

1 Pohl (Transmissionsmechanismen) S. 12 ff.

2 Vgl. Westphal (Konsumgüternachfrage) S. 148 f.

3 Friedman (Optimale Geldmenge) S. 79

4 König (Konsumfunktionen) S. 518

laufenden Einkommens an, sondern orientieren ihr Konsumniveau an einem erwarteten Durchschnittswert, dem sogenannten permanenten Einkommen.[1] Folglich verändern sich die Konsumausgaben allenfalls auf längere Sicht und entziehen sich damit dem Einfluss kurzfristiger Vermögenseffekte.

Nach den Vorstellungen Friedmans ist das permanente Einkommen aber nicht allein für die Höhe des von den einzelnen Individuen gewünschten Vermögensbestandes verantwortlich.[2] Demnach werden kurzfristige Variationen des Vermögensbestandes von den Konsumenten nicht hingenommen. Über ein verändertes Ausgabeverhalten werden der Umfang des tatsächlichen mit dem des gewünschten Vermögens in Einklang gebracht. Auf diesen Überlegungen beruhen die von Friedman postulierten Ausgabeneffekte einer Geldmengenveränderung seitens der Notenbank. Diese treten nämlich nur dann ein, wenn die Konsumenten einen im Zeitablauf unveränderten Vermögensbestand, insbesondere aber eine konstante Geldnachfrage anstreben.

Zwischen der dargelegten Konsumhypothese einerseits und der Vermögenshypothese andererseits besteht jedoch ein fundamentaler Widerspruch. Bei Gültigkeit der permanenten Einkommenshypothese des Konsums führen kurzfristig schwankende Einkommen zu unerwünschten Vermögensänderungen. Die unterstellten Anpassungsreaktionen auf einen monetären Impuls haben hingegen Konsumgüterkäufe zur Folge, die mit der permanenten Einkommenshypothese nicht erklärt werden können.[3]

Die Ableitung einer konstanten Geldnachfrage aus dem permanenten Einkommen steht gleichfalls auf tönernen Füssen. Friedman selbst hält Situationen für denkbar, in denen die Wirtschaftssubjekte einen grösseren Bruchteil ihres Vermögens in Geld halten wollen als bisher. Ihre Geldhaltung im Verhältnis zum Einkommen wird ansteigen, wenn sie beispielsweise einer im Vergleich zu sonst aussergewöhnlich hohen Unsicher-

---

1 Westphal (Konsumgüternachfrage) S. 150

2 Westphal (Konsumgüternachfrage) S. 150

3 Vgl. Westphal (Konsumgüternachfrage) S. 150 f.

heit ausgesetzt sind.[1] Dies wird auch in Rezessionsphasen zutreffen. In solchen Fällen bleibt eine von der Zentralbank ausgeweitete Geldmenge in einer höheren Kassenhaltung hängen. Folglich reagiert die Nachfrage, insbesondere nach nicht dauerhaften Konsumgütern und Dienstleistungen auf einen derartigen monetären Impuls nicht. Eine Möglichkeit, die selbst von monetaristischer Seite nicht ausgeschlossen wird.[2]

Vor diesem Hintergrund betrachtet Neubauer das permanente Einkommen als eine besonders unbefriedigende Erfindung, mit der man für die Geldpolitik nichts gewinnt.[3]

Ein weiterer Kritikpunkt an der Neoquantitätstheorie, der insbesondere aus deutscher Sicht gerechtfertigt erscheint, betrifft den Vorgang der Geldmengenveränderung. Friedman lässt diese Frage offen; in seiner Modellwelt fällt das Geld vom Himmel.[4] In der Realität setzt eine Geldmengenvariation aber voraus, dass die Wirtschaftssubjekte, im vorliegenden Fall vor allem die privaten Haushalte, über grosse Bestände an fungiblen Schuldtiteln verfügen. Dazu stellt Neubauer fest, "dass im deutschen Nichtbankensektor kein Berg an disponiblen, locker sitzenden Papieren existiert, der dazu einladen könnte, durch Aktivtausch im grossen Stile Geld zu schaffen oder zu vernichten."[5]

Die offenkundigen Schwächen der Friedmanschen Konsumtheorie und der dabei unterstellten Vermögenseffekte lenkten den Blick der Geldtheoretiker auf die Lebenszyklushypothese des Konsums von Ando, Brumberg, Modigliani.[6] Diese gehen davon aus, dass die Haushalte ihr gesamtes Vermögen für die Finan-

---

1 Friedman (Optimale Geldmenge) S. 84 ff.
2 Friedman (Nicht-Kontroverse) S. 137
3 Neubauer (Unmöglichkeit) S. 164
4 Friedman (Optimale Geldmenge) S. 14 ff.
5 Neubauer (Unmöglichkeit) S. 167
6 Vgl. Friedman (Nicht-Kontroverse) S. 138
Pohl (Transmissionsmechanismen) S. 12

zierung ihrer Konsumausgaben verwenden und diese entsprechend einer bestimmten zeitlichen Konsumpräferenz auf ihre restliche Lebenszeit aufteilen. Das Vermögen umfasst den Gegenwartswert des Stroms der zukünftigen Arbeitseinkommen sowie den Bestand an Geld- und Realvermögen.[1]

Ein Anstieg der Zinsen reduziert tendenziell den abdiskontierten Wert der zukünftigen Einkommen und erhöht damit den Anteil zukünftiger Ausgaben am unverändert bleibenden Gesamtkonsum aller Planungsjahre. Ein kursbedingter Anstieg des Vermögenswertes bei unverändertem Zinssatz erhöht indessen den Gesamtkonsum bei gleichbleibender Zeitpräferenz.[2] Diese Effekte sind zumindest in der Theorie plausibel. Ob sie aber in der Realität zutreffen, ist fraglich, da die Lebenszyklushypothese von sehr einschränkenden Prämissen ausgeht. Sichere Erwartungen, invariante Nutzenfunktionen, vollkommene Märkte und die sehr langen Planungshorizonte sind wirklichkeitsferne Annahmen.[3]

Gegen die Lebenszyklushypothese des Konsums werden interessanterweise auch die Unvollkommenheiten des Kreditmarktes ins Feld geführt[4]. Diese erschweren dem Konsumenten den Vorgriff auf zukünftige Einkommen. Ob diese Einschränkung aber auch heute noch gilt, muss bezweifelt werden. Dagegen spricht zumindest die Beobachtung, dass gerade junge Familien, deren Einkommen noch gering ist, aber mit zunehmendem Alter rasch ansteigt, besonders häufig Kredite zu Konsumzwecken aufnehmen. Das anwachsende Konsumentenkreditgeschäft verbessert demzufolge die Wirkungsbedingungen der Lebenszyklushypothese und erweitert darüberhinaus den geldpolitischen Einfluss auf die intertemporäre Konsumplanung.

---

1 Vgl. Westphal (Konsumgüternachfrage) S. 155

2 König (Normaleinkommenshypothese) S. 170

3 Vgl. König (Normaleinkommenshypothese) S. 170 f., Westphal (Konsumgüternachfrage) S. 156

4 König (Normaleinkommenshypothese) S. 171

Eine Gegenposition zur Lebenszyklushypothese nimmt die Konsumerklärung von Ball und Drake ein. Nach ihrer Ansicht, streben die Haushalte in einer Welt unsicherer Erwartungen, unvorhergesehener Einkommenseinbussen und sporadisch auftretender unabweisbarer Konsumausgaben ein gewisses liquides Vermögen an.[1] Ein steigender Lebensstandard geht einher mit dem Wunsch nach einem höheren Vermögen. Nach mikroökonomischen Vorstellungen wählen die Haushalte eine Vermögens--Konsum-Relation, bei der sich die positiven Grenznutzen des Konsums und des Vermögens gerade ausgleichen. Liegt gleichzeitig eine linear homogene Nutzenfunktion vor, entwickeln sich Konsum und Vermögen stets proportional zueinander.[2]

Ausgabenwirksame Vermögenseffekte seitens der Geldpolitik sind auch nach diesem Erklärungsansatz wenig wahrscheinlich. Eine wichtige Voraussetzung wäre wiederum eine im Zeitablauf stabile Nachfrage der Konsumenten nach Geldvermögen. Davon kann aber gerade bei der besonderen Hervorhebung des Vorsichtsmotivs nicht ausgegangen werden. Im konjunkturellen Abschwung und in der Rezession werden die Haushalte aus Sicherheitsgründen einen grösseren Bestand an leicht liquidisierbaren Vermögen halten wollen als in Zeiten der Hochkonjunktur. Die prozyklische Entwicklung der Sparquote illustriert dieses Verhalten augenfällig. Eine Erhöhung der Wertpapierkurse durch die Zentralbank, die einhergeht mit sinkenden Zinsen, kann allenfalls die Anpassung der Haushalte an einen gewünschten höheren Vermögensbestand erleichtern und somit die prozyklischen Ausschläge des Konsums dämpfen. Ein solcher Zugriff der Geldpolitik ist allerdings nur dann wirksam, wenn breite Bevölkerungskreise über einen entsprechenden Besitz an Risikovermögen verfügen. Diese Voraussetzung ist in der Bundesrepublik zur Zeit noch nicht gegeben.[3]

---

1 König (Konsumfunktion) S. 523
2 Westphal (Konsumgüternachfrage) S. 156
3 Strümpel (Effekte) S. 130

3.4.4. Die Theorie der relativen Preise und das Angebot an Konsumentenkrediten

Grundsätzlich anders als bei den privaten Haushalten ist der relative Preismechanismus im Kreditbankensektor zu beurteilen. Die Wirkungsvoraussetzungen sind hier ungleich besser:

- Die Vermögensanpassungen vollziehen sich ausschliesslich im Bereich der Finanzaktiva, deren Erträge mit grosser Genauigkeit ermittelt werden können.
- Aufgrund der Marktübersicht der Banken sind die Informations- und Transaktionskosten bezogen auf den einzelnen Substitutionsvorgang verhältnismässig klein.
- Schliesslich kann die Notenbank den Kassenbestand der Kreditinstitute als impulsgebendes Glied der Substitutionskette über eine Variation der Mindestreservesätze autonom verändern.

Mit aus diesen Gründen betrachten die lehrbuchmässigen Darstellungen der Theorie der relativen Preise den Bankensektor als primäres Einwirkungsfeld einer geldmengenorientierten Zentralbankpolitik.

Nach Neubauers Meinung führt die Theorie der optimalen Vermögensstruktur, angewandt auf den Bankensektor, zurück zur "Kreditpolitik" und bringe daher nichts Neues; allenfalls sei sie nützlich zur Erklärung des Bankenverhaltens.[1] Da aber Umschichtungen im Bankvermögen nicht allein den Umfang, sondern vielmehr die Struktur des Finanzierungsangebots an die übrigen Wirtschaftssubjekte verändern, eignet sich die Theorie der relativen Preise in besonderem Masse für eine gezielte Analyse des Angebotsverhaltens der Kreditinstitute im Konsumentenkreditgeschäft.

Dies unterstreichen auch die Bemühungen der Bankbetriebslehre in jüngerer Zeit. Diese versucht, unabhängig von geldpolitischen Fragestellungen, die optimalen Anlageentscheidungen

---

1 Neubauer (Strategien) S. 35, Fussnote 93

der Kreditinstitute im Wertpapiergeschäft[1], aber auch die gewinnmaximale Struktur des gesamten Banksortiments[2] unter Zuhilfenahme von Portfoliomodellen zu erklären.

Diese Ansätze lenken den Blick auf die Besonderheiten des bankbetrieblichen Zielsystems und dessen Einfluss auf die Vermögensdispositionen der Kreditinstitute. Von herausragender Bedeutung für alle markt- und wettbewerbswirtschaftlich orientierten Kreditinstitute sind dabei das Erfolgs-, das Sicherheits- und das Liquiditätsziel[3]. Da das Erfolgsziel mit dem Streben nach Gewinn- oder Rentabilitätsmaximierung der übrigen privaten Wirtschaftssubjekte identisch ist, bedarf es an dieser Stelle keiner besonderen Betrachtung. Anders liegen dagegen die Dinge beim Sicherheits- und Liquiditätsziel. Beide beruhen auf den speziellen Risiken des Bankgeschäftes. Im eigentlichen Sinne handelt es sich dabei weniger um Ziele als vielmehr um beschränkende Nebenbedingungen für die Geschäftspolitik der Kreditinstitute. Ihre strenge Beachtung wird nicht zuletzt durch die einschlägigen Vorschriften des KWG[4] und die vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen postulierten Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute sichergestellt.[5]

Portfolioentscheidungen der Banken können sich demzufolge nicht allein an der unterschiedlichen Höhe der Erträge der einzelnen Aktiva orientieren. Darüberhinaus müssen vielmehr die individuellen Risiken sowie, um die jederzeitige Zah-

---

1 Vgl. Büschgen (Planung von Wertpapierbeständen) S. 1 ff.

2 Vgl. Pitz (optimale Strukturierung des Banksortiments) S. 1 ff.

3 Vgl. Pitz (optimale Strukturierung des Banksortiments) S. 72 ff.

4 Nach §10Abs.1 KWG müssen Kreditinstitute zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern und zur Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte ein haftendes Eigenkapital halten. §13 enthält Restriktion für Grosskredite, §14 entsprechende Vorschriften für Millionenkredite.

5 Vgl. Deutsche Bundesbank (Neufassung) S. 13 ff.

lungsfähigkeit zu gewährleisten, die Struktur des Passivgeschäftes in Rechnung gestellt werden. In den einschlägigen geldtheoretischen Schriften werden diese Aspekte bislang nur unzureichend gewürdigt. Willms berücksichtigt allein die tatsächlichen und erwarteten Zinserträge[1]. Kartsaklis betont dagegen die Bedeutung der Liquiditätssicherung für das Kreditangebot der Banken.[2] Allein bei Dickheuer werden alle drei Komponenten angesprochen.[3]

Den genannten Einflüssen unterliegt auch das Kreditangebot an private Haushalte. Auch hier kommt es darauf an, wie die Kreditgeber den Ertrag und das Risiko dieser Forderungsart im Vergleich zu den anderen Aktivgeschäften beurteilen, und in welchem Ausmass diese die Liquiditätsposition der Kreditinstitute berühren. Die nähere Analyse dieser Aspekte erfolgt anhand eines vereinfachten Vermögensspektrums einer im Konsumentenkreditgeschäft tätigen Bank. Dieses umfasst Kassenbestände, Wertpapiere, Kredite an Konsumenten und Darlehen an Unternehmen.

Die Rentabilität der Konsumentenkredite ergibt sich bei allen anderen Krediten auch zu einem massgeblichen Teil aus der Höhe der Zinserträge und der Geldeinstandskosten. Beide Grössen variieren im Zeitablauf und werden von den jeweiligen Markt- und Wettbewerbsverhältnissen sowie dem Kurs der Geldpolitik bestimmt. Stellt man die damit zusammenhängenden Fragen vorerst zurück, dann sind für den Umfang alternativer Kreditangebote vor allem die jeweiligen Informations- und Transaktionskosten entscheidend.

Zu den Informationskosten zählen die Kosten der Kreditvergabe, insbesondere der Kreditwürdigkeitsprüfung und der Kreditkontrolle. Die Einführung standardisierter Kreditprogramme, die Entwicklung von Punktbewertungssystemen zur

1 Willms (Zinstheoretische Grundlagen) S. 59 ff.
2 Kartsaklis (Theoretische Untersuchungen) S. 105 ff.
3 Dickheuer (Wirkungsprozess der Geldpolitik) S. 114 ff.

Bonitätsbeurteilung und der Einsatz eletronischer Datenverarbeitungsanlagen haben den Zeit- und Arbeitsaufwand zur Informationsbeschaffung im Konsumentenkreditgeschäft erheblich reduziert.[1] Sind die kreditsuchenden Haushalte mit der kreditgewährenden Bank bereits über das Depositengeschäft und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs verbunden, sinkt der Informationsaufwand auf ein Minimum. Zusätzlich entfallen die Kosten der erstmaligen Kundenaquisitation.

Die Kosten der Kreditwerbung können als Transaktionskosten angesehen werden. Soweit sie auf bankeigenen Wegen, etwa in Form der Schaufensterwerbung oder auf Kontoauszügen und ähnlichem besorgt wird, fallen sie kostenmässig nicht ins Gewicht. Aufwendiger sind Absatzkampagnen über bankfremde Medien, wie zum Beispiel die Konsumentenkreditwerbung in Tageszeitungen und Rundfunk. Freilich ist der Kreis der Adressaten ungleich grösser. Im Vergleich zum Unternehmenskreditgeschäft ist sie jedoch weitaus weniger personalintensiv. In diesem Bereich ist eine umfassende, auf den individuellen Fall zugeschnittene Finanzierungsberatung das ausschlaggebende Moment.

Darüberhinaus sind indirekte Rentabilitätseffekte zu berücksichtigen. Das Konsumentenkreditgeschäft wird die fixen Kosten des Bankbetriebs dann nicht oder nur unwesentlich verändern, wenn dieser über ein ausgebautes Zweigstellennetz oder ein anderes Vertriebssystem sowie über im Massengeschäft geschulte Mitarbeiter verfügt.[2]

Die Erträge im Konsumentenkreditgeschäft können des weiteren erhöht werden, indem etwa Ratenkredite kleineren Umfangs und ohne ausreichende Kostendeckung durch Kontokorrentkredite ersetzt werden.

---

1 Vgl. dazu Weibel (Zur Anwendbarkeit von Punktbewertungssystemen) S. 11 ff. und S. 19 ff.; Bellinger (Verfahren der Kreditwürdigkeitsprüfung) S. 16; Büschgen (Grundriss) S. 90 ff; Richter (Verfahrenstechnik im Verbraucherkredit) S. 8 ff.

2 Vgl. dazu Cramer (Vertriebswege) S. 22 ff.

Die Sicherheit und damit auch die Risiken der Verbraucherdarlehen[1] bestimmen sich im wesentlichen aus der persönlichen Kreditwürdigkeit der kreditnehmenden Haushalte. Ihre Bonität ergibt sich aus ihrer Fähigkeit, den Zins- und Tilgungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.[2] Die Schwankungen der Löhne und Gehälter im Konjunkturverlauf, insbesondere die Gefahr der Arbeitslosigkeit im Falle einer Rezession, dienten lange Zeit als Beleg für ein überdurchschnittliches Ausfallrisiko bei Konsumentenkrediten.[3] Die jüngeren Erfahrungen der im Konsumentenkreditgeschäft tätigen Institute haben diese These jedoch nicht bestätigt.[4] Vorsichtige Beleihungsgrundsätze der Kreditgeber, die soziale Absicherung der unselbständig Tätigen bei Verlust des Einkommens, wie auch die vielfach vorhandene Rückgriffsmöglichkeit auf mehr oder weniger leicht liquidierbare Vermögen versetzen die kreditnehmenden Haushalte in die Lage, ihren Verpflichtungen jederzeit nachzukommen.[5] Überdies setzt sich das gesamte Massenkreditgeschäft aus einer Vielzahl kleiner und kleinster Kreditbeträge zusammen. Dies gewährleistet eine weitgehende Risikostreuung. Wenn irgendwann und irgendwo innerhalb der Massenkundschaft eine Zahlungsinsolvenz auftritt, sind die Kreditverluste infolge der kleinen Stückelung von vorneherein auf geringe Beträge begrenzt.[6] Die bereits erwähnten Kreditbeur-

---

1 Einen Überblick über die verschiedenen Risiken im Konsumentenkreditgeschäft gibt Keller (Problem des Kreditgebers) S. 43 ff.

2 Wittgen (Kreditverkehr) S. 277

3 Vgl. Lutz (Konsumentenkredite) S. 95; zudem wird geltend gemacht, dass sich die von den Konsumenten gestellten Sicherheiten ungleich schlechter realisieren liessen als diejenigen der gewerblichen Kreditnehmer.

4 Das totale Ausfallrisiko ist minimal, allenfalls kommen Verzögerungen in der zeitlichen Erfüllung der Ratenverpflichtungen vor. Hagenmüller/Diepen (Bankbetrieb) S. 935

5 Vgl. Schneider (Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit) S. 20. Die Kreditbedingungen werden in der Praxis so festgelegt, dass die monatlichen Raten in der Regel die Hälfte des frei verfügbaren Einkommens nicht übersteigen. Nach den Erfahrungen der Kundenkreditbank (KKB) lagen im Jahre 1974, in dem ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, weder Mahnungen noch Stundungen über den sonst üblichen Werten.

6 Kaminsky (Kundenstruktur) S. 8

teilungssysteme erlauben darüberhinaus eine relativ genaue Kalkulation wie auch Streuung der zu erwartenden Risiken.[1] Konsumentenkredite sind demnach gerade im Abschwung kaum stärker, wahrscheinlich sogar viel weniger gefährdet als Kredite an Unternehmen.[2]

Unter Liquiditätsgesichtspunkten ist die im Vergleich zu anderen Krediten kurze durchschnittliche Bindungsdauer der Konsumentenkredite besonders attraktiv. Nicht zuletzt fördern gerade die Ratenkredite den schnellen Umschlag der hinausgelegten Mittel und bewirken einen ständigen Rückfluss an Liquidität.

Die gesetzlichen Liquiditäts- und Kapitalstrukturregeln begünstigen die Konsumentenkredite insoweit, als sie die Kredite an gewerbliche Kreditnehmer diskriminieren, da letztere in der Regel längerfristig und in grösseren Einzelengagements gewährt werden.

Unter Berücksichtigung der vorausgegangenen Überlegungen lässt sich nunmehr ein modifizierter Transmissionsprozess auf der Basis der relativen Preise durchspielen, bei dem das Angebot an Konsumentenkrediten explizit berücksichtigt wird. Ausgangspunkt ist eine expansive Geldpolitik im konjunkturellen Abschwung. Der monetäre Impuls geschieht über eine Rücknahme der Mindestreservesätze. Infolgedessen steigen die Barmittel der Banken über das von ihnen gewünschte Niveau. Erste Anpassungsreaktionen vollziehen sich nach wie vor im Bereich der Wertpapieranlagen. Die angestrebte Erhöhung dieser Bestände führt sehr schnell zu Kurserhöhungen und sinkenden Renditen. Zusätzlich treten in dieser Situation bei Wertpapieren nicht unerhebliche Kursrisiken auf.[3]

Aufgrund der vergleichsweise niedrigen Kosten, einschliesslich der Kosten für mögliche Ausfallrisiken, und den in der

---

1 Vgl. Weibel (Zur Anwendbarkeit von Punktbewertungssystemen) S.13
2 Nöll von der Nahmer (Teilzahlungskredit) S. 41
3 Cramer (Sonderangebot Kredit) S. 31

Ausgangsphase noch hohen Zinsen, werden die Kreditinstitute gleichfalls sehr kurzfristig das Kreditangebot an die privaten Haushalte, mit denen sie bereits eine Geschäftsverbindung unterhalten, erhöhen.[1] Diese haben in dieser Konjunkturlage einen tendenziell steigenden Kreditbedarf. Zum einen werden Ersatzbeschaffungen von langlebigen Gebrauchsgütern, die aufgrund der schlechten Wirtschaftslage hinausgeschoben wurden, dringender, zum anderen werden die Konsumenten ihre Altverschuldung aus früheren Zeiten verstärkt reduziert haben.

Um eine spürbare Ausweitung des Konsumentenkreditbestandes zu erzielen, muss die Nachfrage nach diesen Krediten über eine sukzessive Rücknahme der Zinssätze und sonstigen Kreditbedingungen belebt werden. Sobald der erste Kreditbedarf der eigenen Kundschaft befriedigt ist, werden zunehmende Werbemassnahmen erforderlich, teils um neue Kreditkunden zu gewinnen, zu denen bislang keine Geschäftsverbindung bestand, teils um neue Kreditwünsche zu wecken. Da über kurz oder lang sämtliche im Konsumentenkreditgeschäft tätigen Institute diesen Weg beschreiten, bewirkt der steigende Wettbewerb einen zusätzlichen Zinsverfall. Die überproportional steigenden Kosten der Information (z.B. Prüfung der Kreditwürdigkeit) und Transaktion (z.B. Werbung) wie auch das konkurrenzbedingte Sinken der Zinsen führen im weiteren Verlauf zu einem raschen Rückgang der Grenzerträge im Konsumentenkreditgeschäft.

Unter kurzfristigen Ertragsgesichtspunkten werden sich Kreditinstitute verstärkt anderen Anlagemöglichkeiten zuwenden und vor allem die Kreditvergabe an Unternehmen forcieren, zumal konsumnahe Branchen, infolge der zunächst einsetzenden Verbrauchskonjunktur, zunehmend bessere Kreditnehmercharakteristika aufweisen.

---

1 Vgl. Cramer (Sonderangebot Kredit) S. 31

Diese Schwerpunktverlagerung im bankbetrieblichen Kreditangebot ist jedoch nicht sicher. Denkbar ist auch, dass bei besonderer Berücksichtigung der langfristigen Ertragsentwicklung kurzfristige Gewinneinbussen im Konsumentenkreditgeschäft bewusst in Kauf genommen werden. Dahinter steht die Erwartung, dass die zusätzlich gewonnenen neuen Kreditnehmer in der nachfolgenden Restriktionsphase Spareinlagen bilden, welche die Refinanzierungsmöglichkeiten des Bankinstitutes verbessern.[1]

Im Gegensatz zur expansiven Geldpolitik, bei welcher die Banken im Kreditgeschäft das Angebot an Konsumentenkrediten besonders schnell erweitern, werden sie bei einem kontraktiven Kurs der Notenbank Einschränkungen dieser Kredite mit grosser Wahrscheinlichkeit hinausschieben - wenn nicht gar ganz zu vermeiden suchen. Der Grund wird darin zu suchen sein, dass eine Ablehnung der Kreditwünsche seitens der Konsumenten ungleich weniger verstanden wird als von Unternehmenskunden. Ein damit verbundener Vertrauensverlust des Kreditinstitutes seitens der Verbraucher würde die aufwendigen Aquisitionsbemühungen mit einem Schlag zunichte machen.

Trifft vorstehend skizziertes Angebotsverhalten der Banken im Konsumentenkreditgeschäft zu, und dafür sprechen ja einige gute Gründe, dann würde dies die Effizienz der Geldpolitik im expansiven Einsatz beträchtlich erhöhen. Dämpfenden Massnahmen der Notenbank wäre hingegen weniger Erfolg beschieden als in einer Situation ohne Konsumentenkredite. Die Asymetrie der monetären Konjunkturpolitik wird durch diese gegensätzlichen Auswirkungen jedoch tendenziell abgebaut.

---

1 Cramer (Sonderangebot Kredit) S. 31

3.5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Nach der vorausgegangenen Diskussion der wichtigsten monetären Transmissionsmechanismen wird man davon ausgehen können, dass ein direkter Einfluss der Geldpolitik auf die Konsumgüternachfrage nur über eine Veränderung der Bedingungen, unter denen Konsumentenkredite gewährt werden, möglich ist.[1]

Wie gezeigt wurde, bietet die Vermögensposition der privaten Haushalte für sich allein genommen keinen erfolgversprechenden Ansatzpunkt der Geldpolitik zur unmittelbaren Beeinflussung des Konsums. Die institutionellen Wirkungsvoraussetzungen der monetaristischen Transmissionskonzepte sind zumindest in der Bundesrepublik Deutschland denkbar schlecht. Hierzu stellt Neubauer zutreffend fest:

> "In der Bundesrepublik kann und muss die Zentralbankpolitik bis auf weiteres ihr Hauptaugenmerk auf die Bankkreditexpansion richten. Wenn wir nicht daran glauben, dass mittels der liquiditäts- und vor allem der zinspolitischen Instrumente die Bankkreditexpansion gesteuert werden kann, dann haben wir auch keinen Grund zum Glauben an die Steuerbarkeit der Geldmenge. Glauben wir aber an die Steuerbarkeit der Bankkredite, so müssen wir auch an die Steuerbarkeit der kreditfinanzierten Ausgaben für Güter glauben. Denn die allermeisten Kredite dienen der Finanzierung von Güterkäufen. Das aber hiesse auf eine viel mächtigere Wirkung der Geld- und Kreditpolitik vertrauen, als sie von Kassenbestandsänderungen ausgehen könnte."[2]

Ob aufgrund der andersgearteten amerikanischen Verhältnisse eine gegenteilige Beurteilung dieser am Vermögen orientierten Übertragungsmechanismen zu rechtfertigen ist, muss bezweifelt werden. Selbst die von dort stammenden Vertreter der monetaristischen Theorie gehen davon aus, dass verringerte Zinssätze und niedrigere Kreditkosten infolge einer Geldmengenerhöhung primär die Nachfrage nach Gütern stimulieren, die mit Hilfe von Krediten gekauft werden.[3] Dazu gehören auch die dauerhaften Gebrauchsgüter. Allein die Nachfrage nach

---

1 Ehrlicher (Systemzusammenhang) S. 71

2 Neubauer (Unmöglichkeit) S. 170

3 Mayer (Monetarismus) S. 20

nicht dauerhaften Konsumgütern, insbesondere solche des täglichen Bedarfs, die im allgemeinen nicht mit Krediten finanziert werden, bleibt demnach von monetären Impulsen unberührt.

Es wäre aber verfehlt, aus dem oben Gesagten auf die Nichtexistenz jeglicher Vermögenseffekte zu schliessen. Zweifelsohne können Geldmengen-, Vermögens- bzw. Zinsstrukturveränderungen zusätzlich auftreten und die Wirkungen der Kreditmechanismen verstärken und ergänzen.[1] Darüberhinaus beeinflusst eine Veränderung des Vermögensstatus der privaten Haushalte den Kreditspielraum derselben, da Erhältlichkeit und Bedingungen eines Kredits wesentlich von dem Gegenwartswert der Aktiva eines Schuldners mit abhängen.[2]

Folglich sind die Konsumentenkredite das entscheidende Bindeglied zwischen geldpolitischen Massnahmen und dem privaten Konsum. Einen Überblick über den entsprechenden geldpolitischen Wirkungszusammenhang vermittelt Abb.2.

Über die Gesamtwirkungen des geldpolitischen Instrumenteneinsatzes informieren monetäre Indikatoren. Diese müssen im Idealfall so beschaffen sein, dass zwischen ihnen und dem Kurs der Geldpolitik ein ausschliesslicher und eindeutiger Zusammenhang besteht und Einflüsse aus dem privaten Sektor ausgeschaltet werden. Den Konsumentenkrediten als monetäre Transmissionsvariable wird eine Zwischenzielfunktion zugewiesen. Im allgemeinen haben monetäre Zwischenziele die Eigenschaft, dass sie nicht mehr den absoluten, sondern nur noch den relativen Einfluss der Geldpolitik anzeigen. Mitbestimmend ist in diesem Fall das Verhalten der Geschäftsbanken als Kreditgeber und der privaten Haushalte als Kreditnehmer. Darüberhinaus kommen Impulse der Fiskal- und Lohnpolitik ins Spiel.[3]

---

1 Neubauer (Unmöglichkeit) S. 170

2 Strümpel (Effekte) S. 130

3 Zur Indikator- und Zwischenzielproblematik vgl. Neumann (Zwischenziele und Indikatoren) S. 409 ff; Siebke/Willms (Theorie) S. 168 ff., aber auch Abschnitt 5.2.1.

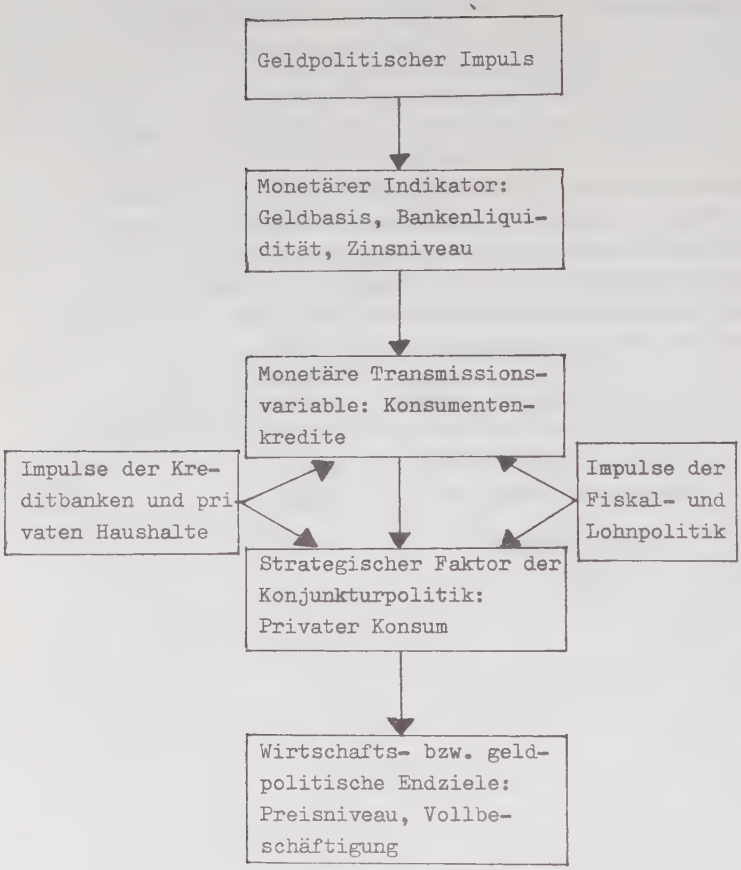


Abb. 2: Geldpolitische Wirkungskette zwischen monetärem Impuls und privatem Konsum.

Wie die entsprechenden Überlegungen zum Liquiditätsmechanismus und im Rahmen derTheorie der relativen Preise gezeigt haben, hat die Zentralbank das Kreditangebot an die privaten Haushalte vergleichsweise gut im Griff.

Anders sieht es dagegen mit der Kreditnachfrage aus. Hierauf wirken neben den Kreditkosten und den weiteren Kreditbedingungen eine Vielzahl anderer ökonomischer Determinanten ein, auf welche die Geldpolitik oft nur einen indirekten Einfluss besitzt. In der Regel wird angenommen, dass der Nachfrage nach Verbraucherkrediten im wesentlichen dieselben Bestimmungsfaktoren zugrunde liegen wie dem Konsum. Dazu zählen nach allgemeiner Übereinstimmung:

- Höhe und Verteilung des Einkommens
- Preisniveau sowie erwartete Änderung der Preise
- Höhe, Struktur und Ertrag des privaten Finanz- und Realvermögens
- Kreditbedingungen
- Bedarfsstruktur der privaten Haushalte
- Bevölkerungsstruktur
- Absatzpolitik der Anbieter
- Soziale Sicherung
- Erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung[1]

Nach Schimanski erfolgt "die Beeinflussung der Kreditnachfrage durch die verschiedenen Determinanten entweder unmittelbar oder aber mittelbar über die Veränderung der Konsumgüternachfrage."[2]

Da Kredite selbst keine Bedürfnisse befriedigen, werden sie nie um ihrer selbst willen aufgenommen. Hinter einer Kreditnachfrage steht daher immer der Wunsch zum Erwerb bestimmter Güter. Damit stellt sich die Frage nach den Kausalbeziehungen zwischen Kreditbedingungen, Kreditaufnahme und Konsum. Die

---

1 Für den Konsum vgl. Knorring (Makroökonomische Konsumtheorie) S. 289, Woll (Volkswirtschaftslehre) S. 272, Stobbe (Gesamtwirtschaftliche Theorie) S. 521. Für die Konsumentenkredite vgl. Schimanski (Theorie) S. 35 und S. 53

2 Schimanski (Theorie) S. 4

sind für die Einwirkungsmöglichkeiten der Geldpolitik auf die konjunkturelle Entwicklung des privaten Verbrauchs von ausschlaggebender Bedeutung.

Eine Reihe von Autoren sehen in der Höhe und Entwicklung des zukünftig erwarteten verfügbaren Einkommens die massgebliche Determinante für die Nachfrage nach Konsumentenkrediten.[1] Daraus wird auf einen prozyklischen Verlauf der Konsumentenkreditgeschäfte geschlossen und die Forderung nach speziellen Instrumenten zur Regulierung der Teilzahlungskredite abgeleitet. Diese Hypothesen bedürfen einer eingehenden Überprüfung und Bewertung.

---

1 Vgl. Lutz (Konsumentenkredite) S. 85 f., Humphrey (Instalment Credit) S. 11, Kehl (Universalbank) S. 48

3.6. Exkurs: Möglichkeiten und Grenzen einer besonderen Konsumentenkreditpolitik

Die weitverbreitete Ansicht, Konsumentenkredite seien mit dem herkömmlichen Instrumentarium der Zentralbank nicht zu steuern, legte den Gedanken nahe, die Kreditnachfrage der privaten Haushalte mit direkten Eingriffen zu manipulieren. Als Vorbild und Diskussionsgrundlage diente die amerikanische Konsumentenkreditgesetzgebung, die sogenannte Regulation W[1], die allerdings im Mai 1952 aufgehoben wurde.[2]

Das Federal Reserve Board hatte seinerzeit die Befugnis, bei Teilzahlungsverträgen zum einen die Mindestanzahlungen in Form eines an der Kaufsumme gemessenen Prozentsatzes bindend vorzuschreiben und zum andern die Höchstlaufzeiten festzulegen.[3] In einigen europäischen Ländern, wie etwa Grossbritannien, Frankreich und der Schweiz werden ähnliche Regelungen angewandt.[4] Auch der Radcliffe-Report hat sich für direkte Eingriffe in die Konditionen des Verbraucherkredits ausgesprochen.[5] In der Bundesrepublik Deutschland wurde dieses Instrument bisher nicht angewandt. Mitte der siebziger Jahre wies jedoch Köhler, wenn auch kommentarlos, auf derartige Möglichkeiten der Konsumentenkreditpolitik hin.[6]

Ein Mindestanzahlungssatz soll den Umfang möglicher Kreditkäufe begrenzen. Wird er beispielsweise bei 25 % fixiert, dann können die Konsumenten Teilzahlungsgeschäfte in vierfacher Höhe der Anzahlung tätigen. Ein erhöhter Anzahlungs-

---

1 Vgl. hierzu die Darstellung der Regulation W bei Nieschlag (Warenkredit) S. 20 ff.

2 Bosch (Konsumentenkredit) S. 503 f.

3 Nieschlag (Warenkredit) S. 20, Bosch (Konsumentenkredit) S. 504

4 Vgl. Schmölders (Geldpolitik) S. 295, Köhler (Geldwirtschaft) S. 306, Ötterli (Beitrag der Banken) S. 128

5 Vgl. Schmölders (Geldpolitik) S. 195, Jaeger (Sekundäre Finanzierungsinstitute) S. 37

6 Köhler (Geldwirtschaft) S. 301 ff.

satz würde die Kauffähigkeit und damit die maximal mögliche Kreditaufnahme reduzieren.

Des weiteren kann entweder die Zahl der Kreditrückzahlungsperioden oder ein Rückzahlungssatz in Prozenten der Kreditsumme festgesetzt werden. Daraus ergibt sich die monatliche Zins- und Tilgungsbelastung des kreditnehmenden Haushaltes. Sie sinkt, wenn die Laufzeiten verlängert oder der Rückzahlungssatz gesenkt werden.

Hinter beiden Massnahmen steht der Gedanke, dass die geldpolitische Instanz nach Massgabe des monatlich frei verfügbaren Einkommens auf die Höhe des Kreditvolumens entsprechend ihren Intentionen einwirken kann. Nach den Vorstellungen der Erfinder derartiger Regelungen können weder Anzahlung noch Amortisationsbetrag wesentlich über das laufende disponible Einkommen hinausgehen. Eine wirkungsvolle Einflussnahme ist allerdings nur möglich, wenn beide Instrumente gleichzeitig angewendet werden. Ansonsten wäre es den einzelnen Verbrauchern möglich, unter Rückgriff auf ihre Ersparnisse diesen restriktiven Vorschriften weitgehend auszuweichen. Bei alleiniger Festlegung des Mindestanzahlungssatzes können die Haushalte eine höhere Anzahlung unter Zuhilfenahme ihrer Geldvermögen leisten und damit in den Genuss eines höheren Kredits kommen. Gleiches gilt, wenn lediglich die Rückzahlungsperioden bestimmt werden. Die Konsumenten sind dann unter Umständen in der Lage, Ratenbeträge, die über ihr jeweils verfügbares Einkommen hinausgehen, zu Lasten ihrer Ersparnisse zu finanzieren.[1]

Als Non-plus-ultra einer solchen Kreditsteuerung werden unterschiedliche Mindestanzahlungs- und Rückzahlungssätze für einzelne Warengruppen empfohlen. Damit könnte man, so wird argumentiert, gezielt auf die Konsumstruktur Einfluss nehmen und bestimmte Bereiche der Wirtschaft stärker stimulieren oder dämpfen.[2]

1 Vgl. Köhler (Geldwirtschaft) S. 305

2 Vgl. Köhler (Geldwirtschaft) S. 306, Niesshlag (Warenkredit) S. 22 ff.

Die neueren Entwicklungen im Konsumentenkreditgeschäft haben diesen Vorschlägen jedoch die Basis entzogen. Teilzahlungskäufe spielen infolge des stürmischen Vordringens der Barkredite nur noch eine untergeordnete Rolle.[1] Bei Barauszahlung entzieht sich der Verwendungszweck der aufgenommenen Kredite weitgehend dem Blick der Kreditgeber. Mit der Trennung von Kreditaufnahme und Kaufakt wurde auch die Frage der zu leistenden Anzahlung bedeutungslos. In welchem Verhältnis eigene und fremde Mittel zur Finanzierung von Güterkäufen herangezogen werden, steht im Ermessen der Konsumenten. Sie können darüber von niemandem zur Rechenschaft gezogen werden. Eine Regulierung des Mindestanzahlungssatzes ist aus diesem Grunde nicht mehr möglich.

Etwas günstiger sieht es bei einer Festlegung der Rückzahlungsperioden aus. Ratenkredite, die den grössten Teil der Konsumentenkredite ausmachen[2], würden davon ohne Zweifel getroffen. Beim Inkrafttreten entsprechender Vorschriften stehen den Konsumenten und ihren Kreditgebern aber Ausweichmöglichkeiten offen.[3] In diesem Fall ist zu erwarten, daß anstelle der Ratendarlehen verstärkt Nichtratenkredite, insbesondere Kontokorrentkredite, in Anspruch genommen werden. Höhere Rückzahlungssätze bei Ratenkrediten könnten, soweit sie die Finanzierungskraft der Haushalte übersteigen, durch zusätzliche Überziehungsspielräume oder besondere Tilgungsdarlehen abgedeckt werden, ein Verfahren, das bei der Bausparfinanzierung bereits mit Erfolg angewandt wird. Die alleinige Festlegung von Mindestanzahlungssätzen und Rückzahlungsfristen seitens der Notenbank sind demnach keine geeigneten Vorschläge zur Steuerung der Kreditnachfrage der privaten Haushalte. Sie sind auf die typische Form des Warenkredits abgestellt, wie er von Einzelhänd-

---

1 Vgl. Abschnitt 2.2.2.

2 Vgl. Abschnitt 2.2.2.

3 Vgl. Meyer (Problematik der Konsumfinanzierung) S.25

lern und Teilzahlungsbanken in der Vor- und Nachkriegszeit gewährt wurde. Um die Konsumentenkredite einer direkt wirksamen Kontrolle zu unterwerfen, müsste man weitgehende Beschränkungen ins Auge fassen. Ob der Verwaltungsaufwand, der zur Überwachung dieser Vorschriften notwendig wäre, von den Erfolgsaussichten einer solchen Politik gerechtfertigt wird, sei dahingestellt. Darüberhinaus sind dirigistische Eingriffe in den Konsumentenkredit unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten abzulehnen. Es darf nicht übersehen werden, daß die amerikanische Regulation W allein als kriegswirtschaftliche Lenkungsmassnahme gedacht war. Bei einer gleichzeitigen Politik des billigen Geldes zielte diese partielle Kreditbewirtschaftung darauf ab, den Verbraucher zugunsten der unternehmerischen Investitionstätigkeit zu diskriminieren.[1]

Vor diesem Hintergrund plädiert Meyer, im Gegensatz zu den meisten anderen Autoren, für eine ausschliesslich marktmässige Steuerung der Konsumentenkredite. Eine global wirkende Geldpolitik, die Konsum und Investitionen dem freien Spiel der Kräfte überlässt, erscheint im Hinblick auf die konjunkturpolitischen Zielsetzungen erfolgversprechender, da sie die gesamte private Nachfrage des Inlands erfasst, zumal der allergrösste Teil des heutigen Konsumentenkreditgeschäftes von Universalbanken und Teilzahlungsinstituten abgewickelt wird, die dem direkten Einfluss der Notenbank unterliegen. Im Falle einer restriktiven Geldpolitik werden die Kreditinstitute aufgrund ihres engeren Liquiditätsspielraumes und der erschwerten Refinanzierungsbedingungen auch ihr Kreditangebot an private Haushalte der veränderten Lage anpassen. Mit welchen Mitteln sie ihrerseits die Nachfrage nach Konsumentenkrediten einschränken, durch erhöhte Bonitätsanforderungen, verkürzte Laufzeiten oder durch Verteuerung des Kredits, sollte man den Kreditinstituten wohl selbst überlassen.[2]

---

1 Vgl. Meyer (Problematik der Konsumfinanzierung) S. 21 ff.
2 Vgl. Meyer (Problematik der Konsumfinanzierung) S. 24

Die pessimistische Einschätzung einer marktmässigen Steuerung der Verbraucherkredite, zu der Bosch aufgrund der Analyse der amerikanischen Konjunktur der Jahre 1953/54 kam, läßt sich nicht verallgemeinern.[1] Zum einen hatten die damaligen Konsumenten nach der kurz zuvor erfolgten Aufhebung der Regulation W sicherlich einen Nachholbedarf an kreditfinanzierten, langlebigen Gebrauchsgütern. Zum anderen verfügten Kreditgeber wie Kreditnehmer aufgrund der administrativen Eingriffe bis dato über keine hinreichende Erfahrung mit einer markt- und konjunkturgerechten Handhabung der Konsumentenkredite.[2] Die Notwendigkeit dirigistischer Eingriffe läßt sich aus dieser kurzen, von Sondereinflüssen geprägten Beobachtungsperiode demnach nicht ableiten.

Die Deutsche Bundesbank, die sich einer direkten und gezielten Einflussnahme bislang weitgehend enthalten hat, schlug im Rahmen ihrer Stabilisierungspolitik der Jahre 1973/74 einen anderen Weg ein. Im Rahmen eines "gentlemen agreement" vereinbarte sie mit den Kreditinstituten einen freiwilligen Werbestop für Konsumentenkredite.[3] Allerdings waren auch hier Ausweichreaktionen der am Verbraucherkreditgeschäft beteiligten Wirtschaftssubjekte zu beobachten. Das Konsumentenkreditgeschäft verlagerte sich ab dieser Zeit verstärkt auf Kontokorrentkredite, die nach der späteren Aufhebung dieser Massnahme in längerfristige Ratenkredite umgeschuldet wurden.[4]

---

1 Vgl. Bosch (Konsumentenkredit) S. 503

2 Vgl. Bosch (Konsumentenkredit) S. 503 ff.

3 Vgl. Land (Konsumkredit) S. 12, Land (Nachfragebelebung) S. 277. Eine gleichartige Massnahme verfügte der schweizerische Bundesrat zu Beginn des Jahres 1973. Vgl. dazu Ötterli (Beitrag der Banken) S. 127 f.

4 Vgl. Beckmann (Währung der Kreditinstitute) S. 28 f., Land (Konsumkredit) S. 12

KAPITEL 4

KONJUNKTUR- UND WACHSTUMSPOLITISCHE ASPEKTE DES KONSUMENTENKREDITGESCHÄFTES

4.1. Die konjunkturelle Bedeutung des Konsums

4.1.1. Ältere Argumente für eine passive Rolle des Konsums

Konjunkturschwankungen wurden bisher zumeist auf die Instabilität der Investitionen[1], die Labilität der Auslandsnachfrage und/oder ein nicht konjunkturgerechtes Verhalten der öffentlichen Hand zurückgeführt[2]. Das Konsumentenverhalten wurde demgegenüber als vergleichsweise stabil eingestuft[3]. Dies war insofern gerechtfertigt, als die Schwankungen des privaten Verbrauchs über lange Jahre ungleich geringer waren als diejenigen des Bruttosozialproduktes und somit den Zyklus dämpften[4]. Teilweise hinkten sie der Konjunktur hinterher[5].

Nach herrschender Lehre sind Wachstumsschwankungen des Konsums eher Folge als Ursache der Konjunkturschwankungen[6]. Diese These wird von der herkömmlichen makroökonomischen Konsumtheorie, die das Einkommen als wichtigste Erklärungsvariable der gesamtwirtschaftlichen Konsumnachfrage ansieht[7], gestützt.

---

1 Giersch (Konjunktur- und Wachstumspolitik) S. 27

2 Vgl. Tichy (Konjunkturschwankungen) S. 105 ff.

3 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 11

4 Wagner (Wachstumszyklen) S. 153 ff.

5 Tichy (Konjunkturschwankungen) S. 86

6 Tichy (Konjunkturschwankungen) S. 86

7 Vgl. dazu Streissler (Einführung) S. 86 ff., König (Konsumfunktionen) S. 513 ff., Teichmann (Konjunkturpolitik) S. 29 ff.

Die älteste Fassung ist die von Keynes postulierte absolute Einkommenshypothese[1]. Er unterstellte eine konstante, marginale Konsumquote von kleiner eins. Demzufolge würde der Konsum auf sämtliche Einkommensänderungen reagieren, wenn auch in vermindertem Umfang. Dieser strenge Zusammenhang hat sich in der Realität jedoch nicht bestätigt[2].

Die relative Einkommenshypothese, die auf Duesenberry zurückgeht, erweitert den Einfluss des laufenden Einkommens um den einmal erreichten Lebensstandard[3]. Die Macht der Gewohnheit verhindert schnelle Anpassungen des Konsums. Dies gilt vor allem für kurzfristige Einkommensrückgänge, da es den Verbrauchern besonders schwerfällt, an den bis dahin eingeübten Konsumgewohnheiten Abstriche zu machen. Diese daraus abgeleitete Asymmetrie im Ausgabenverhalten der Konsumenten ging als Sperrklinken- oder "ratchet-effect" in die Literatur ein[4].

Noch weiter geht die bereits erwähnte permanente Einkommenshypothese von Friedman[5]. Ihr zufolge orientieren sich die privaten Haushalte mit ihrem Verbrauch an ihrem längerfristigen durchschnittlichen Einkommen. Besonderes Gewicht wird dabei dem in der Zukunft erwarteten Einkommen zugemessen. Da nach diesen Vorstellungen vorübergehende Einkommensänderungen keinerlei Einfluss auf das Verhalten der privaten Haushalte haben, wäre der Konsum extrem konjunkturempfindlich. Diese Schlussfolgerung wird man allerdings in Frage stellen müssen, wenn man in Betracht zieht, dass Friedman den Verbrauch nicht als Ausgabenstrom, sondern als tatsächlichen Wertverzehr einschliesslich der Nutzung dauerhafter Konsumgüter versteht.[6] Unter diesem Blickwinkel

---

1 Vgl. Keynes (Allgemeine Theorie) S. 77 f.

2 Teichmann (Konjunkturpolitik) S. 30. Eine gegenteilige Ansicht vertritt Streissler (Theorien der Konsumfunktion) S. 6 ff.

3 Vgl. Duesenberry (Einkommen und Konsum) S. 283 ff.

4 Streissler (Einführung) S. 89

5 Vgl. Friedman (Optimale Geldmenge) S.77 f.

6 Teichmann (Konjunkturpolitik) S. 32

bleibt die Ausgabenwirksamkeit einmaliger Einkünfte sowie die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern ungeklärt.

Diese Lücke versuchte Mayer mit seiner Standardeinkommenshypothese zu schliessen.[1] Er geht davon aus, dass die Konsumausgaben aus einmaligen Einkünften zwar eindeutig geringer als aus dem permanenten Einkommen seien, nicht jedoch gegen Null gingen.

Schliesslich gibt es den Versuch, die schwächeren Konsumschwankungen mit einer Verschiebung der Einkommenverteilung im Konjunkturverlauf zu erklären. Die am stärksten schwankenden Einkommen der Unternehmer und Selbständigen werden zu einem sehr viel kleineren Teil dem Verbrauch zugeführt als die sich viel stetiger entwickelnden Masseneinkommen.[2]

Diesen Zusammenhang betont auch die Unterkonsumtionstheorie, die jedoch keine in sich geschlossene und selbständige Konjunkturerklärung darstellt.[3]

Die vorgestellten Erklärungsansätze unterstellen allesamt eine steigende Sparquote in der Hochkonjunktur und eine sinkende Spartätigkeit in der Rezession, so dass die privaten Verbraucher weder als Zyklenverursacher noch als wesentlicher Verstärker in Frage kommen.[4]

Darüberhinaus verlieren die in den meisten Konjunkturmodellen eingebauten Akzelerator-Multiplikator-Mechanismen[5] in dem Masse an Bedeutung, wie man die Keynessche Einkommenshypothese ablehnt und den Friedmanschen Konsumvorstellungen zuneigt.[6] Nach letztgenannter Auffassung entzieht sich der Konsum sogar jeder fiskalpolitischen Einflussnahme, die an einer Variation des verfügbaren Einkommens ansetzt.[7]

---

1 Vgl. Mayer (Permanent Income) S. 347 ff.
2 Tichy (Konjunkturschwankungen) S. 87
3 Vgl. Haberler (Prosperität und Depression) S. 27
4 Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 12
5 Vgl. Elsener (Wachstums- und Konjunkturtheorie) S. 263 ff.
6 Landmann (Keynes) S. 183 f.
7 Vgl. Sansier (Einwände) S. 48 f.

4.1.2. Neuere Argumente für eine aktive Rolle des Konsums

Gegen eine passive Rolle des Konsums im Konjunkturzyklus ist zunächst einzuwenden, dass bei nahezu allen Konsumfunktionen Zufallsschwankungen des privaten Verbrauchs bzw. Änderungen, die nicht durch das Einkommen erklärt werden, in Rechnung gestellt werden müssen.[1]

In Anbetracht dessen und eingedenk der Tatsache, dass der private Konsum den grössten Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage umfasst, - in der Bundesrepublik liegt der Anteil der Güter und Dienstleistungen, die von den privaten Haushalten nachgefragt werden, bei etwa 55 % des Bruttosozialproduktes[2] -, sind nachhaltige Einflüsse des Konsums auf Produktion und Beschäftigung dennoch nicht auszuschliessen. Das relative Gewicht dieser Schwankungen wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass eine Veränderung des privaten Verbrauchs um 1 % einer Änderung der gewerblichen Investitionen um nicht weniger als 14 % entspricht.[3]

Nach Tichy können in der Bundesrepublik die Hälfte der Schwankungen des Bruttosozialproduktes auf Niveauänderungen des Konsums zurückgeführt werden.[4] Freilich handelt es sich dabei allein um empirische Beobachtungen und keinen kausalen Wirkungszusammenhang.[5]

Schliesslich lassen Erfahrungen der jüngeren Zeit auf ein verändertes Konsumentenverhalten im Konjunkturzyklus schliessen. Im Gegensatz zu allen theoretischen Vorstellungen stieg die Sparrate in der Rezession von 1975 stark an[6] und signalisierte damit eine zunehmende Konjunkturreagibilität des Konsums.[7]

---

1 Vgl. dazu Streissler (Theorien der Konsumfunktion) S. 1 ff.

2 DIW (Bedeutung des privaten Verbrauchs) S. 369

3 Nerb (Aspekte der Konsumentwicklung) S. 18

4 Tichy (Konjunkturschwankungen) S. 85

5 Tichys Berechnung stützt sich auf Lundberg Komponenten. Vgl. dazu Wagner (Wachstumszyklen) S. 61 ff. und S. 79 ff.

6 DIW (Festigung der Konsumkonjunktur) S. 174

7 Streissler (Theorien der Konsumfunktion) S. 5

Die wachsende Unstetigkeit der Verbrauchsnachfrage lässt sich einmal mit der sich wandelnden Konsumstruktur erklären.[1] So ist der Anteil der einkommenselastischen Ausgaben am Gesamtverbrauch seit langem stark rückläufig.[2] Dabei handelt es sich erstens um Güter des täglichen und lebensnotwendigen Bedarfs und zweitens um Ausgaben, die vertraglich oder gewohnheitsmässig bedingt sind. Diese Fixkosten der Haushaltsführung sind weitgehend unabhängig von der aktuellen Höhe des Einkommens.[3]

Anders verhält es sich dagegen mit der Nachfrage nach Gütern für den gehobenen Bedarf, die aus dem steigenden frei verfügbaren Einkommen finanziert werden.[4] Da der Verbraucher hierbei einen erheblichen Ermessensspielraum besitzt, kann er den Wirtschaftsprozess über diesen Teil des Konsums zunehmend stärker beeinflussen.[5] Zu den Gütern des gehobenen Bedarfs gehören im engeren Sinne die Ausgaben für Wohnungseinrichtungen, Kraftfahrzeuge, Haushaltsgeräte als auch Güter und Dienstleistungen der Sparte Kommunikation und Freizeitbedarf. Dieser Teil der Nachfrage ist besonders einkommenselastisch.[6] Hinzu kommt, dass das frei verfügbare Einkommen sich heute auf diese und morgen auf jene Märkte konzentrieren kann. Es kann rascher oder langsamer ausgegeben werden, da die zeitliche Anordnung dieses "diskretionären" Konsums in der freien Entscheidung der Haushalte liegt.[7] Werden Ausgaben zeitlich vorgezogen, aufgeschoben oder gebündelt, verstärken sie die Unstetigkeit der Verbrauchsnachfrage im Zyklus.[8]

---

1 Nockemann (Strukturwandel) S. 205,
Schmidt (Strukturwandlungen)

2 DIW (Verbrauch und Ersparnis) S. 119

3 Vgl. Lorenz (Sozial-ethische Beleuchtung) S. 93
Korb (Aspekte der Konsumentwicklung) S. 18

5 Biervert (Verbraucher und Konjunktur) S. 90
DIW (Verbrauch und Ersparnis) S. 12
Katona (Massenkonsum) S. 39
[illegible]

In besonderem Masse gilt dies für dauerhafte Gebrauchsgüter[1], die ihrem Charakter nach den Investitionsgütern sehr viel ähnlicher sind als den kurzlebigen Gebrauchsgütern. Diese Anschaffungen werden im allgemeinen unregelmässig getätigt, ihr Umfang übersteigt meist das Haushaltseinkommen eines Monats, und überdies sind sie von längerfristigem Nutzen. Ein steigender Anteil derartiger Güter am gesamten Verbrauch führt dazu, dass die Kurve dieser Aufwendungen im Zeitablauf um die Trendgerade des frei verfügbaren Einkommens oszilliert.[2] In reicheren Ländern sind heutzutage Kaufwellen dauerhafter Güter oder stärkere Zurückhaltung bei ihrer Anschaffung wichtige Ursachen für Wachstumszyklen. Diese Ausgaben eilen im Gegensatz zum Gesamtaggregat des Konsums der Konjunktur voraus.[3]

Demzufolge reicht es offensichtlich nicht aus, den gesamten Konsum allein über das verfügbare Einkommen zu erklären.[4] Vielmehr kommen Sondereinflüsse ins Spiel, die über die Berücksichtigung weiterer Bestimmungsfaktoren erklärt werden müssen. Da hiervon allein der diskretionäre Konsum, vor allem aber die langlebigen Gebrauchsgüter und Dienstleistungen betroffen sind, erscheint es sinnvoll, diesen Gütergruppen spezifische Nachfragefunktionen zu widmen und die klassischen Konsumfunktionen auf die laufenden Verbrauchsausgaben zu beschränken.[5]

Entsprechende Erklärungsansätze wurden bislang für die dauerhaften Konsumgüter vorgelegt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse lassen sich in gewissem Umfang auf weitere Teile des konjunkturempfindlichen Verbrauchs übertragen. Ferner enthalten sie Hinweise auf zusätzliche Anhaltspunkte der Wirtschaftspolitik zur Steuerung des Konsums, insbesondere auf die Einflussmöglichkeiten der Notenbank über eine Veränderung der Kreditbedingungen.

---

1 DIW (Anteil langlebiger Güter) S. 274
2 Katona (Massenkonsum) S. 39 ff.
3 Tichy (Konjunkturschwankungen) S. 86 ff.
4 Vgl. Biervert (Verbraucher und Konjuntur) S. 20
5 Streissler (Theorien der Konsumfunktion) S. 19

4.1.3. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern

Wichtige Anhaltspunkte für die Erklärung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern liefern die bereits diskutierten vermögenstheoretischen Konzepte der Geldpolitik, insbesondere die Theorie der relativen Preise.[1] Weitere Bausteine können der makroökonomischen Investitionstheorie entnommen werden. Das einfache Akzelerationsprinzip lässt sich ohne weiteres auf dauerhafte Konsumgüter übertragen.[2] Die verfeinerten Kapitalstockanpassungsmodelle können zu einem Güterstockanpassungsprinzip der Konsumenten umformuliert werden.[3] Besonders wichtig ist aber auch die Erkenntnis der allgemeinen Konsumtheorie, dass für die Höhe jeglicher Konsumausgaben neben der Kaufbereitschaft auch die Kauffähigkeit in Form der dem Haushalt zur Verfügung stehenden liquiden Mittel entscheidend ist.[4]

Diese verschiedenen Aspekte werden, wenn auch in verkürzter Form, von Evans in eine spezielle Nachfragefunktion für den dauerhaften Konsum (C_d) aufgenommen.[5] Diese hat die Form:

$$(C_D)_t = aY_t - b(K_d)_{t-1} - c\,(\frac{p_d}{p_c})_t + dA_t + e(Cr)_t$$

Hinter den beiden ersten Erklärungsvariablen ($aY_t - b\,(K_d)_{t-1}$) steht der Gedanke des Güterstockanpassungsprinzips. Demzufolge streben die privaten Haushalte einen Realkapitalbestand an, der sich proportional zum Einkommen entwickelt.[6]

Diskrepanzen zwischen dem tatsächlichen und dem gewünschten Güterbestand werden entweder durch Neuanschaffungen langlebiger Gebrauchsgüter oder durch ein Unterlassen der

---

1 Vgl. Abschnitt 3.4.2.
2 Evans (Macroeconomic Activity) S. 150
3 Vgl. Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 79 ff.
Streissler (Einführung) S. 15 f.
5 Evans (Macroeconomic Activity) S. 151 f.
6 $(K_d)_t = aY_t$

Ersatznachfrage geschlossen.[1] Daraus ergibt sich eine positive Abhängigkeit der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern vom Einkommen und eine negative von der bereits vorhandenen Güterausstattung.

Der dritte Term $(c\ (\frac{p_d}{p})_t)$ betrifft die Preisrelation zwischen dauerhaften und nichtdauerhaften Konsumgütern. Da die Nutzungen langlebiger Gebrauchsgüter in einem gewissen Umfang durch die Inanspruchnahme entsprechender Dienstleistungen substituierbar sind, werden die Konsumenten bei einem überdurchschnittlichen Anstieg der Preise für dauerhafte Konsumgüter in zunehmendem Masse auf deren Anschaffung verzichten und ersatzweise sonstige Ausgaben tätigen. Umgekehrt wird ein sinkendes Preisverhältnis die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zu Lasten des übrigen Konsums forcieren. Besonders einleuchtend lässt sich dieses Verhalten an PKW-Besitzern demonstrieren. Diese werden bei ausserordentlichen Preiserhöhungen für Automobile dazu tendieren, anstelle des Kaufs eines neuen Wagens den bisherigen noch einmal in Reperatur zu geben.

Da fiskalpolitische Eingriffe in das Preisverhältnis grundsätzlich möglich sind, bietet dieser Bestimmungsfaktor einen ersten Ansatzpunkt zur Steuerung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Soweit über eine zusätzliche steuerliche Be- oder Entlastung dauerhafter Gebrauchsgüter deren Preis erhöht oder gesenkt werden kann, sind gegenläufige Nachfrageeffekte nicht auszuschliessen.[2] Die Einsatzschwierigkeiten und Wirkungsgrenzen liegen in der richtigen Abgrenzung der einzubeziehenden Gütergruppen, dem Zeitbedarf finanzpolitischer Entscheidungen wie auch dem Preisverhalten der Unternehmer. Diese Einwirkungsmöglichkeiten liegen jedoch eher im strukturellen Bereich als auf globaler Ebene. In der Bundesrepublik Deutschland kamen derartige diskretionäre

---

1 $(C_d)_t = b\ ((K_d)_t - (K_d)_{t-1})$

2 In Österreich wurde 1968 eine 10 %ige Verkaufssteuer auf Neuwagen eingeführt, welche die Nachfrage nach Automobilen um mehr als 30 % zurückdrängte. Streissler (Theorien der Konsumfunktion) S.21

Massnahmen im Konsumbereich bislang aber nicht zur Anwendung.

Der Ausdruck (dA_t) repräsentiert die Einstellungen (attitudes), Erwartungen und Stimmungen seitens der Verbraucher. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass grössere Anschaffungen der Haushalte zu einem erheblichen Teil von sozialpsychologischen Faktoren abhängen und insbesondere auf Wellen des Optimismus und Pessimismus zurückgeführt werden können. Nach den Vorstellungen der Liquiditätstheorie vermag die Geldpolitik hierauf bis zu einem gewissen Umfang einzuwirken.

Dem direkten Einfluss der Notenbank unterliegen indessen die Kreditbedingungen, die mit der Grösse ($e(Cr)_t$) in der Nachfragefunktion berücksichtigt werden. Diese repräsentieren die zum jeweiligen Zeitpunkt verfügbaren Kredite, ohne deren Inanspruchnahme der Erwerb langlebiger, hochwertiger Gebrauchsgüter vielfach nicht möglich wäre. Sie erweitern kurzfristig die engen, durch das laufende, frei verfügbare Einkommen gezogenen Budgetbeschränkungen der Konsumenten. Allerdings müssen bei diesen Finanzierungsaspekten zusätzlich die liquiden Geldvermögen, die gleichfalls zur Finanzierung herangezogen werden können, in Rechnung gestellt werden. Je grösser die potentiellen Rückgriffsmöglichkeiten der einzelnen Haushalte auf kurzfristig disponible Sparbeträge sind, um so geringer wird der tendenzielle Einfluss der Kreditbedingungen sein. Die hier hereinspielenden Wechselwirkungen und Zusammenhänge bedürfen an späterer Stelle einer ausführlichen Diskussion.

Sieht man einmal von wirtschaftspolitischen Eingriffen ab, dann lässt sich aus den bisherigen Überlegungen folgendes Nachfrageverhalten bei dauerhaften Konsumgütern im Konjunkturzyklus ableiten: Passen die Haushalte bereits im Aufschwung ihren Güterstock durch verstärkte Käufe dauerhafter Güter an ihr fortlaufend steigendes Einkommen an, so werden sie in der beginnenden hochkonjunktur unter

dem Eindruck zunehmender Preissteigerungen und im Vertrauen auf ein weiteres Anwachsen der Einkommen zusätzlich Anschaffungen vorziehen. Die daraus resultierenden temporären Sättigungstendenzen auf einzelnen Märkten in Verbindung mit überhöhtem Güterstock führen zu nachfolgenden Nachfrageausfällen, die ihrerseits den Aufschwung bremsen und einen Abschwung einleiten.

In der Rezession ergibt sich eine autonome Zunahme der Konsumgüternachfrage aus der Tatsache, dass man zuerst versucht hat, Ersatzanschaffungen hinauszuschieben und dann vor der Notwendigkeit steht, relativ viele dauerhafte Kosnumgüter kurzfristig zu ersetzen.[1] Dies vor allem auch, weil seitens der Unternehmer verstärkt neugestaltete und verbesserte Produkte zur Absatzbelebung auf den Markt gebracht werden, die zu einer vorzeitigen Veralterung der bereits im Besitz der Haushalte befindlichen Gebrauchsgüter führen. Einen besonders eindrucksvollen Beleg für diesen Effekt liefern die jeweiligen Modellwechsel der Automobilindustrie und ihre Auswirkungen auf die Nachfrage.[2] Kaufanregend wirken in der konjunkturellen Flaute zudem steigende Preise für Dienstleistungen infolge zwischenzeitlicher Lohnerhöhungen, welche das Preisverhältnis zugunsten der dauerhaften Güter verschieben. Nicht zuletzt, weil im industriellen Bereich der lohnkostenbedingte Preisanstieg durch Rationalisierungsinvestitionen begrenzt werden kann.

Die dargelegten Bewegungen des Konsums verstärken nicht allein die kumulativen Prozesse innerhalb eines Zyklus', sondern bieten darüberhinaus eine selbständige Erklärung für die konjunkturellen Umschwünge.

---

1 Giersch (Konjunktur- und Wachstumspolitik) S. 33f.

2 Als Beispiel dafür sei der amerikanische Autoboom im Jahre 1955 genannt, der auf eine besonders gelungene Typenänderung desselben Jahres zurückgeführt wird. Streissler (Einführung) S. 92

4.1.4. Akzelerationseffekte

Die konjunkturellen Ausschläge des privaten Konsums erfahren eine Verstärkung durch induzierte Investitionen. Wie zahlreiche Untersuchungen zeigen, geht die Nachfrageentwicklung als überaus wichtiges, wenn nicht gar dominierendes Element in die Entscheidungen der Investoren ein.[1]

Grundsätzlich wird man von nachfolgender Wirkungskette ausgehen müssen: Schwankungen der Verbrauchsnachfrage werden zunächst Lagerbestandsanpassungen beim Handel und in einer späteren Phase auch bei der Konsumgüterindustrie auslösen. Darüberhinaus kann die Investitionstätigkeit der Verbrauchsgüterindustrie berührt werden, die ihrerseits Kapazitätseffekte bei der Investitionsgüterindustrie hervorzurufen vermag.[2]

Dieses Akzelerationsprinzip verstärkt im Zusammenspiel mit Multiplikatorprozessen den Konjunkturzyklus.[3]

In welchem Umfang solche Sekundäreffekte zum Tragen kommen, hängt zum einen von der Struktur der primären Konsumänderung und zum anderen von der aussenwirtschaftlichen Verflechtung und der Kapitalintensität der davon betroffenen Branchen ab.

Konzentriert sich ein Grossteil des Nachfrageimpulses auf importierte Konsumgüter und Dienstleistungen, bleiben inländische Einkommens- und Kapazitätseffekte weitgehend aus. Ist der Anteil der Dienstleistungen hoch, dann entfallen zusätzliche Lagerinvestitionen, da dieser Sektor nicht auf Vorrat produzieren kann.[4] Erstreckt sich eine spürbare Nachfrageausweitung schliesslich auf eine Vielzahl von Gütern unterschiedlicher Bedarfe, können sich

---

1 Vgl. Teichmann (Konjunkturpolitik) S. 26 f.
2 Vgl. Schimanski (Theorie) S. 100
3 Vgl. Giersch (Konjunktur- und Wachstumspolitik) S. 28ff.
4 Bosch (Konsumentenkredit) S. 489

diese Impulse soweit zersplitten, dass weder Händler noch Produzenten der einzelnen Konsumgüterbranchen einen Anlass sehen, ihre Wirtschaftspläne zu ändern. Am nachhaltigsten wirken demnach Kaufwellen einzelner im Inland hergestellter Gebrauchsgüter.

Eine primär exportorientierte Konsumgüterindustrie wird ihren Produktionsapparat aufgrund inländischer Nachfrageschwankungen kaum verändern. Ähnliches gilt für die Investitionsgüterindustrie. Je grösser der prozentuale Anteil des Auslandsabsatzes am Gesamtabsatz ist, je mehr aber auch die inländischen Verbrauchsgüterproduzenten auf Kapitalgüter ausländischer Provenienz zurückgreifen, um so unbedeutender ist offenbar eine Änderung der inländischen Investitionsneigung für die Absatzlage der heimischen Produktionsmittelhersteller.[1] Letztendlich ist der Anteil des Sachkapitaleinsatzes bei der Herstellung von Konsumgütern einerseits und den dazu benötigten Investitionsgütern andererseits von Bedeutung. Je höher die Kapitalintensität der einzelnen Bereiche ist, um so grösser werden die induzierten Investitionen sein.[2]

1 Vgl. Schimanski (Theorie) S. 100
2 Schimanski (Theorie) S. 101

4.2. Konsumentenkredite und Konjunktur

4.2.1. Vorbemerkungen

Nach den vorausgegangenen konsumtheoretischen Betrachtungen stellt sich die Frage, welchen Beitrag die Konsumentenkredite zu einer Verstetigung oder gar antizyklischen Variation des privaten Verbrauchs leisten können. Von Bedeutung sind dabei Zeitpunkt und Umfang der Kreditaufnahme wie auch die Auswirkungen der Kreditzahlungen auf die Höhe des Konsums.

Für die Kreditaufnahme sind neben den Kreditbedingungen der Kreditbedarf und die Kreditwürdigkeit der privaten Haushalte entscheidend.

Wie im zweiten Kapitel dieser Arbeit dargelegt wurde, signalisieren die Kreditbedingungen die jeweilige Verfügbarkeit von Konsumentenkrediten. Sie umfassen die Kreditkosten, die Bonitätsanforderungen sowie die Höhe und Laufzeit des Kredits.

Ein Kreditbedarf besteht, wenn Finanzierungsmittel benötigt werden, die anders als durch Kreditaufnahme nicht oder nicht so vorteilhaft beschafft werden können.[1] Wie bereits angedeutet, stehen Engpässe bei der Finanzierung des privaten Verbrauchs, die unter gewissen Umständen zu einer Kreditaufnahme führen, in einem direkten Zusammenhang mit der Entwicklung der diskretionären, nicht lebensnotwendigen Konsumausgaben, insbesondere aber der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern.[2]

Die Kreditwürdigkeit eines potentiellen Kreditnehmers ist regelmässig dann gegeben, wenn er zur fristgerechten Erfüllung seiner Tilgungs- und Zinsverpflichtungen willens und imstande ist.[3] Bei der Vergabe von Konsumentenkrediten

---

1 Wittgen (Kreditverkehr) S. 27
2 Vgl. SVR (JG 1973/74) Ziffer 79
3 Wittgen (Kreditverkehr) S. 27

kommt es dabei weniger auf dingliche Sicherheiten als vielmehr auf die persönliche Kreditwürdigkeit des Verbrauchers an. Von herausragender Bedeutung für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit ist dabei die Höhe des gegenwärtigen und für die Zukunft erwarteten Einkommens, aus dem die Kredite einschliesslich der Zinsen zurückgezahlt werden müssen.[1]

Die konsumbeeinflussende Wirkung der Kreditrückzahlung wird dagegen allein von der Verhaltensweise der Verbraucher bestimmt. Von den diesbezüglichen Reaktionen können darüberhinaus Einflüsse auf die Konsumstruktur ausgehen.

4.2.2. Die Reaktionsweisen der kreditnehmenden Haushalte und ihr Einfluss auf die zeitliche und sachliche Veränderung des Konsums

Für die Richtung und den Umfang der vom Verbraucherkredit ausgehenden Konsumbeeinflussung ist entscheidend, wie die Haushalte auf die Möglichkeit der Kreditinanspruchnahme reagieren. Bei dieser Analyse ist es zweckmässig, den möglichen Verlauf der Verbrauchsausgaben bei gegebener Verschuldungsbereitschaft mit der Entwicklung des Konsums beim Fehlen des Verbraucherkredits zu vergleichen. Unter Berücksichtigung verschiedener Verhaltensweisen sind die nachfolgenden Möglichkeiten der Konsumveränderung von Bedeutung.[2]

1. Fall. Die einzelnen Haushalte verwenden die aufgenommenen Kredite zur Ausdehnung ihres Konsums über das bisherige Niveau und leisten die Rückzahlungen aus den für Konsumzwecke bestimmten Einkommensteilen. Der individuelle Konsum erhöht sich zunächst um den Betrag der aufgenommenen und vermindert sich alsdann in Höhe der zurückgezahlten Kredite. Dieser Fall ist wahrscheinlich, wenn die kreditnehmenden Haushalte entweder ihr gesamtes Einkommen auf den Konsum

---

1 Vgl. Wittgen (Kreditverkehr) S. 59

2 Haberler (Instalment Credit) S. 187 ff., Lutz (Konsumentenkredit) S. 54, Schimanski (Theorie) S. 59 ff.

verwenden und nicht sparen, oder aber an einer im Zeitablauf konstanten Sparrate festhalten. In der Realität werden nun fortlaufend von einem Teil der Konsumenten Kredite aufgenommen und von anderen Verbrauchern Kredite zurückgezahlt. Für die daraus per Saldo resultierende Veränderung der Konsumnachfrage einer Periode ist allein die Höhe der Nettokreditgewährung, d.h. die Differenz zwischen aufgenommenen und zurückgezahlten Krediten, massgebend. Ein Anwachsen der Konsumentenverschuldung stimuliert den Konsum. Ein absoluter Rückgang des Verbraucherkreditvolumens wirkt dagegen kontraktiv und senkt den Konsum unter sein ursprüngliches, ohne Kreditfinanzierung angestrebtes Niveau. Eine dementsprechende Konsumkurve findet sich in Abb. 3.1.

2. Fall. Die Konsumenten verwenden die aufgenommenen Kredite zur Ausdehnung ihres Konsums und leisten die Rückzahlungen aus Einkommensteilen, die sie andernfalls gespart hätten. Bei dieser Verhaltensweise nimmt der private Verbrauch um den Betrag der gewährten Kredite zu, während er durch die Rückzahlungen nicht berührt wird. Allerdings geht die Ersparnisbildung der kreditnehmenden Haushalte zurück. Da auch die Beeinflussung des Gesamtvolumens allein in Höhe sämtlicher aufgenommenen Kredite erfolgt und diese niemals negativ werden können, geht von den Verbraucherkrediten eine ausschliesslich expansive Wirkung aus (Abb. 3.2.).

3. Fall. Schliesslich ist es aber auch möglich, dass die Haushalte das für den Kauf bestimmter Konsumgüter erforderliche "Zwecksparen" unterlassen und stattdessen von der Kreditmöglichkeit Gebrauch machen, um in den Besitz dieser Güter zu gelangen. Die Kreditinanspruchnahme bewirkt lediglich eine der Länge des Sparprozesses entsprechende zeitliche Vorverlegung des Konsums[1] (Abb. 3.3.). Der Unterschied zum ersten Fall besteht darin, dass die Verbraucher beim Fehlen des Konsumentenkredites zunächst verstärkt gespart

1 Vgl. Evans (Macroeconomic Activity) S. 153

Abb.3.1: 1.Fall

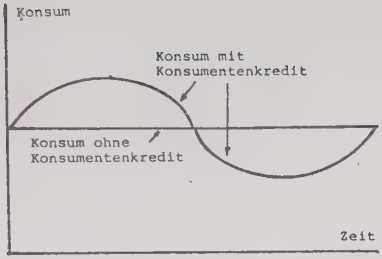


Abb.3.2: 2.Fall

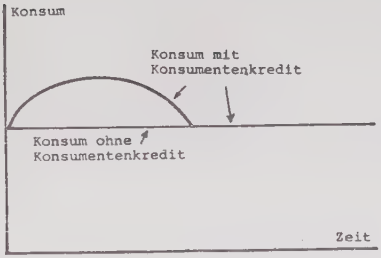


Abb.3.3: 3.Fall

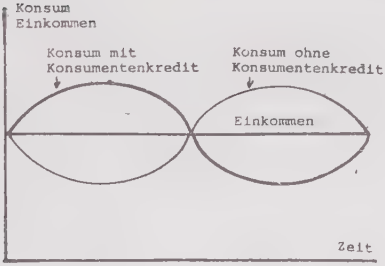


Abb.3: Konsumverlauf nach Einführung des Konsumentenkredits

hätten und erst in der zweiten Phase ihren Konsum über das langfristige Durchschnittsniveau angehoben hätten. Im Gegensatz zum zweiten Fall findet eine absolute Erhöhung des Konsums jedoch nicht statt, da die privaten Haushalte die betreffenden Güter auch ohne die Inanspruchnahme eines Konsumentenkredites erworben hätten.

Theoretisch denkbar ist darüberhinaus die Möglichkeit, dass die Konsumenten die Kreditaufnahme als Ersatz für den Rückgriff auf Ersparnisse betrachten und diese bei fehlender Verschuldungsmöglichkeit die Anschaffung der betreffenden Güter durch Auflösung ihrer Ersparnisse finanzieren. Da eine derartige Verhaltensweise ökonomisch nicht sinnvoll und daher wenig wahrscheinlich ist, kann sie im folgenden ausser Betracht bleiben.[1]

Der Konsumentenkredit verschiebt den Konsum nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich. Grundsätzlich wird man davon ausgehen können, dass die Inanspruchnahme von Verbraucherkrediten vor allem den Absatz der dauerhaften Konsumgüter überdurchschnittlich fördert.[2] In welchem Umfang dies geschieht und welche Folgen sich daraus für den übrigen nicht kreditfinanzierten Konsum ergeben, ist wiederum abhängig von den im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Annahmen über die Reaktionen der Verbraucher auf den Konsumentenkredit.

Wenn, wie im ersten Fall unterstellt, die Kreditrückzahlungen zu Lasten des Konsums gehen, sind Umschichtungen in der Verbrauchsnachfrage zugunsten der langlebigen und hochwertigen Gebrauchsgüter zu erwarten. Realistischerweise wird man nämlich davon ausgehen können, dass die Zins- und Tilgungsraten zu Einschränkungen des nichtdauerhaften Verbrauchs führen. Die Ausgaben für diese nichtkreditfinanzierten Güter werden absolut kleiner als sie es ohne Konsumen-

---

1 Vgl. dazu Lutz (Konsumentenkredit) S. 54 f., Schimanski (Theorie) S. [illegible] ff.

2 Vgl. Nöll von der Nahmer (Teilzahlungskredit) S. 23 ff.

tenkredit gewesen wären.[1]

Führen die Kreditzahlungen entsprechend dem zweiten Fall zu einer Minderung der Ersparnis, dann wird die Nachfrage nach denjenigen Gütern, die normalerweise nicht auf Kredit gekauft werden, ihren ursprünglichen Umfang beibehalten. Da der Absatz der kreditfinanzierten Güter aber stärker zunimmt, als er es ohne die Möglichkeit der Kreditaufnahme getan hätte, steigt ihr relatives Gewicht am Gesamtkonsum.

Betrachtet wird schliesslich der dritte Fall, bei dem annahmegemäss das Vorausparen durch den Konsumentenkredit ersetzt wird. Da die auf Kredit erworbenen Güter auch bei Fehlen des Verbraucherkredits gekauft worden wären, lediglich mit einer zeitlichen Verzögerung in der Länge der Ansparphase, und die Kreditrückzahlungen den ansonsten im vorhinein anzusammelnden Sparbeträgen entsprechen, bewirkt der Konsumentenkredit unter diesen Bedingungen keine Veränderung der Konsumstruktur.[2]

4.2.3. Multiplikatorwirkungen der Konsumentenkredite

Auf der Basis dieser Hypothesen analysierten Schimanski und Jarchow die Multiplikatorwirkungen der Konsumentenkredite.

Jarchow legte seinem Modell den ersten Fall zugrunde, bei dem die Kreditrückzahlungen den Konsum mindern.[3] Er unterstellte dabei, dass die Haushalte die zusätzlichen Konsumentenkredite in vollem Umfang absorbieren. Diese Situation ist gegeben, wenn eine autonome Erhöhung des Kreditangebots einer völlig elastischen Kreditnachfrage gegenübersteht.[4] Die Überlegungen Jarchows gelten aber auch für den von Schimanski angenommenen Fall, dass sich die Kreditnachfrage auto-

---

1 Lutz (Konsumentenkredit) S.66
2 Schimanski (Theorie) S. 89
3 Jarchow (Multiplikatoreffekte) S. 371
4 Jarchow (Multiplikatoreffekte) S. 369

nom erhöht, und sich das entsprechende Angebot völlig elastisch verhält.[1]

Nach den Untersuchungen von Jarchow führt eine fortlaufende Kreditaufnahme der Konsumenten anfänglich in jedem Fall zu einer Expansion des Volkseinkommens. Ob sich daran ein Kontraktionsprozess anschliesst, hängt davon ab, ob die Kreditrückzahlungen zuzüglich der Zinsbelastungen grösser oder kleiner als die neugewährten Kredite sind. Übersteigen die Neuausleihungen die Tilgungen, dann setzt sich die durch die Konsumentenkredite eingeleitete Expansion des Volkseinkommens ständig fort. Ist die Nettokreditgewährung dagegen negativ, das ist gleichbedeutend mit einem Sinken des Kreditvolumens, dann wird der anfängliche Expansionsprozess in einen Kontraktionsprozess umschlagen.[2]

Da die expansiven und kontraktiven Effekte von einer positiven bzw. negativen Entwicklung der Nettokreditgewährung abhängen, ist von Interesse, welche Umstände zu einem Anstieg oder Rückgang des Kreditvolumens führen. Bei einem unbegrenzten Kreditbedarf, konstanten Kreditbedingungen und vollkommen elastischem Kreditangebot ist für die Ausweitung der Konsumentenverschuldung allein die Kreditwürdigkeit der Verbraucher entscheidend. Unter diesen Voraussetzungen nehmen die Haushalte Kredite stets bis zu der von ihrem Einkommen gezogenen oberen Verschuldungsgrenze auf.

Eine anhaltend expansive Wirkung des Konsumentenkredits setzt daher ein ständig steigendes Einkommen voraus. Bleiben weitere Einkommenssteigerungen aus, kommt auch das Wachstum des Kreditvolumens zum Stillstand. Bei Einkommenskontraktionen muss die Konsumentenverschuldung sogar zurückgeführt werden. In diesem Fall liegen die Kreditrückzahlungen über den Neuausleihungen und verstärken den konjunkturellen Abschwung.

---

1 Schimanski (Theorie) S. 65 ff.

2 Jarchow (Multiplikatoreffekte) S. 384

Schimanski hat in seinen Modellen die Einkommensabhängigkeit des Verbraucherkredits berücksichtigt. Der durch den kreditfinanzierten Konsum bewirkte Einkommensanstieg zieht eine weitere Konsumentenverschuldung nach sich. Bei konstanter Nettoinvestition und gleichbleibender marginaler Sparquote, d.h. dass die Kreditrückzahlungen den Konsum mindern, werden die induzierten Einkommenszuwächse fortlaufend kleiner und bleiben schliesslich ganz aus. Demnach muss auch die Nettoneuverschuldung der Haushalte infolge der Existenz einer maximalen Verschuldungsgrenze sowohl bei autonomer als auch bei einkommensabhängiger Kreditaufnahme gegen Null gehen. Nach den Berechnungen Schimanskis sinkt das Einkommen im Endeffekt wieder auf die Höhe, die es vor der Einführung des Konsumentenkredits hatte.[1] Diese Art der Einkommensbeeinflussung trifft auch für den Fall zu, dass die Haushalte anstelle des Vorausssparens Kredite aufnehmen.[2]

Die vom Konsumentenkredit ausgehenden Multiplikatoreffekte sind dagegen anders, wenn die Rückzahlungen allein die Ersparnisse mindern. Infolge der abnehmenden marginalen Sparquote steigt das Einkommen anhaltend auf einen neuen Gleichgewichtswert.[3]

Die Aussagekraft dieser Multiplikatoranalysen ist jedoch begrenzt, da die den einzelnen Modellen zugrunde liegenden Annahmen äusserst restriktiv sind.

Wenig wahrscheinlich ist einmal, dass alle kreditnehmenden Verbraucher in gleicher Weise auf die Möglichkeiten der Kreditinanspruchnahme reagieren. In der Realität wird ein Teil von ihnen die Zins- und Tilgungsraten zu Lasten des Konsums, andere wiederum zuungunsten der Ersparnis bewerkstelligen. Überdies können die Einzelnen ihr diesbezügliches Verhalten im Zeitablauf verändern, Haushalte mit sehr hohen

1 Schimanski (Theorie) S. 76
2 Schimanski (Theorie) S. 89
3 Schimanski (Theorie) S. 79

Kreditverpflichtungen neben einer vollständigen Aufgabe des Sparens einen zusätzlichen Konsumverzicht leisten.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Grössenordnungen, in denen sich die Kredittilgungen bewegen. Bezogen auf das Nettoeinkommen aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik müssen rund 3 bis 4 % für die Zurückzahlung der Kredite aufgewendet werden. In den USA liegt dieser Wert dagegen bei 15 %.[1] In der Bundesrepublik Deutschland lag die Sparquote demgegenüber im langjährigen Mittel bei etwa 14 %[2]. Die Gesamtheit der deutschen Verbraucher ist demzufolge vom Erreichen ihrer tragbaren Verschuldungsgrenze noch weit entfernt. Eine dominierende Rolle des Einkommens auf die Kreditnachfrage der Konsumenten ist aus diesem Grunde hierzulande vorerst nicht zu erwarten.

Möglicherweise bestehen bei vielen Verbrauchern auch noch psychologische und emotionale Vorbehalte gegenüber einer Verschuldung. Da aus ihrer Sicht diese Kredite einen schlechten Beigeschmack haben und als unsolide gelten[3], schrecken sie auch bei grösseren Anschaffungen vor einer Kreditaufnahme zurück und tätigen diese erst, wenn sie die dafür benötigten Mittel zurückgelegt haben.[4] Der enorme Aufschwung des Konsumentenkreditgeschäftes in den letzten Jahren spricht aber dafür, dass sich diese individuellen und gesellschaftlichen Einstellungen wandeln und einer zunehmend positiveren Beurteilung des Konsumentenkredits Platz machen.

Es sprechen auch sachliche Gründe dafür, dass die Kreditfinanzierung das objektbezogene Vorausparen mehr und mehr verdrängen wird. Schnelle Wandlungen in der Konsum- und Bedarfsstruktur lassen langfristige Anschaffungspläne, die

---

1 Nerb (Indikatoren) S. 42

2 Vgl. Tab. 23 im Anhang

3 Küppers (Entwicklungen) S. 15

4 Nach einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes hatten Anfang 1970 noch 56 % aller Haushalte ihre Ersparnisse ganz oder teilweise zur Finanzierung bestimmter Vorhaben bereitgelegt. Vgl. Beckmann (Haushalte sparen) S. 16

eine Vorraussetzung für zielgerichtete Ansparprozesse sind, zu Makulatur werden. Neue Güter und Dienstleistungen, die kurzfristig in den Begehrskreis der Konsumenten fallen, müssen in zunehmendem Masse über Kredite finanziert werden. Insbesondere lässt sich der Zeitpunkt und der Umfang von Ersatzanschaffungen, denen bei einem hohen Bestand an langlebigen Gebrauchsgütern besonderes Gewicht zukommt, schwer voraussehen.[1] Die technische Lebensdauer bestimmter Produkte kann kürzer sein als erwartet, manche veralten vorschnell aufgrund des technischen Fortschritts, und wieder andere werden durch modische Geschmacksänderungen entwertet. Ein weiterer Vorteil der Kreditfinanzierung dauerhafter Konsumgüter ist darin zu sehen, dass bei ihr die Perioden der Mittelaufbringung in Form der Ratenzahlungen und des Nutzenempfangs mehr oder weniger identisch sind.[2]

Aus diesen Gründen wird die Kreditnachfrage langfristig ansteigen.[3] Bei langsamer wachsendem Einkommen können die Konsumenten die obere Verschuldungsgrenze erreichen, von der an eine weitere Kreditaufnahme allein von der Einkommensententwicklung abhängt. Ob dieser Fall von anhaltender Dauer ist und man damit von der zyklusverschärfenden Wirkung des Konsumentenkredits auszugehen hat, ist aber dennoch unwahrscheinlich, da dies ein stets ausreichendes Kreditangebot zu akzeptablen Bedingungen voraussetzen würde. Beim heutigen Konsumentenkreditgeschäft ist diese Voraussetzung jedoch nicht gegeben, weil sich die Universalbanken, als wichtigste Kreditgeber der Konsumenten, einem antizyklischen Kurs der Geldpolitik nicht entziehen können.

---

1 Schimanski (Theorie) S. 53 f., Land (Neue Impulse) S. 6

2 Vgl. Nöll von der Nahmer (Teilzahlungskredit) S. 19, Schimanski (Theorie) S. 42 f.

3 Vgl. dazu auch Schimanski (Theorie) S. 53 ff.

4.2.4. Die konjunkturpolitische Bedeutung der Konsumentenkredite

Die Bedeutung des Verbraucherkredites im Konjunkturzyklus lässt sich nur beurteilen, wenn die bereits ausführlich diskutierten Einflussmöglichkeiten der Notenbank auf die Kreditgeber und die Kreditnehmer sowie die gleichfalls diskutierten zyklischen Bewegungen der Verbrauchsnachfrage in die Analyse miteinbezogen werden. Nachfolgend werden die von den Konsumentenkrediten ausgehenden Wirkungen zunächst für den Fall der Rezession und anschliessend für den Fall der Hochkonjunktur diskutiert.

In der Rezession unternehmen die Konsumgüterproduzenten verstärkte Absatzanstrengungen. Aller Erfahrung nach werden sie mit neuen oder zumindest verbesserten Produkten auf den Markt kommen und zeitlich begrenzte Sonderangebote, einschliesslich Preisnachlässen, gewähren. Ein erweitertes Kreditangebot zu günstigen Bedingungen stellt die dazu notwendige Kaufkraft bereit. Niedrige Zinskosten verhelfen den einmaligen Preisabschlägen zu grösserer Wirksamkeit.
Bei fehlender Kreditmöglichkeit müssten zahlreiche Verbraucher zunächst eine Ansparphase einlegen und könnten daher diese Offerten nicht umgehend ausnützen; der Aufschwung der Gütternachfrage würde sich erst verzögert einstellen.
Haushalte, die bereits einen grösseren Teil der Kaufsumme für diese Anschaffungen zurückgelegt haben, bekommen über die Inanspruchnahme eines Kredits die restlichen Mittel in die Hand, die ihnen eine vorzeitige Realisierung ihrer Wünsche ermöglichen.[1]

Wie die Überlegungen zur Liquiditätstheorie gezeigt haben, beschränken sich die von der Geldpolitik ausgehenden expansiven Impulse nicht allein auf den kreditfinanzierten Konsum. Ein subjektiv empfundener, größerer Finanzierungsspielraum wird auch auf diejenigen Teile des Konsums wirken, die allein

---

1 Vgl. dazu Krömer (Finanzen von Privathaushalten) S. 19 f.

aus ersparten Mitteln finanziert werden. Bei einem allgemein günstigen Kreditangebot, auf das in Notfällen zurückgegriffen werden kann, werden die privaten Haushalte eher geneigt sein, ihre Ersparnisse, die sie im beginnenden Abschwung aus Vorsichtsgründen beiseitegelegt haben, zu Konsumzwecken aufzulösen.

Weitere Einflüsse auf den Konsum ergeben sich zudem aus den Besonderheiten der bankbetrieblichen Kreditwerbung. Dieses absatzpolitische Instrument kann zu den Kreditbedingungen im weiteren Sinne gerechnet werden. Im Gegensatz zu den Unternehmen des Produktions- und übrigen Dienstleistungsbereichs ist es den Kreditinstituten nur beschränkt möglich, Kredite als eigenständiges Produkt im Rahmen einer offensiven Absatzstrategie anzubieten. Konsumentenkredite für sich selbst genommen bringen dem Verbraucher keinen Nutzen. Die Bedürfnisbefriedigung entspringt erst aus den damit finanzierten Konsumgütern. Aus diesem Grunde stellt die Kreditwerbung in der Regel Güter, die mittels eines Kredits erworben werden können, in den Mittelpunkt ihrer Aussage.[1]
Eine derartige Bankwerbung unterstützt die Absatzpolitik der Konsumgüterbranchen und wirkt auf eine generelle Änderung der Konsumneigung hin. Man wird davon ausgehen können, dass dadurch selbst bei einer Konstanz der primären Kreditbedingungen eine zusätzliche Nachfrage nach Verbraucherdarlehen hervorgerufen wird sowie zusätzliche nicht kreditfinanzierte Konsumausgaben getätigt werden.

Die dargelegten Verhaltensweisen aller mit dem Konsumbereich verbundenen Wirtschaftssubjekte lassen jedoch auch Grenzen erkennen, die dem Erfolg einer antizyklischen Variation der Kreditbedingungen und der Kreditwerbung gesetzt sind. Zinspolitik und Werbung genügen allein nicht, wenn eine veränderte Nachfrage der privaten Haushalte nach langlebigen Gebrauchsgütern durch die Kreditpolitik induziert werden soll.[2] Eine notwendige Vorraussetzung sind die verstärkten Absatzbemühungen der Industrie, die neue Konsumwünsche wecken.

---

1 Vgl. Loos (Karktpolitik) S. 68 ff.

2 Land (Konsumkredit) S.12

Eine noch wichtigere Bedingung sind optimistische Einkommenserwartungen. Vor allem deshalb, weil die aufgenommenen Konsumentenkredite aus dem zukünftigen Einkommen zurückgezahlt werden müssen. Es obliegt der Notenbank, durch eine frühzeitige Ankündigung ihres für die Zukunft beabsichtigten Kurses die entsprechenden Zeichen zu setzen. Entsprechende Signale kann aber auch die Finanzpolitik geben, indem sie Steuererleichterungen ins Auge fasst.

Notwendig ist aber auch eine wirksame Eindämmung des Kreditwachstums in der vorausgegangenen Hochkonjunktur. Bei noch steigenden Einkommen führt dies zu einer relativen Abnahme der Verschuldung und zu einer Erhöhung der Konsumentenbonität.

Betrachtet wird nun die Situation in der Hochkonjunktur. In der späten Phase des Aufschwungs werden sich infolge zunehmender Kapazitätsengpässe verstärkte Inflationstendenzen bemerkbar machen. Um den erwarteten Preissteigerungen zuvorzukommen, werden die Konsumenten versuchen, die für einen späteren Zeitpunkt ins Auge gefassten Anschaffungen und sonstigen diskretionären Konsumausgaben zeitlich vorzuziehen. Dies führt zu einem Anstieg der Kreditnachfrage.[1] Sofern es innen gelingt, auf diesem Wege den bevorstehenden Preiserhöhungen auszuweichen, überwälzen sie das Wärungsrisiko auf den Kreditgeber.[2] Die Kreditgeber werden in dieser Lage versuchen, die Kreditwünsche der Konsumenten, soweit es ihnen von ihrer Liquiditätslage irgend möglich, bevorzugt zu befriedigen. Die Banken werden dabei von der Befürchtung geleitet, dass die Ablehnung eines Konsumentenkredites zum Abbruch der gesamten Kundenfinanzierung führen wird, und der Verbraucher ihnen in Zeiten einer angespannten Liquiditätslage als Einleger nicht mehr zur Verfügung steht. Nichtsdestotrotz ist es der Zentralbank auch in dieser Situation möglich, die kreditfinanzierten

1 Vgl. Schimanski (Theorie) S. 42 f.

2 Nöll von der Nahmer (Teilzahlungskredit) S. 72., Schimanski (Theorie) S. 43

Konsumausgaben erfolgreich einzuschränken. Eine Anhebung der Zinskosten über die Höhe des Geldwertschwundes vermag den von den Verbrauchern angestrebten Inflationsgewinn zunichte zu machen. Eine Einschränkung des Liquiditätsspielraums der Kreditinstitute auf ein absolutes Minimum vermag darüberhinaus deren Bereitschaft zur weiteren Kreditvergabe spürbar zu dämpfen.

4.3. Konsumentenkredite und Wachstum

Kapital, Arbeit und technischer Fortschritt sind die wichtigsten Bestimmungsfaktoren des wirtschaftlichen Wachstums. Die Auswirkungen der Konsumentenkredite auf Investitionen, die der Erweiterung des Realkapitalbestandes dienen, waren ein herausragender Diskussionspunkt in den einschlägigen Erörterungen der fünfziger Jahre. Lutz, der sich vor allem mit den gesamtwirtschaftlichen Aspekten der Konsumentenverschuldung kritisch auseinandersetzte, kam zu dem Ergebnis, dass Konsumentenkredite dem Wachstum von Produktivität und Einkommen abträglich seien. Konsumentenkredite bänden Sparkapital, welches in einer vollbeschäftigten Wirtschaft zur Investitionsfinanzierung benötigt würde, war die Begründung dieser These. Mithin würde der Verbrauch zu Lasten der Ausstattung der Volkswirtschaft mit Realkapital erhöht.[1]

Gegen diese Argumentation gibt es mehrere Einwände. Allen voran ist die Annahme einer andauernd vollbeschäftigten Wirtschaft nicht zutreffend.[2] Lutz selbst räumt diese Möglichkeit auch ein und kommt für gewisse Konjunkturphasen zu gänzlich anderen Schlussfolgerungen als den oben beschriebenen.[3]

Sieht man einmal von diesem mehr konjunkturellen Aspekt ab, dann ist die unterstellte Substitutionalität zwischen Konsum- und Investitionskrediten äusserst problematisch. Da der Bankensektor Kredite aufgrund seiner Liquidität schöpft, müssen zusätzliche Konsumentenkredite nicht zwangsläufig die Finanzierungsmittel der Investoren beschneiden.[4] Zweifelsohne führen sie zu einer Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis. Daraus resultierende "Crowding-out"-Effekte vollziehen sich jedoch im realen

---

1 Lutz (Konsumentenkredit) S. 78

2 Pohl (Konsumentenkredit) S. 486

3 Vgl. Lutz (Konsumentenkredit) S. 79 ff.

4 Vgl. Pohl (Konsumentenkredit) S. 487; Meyer (Problematik der Konsumfinanzierung) S. 14 f.

Bereich, da ein erweiterter Konsum und eine gegebene Investitionsnachfrage letztendlich um die gleichen, knappen Ressourcen einer Volkswirtschaft konkurrieren.

Eine überhöhte kreditfinanzierte Nachfrage seitens der Verbraucher führt bei einer vollausgelasteten Wirtschaft mit kurzfristig gegebener Produktionsstruktur allein zu Preissteigerungen im betreffenden Nachfragesegment. In diesem Fall bleiben realer Konsum und reale Investition unverändert. Mittel- bis langfristig werden die Konsumgüterproduzenten daraufhin ihre Kapazitäten ausdehnen, um die überschüssige Nachfrage zu befriedigen. Ohne auf die weiteren Implikationen einzugehen, wird erkennbar, daß die auf diese Weise angezeigten Investitionen den Kapitalstock und das Einkommen verändern.[1]

Die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vorgetragene Forderung nach einer Gleichheit von Investition und Ersparnis ist eine reine Gleichgewichtsbedingung, die ein inflationsfreies Wachstum ermöglichen soll. Ein Kausalnexus, der die Höhe der Investitionen mit dem Umfang des Sparens begründet, darf daraus jedoch nicht abgeleitet werden.[2]

Langfristiges Wachstum wird immer von einem wirtschaftlichen Strukturwandel begleitet. Der technische Fortschritt bringt neuartige Produkte hervor und lässt ganze Industriezweige neu entstehen. Die "Kondratieff-Zyklen" sind dafür bezeichnende Beispiele.[3] Für den Erfolg von Wachstumsbranchen, die mit neuen kostspieligen Gütern und Dienstleistungen auf den Markt kommen, ist entscheidend, wie sie die ersten Absatzhemmnisse überwinden. Fehlt es allein an einer ausreichenden Kauffähigkeit, bei gleichzeitig vorhandener Kaufbereitschaft, dann können kurzfristig verfügbare Konsumentenkredite den Start dieser

---

1 Vgl. Pohl (Konsumentenkredit) S. 488

2 Pohl (Konsumentenkredit) S. 490

3 Vgl. Giersch (Konjunktur- und Wachstumspolitik) S. 16
Nieschlag (Warenkredit) S. 19

Unternehmen erleichtern.[1]

Die auf Kreditbasis finanzierten Konsumausgaben sind zum allergrössten Teil Investitionen in das reale und menschliche Kapital der Verbraucher. Die alte Streitfrage, ob diese Ausgaben produktiven oder konsumtiven Charakter haben[2], kann anhand ihrer Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot erneut aufgegriffen und möglicherweise beantwortet werden. Beispielsweise versetzt der Kreditkauf eines Autos seinen Besitzer in die Lage, eine weiter entfernte, ihm jedoch adäquatere Arbeitsstelle anzunehmen. Ein Effekt, der im Hinblick auf die relativ hohe Immobilität der Arbeitskräfte von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Da viele Haushaltsgeräte arbeits- und zeitsparend sind[3], wird es dem im Haushalt tätigen Familienmitglied unter ihrer Zuhilfenahme möglich, einer zusätzlichen Beschäftigung nachzugehen. Urlaubsreisen und Freizeitartikel, die zunehmend mit Krediten finanziert werden, dienen der Entspannung und Erholung. Darlehen zur Überbrückung von Studien und Fortbildungszeiten erhöhen direkt den Wissensstand und die berufliche Qualifikation. Diese Beispiele lassen einen tendenziell positiven Einfluss der kreditfinanzierten Ausgaben auf Quantität und Qualität des Arbeitsangebots erkennen.

In diesem Zusammenhang findet es Katona zu Recht unverständlich, warum der Wohnungsbau zu wachstumsrelevanten Kapitalinvestitionen zählt, nicht aber die Ausgaben für menschliches und reales Konsumentenkapital. Eine umfassende Wachstumstheorie müsste nach seiner Meinung auch diese Komponenten mit einbeziehen.[4]

---

1 Vgl. Nöll v.d. Nahmer (Teilzahlungskredit) S. 26
2 Vgl. Ausführungen und Anmerkungen im Abschnitt 1.1.
3 Krömer (Mehr sparen)
4 Vgl. Katona (Massenkonsum) S. 44 ff.

KAPITEL 5

GELDPOLITIK, KONSUMENTENKREDITE UND KONSUM AUS EMPIRISCHER SICHT

5.1. Fragestellungen

Um die Bedeutung der Konsumentenkredite für die Übermittlung monetärer Impulse in der wirtschaftspolitischen Realität der Bundesrepublik Deutschland abschliessend zu beurteilen, ist nunmehr ein vergleichender Blick auf die tatsächliche Entwicklung der Konsumentenkredite samt ihrer geldpolitischen und konjunkturellen Bezüge vonnöten.

Ende der sechziger Jahre nahm sich erstmals Timmermann dieser Frage an. Unter Verwendung eines Regressionsansatzes kam er zu dem Ergebnis, daß die Konsumentenkredite keinem Einfluss der Notenbank unterliegen, sondern vielmehr von der Entwicklung des Einkommens abhängen.[1] Für die siebziger Jahre konstatierte Nerb einen engeren Zusammenhang zwischen Konsumentenstimmung und Konsumentenkreditgeschäft als zwischen Konsumentenkrediten und Geldpolitik.[2]

Eine umfassende Analyse der komplexen Beziehungen zwischen Geldpolitik, Konsumentenkrediten und Konsum wird zweckmässigerweise in zwei Teilschritten durchgeführt.

Zunächst wird den möglichen Zusammenhängen zwischen Geldpolitik und Konsumentenkrediten nachgegangen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Fragen, inwieweit das Kreditangebot an private Haushalte von geldpolitischen Eingriffen berührt wird, welche Bedeutung den Kreditkosten zukommt, welcher Einfluss von der Einkommensentwicklung ausgeht, und welche Wechselwirkungen schliesslich zwischen

---

1 Timmermann (Regulierung) S. 254 ff.
2 Nerb (Indikatoren) S. 41 ff.

Geldpolitik, Konsumentenstimmung und Konsumentenkrediten bestehen. Daneben erlauben Vergleiche mit der Entwicklung der übrigen Bankkredite an private inländische Kreditnehmer Rückschlüsse auf die Wirksamkeit der Geldpolitik im Hinblick auf die Konsumentenverschuldung. Zur richtigen Beurteilung dieser Fragen sind vorab einige Hinweise auf die Messungsprobleme monetärer Impulse und die gegenwärtige Strategie der Deutschen Bundesbank notwendig.

Unter Berücksichtigung der bis dahin gewonnenen Erkenntnisse werden in einem zweiten Schritt die Auswirkungen der Konsumentenverschuldung, aber auch der Geldpolitik ganz allgemein, auf den Verlauf der gesamten Konsumausgaben wie auch einzelne Verbrauchsgütergruppen analysiert.

5.2. Geldpolitik und Konsumentenkredite

5.2.1. Indikatoren für den Kurs der Geldpolitik

Um den tatsächlichen Einfluss der Zentralbank auf die Entwicklung der Konsumentenkredite abzuschätzen, benötigt man einen oder mehrere Masstäbe, die den jeweiligen Kurs der Geldpolitik hinreichend genau anzeigen.

Unvollkommene und teilweise widerspruchsvolle Informationen erhält man, wenn man sich hierbei allein an der Variation einzelner geldpolitischer Instrumente orientiert. Es gab beispielsweise Situationen, in denen die Bundesbank im Hinblick auf die aussenwirtschaftliche Komponente der Geldversorgung die Mindestreservesätze herauf und den Diskont- und Lombardsatz herabgesetzt hat.[1] Unter ähnlichen Rahmenbedingungen kann auch die Nichtveränderung geldpolitischer Parameter eine Entscheidung für einen veränderten Kurs der Zentralbank sein.[2] Diese Schwierigkeiten lassen sich mit der Konstruktion monetärer Indikatoren umgehen, die den Gesamteffekt geldpolitischer Massnahmen wiedergeben.

---

1 Neumann (Zwischenziele und Indikatoren) S. 409

2 Siebke/Willms (Theorie) S. 168

Trotz dieser Bedenken werden in den genannten Untersuchungen von Timmermann und Nerb die Mindestreservesätze als repräsentative Grösse für den Kurs der Geldpolitik herangezogen.[1]

Grundsätzlich sollten geeignete Indikatoren zwei Anforderungen genügen: Erstens müssen sie von der geldpolitischen Instanz eindeutig steuerbar sein und zweitens in einem engen Zusammenhang mit dem gewählten Zwischenziel stehen. Im vorliegenden Fall fungieren die Konsumentenkredite als Zwischenziel. Als monetäre Indikatoren stehen die Marktzinssätze, die Bankenliquidität und die Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen zur Auswahl.[2] Die Entscheidung für einen dieser möglichen Indikatoren hängt davon ab,

- wie gut die jeweilige Variable von der Notenbank gesteuert werden kann,
- welcher Transmissionsprozess unterstellt wird und
- welche dieser Grössen die Deutsche Bundesbank favorisiert.

Auf Marktzinssätze, Bankenliquidität und die Geldvolumenabgrenzungen M_1, M_2 und M_3[3] kann die Geldpolitik nur bedingt Einfluss nehmen. Mitbestimmend sind dafür die Verhaltensweisen von Banken, Ausland, privaten Nichtbanken und öffentlichen Haushalten im Hinblick auf das Angebot und vor allem aber auf die Nachfrage von Geld und Kredit.[4] Der Kurs der

---

1 Timmermann (Regulierung) S. 255 f., Nerb (Indikatoren) S. 42 f. Zur Auswahl dieser geldpolitischen Variablen vgl. Timmermann (Lieferantenkredit)

2 Vgl. Neumann (Zwischenziele und Indikatoren) S. 413, Siebke/Willms (Theorie) S. 169, Dickertmann/Siedenberg (Lenkungsinstrumente) S. 29 ff.

3 Definition der einzelnen Geldvolumen:
M_1 = Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) +Sichteinlagen inländischer Nichtbanken (ohne Sichteinlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank).
M_2 = M_1 + Termineinlagen inländischer Nichtbanken mit einer Laufzeit unter vier Jahren.
M_3 = M_2 + Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

4 Vgl. Neumann (Zwischenziele und Indikatoren) S. 415 ff., Siebke/Willms (Theorie) S. 173 ff., Dickermann/Siedenberg (Lenkungsinstrumente) S. 32, S. 37 und S. 45 ff.

Geldpolitik kann an diesen Grössen demnach nicht mit absoluter Sicherheit abgelesen werden. Bessere Indikatoreigenschaften werden seitens der Geldtheorie allein der um das Rediskontvolumen und Mindestreservesatzänderungen erweiterten Geldbasis[1] zugesprochen[2]. Nach diesem Konzept unterliegt die Zentralbankgeldmenge, auf der die Geldschöpfung des Bankensektors aufbaut, der eindeutigen Kontrolle der Notenbank. Allerdings strebt die Deutsche Bundesbank mit ihrem derzeitigen Instrumentarium eine direkte Steuerung der Geldbasis nicht an.[3]

Von den genannten Unzulänglichkeiten einzelner Variablen einmal abgesehen, hängt die Wahl eines Indikators von dem jeweils unterstellten monetären Übertragungsprozess ab. Keynesianer, die den Kreditkosten die grösste Bedeutung zumessen, werden das allgemeine Zinsniveau als geeignete Indikatorgrösse ansehen. Liquiditätstheoretiker werden sich für die Bankenliquidität entscheiden. Geldmenge und Geldbasis werden schliesslich von den Monetaristen als Indikatoren bevorzugt.[4] Da letztere die Rolle der Kredite gering schätzen und die Übertragung monetärer Impulse allein über das Vermögen der privaten Haushalte ausgeschlossen werden kann, sind Geldmenge und Geldbasis im vorliegenden Fall als monetäre Indikatoren nicht brauchbar.

Die Deutsche Bundesbank welchselte ihre Ansicht über die jeweils geeignetste Steuerungsgrösse, auf die sie mittels ihrer Instrumente einzuwirken versuchte, in der Nachkriegszeit mehrfach. Sie trug dabei den sich wandelnden Vorstellungen über den monetären Transmissionsprozess und den wechselnden Bedingungen des aussenwirtschaftlichen Einflusses

---

1 Geldbasis = Bargeldumlauf + Sichtguthaben der Kreditinstitute bei der Notenbank

2 Neumann (Zwischenziele und Indikatoren) S. 419, Siebke/Willms (Theorie) S. 189

3 Lückertmann/Siedenberg (Geldpolitische Lenkungsinstrumente) S. 40 ff.

4 Vgl. Siebke/Willms (Theorie) S. 172 f.

auf die inländische Geldversorgung Rechnung.

Ihr vorrangiger Ansatzpunkt während der fünziger Jahre war das Zinsniveau, welches als massgeblicher Bestimmungsgrund für die Höhe der Kreditnachfrage angesehen wurde. Dementsprechend waren Diskont- und Lombardsatzvariationen das bevorzugte Instrument der damaligen Zeit.[1] Somit konnten an der Entwicklung der Leitzinsen zumindest die Intentionen, wenn auch nicht die Wirkungen der Notenbankpolitik abgelesen werden.

Anfang der sechziger Jahre nach Einführung der freien Konvertibilität der DM, die infolge der seitdem vorherrschenden Zahlungsbilanzdefizite zu Geldzuflüssen aus dem Ausland führten, verlegte sich die Bundesbank auf die Steuerung der Bankenliquidität. Mit ein Grund für diesen Konzeptionswandel war aber auch die zu jener Zeit aufkommende Erkenntnis, dass die Kreditnachfrage in weiten Bereichen der Wirtschaft zinsunelastisch ist. Nunmehr versuchte die Bundesbank, über die freien Liquiditätsreserven auf das Kreditangebot der Banken und damit auf den Finanzierungsspielraum der ausgabentätigenden Wirtschaftssubjekte einzuwirken. Bevorzugtes Instrument der Liquiditätspolitik wurden Mindestreservesatzänderungen.[2]

Mit dieser Politik sind aber auch parallel wirkende Zinseffekte verbunden. Eine Zunahme der flüssigen Mittel der Banken führt zu Zinssenkungstendenzen auf dem Geld- und Kapitalmarkt und umgekehrt.[3] Die Zinsen am Bankenkreditmarkt bleiben davon nicht unberührt.

Darüberhinaus wird mit der weiterhin durchgeführten Variation

---

1 Vgl. dazu Booms (Konzepte) S. 42 ff.
2 Vgl. dazu Booms (Konzepte) S. 51 ff.
3 Duwendag (Kreditwesen) S. 636

des Diskont- und Lombardsatzes sowie der Festlegung der Abgabesätze für Geldmarktpapiere eine eigenständige Zinspolitik betrieben. Mit der Höhe des Diskontsatzes sind die Sollzinsen für Bankkredite eng verknüpft. Bis zum 31.12.1967 wurden in der Bundesrepublik Deutschland diese beiden Grössen durch administrative Vorschriften aneinander gebunden. Nach Aufhebung der Zinsbindung lockerte sich dieser Zusammenhang etwas. Die Kreditinstitute orientieren sich bei der Festlegung ihrer Zinssätze aber auch weiterhin an der Höhe der Leitzinsen.[1]

Nach wie vor misst die Deutsche Bundesbank der Diskontpolitik eine Signalfunktion zu. An der Veränderung der Bankraten kann und soll die Wirtschaft den in der Zukunft beabsichtigten Kurs der Geldpolitik ablesen.[2]

Mitte der siebziger Jahre kam vorübergehend der Eindruck einer neuen Geldpolitik auf, als die Deutsche Bundesbank den Begriff der Zentralbankgeldmenge[3] ins Spiel brachte. Dem war aber nicht so. Im Kern handelte es sich dabei um eine Liquiditätspolitik am ganz kurzen Zügel. Diese war möglich geworden, weil die Kreditinstitute in diesen Jahren ihre freien Liquiditätsreserven nahezu vollständig abgebaut hatten.[4] Nach einigen missverständlichen Äusserungen[5] interpretierte die Bundesbank die Zentralbankgeldmenge schliesslich als reine Zielgrösse, an der sie den Erfolg ihrer Politik misst, und nicht als Indikator für die von ihr emittierten Impulse.[6]

---

1 Köhler (Geldwirtschaft) S. 181 ff.

2 Köhler (Geldwirtschaft) S. 299

3 Definition im Sinne der Deutschen Bundesbank: Zentralbankgeldmenge = Bargeldumlauf + Mindestreservesoll der Kreditinstitute auf Inlandsverbindlichkeiten bei konstanten Reservesätzen.

4 Vgl. Simmert (Kritische Anmerkungen) S. 226 f.

5 Vgl. Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht für das Jahr 1974) S. 26 f.

6 Schlesinger (Neuere Erfahrungen) S. 446 ff.

Die gegenwärtige Geldpolitik der Bundesbank ist von der Grundüberlegung bestimmt, das Kreditangebot der Banken und die daraus resultierende Zunahme der Geldmenge über die Bankenliquidität zu steuern und überdies die Kreditnachfrage der Nichtbanken durch Veränderungen des Zinsniveaus zu beeinflussen.[1] Als monetäre Indikatoren werden deshalb im folgenden die freien Liquiditätsreserven, die für das Konsumentenkreditgeschäft relevanten Zinssätze und ergänzend der Diskontsatz verwendet. Mit der gleichzeitigen Verwendung mehrerer Beurteilungsmasstäbe werden Fehlinterpretationen der Bundesbankpolitik weitgehend vermieden, die bei der Betrachtung von nur einer dieser Grössen nicht ausgeschlossen werden können.

5.2.2. Die freien Liquiditätsreserven und das Angebot an Konsumentenkrediten

Die Turbulenzen im internationalen Währungsgefüge Anfang der siebziger Jahre, die Devisenzuflüsse in bis dahin nicht gekannten Ausmassen mit sich brachten, machten eine konsequente, an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte Liquiditätspolitik nahezu unmöglich. Eine erfolgreiche Kontrolle der freien Liquiditätsreserven des Bankensektors bedurfte daher zunächst der aussenwirtschaftlichen Absicherung. Diese Voraussetzung war mit dem im März 1973 erfolgten Übergang zum "Blockfloating" gegenüber dem Dollar gegeben.[2]

Zugleich konnte ein Wandel in den Urteilsmasstäben der Kreditinstitute über das benötigte Mass an Liquidität beobachtet werden.[3] Die Banken schränkten bei einer Verminderung ihrer freien Liquiditätsreserven ihre Kreditvergabe nicht mehr wie früher ein.[4] Sie gingen nunmehr

---

1 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1972) S. 26
2 Vgl. Duwendag (Geldpolitik) S. 238 ff.
3 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1972) S. 23 f.
4 SVR (JG 1973/74) Ziffer 172

offensichtlich davon aus, dass ihre freien Liquiditätsreserven nahezu gänzlich für eine Kreditausweitung disponierbar seien, wenn die Kreditnachfrage dies nahelegte. Dies war auch so lange unbedenklich, wie die Kreditinstitute umfangreiche Auslandsanlagen abrufen oder Kredite im Ausland aufnehmen konnten. Nach der Einführung schwankender Dollarkurse waren derartige Transaktionen nur noch in Blockwährungen problemlos. Die Liquiditätsposition eines jeden einzelnen Insituts verschlechterte sich insoweit, wie sich die Risiken zukünftiger Wechselkursänderungen erhöhten.[1] Dies führte zu einer Herausnahme der kurzfristigen Auslandsanlagen aus den freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich zwischen 1970 und Anfang 1973 nahezu keine Zusammenhänge zwischen der Veränderung der Bankenliquidität und der Entwicklung der Kreditgeschäfte erkennen lassen (vgl. Abb. 4).

Unter dem Eindruck der stark steigenden Lebenshaltungskosten nutzte die Deutsche Bundesbank ihre ab Frühjahr 1973 wiedergewonnene Handlungsfreiheit für eine konsequente Stabilisierungspolitik und beseitigte den Liquiditätsspielraum des Bankenapparates nahezu vollständig. Zur Eindämmung der überaus kräftig wachsenden Konsumentenkredite mit Steigerungsraten von über 25% vereinbarte sie zusätzlich mit den Kreditinstituten einen freiwilligen Werbestop für Verbraucherdarlehen. Die Zurückstellung geplanter Anzeigenwerbung in Zeitungen und Zeitschriften, die Einstellung der Hörfunk- und Fernsehwerbung sowie schliesslich die Zurücknahme des Konsumentenkreditgeschäfts aus der Schaufensterwerbung und der Verzicht auf persönliche Kundenaquisitation wurde aus der Sicht der

1 SVR (JG 1973/74) Ziffer 172

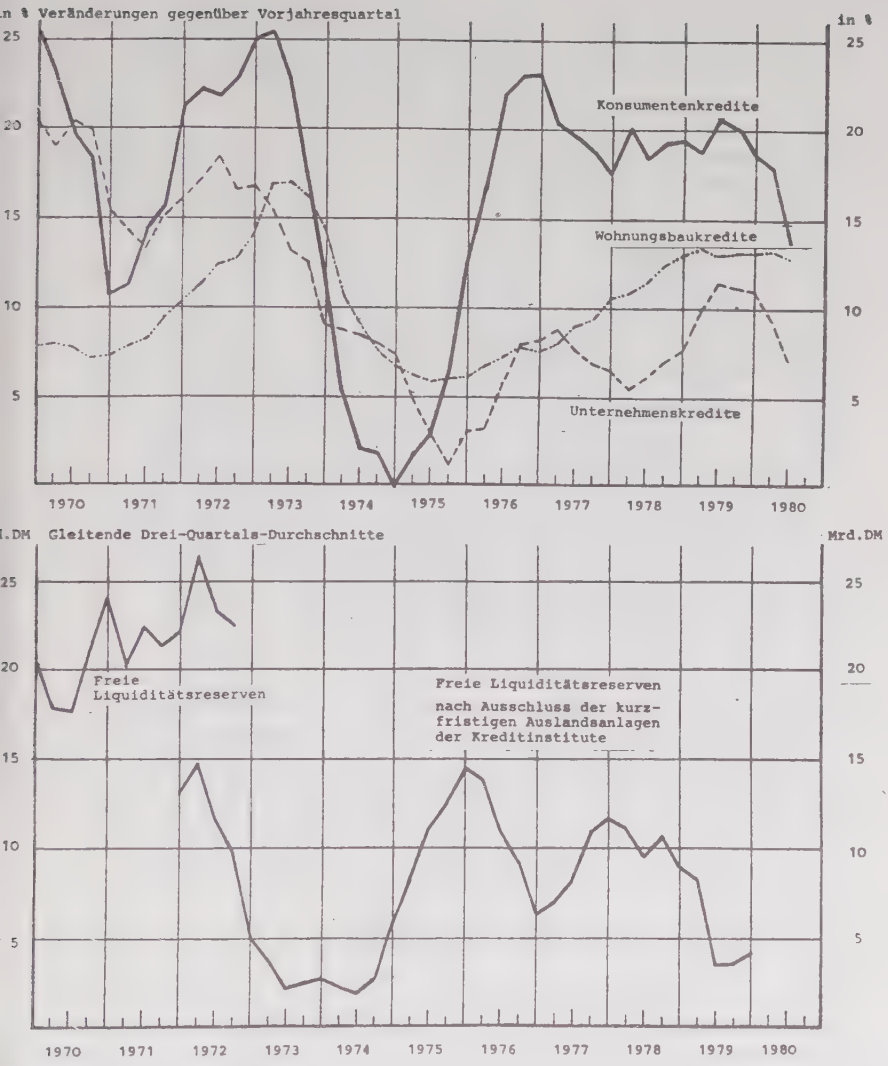


Abb. -.: Freie Liquiditätsreserven und Konsumenten-
kreditgeschäft

Bankkunden vielfach mit einem Kreditstop gleichgesetzt.[1] Die Liquiditätsknappheit des Kreditgewerbes und der Werbestop brachten das weitere Wachstum des Konsumentenkreditgeschäftes binnen Jahresfrist zum Stillstand.

Ein Umsteuern der Geldpolitik erfolgte im Oktober 1974. Mit der Erhöhung der Rediskontkontingente bildete sich wieder ein nennenswerter Liquiditätsspielraum bei den Banken.[2] Zur gleichen Zeit wurde der Werbestop aufgehoben.[3] Auf diese Massnahmen reagierten die Kreditinstitute umgehend und forcierten ab Anfang 1975 zunächst die Kreditvergabe an private Haushalte. Dies wohl auch deshalb, weil die Konsumenten infolge der besonders für das Konsumentenkreditgeschäft einschränkenden Bestimmungen der vorangegangenen Restriktionsphase und den unter dem Eindruck der Ölkrise vielfach aufgeschobenen Ersatzbeschaffungen,insbesondere bei Automobilen über eine zurückgestaute Kreditnachfrage verfügten, die nunmehr schnell und ohne grosse Verzögerungen befriedigt werden konnte. Dies führte zu einer raschen und lang anhaltenden Expansion des Konsumentenkreditgeschäftes in den Jahren 1975 und 1976.

Eine gewisse Umkehr in dieser Entwicklung ist Ende 1976 zu verzeichnen, nachdem die Deutsche Bundesbank seit Beginn desselben Jahres den Liquiditätsspielraum der Banken sukzessive einengte.[4] Da sie diesen Kurs 1977 nicht fortsetzte und wieder einen Anstieg der freien Liquiditätsreserven ermöglichte, waren die Abschwungstendenzen in der Kreditvergabe an private Haushalte lediglich vorübergehender Natur. Die reichliche Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute im Verlauf des Jahres 1978[5] ermöglichte es ihnen, das an die Konsumenten hinausgelegte Kreditvolumen

---

1 Land (Konsumkredit) S. 12
2 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1974) S. 25
3 Land (Nachfragebelebung) S. 277
4 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1976) S. 16
5 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1978) S. 32

jährlich um weiterhin knapp 20% zu erhöhen.

Diese Entwicklung setzte sich bis Mitte 1979 fort, obwohl die Bundesbank bereits zu Beginn desselben Jahres einen zunächst vorsichtigen Restriktionskurs einleitete. Als den Banken ab der zweiten Jahreshälfte dann nur noch ein technisches Minimum an freien Liquiditätsreserven zugestanden wurde,[1] begannen sie mit einer nachhaltigen Einschränkung ihrer Kreditgewährung an private Haushalte.

Wie im Rückblick auf die Entwicklung seit 1973 deutlich wird, reagierten die Kreditinstitute auf eine Ausweitung oder Verknappung der freien Liquiditätsreserven stets mit einer gleichgerichteten Anpassung des Konsumentenkreditgeschäftes. Die zeitliche Verzögerung betrug in der Regel ein Jahr. Wie die Erfahrungen der Jahre 1973 und 1974 zeigen, bewirkte der zusätzliche Einsatz des Werbestops eine wesentliche Verkürzung dieses Reaktions-lags auf weniger als ein Vierteljahr. Ein systematischer und regelmässiger Einsatz dieses Instruments, der sich nicht nur auf Ausnahmesituationen wie die Stabilisierungsphase von 1973/74 beschränkt, würde die Effizienz der Geldpolitik auf mittlere Sicht sicherlich zusätzlich verbessern. Aber auch ohne diese Massnahme kann die Elastizität der Konsumentenkredite in Bezug auf eine Veränderung der liquiditätspolitischen Rahmenbedingungen im Vergleich zu Krediten für andere Verwendungszwecke als überdurchschnittlich hoch eingeschätzt werden.

5.2.3. Das Zinsniveau und die Nachfrage nach Konsumentenkrediten

Der effektive Jahreszinssatz[2] für Ratenkredite und die Sollzinsen für Kontokorrentkredite[3] repräsentieren das

---

1 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1979) S. 20

2 Effektiver Jahreszinssatz für Ratenkredite mit einer Laufzeit von 36 Monaten. Vgl. Tab. 15 im Anhang

3 Sollzinsen für Kontokorrentkredite unter 1 Mio. DM. Vgl. Tab. 14 im Anhang.

Zinsniveau,mit dem die Konsumenten bei einer Kreditaufnahme konfrontiert werden. Darüberhinaus ist der Diskontsatz der Deutschen Bundesbank von Bedeutung. Seine Veränderungen, die in der öffentlichen Meinung meistens ein lebhaftes Echo hervorrufen, werden als Signal für die Zinsentwicklung der nahen Zukunft gesehen.

Wie ein Blick auf die Zinsentwicklung der letzten zehn Jahre zeigt (Abb. 5), schlägt sich die Diskontpolitik der Bundesbank in der Zinshöhe am Konsumentenkreditmarkt merkbar nieder. Ein ganz enger Zusammenhang besteht zwischen dem Verlauf der Kontokorrentzinsen und der Höhe des Leitzinssatzes. Die relativ hohen Ratenkreditzinsen schwankten anfänglich allerdings nur geringfügig, obgleich der Diskontsatz in dieser Zeit erheblich gesenkt wurde. Ab 1973 lösten sich die effektiven Jahreszinsen aus ihrer Erstarrung und passten sich in ihrer Entwicklung mehr und mehr dem Verlauf von Kontokorrent- und Bundesbankzins an. Diese neue Flexibilität und der nachhaltige bis dahin unbekannte Zinsrückgang bei Ratenkrediten in den Jahren 1973 und 1974 dürften eine direkte Folge des zunehmenden Preiswettbewerbes zwischen den Kreditinstituten sein.

Die zinspolitischen Intentionen der Deutschen Bundesbank blieben auf die Nachfrage nach K$_o$nsumentenkrediten nicht ohne Wirkung. Die Mitte 1970 eingeleitete Herabsetzung des Diskontsatzes und das damit einhergehende Sinken der Zinsen für Dispositionskredite, brachte die abnehmende Verschuldungsbereitschaft der Verbraucher am Jahresende zum Stillstand. Die weitere Zurücknahme des Diskontsatzes in den Jahren 1971 und 1972 auf zuletzt 3% mit der primären Absicht, das Zinsgefälle zum Ausland und damit den Anreiz zu Kapitalimporten zu verringern[1], brachte dem Konsumentenkreditgeschäft neue kräftige Impulse.

---

1 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1971) S. 17

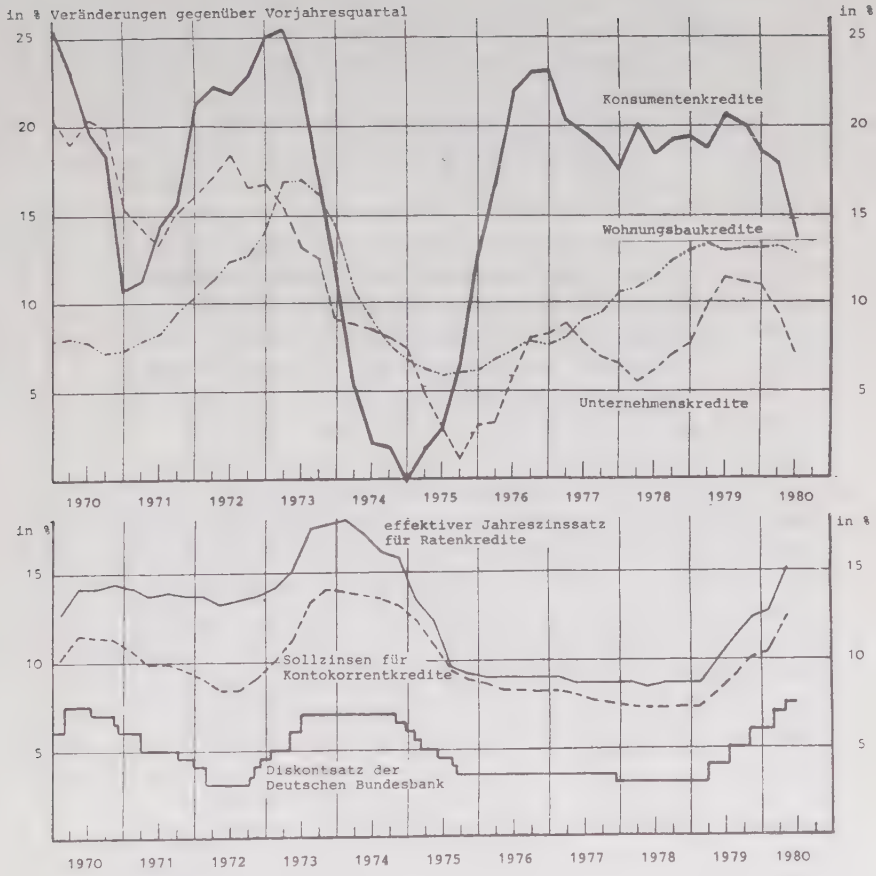


Abb. 5.: Zinsniveau und Konsumentenkreditgeschäft

Die vorübergehende Stabilisierung der aussenwirtschaftlichen Situation gab der Geldpolitik die Möglichkeit, ab Oktober 1972 den Leitzins in raschen Schritten um mehrere Stufen zu erhöhen.[1] Die Anpassung der Zinsen für Verbraucherkredite erfolgte zunächst zögernd. Weitere Aufschläge auf den Diskontsatz auf bis zu 7% zur Jahresmitte 1973, in Verbindung mit einer erfolgreichen Verknappung der Bankenliquidität, trieben dann aber den Zins für Ratenkredite auf die Rekordmarke von nahezu 20% p.a.. Die Haushalte reagierten rasch; ein halbes Jahr nach dem Kurswechsel der Geldpolitik begannen sie, nicht zuletzt infolge der hohen Zinsen, ihre Kreditaufnahme drastisch einzuschränken.[2] Das Andauern der restriktiven Notenbankpolitik brachte das Konsumentenkreditgeschäft bis zum Ende des Jahres 1974 praktisch zum Erliegen. Das erste Anzeichen für eine Lockerung der Kreditbedingungen seitens der Bundesbank war die Zurücknahme des Diskontsatzes von 7 auf 6 1/2% im Oktober 1974.[3] Die Zinsen am Kreditmarkt, die bereits im Vorfeld dieser Entscheidung infolge der allseitig schwachen Kreditnachfrage geringfügig nachgaben, gingen daraufhin rasch zurück. Die Verbraucher verstanden diese Signale und verstärkten umgehend ihre Kreditaufnahme und holten bis dahin aufgeschobene Anschaffungen nach. Der weitere Zinsverfall im Jahre 1975 verhalf dem Konsumentenkreditgeschäft zu einer neuen Dynamik, das sich in den Jahren 1976 bis 1978 infolge der anhaltend niedrigen Zinsen auf einem hohen Niveau einpendelte.

Unter dem Eindruck der zunehmenden Inflationstendenzen begann die Bundesbank im Frühjahr 1979 die Zinszügel wieder anzuziehen.[4] In enger Parallelität bewegten sich auch die Kreditkosten nach oben. Wie es bereits in früheren Phasen zu beobachten war, schränkten die privaten Haushalte auch

1 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1972) S. 21
2 SVR (JG 1973/74) Ziffer 79
3 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1974) S. 25
4 SVR (JG 1976/77) Ziffer 66 und SVR (JG 1978/79) Ziffer 50
5 Deutsche Bundesbank (Geschäftsbericht 1979) S.21

diesmal ihre Kreditaufnahme umgehend und spürbar ein.

Nach diesen Beobachtungen können die Trendänderungen im Konsumentenkreditgeschäft ausnahmslos mit der Entwicklung des Zinsniveaus erklärt werden. Offen bleibt dabei, ob sich die Verbraucher primär an den effektiven Kreditkosten oder mehr an dem Leitzins der Bundesbank orientieren. Damit bestätigt sich die Wirksamkeit des einfachen Kreditkostenmechanismus im Bereich der privaten Haushalte.

Aufschlussreich ist darüberhinaus ein Vergleich mit den anderen Kreditkategorien. Ohne Zweifel ist die Höhe der Zinsen gleichfalls entscheidend für die Aufnahme von Krediten zum Zwecke des Wohnungsbaus. Anders dagegen verhält es sich bei den Krediten an Unternehmen. Ihre Entwicklung steht in keinem direkten Zusammenhang mit den Kreditkosten. Diese Erfahrungen bestätigen die früheren Untersuchungen.[1]

Des weiteren sind die zeitlichen Verzögerungen von Interesse. Spätestens ein halbes Jahr nach der Umkehr der Zinspolitik änderten die privaten Haushalte regelmässig ihre Verschuldungsbereitschaft zu Konsumzwecken. In dieser Deutlichkeit ist dies auch nicht bei den Wohnungsbaukrediten zu beobachten. Im Falle einer expansiven Geldpolitik mag dies darauf zurückzuführen sein, dass die kreditfinanzierten Anschaffungen im Konsumbereich schnell und ohne grössere Vorlaufzeiten, wie sie etwa beim Wohnungsbau auftreten, realisiert werden können.

---

1 Vgl. Dürr (Prozesspolitik) S. 119, Kohler (Bundesbankpolitik) S. 19 ff.

5.2.4. Der Einfluss des Einkommens auf die Entwicklung der Konsumentenkredite

Die vielfach vertretene These, die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte hinge primär von der Entwicklung ihres Einkommens ab, lässt sich anhand einer Gegenüberstellung von Konsumentenkreditgeschäft und privatem Einkommen überprüfen. Informationen über der Verlauf des Einkommens der privaten Haushalte geben die folgenden, von der amtlichen Statistik publizierten Zeitreihen über

- das verfügbare Einkommen
- das Masseneinkommen sowie
- die Nettolöhne und -gehälter.

Als Bestimmungsfaktor für die Konsumentenkredite, die nach der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank allein den unselbständigen und sonstigen Privatpersonen zugeschrieben werden, sind die vorangestellten Einkommensgrössen unterschiedlich gut geeignet.

Das verfügbare Einkommen, dem ansonsten eine enge Beziehung zu den Konsumausgaben unterstellt wird, enthält auch die Einkommen der selbständig Tätigen und Kapitaleigner. Aus diesem Grunde erscheint es nicht sinnvoll, diese umfassende Grösse zur Erklärung des Verlaufs der enger gefassten Konsumentenkredite heranzuziehen.

Dafür besser geeignet erscheint auf den ersten Blick das Masseneinkommen, da dessen Empfänger mit den unselbständigen und sonstigen Privatpersonen identisch sind. Dieses Aggregat umfasst neben den Nettolöhnen und -gehältern auch die öffentlichen Einkommensübertragungen. Letztere fliessen nahezu ausschliesslich an Rentner und sonstige Nichterwerbstätige. Diese wiederum sind an der gesamten Konsumentenverschuldung aber nur zu einem geringen Teil beteiligt.[1]

Bei den Schuldnern der Konsumentenkredite handelt es sich nahezu ausschliesslich um die Bezieher der Nettolöhne und

---

1 Vgl. Tab. 10.2 im Anhang

-gehälter. Daher dürfte zwischen dem Einkommen der Unselbständigen, aus dem ja die aufgenommenen Verbraucherkredite zurückbezahlt werden müssen, und der Entwicklung der Konsumentenkredite wohl am ehesten ein Kausalnexus bestehen.

Ein vergleichender Blick auf die Veränderungsarten der saisonbereinigten Konsumentenkredite sowie der Nettolohn- und Gehaltssumme (Abb. 6) lässt jedoch keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen beiden Grössen erkennen. Zu keinem Zeitpunkt der Beobachtungsperiode änderte sich die Verschuldungsbereitschaft der Konsumenten aufgrund vorangegangener oder gleichzeitiger Umschwünge in der Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter. Vielmehr gingen die Aufschwungphasen des Konsumentenkreditgeschäftes in den Jahren 1971 und 1975 einher mit weiteren Rückgängen im Wachstum des Einkommens aus unselbständiger Arbeit. Soweit deutliche Trendänderungen in der Einkommensentwicklung überhaupt ausgemacht und mit der Entwicklung des Konsumentenkreditgeschäftes in Verbindung gebracht werden können, hinken sie der veränderten Kreditnachfrage der Verbraucher um Jahresfrist hinterher. Zieht man in Betracht, dass ein nachlassender Anstieg der Löhne und Gehälter mit Phasen des konjunkturellen Abschwungs zusammenfällt, dann deuten diese Beobachtungen auf einen antizyklischen Verlauf des Konsumentenkreditgeschäftes hin.

Diese Disproportionalitäten zwischen den Einkommenszuwächsen und dem Verlauf des Konsumentenkreditwachstums spiegeln sich auch in der Entwicklung des Verschuldungsgrades der privaten Haushalte wieder (Abb. 7). Diese Messziffer drückt das Verhältnis zwischen dem Bestand an Konsumentenkrediten und der Höhe der Nettolohn- und -gehaltssumme eines Quartals aus. Ein im Zeitablauf konstanter Verschuldungsgrad wäre ein eindeutiger Beweis für den alleinigen Einfluss der Einkommensentwicklung auf die Konsumentenverschuldung. Ähnlich verhält es sich bei einem gleichmässigen Anstieg dieser Linie; in diesem Fall kommen zusätzlich

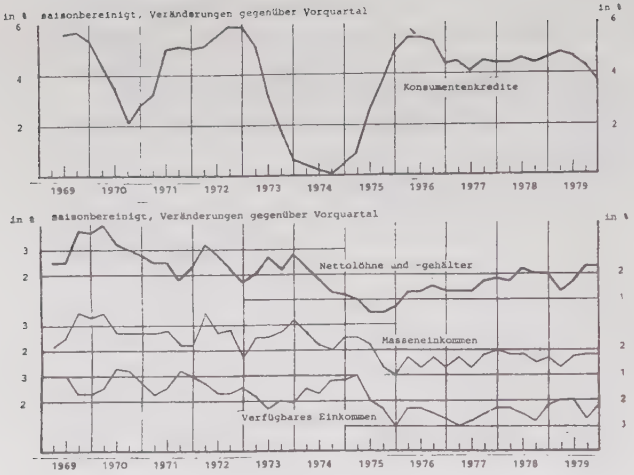


Abb. 6.: Einkommensentwicklung und Konsumentenkreditgeschäft

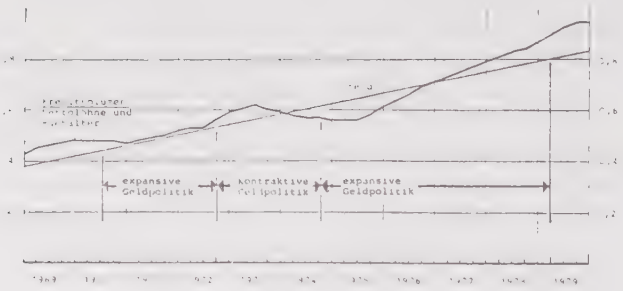


Abb. 7.: Verschuldungsquote bezogen auf die Nettolöhne und -g[illegible]

langfristige Bestimmungsfaktoren zum Tragen. Die in der Realität zu beobachtenden kurzfristigen Schwankungen des Verschuldungsgrades um einen langfristig ansteigenden Trend sind dagegen ein Indiz für einen allenfalls lockeren Zusammenhang zwischen Einkommen und Konsumentenkrediten.

Es liegt nahe, diesen zyklischen Verlauf mit dem Kurs der Geldpolitik zu begründen. Dabei stellt sich heraus, dass regelmässig ein halbes Jahr nach dem ersten zinspolitischen Anzeichen für einen Kurswechsel der Bundesbank ein Umschwung in der Entwicklung des Verschuldungsgrades stattfand. In Zeiten sinkender und niedriger Zinsen wuchs die Konsumentenschuld überdurchschnittlich schneller als das Einkommen. Besonders deutlich ist dies zwischen 1975 und 1978 sowie in etwas abgeschwächter Form in den Jahren 1971 und 1972 zu beobachten. In beiden Zeiträumen lag der Anstieg des Verschuldungsgrades über dem langfristigen Trend. In Phasen kontraktiver Geldpolitik verlangsamte sich hingegen das relative Wachstum der Konsumentenkredite. Mit der Folge, dass die Zunahme des Verschuldungsgrades unter ihren langfristigen Durchschnittswert zurückfiel und teilweise sogar negativ wurde. Mithin lässt sich am zeitlichen Verlauf dieser Messziffer, bei gleichzeitiger Ausschaltung der vom Einkommen ausgehenden Wirkungen, der dominierende Einfluss der Geldpolitik auf das Konsumentenkreditgeschäft ablesen.

5.2.5. Die Konjunkturentwicklung und das Konsumentenkreditgeschäft

Eine bessere Erklärung für die Entwicklung des Konsumentenkreditgeschäftes als die Nettolohn- und Gehaltssumme gibt möglicherweise das Bruttosozialprodukt. Nach Abb. 8 sind die Wachstumsschwankungen beider Grössen sehr ähnlich. Damit stellt sich gleichzeitig die Frage nach dem pro- oder antizyklischen Einfluss der Konsumentenkredite.

Grundsätzlich erscheint es plausibel, wenn sich die Konsumenten bei ihrer Kreditaufnahme mehr von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und weniger von ihrem tatsächlichen Einkommen leiten lassen. Preissteigerungen in der Hochkonjunktur animieren zu vorgezogenen Güterkäufen und üben dadurch einen expansiven Effekt auf die Nachfrage nach Konsumentenkrediten aus. Andererseits dämpfen zunehmende Arbeitsplatzrisiken im Abschwung die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte. Eine Bestätigung für einen solchen prozyklischen Verlauf wäre ein Nachhinken des Konsumentenkreditwachstums hinter der Konjunkturentwicklung.

In Anbetracht des nicht zu leugnenden Einflusses der Notenbank auf das Konsumentenkreditgeschäft ist aber auch ein umgekehrter Wirkungszusammenhang nicht auszuschliessen. In diesem Fall sind die kreditfinanzierten Konsumausgaben mitverantwortlich für die konjunkturelle Entwicklung. Davon wird auszugehen sein, wenn die Schwankungen des Konsumentenkreditgeschäftes den Schwankungen des Bruttosozialproduktes vorauseilen.

Bei einem parallelen Wachstum beider Grössen sind die Verhältnisse dagegen weniger eindeutig. Bei diesem Befund wird man in den Konsumentenkrediten eher die Ursache als die Folge von Konjunkturschwankungen sehen können, da sich hinter den Veränderungen der Konsumentenverschuldung ein gleichgerichteter Nachfrageimpuls verbirgt.

Ein vergleichender Blick auf die Wachstumsraten beider Grössen bestätigt im grossen und ganzen die Hypothese des

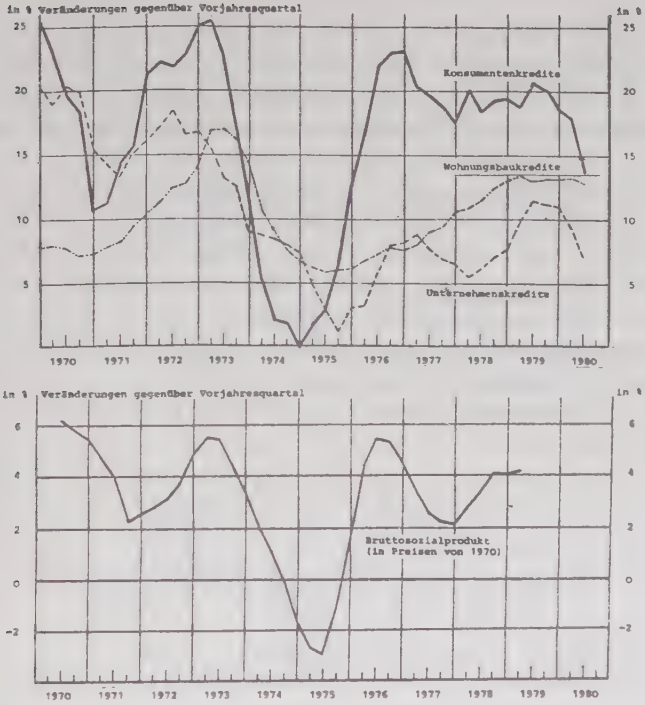


Abb.8: Bruttosozialprodukt und Konsumentenkreditgeschäft

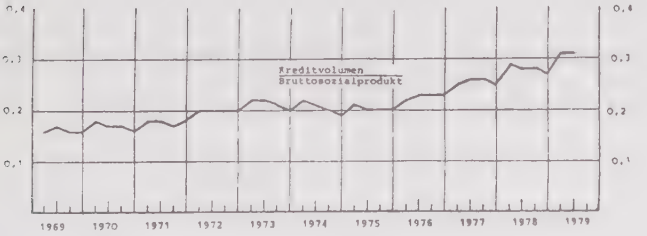


Abb.9: Verschuldungsquote bezogen auf das Bruttosozialprodukt

antizyklischen Verlaufs der Konsumentenkredite. In den Jahren 1971 und 1975 setzte der Aufschwung nach jeweils gut einem halben Jahr nach dem Tiefststand des Konsumentenkreditwachstums ein. Bemerkenswerterweise liessen sich die kreditnehmenden Konsumenten von der im Jahre 1975 stark steigenden Arbeitslosigkeit nicht beeindrucken. Ebenfalls dürften die geldpolitisch bedingten Einschränkungen des Konsumentenkreditgeschäftes im Jahre 1973 einen guten Teil zum unmittelbar darauf einsetzenden Konjunkturabschwung beigetragen haben. Anders verhielt es sich hingegen 1976; hier eilte der obere Wendepunkt der Konjunktur der Entwicklung des Konsumentenkreditgeschäftes um ein halbes Jahr voraus.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit den Krediten für andere Verwendungszwecke. Die Wachstumsraten der Kredite an Unternehmen folgten mit Ausnahme der Zeit um 1972/73 der Konjunktur mit einem mehr oder weniger deutlichen Time-lag hinterher. Diese Tendenz ist in Rezessionsphasen besonders ausgeprägt und bestätigt damit die Asymmetrie des geldpolitischen Einflusses im Konjunkturzyklus. Ein erweitertes Kreditangebot zu günstigen Bedingungen ist eine notwendige, nicht jedoch hinreichende Bedingung für die Wiederbelebung der Nachfrage nach Investitionsgütern. Hinzu kommen müssen erste sichere Anzeichen für einen sich anbahnenden Konjunkturaufschwung. Offenkundig dominiert im Unternehmensbereich das Akzelerationsprinzip gegenüber den zins- und liquiditätspolitischen Effekten.

Anders verhält es sich mit den Wohnungsbaukrediten. Da sich die Wachstumsraten dieser Kreditbestände bis Mitte 1976 parallel zu denen des realen Bruttosozialprodukts entwikkelten, kann ihnen bis zu diesem Zeitpunkt ohne weiteres eine konjunkturbestimmende Rolle zugesprochen werden.

Gleichwohl weist im Rückblick auf die gesamte Beobachtungsperiode das Konsumentenkreditgeschäft den vergleichsweise engsten und zuverlässigsten Zusammenhang mit dem Konjunk-

turverlauf auf. Diese Beobachtung wird durch den weitgehend gleichmässigen, lediglich von saisonalen Schwankungen überlagerten Anstieg der vierteljährlichen Quoten aus Kreditvolumen und Bruttosozialprodukt (Abb. 9) untermauert.

5.2.6. Das Konsumklima und die Entwicklung der Konsumentenkredite

Eine weitere Modifikation der These von der Einkommensabhängigkeit der Konsumentenverschuldung läuft darauf hinaus, anstelle der bereits realisierten Einkommensentwicklung die für die Zukunft erwarteten allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Beurteilung der Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Höhe der Einkommenserwartungen für die Kreditnachfrage der Verbraucher verantwortlich zu machen.[1] Die Konsumenten handeln gleichsam im Vorgriff auf die später tatsächlich eintretende Konjunkturentwicklung. Als Bestätigung dafür sei zunächst auf Abb. 8 verwiesen. Ein derartiges Verhalten führt in der Regel schon frühzeitig vor Erreichen eines Konjunkturtiefs zu einer erheblichen Dämpfung der Verschuldungsbereitschaft der privaten Kreditkunden.

Anders als bei lebensnotwendigen, gewohnheitsmässigen und vertraglich gebundenen Ausgaben sind die von sozialpsychologischen Faktoren geprägten Motive und Einstellungen, Stimmungen und Erwartungen von massgeblicher Bedeutung für die nicht regelmässig wiederkehrenden Konsumentscheidungen mit hohem Freiheitsgrad.[3] Gerade bei dem Kauf langlebiger Konsumgüter und der damit verbundenen Kreditaufnahme mit ihren weit in die Zukunft reichenden Konsequenzen für die wirtschaftliche Position des einzelnen Haushaltes werden

---

1 Land (Privatkredite im Jahre 1973) S. 147
2 Schneider (Arbeitslosigkeit) S. 20 f.
3 Biervert/Niessen (Privater Verbrauch und Konjunktur) S. 369

sich die Konsumenten nicht nur an ihrem gegenwärtigen Einkommen ausrichten, sondern nach zusätzlichen Orientierungshilfen aus ihrem ökonomischen, soziologischen und psychologischen Umfeld suchen.[1] Ebenso gehen Erfahrungen aus den vergangenen, vielleicht ähnlich gelagerten Situationen und die daraus abgeleiteten zukünftigen Erwartungen und Pläne in das Konsumentenverhalten ein.[2]

Demnach kommt es nicht nur auf die objektive Kauffähigkeit an, die durch das Einkommen, die Ersparnisse, das vorhandene Kreditangebot und den Preis der Güter gegeben ist, sondern darüberhinaus auf die subjektive Kaufbereitschaft, die durch Pläne, Erwartungen und Ansprüche beschrieben werden kann.[3]

Einen Masstab für die Konsumentenstimmung in der Bundesrepublik Deutschland bietet der von der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik auf dem Umfragewege ermittelte Index des Konsumklimas.[4] Er repräsentiert die Antworten auf folgende drei, an ausgewählte Verbraucher gestellte Fragen[5]:

- Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushaltes in den letzten 12 Monaten entwickelt?
- Wie dürfte sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushaltes in den kommenden 12 Monaten entwickeln?
- Wie dürften sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

Wie aus Abb. 10 mit beeindruckender Deutlichkeit hervorgeht, spiegeln sich die Wandlungen der Konsumentenstimmung ausnahmslos in der Entwicklung des Konsumentenkreditbestandes wieder. Zwischen den Veränderungen der Kaufabsichten

---

1 Herb (Indikatoren) S. 39

2 Bievert/Niessen (Privater Verbrauch und Konjunktur) S. 370

3 Huyer/Cremer (Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung) S. 141

4 Huyer/Cremer (Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung) S. 142

5 IfO (Spiegel der Wirtschaft) Tab. L 5

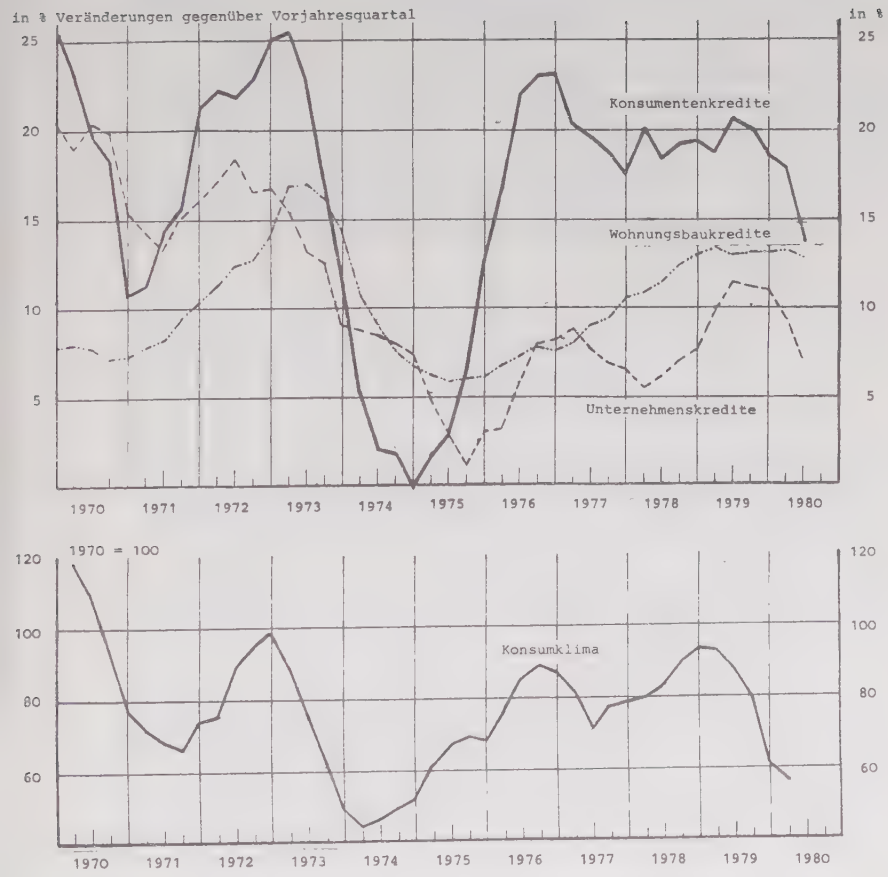


Abb.10.: Konsumklima und Konsumentenkreditgeschäft

und der darauffolgenden Realisation mittels Kreditaufnahme besteht seit 1972 eine weitgehend konstante zeitliche Verzögerung von zwei Quartalen. Zweifelsohne liefert die Konsumentenstimmung damit die bislang beste Erklärung für die Entwicklung des Konsumentenkreditgeschäftes.[1]

Damit stellt sich die Frage nach den Bestimmungsfaktoren des Konsumklimas. Vordergründig lässt die Ausgestaltung der zugrundeliegenden Verbraucherbefragung auf einen ausschliesslichen Einfluss der vergangenen und vor allem der zukünftig erwarteten Einkommensentwicklung schliessen. Die Erwartungen der Konsumenten werden offenbar nie enttäuscht.

Das ist einigermassen überraschend, da es mit der Diagnosefähigkeit der Haushalte nicht allzu gut bestellt sein dürfte. Zumindest nicht besser als bei den Unternehmen, die ihrerseits überaus vorsichtig operieren, soweit sich das an ihrem Kreditaufnahmeverhalten ablesen lässt.

Zweifelsohne werden sich die für die Zukunft erwarteten konjunkturellen Entwicklungen in dem Masse, wie sie richtig vorausgesehen werden und vorab in das Konsumentenverhalten eingehen, bis zu einem gewissen Umfang selbst bestätigen. Dieser Mechanismus bietet eine vortreffliche Erklärung für kumulative Prozesse innerhalb eines bereits eingeleiteten Auf- oder Abschwungs.

Einer besonderen Erklärung bedürfen die Umschwünge des Konsumklimas. Ein aufkommender Pessimismus in der Hochkonjunktur und ein wiedererwachender Optimismus in der Rezession signalisieren Erwartungsänderungen, die nicht zuletzt auf wirtschaftspolitische Eingriffe zurückgeführt werden können.[2] Bei der Übertragung dieser Impulse auf die Meinungen

---

1 Vgl. Nerb (Indikatoren) S. 42

2 Vgl. Davies (Some Relations) S. 778 ff.

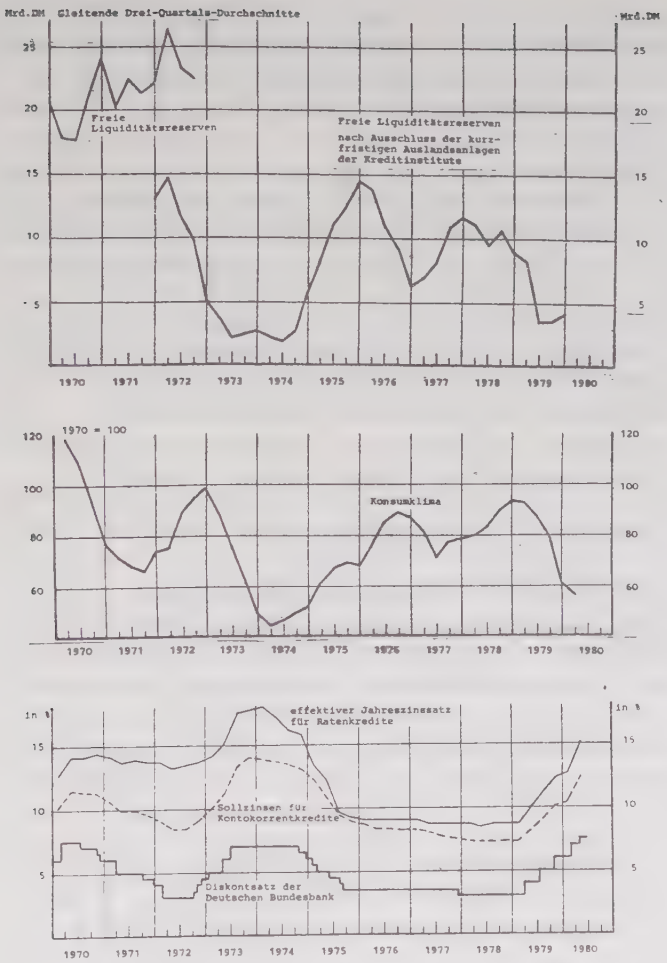


Abb.11: Freie Liquiditätsreserven, Zinsniveau und Konsumklima

und Einstellungen der breiten Bevölkerung spielen Massenmedien und Opinionleaders eine wichtige Rolle.[1] Durch den zunehmenden Umgang der Arbeitnehmer mit Kreditinstituten werden sie überdies verstärkt mit geldwirtschaftlichen Problemen konfrontiert.[2]

Nachhaltige Einflüsse auf die Konsumentenstimmung hatte vor allem die Liquiditätspolitik der Deutschen Bundesbank. Sie wird für den einzelnen Konsumenten in einem veränderten Kreditangebot spürbar. Nach Abb.11 folgte das Konsumklima seit 1972 mit einem halbjährlichen Abstand nahezu ausnahmslos der jeweiligen Höhe der freien Liquiditätsreserven. Ungleich schwächer wurden die Erwartungen der Haushalte von den Veränderungen des Zinsniveaus bestimmt. Das ist insoweit erstaunlich, als gerade die Diskontsatzvariationen in der Öffentlichkeit auf ein reges Interesse stossen.

5.2.7. Zusammenfassung der Beobachtungen

Wie die vorangegangenen Untersuchungen gezeigt haben, unterliegt das Konsumentenkreditgeschäft dem direkten und eindeutigen Zugriff der Geldpolitik. Sämtliche Umschwünge im Wachstum der Konsumentenverschuldung können als Reaktionen auf unmittelbar vorangegangene Zins- und/oder Liquiditätsveränderungen interpretiert werden. Im Gegensatz dazu hat die Entwicklung der Haushaltseinkommen keinen erkennbaren Einfluss auf die Verschuldungsbereitschaft der Verbraucher. Eine enge Parallelität besteht indessen zwischen den Schwankungen des Konsumentenkreditgeschäftes und der Konjunkturentwicklung. Da die Trendänderungen im Wachstum der Konsumentenkredite den Wendepunkten der Konjunktur in einigen Fällen vorauseilen, liegt die Vermutung nahe, dass die kreditfinanzierten Konsumausgaben an den Umbrüchen der Konjunktur massgeblich beteiligt sind und einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung einer Rezession wie auch zur Dämpfung eines Booms zu leisten ver-

1 Biervert/Hessen (Privater Verbrauch und Konjunktur) S. 370
2 Buchholz (Privatkredite im Jahre 1972) S. 115 f.

mögen. Nahezu gleichförmig, wenn auch mit zeitlichen Verschiebungen, präsentieren sich die Verläufe von Konsumentenkreditgeschäft und Konsumklima. Da die Bewegungen des Konsumklimas denen der Konsumentenverschuldung vorauseilen und sich ihrerseits an die Veränderungen der von der Bundesbank kontrollierten freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute anpassen, kann ein Wirkungszusammenhang unterstellt werden, der den liquiditätspolitischen Vorstellungen der Geldtheorie nahekommt.

Das derzeitige geldpolitische Instrumentarium der Deutschen Bundesbank reicht soweit erkennbar zur Steuerung der Konsumentenverschuldung aus. Zusätzliche und spezielle Massnahmen zur Beeinflussung des Konsumentenkreditgeschäfts sind überflüssig.

Die Auswirkungen und der Erfolg des bislang erst einmal zwischen der Deutschen Bundesbank und der Kreditwirtschaft vereinbarten Werbestops sind für sich allein genommen nicht näher quantifizierbar. Der überdurchschnittlich starke Rückgang des Konsumentenkreditgeschäftes in den Jahren 1973 und 1974 dürfte wohl primär mit der ausserordentlich restriktiven Handhabung der übrigen geldpolitischen Instrumente in Verbindung gebracht werden. Ein Übriges dürfte freilich auch die damals herrschende Ölkrise und deren Auswirkungen auf die Automobilkonjunktur zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Dieser über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg erkennbare antizyklische Verlauf des Konsumentenkreditgeschäftes steht in deutlichem Gegensatz zu den Untersuchungsergebnissen Timmermanns. Er ermittelte anhand von Daten der sechziger Jahre ein eindeutig prozyklisches Anwachsen der Konsumentenverschuldung. Dieser Widerspruch kann zum einen mit der zwischenzeitlich eingetretenen Verhaltensänderung der am Konsumentenkreditgeschäft beteiligten Wirtschaftssubjekte[1], zum anderen aber mit den Unterschieden in den zugrundeliegenden Zeitreihen erklärt werden. Die von Timmermann als Indikator

1 Vgl. Nienhaus (Entwicklung) S. 206 f.

verwendeten effektiven Mindestreservesätze führen möglicherweise zu Fehlschlüssen über den Kurs der Geldpolitik. Zudem berücksichtigt er in seiner Analyse lediglich die Kredite der Teilzahlungsbanken und nicht das gesamte Konsumentenkreditvolumen.[1]

Allerdings, und das entkräftet diese Einwände bis zu einem gewissen Punkt, konstatierte auch die Bundesbank zu der damaligen Zeit ein zumindest in der Grundrichtung prozyklisches Verhalten der Konsumentenkredite.[2] Sie betont aber gleichzeitig, dass neben der Einkommensentwicklung auch die Kreditpolitik einen gewissen Einfluss, wenn auch mit merklicher Verzögerung, auf die Expansionsrate der Konsumentenkredite gehabt haben dürfte.[3]

1 Timmermann (Regulierung) S. 255
2 Deutsche Bundesbank (Entwicklung) S. 16
3 Deutsche Bundesbank (Entwicklung) S. 17

5.3. Geldpolitik und Konsum

5.3.1. Statistische Probleme

Die Aussagekraft einer Gegenüberstellung von Konsumentenkrediten und den Ausgaben der privaten Haushalte hängt entscheidend von der Auswahl und Ausgestaltung des verfügbaren statistischen Materials ab. Im Rahmen dieser Untersuchung werden vierteljährliche Angaben über diejenigen Verbrauchsausgaben benötigt, die vorzugsweise mit Krediten finanziert werden.

In der Bundesrepublik Deutschland werden für den Bereich des privaten Konsums eine grosse Zahl von Zeitreihen und Querschnittsdaten erhoben und veröffentlicht.[1] Im wesentlichen handelt es sich dabei um

- die allgemeine Verbrauchsstatistik
- die Umsätze des Facheinzelhandels sowie
- direkte Haushaltsbefragungen

Bedauerlicherweise enthält diese umfangreiche Konsumstatistik keine speziellen Daten, die den oben gesetzten Anforderungen voll genügen.[2]

Die allgemeine Verbrauchsstatistik stützt sich in erster Linie auf die Umsatzangaben der unmittelbaren Lieferanten der privaten Haushalte. Dem systematischen Güterverzeichnis entsprechend werden folgende neun Hauptgruppen ausgewiesen:

(1) Nahrungs- und Genussmittel
(2) Kleidung und Schuhe
(3) Wohnungsmieten u.ä.
(4) Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.
(5-9) Waren und Dienstleistungen für
- die übrige Haushaltsführung
- Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung
- Körper- und Gesundheitspflege
- Bildung und Unterhaltung
- persönliche Ausstattung und sonstiges.

---

1 Einen umfassenden Überblick über diese Konsumstatistik, auf die sich die folgenden Ausführungen im wesentlichen stützen, gibt Nerb (Konsumentwicklung) S. 37 ff.
2 Vgl. dazu auch Clausse (Dauerhafte Konsumgüter) S. 4

Für diese Ausgaben veröffentlicht das Statistische Bundesamt bisher nur Jahreswerte. Auf der Basis dieser Angaben berechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Quartalsergebnisse, allerdings nur in Form von Nominalwerten. In Ermangelung anderer ähnlich differenzierter Vierteljahresdaten ist man bei der Konjunkturanalyse des privaten Verbrauchs auf die DIW-Angaben angewiesen.

Im Hinblick auf die hier interessierende Fragestellung ist es zweckmässig, die ersten vier Ausgabengruppen zum Grundbedarf der Haushalte zusammenzufassen. Die restlichen Teile des Verbrauchs dienen der gehobenen Lebensführung. Letztere enthalten mit grosser Wahrscheinlichkeit die in hohem Masse von der Kreditfinanzierung abhängigen langlebigen und hochwertigen Gebrauchsgüter sowie die grösseren Ausgaben für Dienstleistungen.[1]

Ergänzend können die Umsatzentwicklungen des Facheinzelhandels herangezogen werden. Infrage kommen im wesentlichen die Umsätze des Einzelhandels mit

- Hausrat und Wohnbedarf
- elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren
- Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen.

Alle drei Bereiche handeln mit langlebigen Gebrauchsgütern. Die hierzu verfügbaren Daten zeigen ausgehend von einem Basisjahr die jeweilige Umsatzentwicklung auf.[2]

Ein isolierter, längerfristiger Vergleich einzelner Umsatzreihen mit der Entwicklung der Konsumentenkredite birgt indessen die Gefahr von Fehlschlüssen in sich. Zum einen kann sich die generelle Nachfrage nach langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern infolge zeitlich begrenzter Kaufwellen von einem Einzelhandelsbereich zu einem anderen verlagern. Zum anderen kann die Nachfrage nach Gütern, die mit den Konsumentenkrediten in keiner unmittelbaren Verbindung ste-

1 Vgl. Tab. 23 im Anhang

2 Vgl. S. [illegible]

hen, die Umsatzentwicklung einzelner Branchen zeitweilig dominieren.[1] Des weiteren werden mit Konsumentenkrediten eine Vielzahl anderer Waren und Dienstleistungen finanziert, die in diesen Umsatzreihen nicht enthalten sind. Eine Aggregierung der einzelnen Branchenumsätze würde diese Probleme bis zu einem gewissen Teil abschwächen, wenn auch nicht beseitigen. Dies ist leider nicht möglich, da absolute Umsatzgrössen nicht publiziert werden.

Als weitere Informationsquelle bleiben schliesslich die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die in Form einer schriftlichen Umfrage bei den Haushalten ermittelt werden. In dieser Erhebung werden drei ausgewählte Haushaltstypen erfasst:

- Typ 1: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen
- Typ 2: 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
- Typ 3: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Diese Wirtschaftsrechnungen weisen die jährlichen Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter gesondert aus.[2] Von Nachteil ist die mangelnde Repräsentanz der ausgewählten Haushaltstypen. Sie stehen weder für alle Nichterwerbstätigen- oder Arbeitnehmerhaushalte noch für die "deutsche Durchschnittsfamilie."[3]

Um dennoch eine ungefähre Vorstellung von der Grössenordnung der Ausgaben aller Konsumenten für dauerhafte Konsumgüter zu erhalten, muss in Ermangelung besserer Daten auf diese Angaben des Mikrozensus zurückgegriffen werden. Als Ausgangsbasis dient der entsprechende Ausgabenanteil des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes, da dieser Haushaltstyp

---

1 Zu denken ist dabei etwa an einfachen Hausrat, optische Erzeugnisse und Uhren, Maschinen und Büroeinrichtungen.

2 Vgl. Tab. 28 im Anhang

3 Nerb (Konsumentwicklung) S. 40

am weitesten verbreitet ist. Der Anteil dauerhafter Güter an den Gesamtausgaben schwankt bei ihm zwischen 9 und 13 Prozentpunkten. Er liegt damit etwas niedriger als beim Haushaltstyp 3, aber deutlich höher als bei den Haushalten der Rentner- und Sozialhilfeempfänger. Die daraus errechneten jährlichen Gesamtausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter[1] sind aber möglicherweise etwas zu tief gegriffen, da angenommen wird, dass sich in den meisten westlichen Ländern der Anteil der sogenannten "consumer durables" derzeit auf ca. 15% der gesamten Konsumausgaben beläuft.[2]

Eine andere Frage betrifft die Verwendung von Real- oder Nominalwerten. Die Höhe der Kreditabhängigkeit wie auch die sonstigen Zusammenhänge zwischen Kreditfinanzierung und Konsumentwicklung lassen sich nur erkennen, wenn man die Konsumausgaben zu ihren jeweiligen Preisen zugrundelegt. Die konjunkturellen Aspekte des Konsums wie auch seine Auswirkungen auf die Beschäftigung treten indessen stärker zutage, wenn allein die realen, von Preiseffekten bereinigten Grössen ins Auge gefasst werden. Bedauerlicherweise werden letztere von der Konsumstatistik weitgehend vernachlässigt.

Eine weitere wesentliche Einschränkung der nachfolgenden Gegenüberstellung rührt daher, dass sich die Vergleichsgrössen auf unterschiedlich abgegrenzte Bevölkerungskreise beziehen. Die von der Bankenstatistik erfassten Konsumentenkredite werden allein den unselbständigen und sonstigen Privatpersonen zugerechnet. Den Angaben über den privaten Verbrauch liegen hingegen die Ausgaben aller Haushalte zugrunde.[3] Freiberufler, Gewerbetreibende und Landwirte nehmen aber in oft überdurchschnittlichen Ausmass Kredite zu Konsumzwecken auf. Infolgedessen liegen die ausgewiesenen Konsumentenkredite erheblich unter ihrem tatsächlichen Wert. Dieser Mangel wiegt besonders schwer, da man davon ausgehen kann, dass gerade die Selbständigen ein besonders konjunk-

1 Vgl. Tab. 29.1 im Anhang
2 Herb (Konsumentwicklung) S. 73
3 Vgl. Buchholz (Privatkredite im Jahre 1972) S. 115

turempfindliches Ausgabenverhalten an den Tag legen.

Bedauerlicherweise enthält die deutsche Kreditnehmerstatistik allein das Gesamtvolumen der Konsumentenverschuldung. Gesonderte Angaben über Kredittilgungen und Neuausleihungen liegen nicht vor. An der Änderung des Kreditvolumens lässt sich indessen lediglich die Nettokreditgewährung ablesen, nicht aber der tatsächliche Umfang der kreditfinanzierten Verbrauchsnachfrage.[1] So werden bei einem im Zeitablauf konstanten Volumen an Verbraucherkrediten sämtliche Kreditrückzahlungen zum Zwecke einer neuerlichen Konsumfinanzierung hinausgelegt. Diese dürften eine respektable Grössenordnung erreichen, da sich die Konsumentenkredite aufgrund der kurzen Laufzeiten und der überwiegend regelmässigen Rückzahlungsraten besonders rasch umschlagen.[2] Erst wenn sich der Kreditbestand in jeder Periode um genau die Höhe der Tilgungen vermindert, ist das Kreditgeschäft mit den privaten Haushalten gänzlich zum Erliegen gekommen.

Zur Beurteilung des gesamten Finanzierungseffektes muss daher die Bruttokreditgewährung an die Verbraucher zugrunde gelegt werden. Diese ergibt sich aus den Rückzahlungen der einzelnen Quartale, zuzüglich der jeweiligen Veränderungen des Kreditbestandes. Die Höhe der Rückzahlungen ist zu schätzen. Dabei wird von folgenden Voraussetzungen ausgegangen:

- Sämtliche Konsumentenkredite werden ratenweise zurückgeführt.
- Die mittlere Laufzeit aller Verbraucherkredite liegt bei drei Jahren.

In einem Vierteljahr wird demnach 8,33 % des Kreditvolumens getilgt.[3]

---

1 Vgl. Neubauer (Strategien) S. 125 f.

2 Einen interessanten Einblick in die diesbezüglichen Grössenordnungen gibt folgender, wenn auch schon länger zurückliegender Hinweis der Bundesbank: "Für das Jahr 1963 bezifferten die Teilzahlungsintitute die Summe der von ihnen neu gewährten Teilzahlungskredite auf fast 4,8 Mrd. DM, während sich ihr Bestand an solchen Krediten gleichzeitig nur um rund 2[illegible] Mio. DM erhöhte." Deutsche Bundesbank (Aus den Ergebnissen), S. 22

3 Vgl. Tab. 25 im Anhang

Die gemachten Annahmen sind aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen sind die Laufzeiten dieser Kredite über einen längeren Zeitraum nicht konstant. Anfang der siebziger Jahre lagen sie im Mittel deutlich unter drei Jahren, am Ende der Beobachtungsperiode hingegen darüber. Zum anderen sind kurzfristige Laufzeitvariationen wahrscheinlich. In Phasen des Konjunkturabschwungs und gleichzeitig expansiver Geldpolitik wird ein Teil der Haushalte seine Kreditengagements vorzeitig zurückführen.[1] Andererseits werden für Neuausleihungen in einer solchen Situation relativer Unsicherheit wahrscheinlich längere Laufzeiten vereinbart.[2] Darüberhinaus kann weder bei Kontokorrentkrediten noch bei anderen Nichtratenkrediten von den oben unterstellten Rückzahlungsmodalitäten ausgegangen werden. Obwohl sich die genannten kurzfristigen Abweichungen bis zu einem gewissen Grade kompensieren mögen, wird die ermittelte Bruttokreditgewährung dennoch mit einer erheblichen Ungenauigkeit behaftet sein. Diese Schätzwerte vermitteln allenfalls einen gewissen Eindruck von der Grössenordnung des von den Konsumentenkrediten ausgehenden Finanzierungseffektes.

Die dargelegten statistischen Probleme vermindern die Aussagekraft der nachfolgenden Untersuchungen.

5.3.2. Der Einfluss der Konsumentenkredite auf die Konsumneigung

Einen ersten umfassenden Eindruck von den Auswirkungen wechselnder Kreditbedingungen auf die Dispositionen der Verbraucher erhält man durch einen Vergleich der Zuwachsraten des Konsumentenkreditgeschäftes mit der jeweiligen Höhe der Sparquote.

Nach früheren Beobachtungen der Deutschen Bundesbank konnte davon ausgegangen werden , dass in Zeiten hoher Einkommens-

1 Land (Konsumentenkredit) S. 10

2 Vgl. Land (Privatkredite im Jahre 1973) S. 147, Ellgering (Entwicklung) S. 74

steigerungen die Konsumentenverschuldung wie auch die Sparquote zunahmen. Demzufolge wurde der von den Konsumentenkrediten ausgehende "prozyklische" Effekt, der mit einer Erhöhung der negativen Ersparnis gleichgesetzt werden kann, durch das Anwachsen der positiven Ersparnis tendenziell vermindert.[1] Die vorangegangenen Untersuchungen haben die Einkommensabhängigkeit und damit den prozyklischen Verlauf der Konsumentenkredite zumindest in der jüngeren Zeit nicht bestätigt. Darüberhinaus weisen die Erfahrungen der letzten Jahre auf ein prozyklisches Sparerverhalten hin.[2] Gleichzeitig und in teilweisem Gegensatz dazu wurde im theoretischen Teil dieser Arbeit mehrfach die Vermutung geäussert, dass die privaten Haushalte bei der Aufteilung ihres Einkommens auf Konsum und Ersparnis die jeweilige Verfügbarkeit von Krediten in Rechnung stellen und in Zeiten günstiger Kreditkonditionen ihre Rücklagenbildung zugunsten zusätzlicher Konsumausgaben einschränken.

Aus Abb. 12 kann eine teilweise Bestätigung dieser Hypothese herausgelesen werden. Während in den ersten drei Jahren des zugrundegelegten Untersuchungszeitraums ein Rückgang bzw. Zuwachs der Konsumentenverschuldung durch eine gleichgerichtete Variation der Sparquote zumindest teilweise kompensiert wurde, änderten die Verbraucher ab dem vierten Quartal des Jahres 1972 ihr Verhalten. Seit diesem Zeitpunkt entwickelt sich das an die privaten Haushalte hinausgelegte Kreditvolumen und die Höhe der Sparquote gegenläufig. Ein beschleunigtes Anwachsen der Konsumentenverschuldung ging seitdem regelmässig einher mit einem Rückgang der Sparquote bzw. einer Zunahme der allgemeinen Konsumneigung.

Umgekehrt sahen sich die Verbraucher in den Jahren 1973 und 1974, wohl nicht zuletzt aufgrund der nachhaltigen Einschränkung der Kreditvergabe, zu einer verstärkten Spar-

---

1 Deutsche Bundesbank (Aus den Ergebnissen) S. 16 f.
2 Streissler (Theorien der Konsumfunktion) S. 23

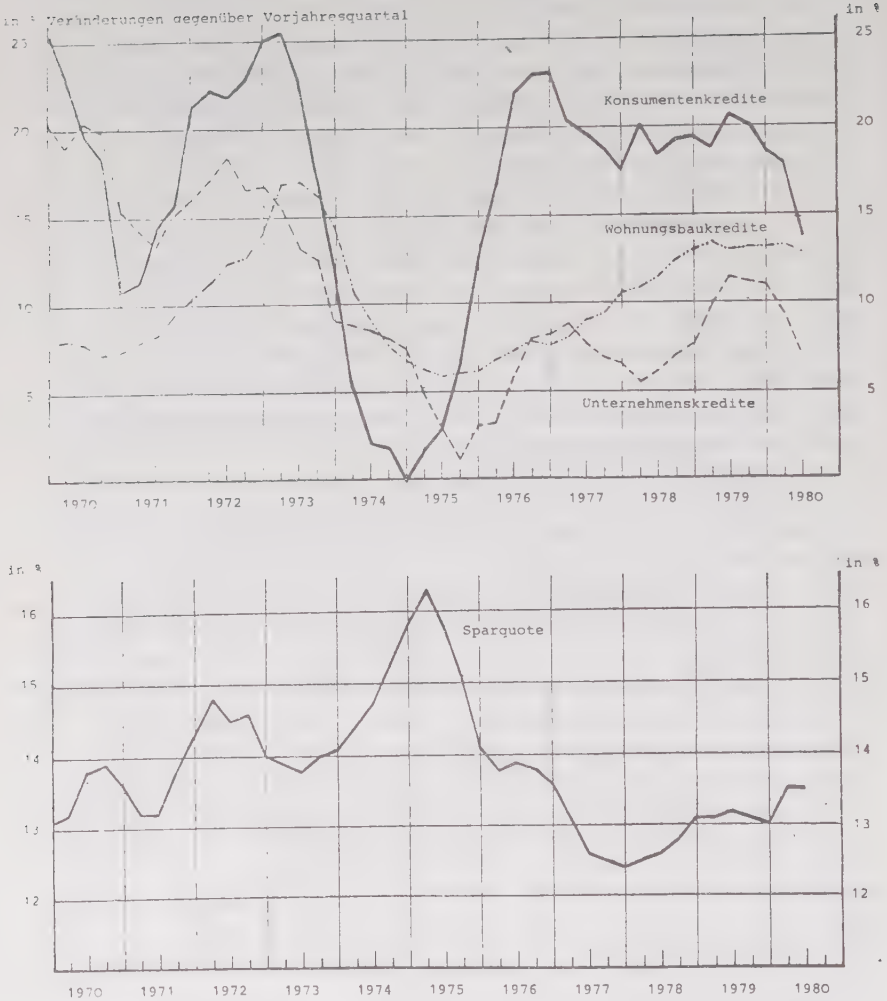


Abb.12: Konsumentenkreditgeschäft und Sparquote

tätigkeit genötigt. Freilich darf auch das zu der damaligen Zeit schnell zunahmende Arbeitsplatzrisiko und die damit verbundene Sorge um das zukünftige Einkommen als überaus gewichtiges Sparmotiv nicht unterschätzt werden. Des weiteren wird der überdurchschnittlich hohe Konsumverzicht dieser Jahre durch das Bemühen der Haushalte verursacht worden sein, ihre Konsumentenschulden vorzeitig zu tilgen. Neben dem restriktiven Kurs der Geldpolitik trug dieses Verhalten sicherlich wesentlich zu dem rasch abnehmenden Wachstum des Konsumentenkreditvolumens bei.

Ab 1977 pendelte sich das Wachstum der Konsumentenverschuldung auf einem sehr hohen, die Sparquote dagegen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau ein. Dazu bemerkt der Sachverständigenrat: "Im übrigen zeigt auch die anhaltend kräftige Zunahme der Konsumentenkredite, dass die Ausgabenneigung nicht nur unverändert gross war, sondern durch die günstigen Finanzierungsbedingungen noch verstärkt wurde."[1]

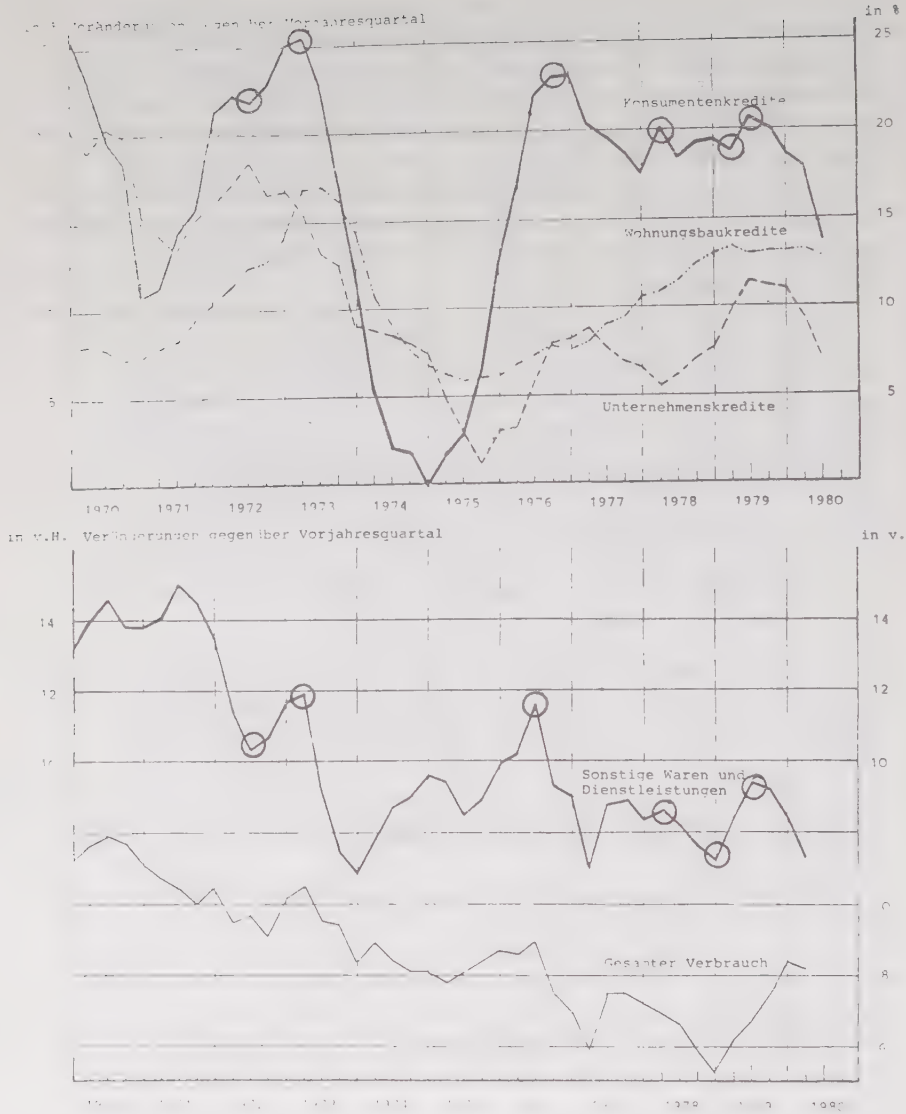
5.3.3. Die Entwicklung der Konsumentenkredite und der Verlauf der Konsumausgaben

Nach diesen ersten empirischen Hinweisen auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der Verschuldung und dem Ausgabenverhalten der Verbraucher kann man sich genauere Einblicke aus einer Gegenüberstellung der vierteljährlichen Zuwachsraten der Konsumentenkredite und den zeitgleichen Veränderungen in der Höhe der absoluten Konsumausgaben erhoffen.

Von besonderem Interesse sind dabei die Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen. Diese sind, wie ein erster Blick auf die Verbrauchsentwicklung in Abb. 13 zeigt, ungleich stärkeren Schwankungen unterworfen als das Gesamtkonsumaggregat. Abgesehen davon besteht zwischen dem Verlauf dieser beiden Zeitreihen bis zum Jahre 1976 keine ins Auge fallende Ähnlichkeit. Dies beruhte offensichtlich darauf,

---

1 SVR (JG 1978/79) Ziffer 80



.13.: Konsumentenkred

dass ein überdurchschnittliches Wachstum der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen einherging mit einem Verzicht bei Gütern des täglichen Bedarfs. Umgekehrt wurde eine Zurückhaltung bei den Käufen des gehobenen Bedarfs durch verstärkte Ausgaben im Bereich des Grundkonsums wettgemacht. Seit 1975 ist dagegen eine zunehmende Gleichläufigkeit in der Entwicklung dieser beiden Konsumkomponenten festzustellen, mit der Folge, dass sich sämtliche Extremwerte im Wachstum der sonstigen Waren und Dienstleistungen bei den Veränderungen des Gesamtkonsums wiederfinden.

Von den ausgeprägten Schwankungen des Konsumentenkreditgeschäftes werden weder die gesamten Konsumausgaben noch, und das wäre eher zu vermuten gewesen, die Nachfrage nach sonstigen Waren und Dienstleistungen nachhaltig berührt.

Mehrfach stehen den zu- oder abnehmenden Tendenzen bei den Ausgaben für sonstige Waren- und Dienstleistungen gegenläufige Wachstumsraten bei der Konsumentenverschuldung gegenüber. Besonders auffällig ist dies im ersten Halbjahr 1970, von Mitte 1971 bis Mitte 1972 und in den Jahren 1974 und 1975.

Allerdings entdeckt man bei näherer Betrachtung auch Gemeinsamkeiten zwischen mehreren Maxima und Minima beider Zeitreihen. (Sie sind in Abb.13 besonders hervorgehoben.) Einige von ihnen sind eine nähere Betrachtung wert.

Der deutliche Nachfrageeinbruch bei sonstigen Waren und Dienstleistungen zur Mitte des Jahres 1972, für den als Sondereinflüsse der in jenem Jahr frühe Ostertermin und der im Sommer einsetzende Olympiaboom verantwortlich gemacht werden[1], wirkte sich auch auf das Konsumentenkreditgeschäft aus, dessen Wachstum kurzzeitig eine Abschwächung erfuhr, die ihrerseits nicht mit geldpolitischen Massnahmen erklärt werden kann.

---

1 DIW (Verbrauchskonjunktur bleibt lebhaft) S. 408

Im ersten Vierteljahr 1973 tritt bei beiden Zeitreihen ein oberer Wendepunkt auf. Der Umbruch in der Konsumentwicklung wird dabei auf die Abschwächung der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen zurückgeführt. "Für das Frühjahr erwartete Preissteigerungen dürften zunächst zu vorgezogenen Käufen geführt haben, die danach wieder festzustellende Kaufzurückhaltung hängt wohl auch mit den ausserordentlich gestiegenen Finanzierungskosten zusammen."[1] Hier haben die verschärften Kreditkonditionen den Konsum in die für die Geldpolitik gewünschte Richtung gelenkt.

In den Jahren nach 1976 ist ein tendenziell grösserer Gleichklang zwischen den Veränderungsraten des Konsums und den Verbraucherdarlehen zu verzeichnen. Einmal haben sich die Schwankungsbreiten beider Reihen einander angenähert. Zum zweiten liegen die oberen Extremwerte beider Reihen mehrfach zeitlich eng beieinander.

5.3.4. Die Kreditabhängigkeit des privaten Konsums und seiner Komponenten

Eine hinreichend grosse Kreditabhängigkeit des Konsums ist eine wichtige Voraussetzung für eine wirksame Steuerung dieses Nachfrageaggregats durch die Notenbank. Diese kann zunächst anhand geeigneter Kreditfinanzierungsquoten beurteilt werden. Sie messen den relativen Anteil der Kreditfinanzierung an den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte.

Einen zutreffenden Eindruck von der tatsächlichen Bedeutung der Konsumentenkredite für den Konsum gewinnt man, wenn man die neugewährten Kredite einer Beobachtungsperiode allein auf den "potentiell kreditfinanzierungsbedürftigen" Teil des Konsums desselben Zeitraumes bezieht. Dabei handelt es sich im Kern um die Anschaffungen von langlebigen und hochwertigen Gebrauchsgütern und ähnlich unregelmässig anfallende Ausgaben. Da, wie bereits erwähnt, detaillierte statisti-

---

1 DIW (Vor schwächerer Expansion) S. 348 f.

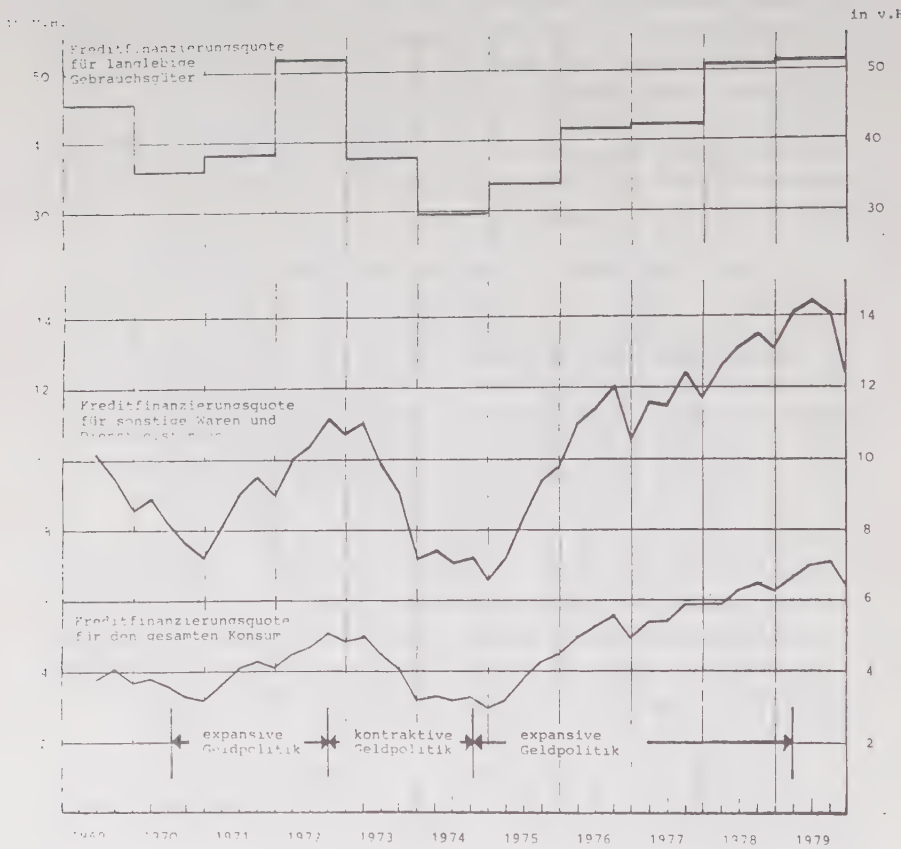
sche Angaben über die absolute Grösse dieser Ausgabenkategorien nicht vorliegen, werden ersatzweise die Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen, wie auch die vom Verfasser geschätzten jährlichen Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter herangezogen.

Eine Kreditfinanzierungsquote des gesamten Verbrauchs ist hingegen wenig aussagekräftig, da der grösste Teil der laufenden Haushaltsausgaben direkt aus dem verfügbaren Einkommen finanziert wird. Aus informativen Gründen wird diese Grösse aber dennoch ermittelt.

Abb.14 gibt einen Überblick über den zeitlichen Verlauf der verschiedenen Kreditfinanzierungsquoten des Konsums.

Die Kreditabhängigkeit des Gesamtkonsums ist erwartungsgemäss relativ gering. Die entsprechende Quote schwankt in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraumes um einen Durchschnittswert von etwa 4 %. Ab 1976 stieg sie jedoch kontinuierlich an und erreichte zuletzt einen Wert von 7 %. Neubauer, der für einen früheren Zeitraum eine ähnliche Berechnung durchgeführt hat, kommt dagegen zu sehr viel niedrigeren Grössen. Nach seinen Angaben hat diese Quote bis 1968 den Wert von 1 % nie erreicht.[1] Die sehr viel geringere Bedeutung des Konsumentenkreditgeschäftes in den sechziger Jahren wird ein Grund für dieses abweichende Ergebnis sein. Zudem waren vor der Umstellung der Kreditnehmerstatistik die Konsumentenkredite sehr viel enger gefasst. Ein Grossteil dieser Differenz wird schliesslich damit erklärt, dass Neubauer lediglich die Nettoneuverschuldung der Verbraucher und nicht wie im vorliegenden Fall die Bruttokreditgewährung verwendet. Dahinter mag die Überlegung stehen, dass die Haushalte mit Kreditverpflichtungen einen Konsumverzicht in Höhe ihrer Ratenzahlungen leisten. Auch wenn dieses zutreffen sollte, ist die gewählte Vorgehens-

1 Neubauer (Strategien) S. 156



. . : ierungsquoten des Konsums

weise problematisch, da die zurückgeführten Kredite erneut an andere Verbraucher vergeben werden, die ohne diese Mittel sicher keine zusätzlichen Ausgaben tätigen würden.

Ein realistischeres Bild vermittelt die Kreditfinanzierungsquote der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen. Der Kreditanteil an der Gesamtfinanzierung dieser Käufe oszillierte im Untersuchungszeitraum um einen mittleren Wert von 10 % mit einer deutlich ansteigenden Tendenz in den letzten Jahren. Obwohl dieses Konsumsegment nahezu sämtliche Gütergruppen umfasst, für die eine Kreditfinanzierung in Frage kommt, entfallen noch grosse Teile desselben auf Ausgaben für den täglichen Bedarf, die aus dem laufenden Einkommen bestritten werden. Daher wird man diese Quote lediglich als Mindestwert für die tatsächliche Kreditabhängigkeit des finanzierungsbedürftigen Konsums betrachten müssen.

Wird die Bruttokreditgewährung schliesslich allein auf die allerdings nur näherungsweise geschätzten Ausgaben für langlebige und hochwertige Gebrauchsgüter bezogen, dann kommt man zu einem Kreditfinanzierungsanteil, der auf Jahresbasis zwischen 30 % und 50 % schwankt. Diese Werte bedürfen aber einer vorsichtigen Interpretation. Zum einen, weil die geschätzten Daten für Anschaffungen dieser Art wahrscheinlich etwas zu hoch sind, zum anderen, weil ein nicht unerheblicher Teil der aufgenommenen Kredite anderen Verwendungszwecken zugeführt wird. Dass sich die beiden Korrekturposten in einem gewissen Umfang kompensieren, ist möglich. Zieht man zusätzlich in Betracht, dass die in der Rechnung angesetzte Bruttokreditgewährung um die konsumbezogene Kreditvergabe an Landwirte und Selbständige erhöht werden musste, dann liegt eine tatsächliche Kreditfinanzierungsquote von 30 % und mehr durchaus im Bereich des Möglichen.

Neben der absoluten Höhe ist die zeitliche Entwicklung der Kreditfinanzierungsquote von Interesse. Sie ermöglicht zusätzliche Rückschlüsse auf die Stärke des kreditpolitischen Einflusses auf den privaten Verbrauch.

Die ins Auge fallenden, nahezu parallel verlaufenden Schwankungen der verschiedenen Quoten sprechen grundsätzlich für ein zyklusabhängiges Finanzierungsverhalten der Konsumenten. In Zeiten konjunktureller Rückschläge liegt der Kreditfinanzierungsanteil unter dem langfristigen Durchschnitt, in Zeiten der Überbeschäftigung hingegen darüber. Zudem kann festgestellt werden, dass die Finanzierungsentscheidungen der privaten Haushalte in hohem Masse von den geldpolitischen Rahmenbedingungen abhängen. Besonders deutlich wird dies am Verlauf der vierteljährlichen Kreditfinanzierungsgewohnheiten. Als die Bundesbank Mitte des Jahres 1970 auf einen expansiven Kurs umschaltete, begannen die Verbraucher Anfang des Jahres 1971 verstärkt Käufe auf Kredit zu tätigen. Ein gleiches Verhalten ist in der zweiten Hälfte des Jahres 1974 zu beobachten. Der Reaktions-lag betrug damals jedoch nur ein knappes Vierteljahr. Umgekehrt schwächte sich die Kreditfinanzierungsbereitschaft nach den ersten Bremsversuchen der Bundesbank im Boom von 1972 sehr schnell ab. Auf die gleiche Weise lassen sich die kurzzeitigen Unterbrechungen der nach 1975 langfristig ansteigenden Kreditfinanzierungsquote für sonstige Waren und Dienstleistungen erklären.

Offensichtlich weichen die Schwankungen der Kreditgewährungen von denen der Verbrauchsausgaben erheblich ab. Nach diesen Beobachtungen wird man davon ausgehen können, dass der tatsächliche Einfluss der Geldpolitik auf die ausschliesslich mittels Krediten finanzierten Ausgaben der Verbraucher beschränkt ist, und eine darüber hinausgehende Beeinflussung des Konsums nicht vorliegt. Offensichtlich sind die Haushalte, was ihre Finanzierungsquellen anbelangt, genügend flexibel und vermögen unter Heranziehung anderer Geldmittel eine von der Geldpolitik bewirkte Verknappung der Kredite bis zu einem gewissen Umfange zu umgehen.

Anders läge der Fall bei einer im Zeitablauf annähernd konstanten Kreditfinanzierungsquote. Dann würden sich der

kreditabhängige Verbrauch und die Kreditaufnahme der privaten Haushalte mit der gleichen Änderungsrate entwickeln. Dies würde bedeuten, dass die Verbraucher bei der Finanzierung der betreffenden Ausgaben in einem festen Verhältnis eigene und fremde Mittel einsetzen.

Wenn man die Unwägbarkeiten bei der Ermittlung der Bruttokreditgewährung und die Entwicklung der Sparquote ins Auge fasst, ist aber auch diese Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen. Zweifelsohne wurden im Jahre 1974 seitens der Verbraucher aussergewöhnlich viele Kredite vorzeitig zurückgeführt. Da das Kreditvolumen in dieser Zeit aber nur unwesentlich zurückgegangen ist, muss die Bruttokreditgewährung überdurchschnittlich hoch gewesen sein. Des weiteren ist zu vermuten, dass in den Aufschwungphasen des Konsumentenkreditgeschäftes eine tendenzielle Ausweitung der Kreditlaufzeiten stattfand. Diese haben eine geringere Umschlagsgeschwindigkeit des hinausgelegten Kreditvolumens und damit eine verminderte Neukreditgewährung zur Folge. Letzteres dürfte vor allem auf die Jahre 1973 und ab 1976 zutreffen. Diese Korrekturposten, deren Höhe leider nicht näher bestimmt werden kann, dürften zu einer gewissen Glättung der tatsächlichen Kreditfinanzierungsquote beitragen.

Unter Zuhilfenahme der, wenn auch problematischen, Bruttokreditgewährung ist jedoch auch eine genauere Quantifizierung des von der Kreditfinanzierung ausgehenden Einflusses möglich. Zu diesem Zweck werden die gesamten jährlichen Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen in einen kreditfinanzierten Ausgabenteil, der identisch ist mit dem Umfang der pro Jahr neu aufgenommenen Kredite, und in einen nicht kreditfinanzierten Teil aufgespalten. Die Entwicklung der letztgenannten Konsumkomponente könnte einen Ausgabenverlauf repräsentieren, wie er sich ohne Konsumentenkreditbeeinflussung herausbilden würde. Seine jährlichen Wachstumsraten schwanken stärker als diejenigen der gesamten Ausgaben für Güter und Dienstleistungen.[1] Die kreditfinanzierten

1 Vgl. dazu Tab. 32 im Anhang

Ausgaben wirken demnach verstetigend. Dies entspricht ganz den geldpolitischen Intentionen. In den Jahren 1971/72, wie auch in der Zeit nach 1975 wirkte der expansive Kurs der Geldpolitik der Wachstumsschwäche des Konsums entgegen. Umgekehrt wirkte der Stabilitätskurs der Jahre 1973/74 über den Rückgang der kreditfinanzierten Nachfrage dämpfend auf das Gesamtaggregat.

Die quantitative Bedeutung der einzelnen Finanzierungskomponenten für die Schwankungen des Konsums kann anhand von Lundberg-Komponenten gemessen werden. Diese Methode misst den Beitrag der unterschiedlich finanzierten Teilaggregate auf das Wachstum der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen.[1] Nach diesen Berechnungen können die Änderungen bei den kreditfinanzierten Ausgaben für bis zu 40 % der Nachfrageschwankungen für sonstige Waren und Dienstleistungen verantwortlich gemacht werden. Interessanterweise ist ihr Wachstumsbeitrag in Zeiten einer expansiven Geldpolitik ungleich grösser als in den Phasen eines restriktiven Notenbankkurses. Freilich dürfen auch bei diesen Ergebnissen die Schwächen der zugrundegelegten Bruttokreditgewährung nicht ausser Acht gelassen werden.

---

1 Die dabei verwendete Formel lautet:

$$\frac{\Delta C_t^I}{C_{t-1}^I} = \frac{\Delta C_t^{II}}{C_{t-1}^I} + \frac{\Delta C_t^{III}}{C_{t-1}^I}$$

Dabei bedeuten:

C^I = Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen

C^{II} = Kreditfinanzierte Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen bzw. Bruttokreditgewährung

C^{III} = Nichtkreditfinanzierte Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen

Die Ergebnisse sind in Tab. 33 im Anhang zusammengestellt.

5.3.5. Konsumentenkredite und Automobilkonjunktur

Innerhalb der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter nimmt die Nachfrage nach Personenkraftwagen einen herausragenden Platz ein. Sie ist besonders konjunkturreagibel.[1]

Infolge der eminenten gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Automobilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland schlagen Einbrüche in der Personenwagennachfrage direkt auf das inländische Beschäftigungsniveau durch. "Wegen der engen Lieferverflechtung zwischen dem Strassenfahrzeugbau und den übrigen industriellen Sektoren strahlen Nachfrageschwankungen in jenem Sektor erheblich auf die anderen aus."[2]

Auf der anderen Seite führt eine ungezügelte Nachfrage nach Automobilen zu Preissteigerungen, die eine unmittelbare Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach sich zieht. Nicht zuletzt deshalb, weil ein erheblicher Teil der Haushaltsbudgets auf den Erwerb und Unterhalt eines Kraftfahrzeugs entfällt.

Sieht man einmal vom Erwerb eines Eigenheims ab, dann ist der Kauf eines Automobils die vom Betrag her grösste Anschaffung eines Konsumenten. Aus den damit vielfach verbundenen Finanzierungsproblemen resultiert die besondere Kreditabhängigkeit der PKW-Nachfrage. Dies wird durch die Tatsache belegt, dass mehr als ein Drittel der von den Haushalten aufgenommenen Kredite zur Finanzierung eines Kraftfahrzeuges verwendet wird, und dass nahezu zwei Drittel sämtlicher Autokäufe unter Inanspruchnahme eines Kredits getätigt

---

1 Für diese Instabilität werden Schwankungen der Erst- und/oder der Ersatznachfrage geltend gemacht. Welcher Komponente dabei ein grösseres Gewicht zukommt, ist noch nicht abschliessend geklärt. Vgl. dazu Ballensiefen(PKW-Zulassungen) S. 284 ff.

2 Ballensiefen (PKW-Zulassungen) S. 281

werden.[1] Unter diesen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Umständen erscheint eine Stabilisierung der Automobilnachfrage mittels geldpolitischer Instrumente sinnvoll und erfolgversprechend.

Die Automobilkonjunktur spiegelt sich in der Entwicklung des Automobilbestandes wider (vgl. Abb.15). Bis 1972 ist zwischen den Veränderungsraten des PKW-Bestandes und dem ausstehenden Konsumentenkreditvolumen keinerlei Zusammenhang erkennbar. Ab 1973 war das Wachstum dieser beiden Bestandsgrössen weitgehend identisch.

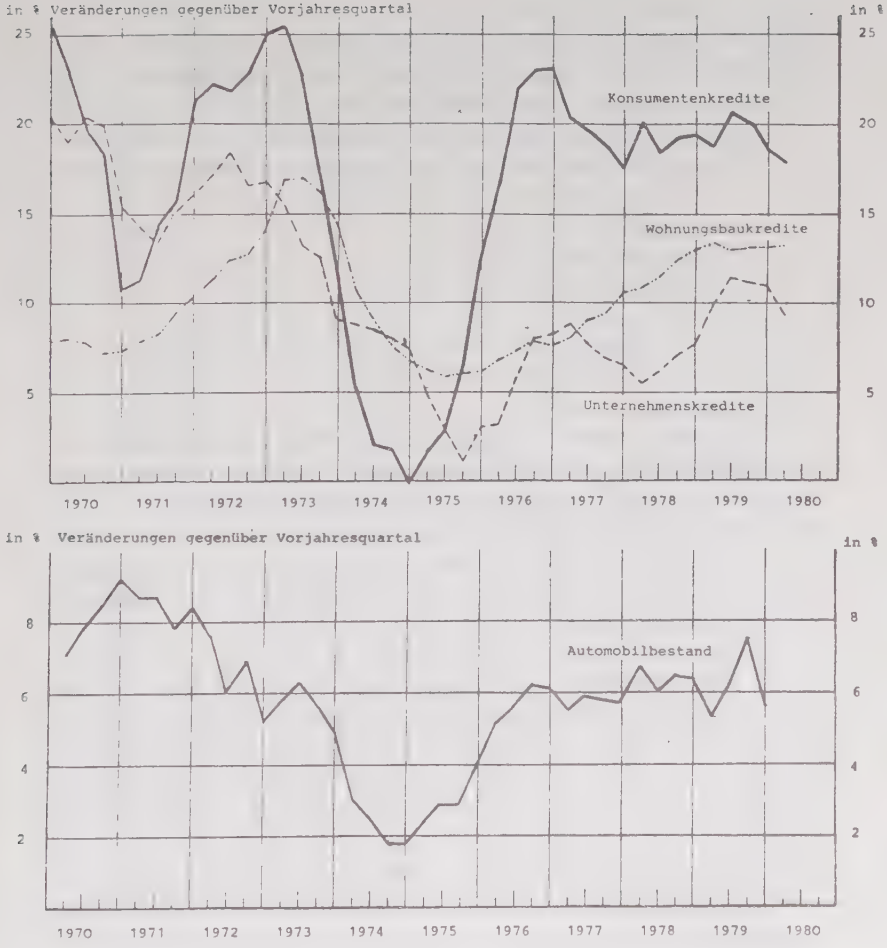
Die Anfang des Jahres 1973 zu beobachtende leichte Erholung der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen schwächte sich ab Jahresmitte wieder zunehmend ab. "Für das Frühjahr erwartete Preissteigerungen dürften zunächst zu vorgezogenen Käufen geführt haben, die danach festzustellende Kaufzurückhaltung hängt wohl auch mit den ausserordentlich stark gestiegenen Finanzierungskosten zusammen."[2]

Mit dem Umschwung des Konsumentenkreditgeschäftes zum Jahreswechsel 1974/75 wurden auch wieder zunehmend mehr Kraftfahrzeuge gekauft. Die sich daran anschliessende kräftige Belebung der Konsumentenkredite ist in einem engen Zusammenhang mit der lebhaften Automobilkonjunktur zu sehen.[3] Dies ist um so bedeutsamer, als von der besseren Beschäftigungslage die ersten wichtigen Impulse zur Überwindung der damaligen Rezession ausgingen.[4]

In den nachfolgenden Jahren dürften die anhaltend günstigen Kreditkonditionen und die damit einhergehende Bereitschaft der Verbraucher,sich weiter zu verschulden, einen wesentlichen Beitrag zu der weiterhin guten Automobilnachfrage geleistet haben.

---

1 Vgl. Abschnitt 2.2.3. dieser Arbeit
2 DIW (Schwächere Expansion) S. 348 f.
3 DIW (Festigung der Konsumkonjunktur) S. 174
4 SVR (JG 1976/77) Ziffer 82



...17: Konsumentenkreditgeschäft und Automobil-
...njunktu

Ohne Zweifel haben die von der Geldpolitik gesetzten Finanzierungsbedingungen einen erkennbaren Einfluss auf die Bewegungen des Automobilmarktes und auf diesem Wege auch auf die Gesamtkonjunktur.[1] Indirekt wird dieses Ergebnis durch Untersuchungen bestätigt, die eine nur geringe Einkommensabhängigkeit der Automobilnachfrage nachweisen. Den höchsten Erklärungswert liefert dagegen der Konsumklimaindex, der,wie an früherer Stelle gezeigt, in einer engen Verwandtschaft zum liquiditätspolitischen Kurs der Notenbank und dem Verlauf des Konsumentenkreditgeschäftes steht.[2]

5.3.6. Der Einfluss der Konsumentenkredite auf die Konsumstruktur

Während es in den vorangegangenen Abschnitten mehr darum ging, die Auswirkungen der Konsumentenverschuldung auf das Niveau der Konsumnachfrage abzuschätzen, soll abschliessend der Blick auf die theoretisch denkbaren kreditbedingten Veränderungen in der Konsumstruktur gelenkt werden. Allgemein wird vermutet, dass ein zunehmendes Verbraucherkreditvolumen die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern zu Lasten des nichtdauerhaften Konsums erhöht. Das zunehmende relative Gewicht des diskretionären Konsums in der jüngeren Zeit könnte dafür eine Bestätigung sein.

Der Anteil der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen am Gesamtverbrauch stieg von knapp 42 % im Jahre 1969 auf etwa 49 % im Jahre 1979.[3] Da sich diese Verbrauchsumschichtung jedoch sehr stetig mit allenfalls leichten saisonalen Bewegungen vollzog, die Konsumentenverschuldung in der gleichen Zeit indessen mit stark schwankenden Raten expandierte, dürften zwischen diesen beiden Erscheinungen kein enger, ursächlicher Zusammenhang bestehen. Für diese Wandlungen in

---

1 Vgl. Biervert/Niessen (Privater Verbrauch und Konjunktur) S. 5[illegible]

2 Vgl. Biervert/Niessen (Privater Verbrauch und Konjunktur) S. 57[illegible]

3 Vgl. Tab. 25 im Anhang

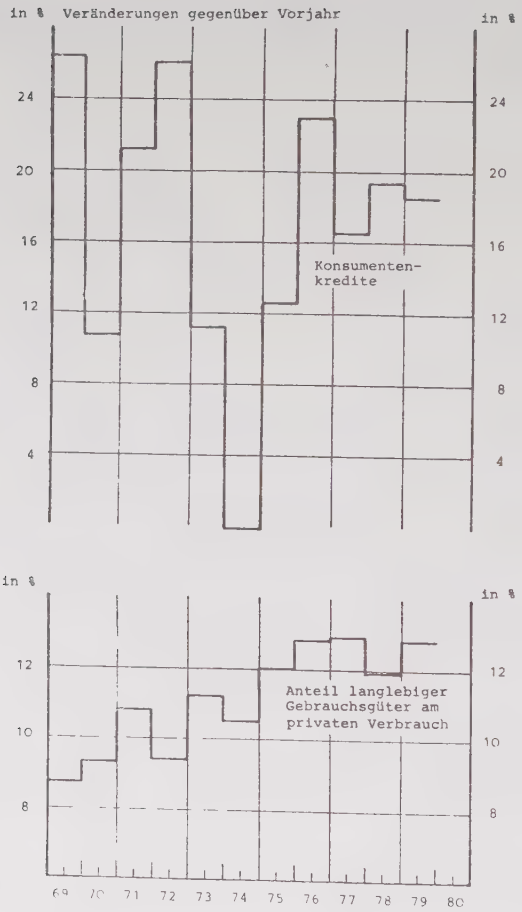
der Konsumentenstruktur müssen vielmehr die langfristige Zunahme des verfügbaren Einkommens und damit verbundene Verschiebungen im Bedarf der privaten Haushalte verantwortlich gemacht werden.

Vieles spricht dafür, dass sich die von den Konsumentenkrediten ausgelösten Nachfrageverlagerungen allein innerhalb des Ausgabenaggregates für sonstige Waren und Dienstleistungen vollziehen. Einmal stellen die auf Kreditbasis neu angeschafften dauerhaften Konsumgüter eine Alternative zu vergleichbaren Dienstleistungen und einer Reparatur von älteren bereits im Besitz der Haushalte befindlichen Gebrauchsgütern dar. Zum anderen werden die aufgrund der Kreditbelastungen unter Umständen notwendig werdenden Ausgabenkürzungen eher zu einem Verzicht im Bereich des gehobenen Bedarfs als zu Kürzungen des lebensnotwendigen Grundkonsums führen.

In welchem Umfang diese Effekte zum Tragen kommen, kann möglicherweise aus dem zeitlichen Verlauf des Anteils der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter am gesamten Konsum eines ausgewählten Haushaltes vom Typ 2 abgelesen werden. Im Jahre 1969 lag dieser noch bei 8,7 % und erhöhte sich im nachfolgenden Jahrzehnt auf zuletzt 12,8 %[1]. Diese mittelfristige Zunahme erfolgte indessen in sehr unregelmässigen Schritten und war von häufigen Auf und Ab begleitet. Nach Abb. 16 korrespondieren diese Anteilswerte jedoch in keiner erkennbaren Weise mit den jährlichen Zuwachsraten des Konsumentenkreditgeschäftes. Allein im konjunkturschwachen Jahre 1974 schwächte sich das Wachstum der Konsumentenverschuldung wie auch der Anteil der langlebigen Gebrauchsgüter merklich ab, während sich der Anteil der Verbrauchsgüter und Reparaturen erhöht hat.[2] Überraschenderweise ging auch in den Jahren 1972 und 1978 das relative Gewicht der dauerhaften Güter kurzzeitig erheblich zurück, obgleich

1 Vgl. Tab. 29 im Anhang

2 DIW (Anteil langlebiger Güter) S. 274


in %
Veränderungen gegenüber Vorjahr
in %
24
20
16
12
8
4
Konsumenten-
kredite
in %
in %
12
10
8
Anteil langlebiger
Gebrauchsgüter am
privaten Verbrauch
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80

die Verbraucher in diesen Jahren verstärkt Kredite zu Konsumzwecken aufnahmen. Demzufolge sind die Konsumentenkredite offenbar von keiner nachhaltigen Bedeutung für die Zusammensetzung des Konsums im Zeitablauf.

5.3.7. Zusammenfassung der Beobachtungen

Zwischen den Konsumentenkrediten und den Ausgaben der privaten Haushalte kann über den gesamten Beobachtungszeitraum kein durchgehender und enger Zusammenhang festgestellt werden. Zwischen der Entwicklung der Konsumentenverschuldung und dem Verlauf der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen sind vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vereinzelt Gemeinsamkeiten erkennbar. Da diese aber auch auf Zufälligkeiten beruhen können, lässt sich daraus keine Gesetzmässigkeit ableiten.
Am stärksten wurde seit Ende 1972 der Automobilabsatz sowie die Sparquote und damit einhergehend die Konsumneigung von den Wachstumsschwankungen der Verbraucherkredite geprägt. Günstige Kreditkonditionen haben die Verbraucher offensichtlich zu zusätzlichen Güterkäufen und Anschaffungen animiert, egal, ob diese mittels Kredit oder mittels aufgelöster Ersparnisse finanziert wurden. Die Ausweitung des Konsumentenkreditgeschäfts führte offenkundig zu einer merklichen Zinsabhängigkeit des Konsums.
Die nähere Betrachtung der Kreditabhängigkeit des Konsums lässt erkennen, dass die kreditfinanzierten Ausgaben zu einer gewissen Stabilisierung der Konsumentwicklung beitragen. Ihr Einfluss ist jedoch ungleich grösser auf die Ausweitungen des Verbrauchs als auf Wachstumsschwächen des Konsums.

Eine Veränderung der Konsumstruktur durch den Verbraucher ist nicht erkennbar.

KAPITEL 6

ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNISSE DER ARBEIT

In den siebziger Jahren haben die Konsumenten ihre Verschuldung im Vergleich zu den anderen Kreditnehmern überdurchschnittlich gesteigert. Dabei hat sich der schon früher beginnende Trend zu den Universalbanken als Kreditgeber, zu Barkrediten und zu mittel- und langfristigen Ausleihungen verstärkt fortgesetzt.

Diese Entwicklung kommt der Geldpolitik zugute. Einmal, weil sich die früher im Konsumentenkreditgeschäft vorherrschenden Teilzahlungsbanken ihrem direkten Zugriff weitgehend entzogen. Zum zweiten, weil die Veränderung des Kreditangebots und die Variation der Kreditbedingungen die einzigen Möglichkeiten sind, um von seiten der Notenbank auf den Konsum einzuwirken. Reine Vermögenseffekte, wie sie von den Monetaristen unterstellt und propagiert werden, führen, zumindest unter den in der Bundesrepublik Deutschland gegebenen Verhältnissen, zu keiner von der Geldpolitik gewünschten Veränderung des Konsums.

Eine in die monetäre Konjunkturpolitik einbezogene Steuerung des privaten Verbrauchs erscheint aber zunehmend notwendig und wünschenswert, da die früher zu beobachtende Stetigkeit der Ausgaben der privaten Haushalte infolge tiefgreifender Strukturwandlungen erheblich nachgelassen hat. Vor allem die Anschaffungen von langlebigen und höherwertigeren Gebrauchsgütern, die ihrem Charakter nach den unternehmerischen Investitionen ähnlicher sind als dem nicht dauerhaften Verbrauch, sind zyklischen Schwankungen unterworfen.

Verbraucherkredite verschieben den Konsum in zeitlicher Tendenz, aber auch in sachlicher Hinsicht. Kreditfinanzierte Ausgaben führen , wie theoretische Analysen zeigen, zu einem anfänglichen Expansionsprozess, der abflacht, wenn die privaten Haushalte die Kreditrückzahlungen zu Lasten ihres

Konsums leisten. Unter gewissen Umständen ist auch ein anschliessender Kontraktionsprozess möglich. Wird die Kreditaufnahme der Verbraucher allein von deren Einkommen bestimmt, eine Annahme, von der in allen früheren Abhandlungen zum Konsumentenkredit ausgegangen wird, so verschärfen die Konsumentenkredite wirtschaftliche Wellenbewegungen. Dieser Hypothese kann man heute jedoch nicht mehr zustimmen, da sie ein vollkommen elastisches Kreditangebot und einen unbegrenzten Kreditbedarf voraussetzt. Vielmehr stellen die Konsumentenkredite ein hilfreiches Mittel zur Überwindung der Rezession dar. Zur Dämpfung eignen sie sich theoretisch gesehen schlechter, da die Kreditnachfrage weiter steigt und sich die Bankinstitute scheuen, die Kreditwünsche der privaten Haushalte auszuschlagen. Mit einer verschärften Restriktionspolitik kann man dem jedoch entgegenwirken.

Der These, dass eine zunehmende Konsumentenverschuldung Geld- und Realkapital bindet und damit die Investitionstätigkeit beeinträchtigt, kann nicht beigetreten werden. Der Bankensektor ist über seine Geld- und Kreditschöpfung in der Lage, die von den Investoren gewünschten Finanzierungsmittel bereitzustellen. Darüberhinaus induziert eine durch Kreditfinanzierung ausgeweitete Nachfrage zusätzliche Investitionen.

Eine empirische Überprüfung der theoretischen Überlegungen kam zu folgenden Ergebnissen:
Die Wachstumsschwankungen des Konsumentenkreditgeschäftes werden massgeblich vom jeweiligen Kurs der Geldpolitik bestimmt. Die Entwicklung der Haushaltseinkommen hat darauf keinen Einfluss.
Nach den Untersuchungen dieser Arbeit erweitert die anwachsende Konsumentenverschuldung also ohne Zweifel den Gestaltungsspielraum und damit den Wirkungsgrad der Geldpolitik.

T A B E L L E N A N H A N G

Tabelle 1

Kredite verschiedener Verwendungszwecke

Quartalsende		Konsumenten-kredite Mrd.DM	Wohnungsbau-kredite Mrd.DM	Investitions-kredite Mrd.DM
1968	4.Vj.	21,37	135,06	164,49
1969	1.Vj.	22,16	135,65	170,31
	2.Vj.	23,37	138,[illegible]	176,29
	3.Vj.	24,22	141,84	181,46
	4.Vj.	26,80	145,68	197,43
197[illegible]	1.Vj.	27,24	146,68	203,27
	2.Vj.	28,59	149,37	211,20
	3.Vj.	29,48	152,04	217,51
	4.Vj.	29,68	156,35	227,84
1971	1.Vj.	30,32	159,13	234,26
	2.Vj.	32,63	161,64	240,50
	3.Vj.	34,09	166,49	250,55
	4.Vj.	35,92	172,45	264,56
1972	1.Vj.	37,04	176,12	271,95
	2.Vj.	39,04	181,[illegible]	284,62
	3.Vj.	41,09	187,67	292,05
	4.Vj.	44,37	196,99	308,97
1973	1.Vj.	46,44	205,81	314,20
	2.Vj.	48,88	212,53	322,28
	3.Vj.	49,14	218,13	328,88
	4.Vj.	50,30	225,31	336,03
1974	1.Vj.	48,[illegible]	227,77	341,76
	2.Vj.	49,[illegible]	231,92	349,48
	3.Vj.	50,[illegible]	234,94	355,19
	4.Vj.	49,[illegible]	240,65	361,38
1975	1.Vj.	49,73	242,14	358,43
	2.Vj.	51,31	245,52	359,51
	3.Vj.	53,33	249,11	358,93
	4.Vj.	58,22	255,36	372,53
197[illegible]	1.Vj.	58,[illegible]	256,[illegible]	369,9[illegible]
	2.Vj.	60,[illegible]	262,[illegible]	380,61
	3.Vj.	62,52	268,52	387,57
	4.Vj.	69,15	274,74	403,05
197[illegible]	1.Vj.	69,75	279,[illegible]	402,44
	2.Vj.	74,78	287,15	409,93
	3.Vj.	77,76	293,65	414,28
	4.Vj.	91,25	303,89	429,08
1979	1.Vj.	83,[illegible]	309,41	424,38
	2.Vj.	86,47	319,84	434,79
	3.Vj.	92,68	330,11	445,14
	4.Vj.	97,13	343,42	461,85
1980	1.Vj.	99,[illegible]	350,78	466,58
	2.Vj.	106,12	361,48	480,55
	3.Vj.	111,[illegible]	373,[illegible]	492,32
	4.Vj.	115,[illegible]	389,37	512,01
1981	1.Vj.	117,[illegible]	396,[illegible]	509,35
	2.Vj.	121,[illegible]	407,59	554,52

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte

Tabelle 2

Entwicklung der Kredite verschiedener Verwendungszwecke

Quartalsende		Konsumenten-kredite	Wohnungsbau-kredite	Investitions-kredite
1968	4.Vj.	-	-	-
1969	1.Vj.	-	-	-
	2.Vj.	-	-	-
	3.Vj.	-	-	-
	4.Vj.	+25,4	+ 7,9	+20,3
1970	1.Vj.	+22,9	+ 8,0	+19,0
	2.Vj.	+19,8	+ 7,8	+20,4
	3.Vj.	+18,3	+ 7,2	+19,9
	4.Vj.	+10,7	+ 7,3	+15,4
1971	1.Vj.	+11,3	+ 7,8	+14,3
	2.Vj.	+14,3	+ 8,2	+13,3
	3.Vj.	+15,6	+ 9,5	+15,2
	4.Vj.	+21,2	+10,3	+16,1
1972	1.Vj.	+22,2	+11,3	+17,1
	2.Vj.	+21,9	+12,4	+18,4
	3.Vj.	+22,9	+14,7	+16,6
	4.Vj.	+25,0	+14,4	+16,8
1973	1.Vj.	+25,4	+16,9	+15,5
	2.Vj.	+22,7	+17,0	+13,2
	3.Vj.	+17,3	+16,2	+12,6
	4.Vj.	+11,2	+14,4	+ 9,0
1974	1.Vj.	+ 5,3	+10,7	+ 8,8
	2.Vj.	+ 3,1	+ 9,1	+ 8,5
	3.Vj.	+ 1,8	+ 7,4	+ 8,0
	4.Vj.	- 0,2	+ 6,8	+ 7,4
1975	1.Vj.	+ 1,7	+ 6,3	+ 4,9
	2.Vj.	+ 2,8	+ 5,9	+ 2,9
	3.Vj.	+ 6,6	+ 6,0	+ 1,1
	4.Vj.	+12,6	+ 6,1	+ 3,1
1976	1.Vj.	+16,7	+ 6,8	+ 3,2
	2.Vj.	+21,9	+ 7,3	+ 5,8
	3.Vj.	+22,9	+ 7,8	+ 8,0
	4.Vj.	+23,0	+ 7,6	+ 8,2
1977	1.Vj.	+20,2	+ 8,0	+ 5,5
	2.Vj.	+19,6	+ 8,0	+ 7,7
	3.Vj.	+18,7	+ 9,4	+ 6,9
	4.Vj.	+17,5	+10,6	+ 6,5
1978	1.Vj.	+20,0	+10,8	+ 5,5
	2.Vj.	+18,3	+11,4	+ 6,1
	3.Vj.	+16,2	+12,4	+ 7,0
	4.Vj.	+15,4	+13,0	+ 7,6
1979	1.Vj.	+16,7	+13,4	+ 9,9
	2.Vj.	+17,6	+13,0	+11,4
	3.Vj.	+20,0	+13,1	+11,1
	4.Vj.	+19,5	+13,1	+10,9
1980	1.Vj.	+17,8	+13,2	+ 9,3
	2.Vj.	+13,7	+12,8	+ 8,2

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 1

Tabelle 3

Verpflichtungen der privaten Haushalte

Jahr	Insgesamt	Bankkredite	Darlehen von Versicherungen	Sonstige Verpflichtungen
		- absoluter Anteil - Mrd.DM		
1970	30,2	23,8	2,8	3,6
1971	35,8	32,8	3,0	2,8
1972	43,8	37,4	3,3	3,2
1973	47,6	40,3	3,9	3,5
1974	47,6	39,6	4,3	3,6
1975	62,3	54,2	4,5	3,5
1976	76,2	67,7	4,6	3,8
1977	89,2	81,3	4,5	4,2
1978	102,5	96,3	4,9	4,5
1979	125,1	115,1	5,5	4,5
		- relativer Anteil - v.H.		
1970	100,0	82,0	6,6	10,2
1971	100,0	88,7	8,6	5,7
1972	100,0	85,4	7,5	7,3
1973	100,0	84,7	8,2	7,4
1974	100,0	83,2	9,0	7,6
1975	100,0	87,0	7,4	5,6
1976	100,0	89,0	6,0	5,0
1977	100,0	91,2	5,1	4,7
1978	100,0	91,2	4,6	4,1
1979	100,0	92,0	4,4	3,6

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte
Eigene Berechnungen

Tabelle 4

4.1 Konsumentenkredite und Wohnbevölkerung

Jahresende	Wohnbevölkerung Tsd.	Konsumentenkredite Mrd.DM	Pro-Kopf Verschuldung DM
1965	60 463	21,37	353,-
1966	61 195	26,80	438,-
1967	61 001	29,66	487,-
1968	61 501	35,91	585,-
1969	61 396	44,97	720,-
1970	62 101	50,00	805,-
1971	61 701	49,51	805,-
1972	61 645	56,26	913,-
1973	61 442	66,16	1 125,-
1974	61 353	71,25	1 324,-
1975	61 327	77,03	1 582,-

4.2 Konsumentenkredite und abhängige Erwerbspersonen

Jahresende	abh. Erwerbspersonen Tsd.	Konsumentenkredite Mrd.DM	Pro-Kopf Verschuldung DM
1965	21 183	21,37	1 009,-
1966	21 752	26,80	1 232,-
1967	21 240	29,66	1 397,-
1968	22 114	35,91	1 624,-
1969	22 435	44,97	2 004,-
1970	22 564	50,00	2 216,-
1971	22 152	49,51	2 235,-
1972	21 906	56,26	2 568,-
1973	21 598	66,16	3 063,-
1974	21 214	71,25	3 359,-
1975	21 601	77,03	3 566,-

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland - Eigene Berechnungen

Tabelle 5

Bruttosozialprodukt und Konsumentenverschuldung

Jahresende	BSP zu jeweiligen Preisen Mrd.DM	Konsumentenkredite Mrd.DM	Verschuldungsquote v.H.
1968	535,2	21,37	4,0
1969	597,7	26,80	4,5
1970	679,0	29,63	4,4
1971	756,0	35,98	4,8
1972	827,2	44,97	5,4
1973	920,1	50,00	5,4
1974	986,9	48,81	5,1
1975	1 033,9	56,22	5,4
1976	1 122,8	69,15	6,2
1977	1 200,5	81,25	6,8
1978	1 289,3	97,03	7,5
1979	1 404,2	115,01	8,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland - Eigene Berechnungen

Tabelle 6

Entwicklung der verschiedenen Kreditarten (nach Verwendungszwecken, 1968=100)

Jahresende	Konsumentenkredite	Wohnungsbaukredite	Investitionskredite
1968	100,0	100,0	100,0
1969	125,4	107,9	120,3
1970	138,9	115,8	138,9
1971	168,4	127,7	161,2
1972	210,4	145,9	188,5
1973	234,0	166,8	205,1
1974	233,6	178,2	220,2
1975	263,1	189,1	227,0
1976	323,6	203,4	245,6
1977	380,2	225,0	261,5
1978	454,0	254,3	281,5
1979	538,2	287,6	312,0

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 1

Tabelle 7

Anteil der einzelnen Kreditnehmergruppen an der Gesamtkrediten an inländische Unternehmen und Privatpersonen

Jahresende	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	Wirtschaftlich Unselbständige und sonstige Privatpersonen	Organisationen ohne Erwerbscharakter
		in v.H.		
1968	50,86	41,86	6,62	0,65
1969	51,01	41,11	7,19	0,70
1970	54,06	37,52	7,12	0,67
1971	55,59	36,21	7,55	0,69
1972	55,66	35,84	8,17	0,72
1973	54,64	36,57	8,11	0,68
1974	55,25	36,66	7,67	0,69
1975	54,06	37,06	8,16	0,73
1976	53,53	36,52	9,19	0,71
1977	52,31	37,06	9,91	0,34
1978	50,85	37,58	10,68	0,66
1979	50,09	38,00	11,25	0,65

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Deutschen Bundesbank

Tabelle 8

Konsumentenkredite i.w.S. nach Kreditgebern

Jahres ende	Insge- samt	Kredit- banken	Spar- kassen	Genossen- schaften	TZ- Institute
		-absoluter Anteil (Mrd.DM)-			
1969	34,92	11,44	12,15	7,25	4,06
1970	39,32	13,78	13,82	8,25	3,47
1971	43,15	15,20	14,13	10,89	2,93
1972	47,45	17,42	15,32	13,68	7,03
1973	63,87	22,33	21,68	16,97	7,92
1974	67,94	21,77	22,14	17,97	8,56
1975	79,24	24,00	26,34	20,02	9,08
1976	88,91	31,34	32,00	24,72	9,59
1977	122,06	37,30	41,41	30,36	11,99
1978	141,21	45,41	52,67	38,67	12,26
		-relativer Anteil (v.H.)-			
1969	100	32,8	34,8	20,8	11,6
1970	100	35,0	35,2	21,0	12,9
1971	100	35,2	32,5	25,2	6,8
1972	100	36,7	32,3	28,8	14,8
1973	100	35,0	33,9	26,6	12,4
1974	100	32,0	32,6	26,4	12,6
1975	100	30,4	33,2	25,3	11,5
1976	100	35,2	36,0	27,8	10,8
1977	100	30,6	33,9	24,9	9,8
1978					

Quelle: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik nach Bankengruppen - Eigene Berechnungen

Tabelle 9

Konsumentenkredite nach Arten

Jahres ende	Insge- samt	Raten- kredite	Kontokorrentkredite insgesamt	davon Konto- korrentkredite
		-absoluter Anteil (Mrd.DM)-		
1969	31,37	17,64	3,42	1,23
1970	36,83	21,54	5,15	3,11
1971	40,63	23,65	6,05	2,86
1972	45,98	27,24	8,74	3,97
1973	54,97	32,22	12,75	5,51
1974	59,00	35,23	13,77	5,88
1975	69,91	36,69	12,91	6,41
1976	86,22	43,14	13,14	7,52
1977	97,15	51,56	15,35	8,57
1978	111,23	63,41	15,84	11,12
		-relativer Anteil (v.H.)-		
1969	100	12,73	17,21	5,76
1970	100	58,53	13,98	7,14
1971	100	58,22	14,89	9,70
1972	100	59,24	19,01	11,03
1973	100	58,63	23,19	12,55
1974	100	59,71	23,34	11,96
1975	100	52,48	18,46	12,34
1976	100	50,04	15,24	13,33
1977	100	53,08	15,80	13,56
1978	100	57,00	14,24	13,91

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte - Eigene Berechnungen

Private Haushalte mit Kreditverpflichtungen

	Darunter Haushalte mit Kreditverpflichtungen	Durchschnittliche Restschulden je Haushalt
	v.H.	DM
10.1 Nach dem monatlichen Haushaltseinkommen		
unter 600 DM	5,6	2.357
600 - 800 DM	7,1	3.052
800 - 1.000 DM	12,1	3.412
1.000 - 1.200 DM	15,1	3.562
1.200 - 1.500 DM	19,5	3.727
1.500 - 1.800 DM	20,3	4.250
1.800 - 2.500 DM	22,0	5.473
2.500-15.000 DM	20,3	6.973
10.2. Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes		
Landwirt	7,6	17.076
Selbstständiger	12,9	15.337
Beamter	24,6	4.327
Angestellter	22,8	5.107
Arbeiter	21,7	4.005
Nichterwerbstätiger	7,2	3.606
10.3. Nach dem Alter des Haushaltsvorstandes		
unter 25	28,1	3.729
25-35	50,9	4.595
35-45	22,2	5.481
45-55	16,2	5.651
55-65	10,1	5.886
65 und mehr	4,7	4.147
10.4. Haushalte Insgesamt	16,0	5.112

Quelle: Statistisches Bundesamt, WiSta 6/1975, Tab.15, S.374

Tabelle 11

Konsumentenkredite nach Befristung

Jahres ende	insge- samt	kurz- fristig	mittel- fristig	lang- fristig
		-absoluter Anteil (Mrd.DM)-		
1968	21,37	7,11	9,71	4,65
1969	26,33	8,39	11,53	6,38
1970	29,68	9,37	13,32	6,49
1971	35,93	12,51	15,56	7,91
1972	44,97	16,55	18,37	10,05
1973	50,20	17,69	20,35	11,76
1974	49,61	17,47	19,89	12,55
1975	59,22	18,35	22,75	15,12
1976	69,15	21,16	25,26	18,73
1977	81,25	24,53	31,31	25,41
1978	97,03	27,79	35,18	34,06
1979	115,01	31,84	37,90	45,27
		-relativer Anteil (v.H.)-		
1968	100	33,28	45,54	21,76
1969	100	31,87	43,82	24,21
1970	100	31,58	44,88	21,87
1971	100	34,77	43,29	21,98
1972	100	36,80	40,85	22,35
1973	100	35,23	40,54	23,42
1974	100	35,20	39,85	25,15
1975	100	32,54	40,47	26,89
1976	100	30,60	40,87	28,53
1977	100	30,19	38,54	31,27
1978	100	28,64	36,26	35,10
1979	100	27,69	32,95	39,37

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte
Eigene Berechnungen

Tabelle 12

Freie Liquiditätsreserven der Kreditinstitute

Quartalsende		alte Abgrenzung Mio.DM	alte Abgrenzung (gegl.)	neue Abgrenzung Mio.DM	neue Abgrenzung (gegl.)
1968	1.Vj.	31 669	-	-	-
	2.Vj.	34 662	32 102	-	-
	3.Vj.	34 330	34 054	-	-
	4.Vj.	37 193	33 043	-	-
1969	1.Vj.	28 627	33 375	-	-
	2.Vj.	34 355	27 574	-	-
	3.Vj.	33 033	29 053	-	-
	4.Vj.	19 790	22 660	-	-
1970	1.Vj.	15 156	17 812	-	-
	2.Vj.	18 492	17 687	-	-
	3.Vj.	19 418	21 108	-	-
	4.Vj.	25 419	24 028	-	-
1971	1.Vj.	27 252	20 289	-	-
	2.Vj.	32 286	25 355	-	-
	3.Vj.	19 526	25 529	11 253	-
	4.Vj.	24 176	22 048	14 801	13 036
1972	1.Vj.	22 443	26 169	13 054	14 580
	2.Vj.	31 839	23 432	15 886	11 648
	3.Vj.	15 963	22 575	5 997	9 742
	4.Vj.	19 873	-	7 344	5 111
1973	1.Vj.	-	-	1 992	3 700
	2.Vj.	-	-	1 764	2 181
	3.Vj.	-	-	2 787	2 500
	4.Vj.	-	-	2 950	2 656
1974	1.Vj.	-	-	2 231	2 241
	2.Vj.	-	-	1 543	1 926
	3.Vj.	-	-	2 004	2 680
	4.Vj.	-	-	4 492	5 769
1975	1.Vj.	-	-	10 810	8 143
	2.Vj.	-	-	9 128	11 053
	3.Vj.	-	-	13 221	12 410
	4.Vj.	-	-	14 882	14 459
1976	1.Vj.	-	-	15 275	13 790
	2.Vj.	-	-	11 213	10 908
	3.Vj.	-	-	6 125	8 213
	4.Vj.	-	-	7 301	6 246
1977	1.Vj.	-	-	5 313	6 943
	2.Vj.	-	-	8 261	8 138
	3.Vj.	-	-	10 839	10 913
	4.Vj.	-	-	13 638	11 660
1978	1.Vj.	-	-	10 503	11 100
	2.Vj.	-	-	7 160	9 529
	3.Vj.	-	-	8 925	10 629
	4.Vj.	-	-	13 803	8 951
1979	1.Vj.	-	-	4 125	7 188
	2.Vj.	-	-	3 636	3 534
	3.Vj.	-	-	2 840	3 540
	4.Vj.	-	-	4 145	4 152
1980	1.Vj.	-	-	5 471	

Quelle:Deutsche Bundesbank, Monatsberichte - Eigene Berechnungen

Tabelle 13

Diskontsätze der Deutscher Bundesbank

Gültig ab:	% p.a.	Gültig ab:	% p.a.
1967 6. 1.	4,5	1974 25.10.	6,5
17. 2.	4	22.12.	6
14. 4.	3,5		
12. 5.	3	1975 7. 2.	5,5
11. 8.	3	7. 3.	5
		25. 4.	5
1969 21. 3.	3	23. 5.	4,5
18. 4.	4	15. 8.	4
30. 6.	5	12. 9.	3,5
11. 8.	6		
5.12.	6	1977 15. 1.	3,5
		16.12.	3
1970 9. 3.	7,5		
16. 7.	7	1978 19. 1.	3
18.11.	6,5	30. 3.	4
3.12.	6	13. 7.	5
		1.11.	6
1971 1. 4.	5		
14.10.	4,5	1980 29. 2.	7
23.12.	4	2. 5.	7,5
1972 25. 2.	3		
2.10.	3,5		
3.11.	4		
1.12.	4,5		
1973 12. 1.	5		
4. 5.	6		
1. 6.	7		

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte

Tabelle 14

Sollzinsen für Kontokorrentkredite (unter 1 Mio.DM)

Monat	% p.a.		% p.a.
1969 Feb.		1975 Feb.	12,24
Mai		Mai	10,87
Aug.		Aug.	9,54
Nov.	9,60	Nov.	8,88
1970 Feb.	10,16	1976 Feb.	8,75
Mai	11,50	Mai	8,33
Aug.	11,41	Aug.	8,36
Nov.	11,35	Nov.	8,55
1971 Feb.	10,65	1977 Feb.	8,27
Mai	9,96	Mai	8,03
Aug.	9,37	Aug.	7,89
Nov.	9,53	Nov.	7,76
1972 Feb.	9,23	1978 Feb.	7,39
Mai	8,39	Mai	7,30
Aug.	8,41	Aug.	7,29
Nov.	9,70	Nov.	7,30
1973 Feb.	10,21	1979 Feb.	7,32
Mai	11,33	Mai	8,16
Aug.	13,21	Aug.	9,15
Nov.	14,23	Nov.	10,14
1974 Feb.	13,02	1980 Feb.	10,50
Mai	13,77	Mai	12,43
Aug.	13,55		
Nov.	13,15		

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte

Tabelle 15

Effektive Jahreszinsen für Ratenkredite

		Durchschnittl. Zinssatz für Ratenkredite a)	Effektivzinssätze bei unterschiedlichen Laufzeiten (Anzahl der Monatsraten) und laufzeitunabhängiger Bearbeitungsgebühr von 2% des Ursprungsbetrages b)						
			6	12	18	24	36	48	60
1968	März	0,39	14,88	12,33	11,40	10,91	10,41	10,15	10,00
	Juni	0,39	.	.	.	.	.	.	.
	September	0,39	.	.	.	.	.	.	.
	November	0,39	.	.	.	.	.	.	.
1969	Februar	0,39	.	.	.	.	.	.	.
	Mai	0,39	.	.	.	.	.	.	.
	August	0,44	15,91	13,44	12,90	12,06	11,57	11,32	11,18
	November	0,45	16,12	13,66	13,13	12,29	11,81	11,56	11,41
1970	Februar	0,49	16,94	14,55	14,03	13,21	12,74	12,50	12,36
	Mai	0,55	18,17	15,87	15,03	14,59	14,14	13,91	13,77
	August	0,55	.	.	.	.	.	.	.
	November	0,56	18,38	16,10	15,26	14,82	14,38	14,15	14,01
1971	Februar	0,55	18,17	15,87	15,03	14,59	14,14	13,91	13,77
	Mai	0,53	17,76	15,43	14,58	14,13	13,68	13,44	13,30
	August	0,54	17,97	15,65	14,81	14,36	13,91	13,68	13,54
	November	0,53	17,76	15,43	14,58	14,13	13,68	13,44	13,30
1972	Februar	0,53	.	.	.	.	.	.	.
	Mai	0,51	17,35	14,99	14,13	13,67	13,21	12,97	12,83
	August	0,52	17,56	15,21	14,35	13,90	13,44	13,21	13,07
	November	0,53	17,76	15,43	14,58	14,13	13,68	13,44	13,30
1973	Februar	0,55	18,17	15,87	15,03	14,59	14,14	13,91	13,77
	Mai	0,59	19,00	16,76	15,94	15,51	15,08	14,85	14,92
	August	0,69	21,05	18,98	18,22	17,82	17,41	17,20	17,08
	November	0,70	21,26	19,20	18,45	18,05	17,65	17,44	17,31
1974	Februar	0,71	21,47	19,42	18,67	18,28	17,88	17,67	17,55
	Mai	0,68	20,85	18,75	17,99	17,59	17,18	16,97	16,84
	August	0,63	19,82	17,65	16,85	16,44	16,01	15,79	15,66
	November	0,62	19,61	17,43	16,63	16,20	15,78	15,56	15,43
1975	Februar	0,52	17,56	15,21	14,35	13,90	13,44	13,21	13,07
	Mai	0,47	16,53	14,10	13,22	12,75	12,28	12,03	11,89
	August	0,36	14,27	11,67	10,72	10,21	9,71	9,44	9,29
	November	0,34	13,85	11,22	10,26	9,75	9,24	8,97	8,82
1976	Februar	0,33	13,65	11,00	10,03	9,52	9,01	8,74	8,58
	Mai	0,33	.	.	.	.	.	.	.
	August	0,33	.	.	.	.	.	.	.
	November	0,33	.	.	.	.	.	.	.
1977	Februar	0,33	.	.	.	.	.	.	.
	Mai	0,32	13,44	10,78	9,79	9,29	8,77	8,50	8,34
	August	0,32	.	.	.	.	.	.	.
	November	0,32	.	.	.	.	.	.	.
1978	Februar	0,32	.	.	.	.	.	.	.
	Mai	0,31	13,24	10,56	9,58	9,06	8,54	8,27	8,11
	August	0,32	13,44	10,78	9,79	9,29	8,77	8,50	8,34
	November	0,32	.	.	.	.	.	.	.
1979	Februar	0,32	.	.	.	.	.	.	.

Quellen: a) Deutsche Bundesbank, Monatsberichte
b) Deutscher Sparkassen- und Giroverband (Hrsg.), Deutscher Sparkassenkalender 1979, Stuttgart 1979, S. 246

Tabelle 16

Konsumentenkredite (saisonbereinigt)

Quartalsende		Entwicklung 1970=100	Veränderungen gegenüber Vorquartal v.H.	v.H. (gegl.)
1968	4.Vj.	72,0	-	-
1969	1.Vj.	76,4	+ 6,2	
	2.Vj.	80,4	+ 5,2	5,6
	3.Vj.	84,7	+ 5,3	5,7
	4.Vj.	90,3	+ 6,6	5,3
1970	1.Vj.	93,3	+ 4,0	4,4
	2.Vj.	96,3	+ 2,5	3,5
	3.Vj.	100,2	+ 4,0	2,1
	4.Vj.	100,0	- 0,2	2,8
1971	1.Vj.	104,4	+ 4,5	3,2
	2.Vj.	110,2	+ 5,4	5,0
	3.Vj.	115,8	+ 5,2	5,1
	4.Vj.	121,3	+ 4,7	5,0
1972	1.Vj.	127,5	+ 5,2	5,1
	2.Vj.	134,4	+ 5,4	5,5
	3.Vj.	142,3	+ 5,9	5,9
	4.Vj.	151,6	+ 6,5	5,9
1973	1.Vj.	159,3	+ 5,4	5,1
	2.Vj.	165,1	+ 3,3	3,2
	3.Vj.	166,8	+ 1,1	1,8
	4.Vj.	168,5	+ 1,0	0,6
1974	1.Vj.	168,3	- 0,2	0,4
	2.Vj.	168,7	+ 0,3	0,2
	3.Vj.	169,6	+ 0,6	0,0
	4.Vj.	168,2	- 0,9	0,5
1975	1.Vj.	171,2	+ 1,8	0,9
	2.Vj.	173,5	+ 1,3	2,6
	3.Vj.	180,7	+ 4,2	3,7
	4.Vj.	189,5	+ 4,9	4,9
1976	1.Vj.	199,9	+ 5,5	5,4
	2.Vj.	211,5	+ 5,8	5,4
	3.Vj.	221,8	+ 4,9	5,3
	4.Vj.	233,2	+ 5,2	4,4
1977	1.Vj.	240,2	+ 3,0	4,5
	2.Vj.	252,5	+ 5,3	4,1
	3.Vj.	263,1	+ 4,0	4,5
	4.Vj.	274,2	+ 4,2	4,4
1978	1.Vj.	288,3	+ 5,1	4,4
	2.Vj.	299,1	+ 3,8	4,6
	3.Vj.	313,4	+ 4,8	4,4
	4.Vj.	327,6	+ 4,6	4,6
1979	1.Vj.	342,1	+ 4,4	4,8
	2.Vj.	360,7	+ 5,4	4,7
	3.Vj.	376,1	+ 4,3	4,3
	4.Vj.	388,6	+ 3,3	3,8
1980	1.Vj.	402,9	+ 3,7	

Quelle: Eigene Berechnungen nach nicht veröffentlichten Angaben der Deutschen Bundesbank

Tabelle 17

Einkommen der privaten Haushalte (saisonbereinigt)

Quartalsende		Nettolöhne und Gehälter	Massen-einkommen	Verfügbares Einkommen
		-Mrd.DM-		
1968	4.Vj.	49,3	67,2	89,4
1969	1.Vj.	49,9	68,3	92,4
	2.Vj.	52,3	70,6	95,2
	3.Vj.	53,0	72,3	97,8
	4.Vj.	55,6	75,6	99,2
1970	1.Vj.	57,8	77,7	102,3
	2.Vj.	59,6	79,9	105,2
	3.Vj.	61,0	81,6	109,2
	4.Vj.	63,1	84,1	112,1
1971	1.Vj.	64,2	86,9	113,7
	2.Vj.	65,8	88,4	117,2
	3.Vj.	68,2	91,4	120,8
	4.Vj.	68,6	92,4	124,9
1972	1.Vj.	70,8	95,6	128,1
	2.Vj.	74,9	101,4	130,6
	3.Vj.	74,6	99,8	133,8
	4.Vj.	75,5	103,5	137,1
1973	1.Vj.	78,7	106,1	140,8
	2.Vj.	79,0	107,3	143,0
	3.Vj.	81,6	111,4	144,8
	4.Vj.	83,6	111,5	148,8
1974	1.Vj.	85,7	117,3	150,6
	2.Vj.	87,3	120,2	155,1
	3.Vj.	88,2	122,2	159,7
	4.Vj.	89,1	124,6	163,3
1975	1.Vj.	90,3	129,8	167,9
	2.Vj.	90,6	132,0	173,5
	3.Vj.	90,3	133,2	172,8
	4.Vj.	91,4	135,0	176,3
1976	1.Vj.	92,3	135,9	178,5
	2.Vj.	93,7	138,8	181,2
	3.Vj.	95,2	140,5	184,7
	4.Vj.	96,6	142,7	186,9
1977	1.Vj.	97,5	143,7	189,1
	2.Vj.	98,9	146,0	191,3
	3.Vj.	100,3	149,1	194,3
	4.Vj.	102,2	151,9	198,1
1978	1.Vj.	104,5	154,7	201,0
	2.Vj.	105,7	156,8	204,1
	3.Vj.	109,4	160,3	207,4
	4.Vj.	111,5	162,2	208,8
1979	1.Vj.	112,1	165,5	215,9
	2.Vj.	113,9	167,0	220,7
	3.Vj.	116,3	170,1	222,2
	4.Vj.	120,3	174,6	225,9
1980	1.Vj.	119,3	176,0	232,1

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen

Tabelle 18

Entwicklung der Haushaltseinkommen (saisonbereinigt)

Quartalsende		Nettolöhne und Gehälter	Massen-einkommen	Verfügbares Einkommen
		Veränderungen gegenüber Vorquartal (gegl.) in v.H.		
1969	1.Vj.	+2,5	+2,2	+3,0
	2.Vj.	+2,5	+2,5	+3,0
	3.Vj.	+3,8	+3,5	+2,3
	4.Vj.	+3,7	+3,3	+2,3
1970	1.Vj.	+4,2	+3,5	+2,5
	2.Vj.	+3,2	+2,7	+3,3
	3.Vj.	+3,0	+2,7	+3,2
	4.Vj.	+2,8	+2,7	+2,7
1971	1.Vj.	+2,5	+2,7	+2,3
	2.Vj.	+2,5	+2,8	+2,5
	3.Vj.	+1,8	+2,2	+3,2
	4.Vj.	+2,3	+2,2	+3,0
1972	1.Vj.	+3,2	+3,5	+2,7
	2.Vj.	+2,8	+2,7	+2,3
	3.Vj.	+2,3	+2,8	+2,3
	4.Vj.	+1,7	+1,7	+2,5
1973	1.Vj.	+2,0	+2,5	+2,2
	2.Vj.	+2,7	+2,5	+1,7
	3.Vj.	+2,2	+2,7	+2,0
	4.Vj.	+2,8	+3,2	+1,9
1974	1.Vj.	+2,3	+2,7	+2,5
	2.Vj.	+1,8	+2,2	+2,3
	3.Vj.	+1,3	+2,0	+2,8
	4.Vj.	+1,2	+2,5	+2,8
1975	1.Vj.	+1,0	+2,5	+3,0
	2.Vj.	+0,3	+2,5	+2,0
	3.Vj.	+0,5	+1,3	+1,7
	4.Vj.	+0,7	+1,0	+1,0
1976	1.Vj.	+1,3	+1,7	+1,7
	2.Vj.	+1,3	+1,3	+1,7
	3.Vj.	+1,5	+1,7	+1,5
	4.Vj.	+1,3	+1,3	+1,3
1977	1.Vj.	+1,3	+1,7	+1,0
	2.Vj.	+1,3	+1,3	+1,2
	3.Vj.	+1,7	+1,8	+1,5
	4.Vj.	+1,8	+2,0	+1,7
1978	1.Vj.	+1,7	+1,8	+1,7
	2.Vj.	+2,2	+1,8	+1,5
	3.Vj.	+2,0	+1,5	+1,2
	4.Vj.	+2,0	+1,7	+1,8
1979	1.Vj.	+1,3	+1,3	+2,0
	2.Vj.	+1,7	+1,7	+2,0
	3.Vj.	+2,3	+1,8	+1,3
	4.Vj.	+2,3	+1,8	+1,7
1980	1.Vj.	+1,5	+1,5	

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 17

Tabelle 19

Entwicklung des Bruttosozialprocuktes (in Preisen von 1970)

Quartal		Höhe	Veränderungen gegenüber Vorjahresquartal		
		Mrd.DM	Mrd.DM	v.H.	v.H. (gegl.)
1969	1.Vj.	144,10	-	-	-
	2.Vj.	156,50	-	-	-
	3.Vj.	169,90	-	-	-
	4.Vj.	170,80	-	-	-
1970	1.Vj.	153,90	9,00	6,25	-
	2.Vj.	168,60	12,10	7,73	6,21
	3.Vj.	177,80	7,90	4,65	5,92
	4.Vj.	179,50	8,70	5,09	5,53
1971	1.Vj.	163,60	10,50	6,86	4,77
	2.Vj.	172,60	4,00	2,37	4,01
	3.Vj.	182,80	5,00	2,81	2,32
	4.Vj.	182,70	3,20	1,78	2,63
1972	1.Vj.	169,00	5,40	3,30	2,81
	2.Vj.	178,40	5,80	3,36	3,15
	3.Vj.	187,90	5,10	2,79	3,45
	4.Vj.	192,00	9,30	5,09	4,78
1973	1.Vj.	179,90	10,90	6,45	5,55
	2.Vj.	187,50	9,10	5,10	5,41
	3.Vj.	196,70	8,80	4,68	4,46
	4.Vj.	198,90	6,90	3,59	3,41
1974	1.Vj.	183,40	3,50	1,95	2,16
	2.Vj.	189,30	1,80	0,96	1,11
	3.Vj.	197,50	0,80	0,41	-0,11
	4.Vj.	195,50	-3,40	-1,71	-1,61
1975	1.Vj.	176,90	-6,50	-3,54	-2,70
	2.Vj.	183,70	-5,40	-2,85	-2,96
	3.Vj.	192,60	-4,90	-2,48	-1,18
	4.Vj.	198,90	3,50	1,79	1,47
1976	1.Vj.	185,90	9,00	5,09	4,34
	2.Vj.	195,20	11,50	6,24	5,42
	3.Vj.	202,30	9,70	5,04	5,35
	4.Vj.	208,60	9,70	4,88	4,51
1977	1.Vj.	192,60	6,70	3,60	3,46
	2.Vj.	198,90	3,70	1,90	2,59
	3.Vj.	206,90	4,60	2,27	2,22
	4.Vj.	213,80	5,20	2,49	2,14
1978	1.Vj.	195,80	3,20	1,66	2,77
	2.Vj.	204,20	8,30	4,17	3,34
	3.Vj.	215,60	8,70	4,20	4,10
	4.Vj.	222,20	8,40	3,93	4,07
1979	1.Vj.	203,80	8,00	4,08	4,15
	2.Vj.	216,40	9,20	4,44	

Quelle: SVR, JG 79/80, Tab.21, S.257 - Eigene Berechnungen

Tabelle 20

Entwicklung des Bruttosozialproduktes (in jeweiligen Preisen)

Quartal		Höhe	Veränderungen gegenüber Vorjahresquartal		
		Mrd.DM	Mrd.DM	v.H.	v.H. (gegl.)
1969	1.Vj.	131,60	-	-	-
	2.Vj.	143,30	-	-	-
	3.Vj.	158,00	-	-	-
	4.Vj.	164,80	-	-	-
1970	1.Vj.	149,00	17,4	13,2	-
	2.Vj.	166,50	23,5	16,4	14,1
	3.Vj.	178,00	20,0	12,7	13,8
	4.Vj.	185,20	20,4	12,4	13,4
1971	1.Vj.	171,50	22,5	15,1	12,7
	2.Vj.	184,40	17,6	10,6	12,1
	3.Vj.	196,70	18,7	10,5	11,2
	4.Vj.	203,40	18,2	12,4	11,0
1972	1.Vj.	188,60	17,1	10,0	10,5
	2.Vj.	201,00	16,6	9,0	9,0
	3.Vj.	213,40	15,7	8,0	9,2
	4.Vj.	225,20	21,8	10,7	10,3
1973	1.Vj.	211,60	23,0	12,2	11,4
	2.Vj.	223,90	22,9	11,4	11,5
	3.Vj.	235,30	22,9	10,8	11,0
	4.Vj.	249,30	24,1	10,7	9,6
1974	1.Vj.	227,00	15,4	7,3	8,6
	2.Vj.	240,40	16,5	7,4	7,5
	3.Vj.	253,50	18,2	7,7	7,5
	4.Vj.	266,00	16,7	6,7	6,3
1975	1.Vj.	237,40	10,4	4,6	5,4
	2.Vj.	252,10	11,7	4,9	4,3
	3.Vj.	262,10	8,7	3,4	4,9
	4.Vj.	283,20	17,2	6,5	6,2
1976	1.Vj.	257,90	20,5	8,6	8,1
	2.Vj.	275,40	23,3	9,2	8,4
	3.Vj.	284,60	22,4	8,5	8,7
	4.Vj.	307,10	23,9	8,4	8,0
1977	1.Vj.	276,10	18,2	7,1	7,0
	2.Vj.	290,50	15,1	5,5	6,4
	3.Vj.	303,40	18,8	6,6	6,2
	4.Vj.	327,20	20,1	6,5	6,3
1978	1.Vj.	292,50	16,4	5,9	6,7
	2.Vj.	313,20	22,7	7,8	7,4
	3.Vj.	329,20	26,0	8,6	8,0
	4.Vj.	352,40	25,2	7,7	8,1
1979	1.Vj.	315,30	23,0	7,9	8,1
	2.Vj.	340,20	27,0	8,6	

Quelle: SVR, JG 79/80, Tab.21, S.256 - Eigene Berechnungen

Tabelle 21

Verschuldungsquoten

Quartal		Kreditvolumen / Nettolöhne und Gehälter	Kreditvolumen / Bruttosozialprodukt
1968	4.Vj.	0,43	-
1969	1.Vj.	0,45	0,16
	2.Vj.	0,46	0,17
	3.Vj.	0,47	0,16
	4.Vj.	0,48	0,16
1970	1.Vj.	0,48	0,18
	2.Vj.	0,48	0,17
	3.Vj.	0,48	0,17
	4.Vj.	0,47	0,16
1971	1.Vj.	0,48	0,18
	2.Vj.	0,49	0,18
	3.Vj.	0,50	0,17
	4.Vj.	0,52	0,18
1972	1.Vj.	0,53	0,20
	2.Vj.	0,53	0,20
	3.Vj.	0,56	0,20
	4.Vj.	0,59	0,20
1973	1.Vj.	0,60	0,22
	2.Vj.	0,62	0,22
	3.Vj.	0,60	0,21
	4.Vj.	0,59	0,20
1974	1.Vj.	0,58	0,22
	2.Vj.	0,57	0,21
	3.Vj.	0,57	0,20
	4.Vj.	0,56	0,19
1975	1.Vj.	0,56	0,21
	2.Vj.	0,58	0,20
	3.Vj.	0,58	0,20
	4.Vj.	0,61	0,20
1976	1.Vj.	0,64	0,22
	2.Vj.	0,66	0,23
	3.Vj.	0,69	0,23
	4.Vj.	0,71	0,23
1977	1.Vj.	0,73	0,25
	2.Vj.	0,75	0,26
	3.Vj.	0,77	0,26
	4.Vj.	0,79	0,25
1978	1.Vj.	0,81	0,29
	2.Vj.	0,83	0,28
	3.Vj.	0,84	0,28
	4.Vj.	0,87	0,27
1979	1.Vj.	0,90	0,31
	2.Vj.	0,93	0,31
	3.Vj.	0,95	-
	4.Vj.	0,95	-
1980	1.Vj.	0,99	-

Quelle: Eigene Berechungen nach den Tabellen 1, 17 und 20

Tabelle 22

Konsumklima

Quartalsende		1970=100	Quartalsende		1970=100
1970	1.VJ.	118,9	1976	1.VJ.	76,3
	2.VJ.	108,4		2.VJ.	85,4
	3.VJ.	94,5		3.VJ.	89,2
	4.VJ.	77,3		4.VJ.	87,7
1971	1.VJ.	71,6	1977	1.VJ.	81,6
	2.VJ.	68,5		2.VJ.	71,1
	3.VJ.	66,5		3.VJ.	77,8
	4.VJ.	74,3		4.VJ.	78,6
1972	1.VJ.	75,6	1978	1.VJ.	80,1
	2.VJ.	89,2		2.VJ.	83,1
	3.VJ.	95,2		3.VJ.	89,9
	4.VJ.	98,2		4.VJ.	93,7
1973	1.VJ.	87,7	1979	1.VJ.	93,0
	2.VJ.	74,3		2.VJ.	87,4
	3.VJ.	61,2		3.VJ.	80,1
	4.VJ.	49,9		4.VJ.	61,2
1974	1.VJ.	44,6	1980	1.VJ.	56,7
	2.VJ.	46,1			
	3.VJ.	49,3			
	4.VJ.	52,1			
1975	1.VJ.	62,3			
	2.VJ.	67,3			
	3.VJ.	69,5			
	4.VJ.	66,3			

Quelle: IFO - Spiegel der Wirtschaft

Tabelle 23

Sparquote (saisonbereinigt)

Quartal		v.H.	Quartal		v.H.
1969	1.VJ.	-	1975	1.VJ.	17,3
	2.VJ.	14,1		2.VJ.	16,8
	3.VJ.	14,3		3.VJ.	16,1
	4.VJ.	14,1		4.VJ.	15,1
1970	1.VJ.	14,2	1976	1.VJ.	14,8
	2.VJ.	14,3		2.VJ.	14,9
	3.VJ.	14,2		3.VJ.	14,9
	4.VJ.	14,0		4.VJ.	14,6
1971	1.VJ.	14,2	1977	1.VJ.	14,1
	2.VJ.	14,2		2.VJ.	13,8
	3.VJ.	14,0		3.VJ.	13,5
	4.VJ.	13,7		4.VJ.	13,4
1972	1.VJ.	13,8	1978	1.VJ.	13,5
	2.VJ.	13,5		2.VJ.	13,6
	3.VJ.	13,9		3.VJ.	13,8
	4.VJ.	13,7		4.VJ.	14,1
1973	1.VJ.	14,9	1979	1.VJ.	14,1
	2.VJ.	14,7		2.VJ.	14,2
	3.VJ.	15,0		3.VJ.	14,1
	4.VJ.	15,2		4.VJ.	14,0
1974	1.VJ.	15,4	1980	1.VJ.	14,3
	2.VJ.	15,7		2.VJ.	14,5
	3.VJ.	16,3			
	4.VJ.	16,8			

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen - Eigene Berechnungen

Tabelle 24

Ausgaben für den privaten Verbrauch

Quartal		Ausgaben insgesamt	Ausgaben für den Grundbedarf	Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen
			-in Mrd.DM-	
1969	1.Vj.:	73,5	43,1	30,4
	2.Vj.:	81,7	47,1	34,6
	3.Vj.:	82,9	46,7	36,2
	4.Vj.:	94,2	53,9	40,3
1970	1.Vj.:	82,4	47,5	34,9
	2.Vj.:	92,0	52,0	40,0
	3.Vj.:	92,1	51,0	41,1
	4.Vj.:	105,6	59,7	45,3
1971	1.Vj.:	91,1	50,8	40,3
	2.Vj.:	101,3	55,6	45,7
	3.Vj.:	101,7	54,3	47,4
	4.Vj.:	115,0	63,4	51,6
1972	1.Vj.:	101,6	56,8	44,8
	2.Vj.:	108,8	59,0	49,8
	3.Vj.:	112,2	59,8	52,4
	4.Vj.:	125,9	67,9	58,0
1973	1.Vj.:	112,2	62,1	50,1
	2.Vj.:	121,4	65,9	55,5
	3.Vj.:	119,5	64,8	54,7
	4.Vj.:	140,2	78,5	61,7
1974	1.Vj.:	121,4	67,5	53,9
	2.Vj.:	131,4	71,8	59,6
	3.Vj.:	130,1	70,5	59,6
	4.Vj.:	150,1	81,8	68,3
1975	1.Vj.:	131,5	72,8	58,7
	2.Vj.:	142,8	77,3	64,7
	3.Vj.:	140,5	76,2	64,3
	4.Vj.:	163,6	88,3	75,3
1976	1.Vj.:	143,6	78,1	65,5
	2.Vj.:	152,5	82,1	70,4
	3.Vj.:	154,3	80,8	73,5
	4.Vj.:	171,1	92,3	78,8
1977	1.Vj.:	153,1	82,4	70,7
	2.Vj.:	164,3	86,7	76,2
	3.Vj.:	166,8	86,1	81,0
	4.Vj.:	182,2	96,9	85,3
1978	1.Vj.:	163,9	88,4	75,5
	2.Vj.:	176,3	91,9	84,4
	3.Vj.:	175,5	89,8	86,6
	4.Vj.:	191,2	101,6	89,6
1979	1.Vj.:	177,0	94,4	82,6
	2.Vj.:	191,4	97,9	93,5
	3.Vj.:	189,3	95,8	93,5
	4.Vj.:	208,5	111,1	97,4
1980	1.Vj.:	192,7	103,0	89,7
	2.Vj.:	201,6	103,9	97,7

Quelle: DIW - Wochenberichte

Tabelle 25

Entwicklung des privaten Verbrauchs

Quartal		Ausgaben insgesamt	Ausgaben für den Grundbedarf	Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen
		Veränderungen gegenüber Vorjahr (gegl.) -in v.H.-		
1969	1.Vj.	-	-	-
	2.Vj.	10,3	9,3	11,3
	3.Vj.	10,4	9,6	11,5
	4.Vj.	11,2	9,8	13,2
1970	1.Vj.	11,7	10,1	14,0
	2.Vj.	11,9	9,9	14,6
	3.Vj.	11,7	10,1	13,8
	4.Vj.	11,1	8,9	13,8
1971	1.Vj.	10,7	8,2	14,1
	2.Vj.	10,4	6,7	15,0
	3.Vj.	10,0	6,5	14,5
	4.Vj.	10,5	8,1	13,5
1972	1.Vj.	9,5	8,0	11,4
	2.Vj.	9,7	9,3	10,3
	3.Vj.	9,1	7,8	10,7
	4.Vj.	10,1	8,8	11,7
1973	1.Vj.	10,5	9,4	11,9
	2.Vj.	9,5	9,8	9,2
	3.Vj.	9,4	11,9	7,4
	4.Vj.	8,3	10,9	6,8
1974	1.Vj.	8,9	11,1	7,8
	2.Vj.	8,4	8,8	8,7
	3.Vj.	8,1	7,5	9,0
	4.Vj.	8,1	6,9	9,6
1975	1.Vj.	7,8	6,5	9,4
	2.Vj.	8,4	6,5	8,5
	3.Vj.	8,4	7,9	8,9
	4.Vj.	8,4	7,8	9,9
1976	1.Vj.	8,8	7,1	10,2
	2.Vj.	8,9	6,5	11,6
	3.Vj.	7,4	5,6	9,3
	4.Vj.	7,3	5,3	9,0
1977	1.Vj.	5,3	5,2	6,9
	2.Vj.	7,6	5,9	8,8
	3.Vj.	7,5	5,7	8,9
	4.Vj.	7,2	6,3	8,4
1978	1.Vj.	6,9	6,1	8,6
	2.Vj.	6,6	5,9	8,2
	3.Vj.	5,3	5,1	7,6
	4.Vj.	5,3	5,3	7,2
1979	1.Vj.	6,2	6,0	8,4
	2.Vj.	8,0	6,7	9,4
	3.Vj.	8,3	7,5	9,2
	4.Vj.	8,2	8,4	8,4
1980	1.Vj.	7,3	8,2	7,3

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 24

Tabelle 26

Entwicklung der Verbrauchsstruktur

Quartal		Ausgaben insgesamt	Ausgaben für den Grundbedarf	Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen
			-in v.H.-	
1969	1.Vj.:	100	58,6	41,4
	2.Vj.:	100	57,6	42,4
	3.Vj.:	100	56,3	43,7
	4.Vj.:	100	57,2	42,1
1970	1.Vj.:	100	57,6	42,4
	2.Vj.:	100	56,5	43,5
	3.Vj.:	100	55,4	44,6
	4.Vj.:	100	56,9	43,1
1971	1.Vj.:	100	55,8	44,2
	2.Vj.:	100	54,9	45,1
	3.Vj.:	100	53,4	46,6
	4.Vj.:	100	55,1	44,9
1972	1.Vj.:	100	55,9	44,1
	2.Vj.:	100	54,2	45,8
	3.Vj.:	100	53,3	46,7
	4.Vj.:	100	53,9	46,1
1973	1.Vj.:	100	55,3	44,7
	2.Vj.:	100	54,3	45,7
	3.Vj.:	100	55,1	45,8
	4.Vj.:	100	56,0	44,0
1974	1.Vj.:	100	55,6	44,4
	2.Vj.:	100	54,6	45,4
	3.Vj.:	100	55,1	45,8
	4.Vj.:	100	54,5	45,5
1975	1.Vj.:	100	55,4	44,6
	2.Vj.:	100	54,4	45,5
	3.Vj.:	100	54,2	45,8
	4.Vj.:	100	54,0	46,0
1976	1.Vj.:	100	54,4	45,6
	2.Vj.:	100	53,7	46,0
	3.Vj.:	100	52,4	47,6
	4.Vj.:	100	53,9	46,1
1977	1.Vj.:	100	53,8	46,2
	2.Vj.:	100	52,6	46,2
	3.Vj.:	100	51,4	48,6
	4.Vj.:	100	53,2	46,8
1978	1.Vj.:	100	53,9	46,1
	2.Vj.:	100	52,1	47,9
	3.Vj.:	100	50,9	49,1
	4.Vj.:	100	53,1	46,9
1979	1.Vj.:	100	53,3	46,7
	2.Vj.:	100	51,1	48,9
	3.Vj.:	100	50,6	49,4
	4.Vj.:	100	53,3	46,7
1980	1.Vj.:	100	53,5	46,5
	2.Vj.:	100	51,5	48,6

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 24

Tabelle 27

Berechnung der neugewährten Konsumentenkredite pro Quartal

Quartalsende		Bestand	K(t)-K(t-1)	K(t-1)*0,083	neugewährte Kredite
		-alle Angaben Mrd. DM-			
1968	4.Vj.	21,37	-	-	-
1969	1.Vj.	22,16	0,79	1,77	2,56
	2.Vj.	23,87	1,71	1,84	3,55
	3.Vj.	24,92	1,05	1,98	3,03
	4.Vj.	26,80	1,88	2,07	3,95
1970	1.Vj.	27,24	0,44	2,25	2,69
	2.Vj.	28,59	1,35	2,26	3,61
	3.Vj.	29,48	0,89	2,37	3,26
	4.Vj.	29,68	0,20	2,45	2,65
1971	1.Vj.	30,32	0,64	2,46	3,10
	2.Vj.	32,68	2,36	2,52	4,88
	3.Vj.	34,09	1,41	2,71	4,12
	4.Vj.	35,98	1,89	2,83	4,72
1972	1.Vj.	37,04	1,06	2,99	4,05
	2.Vj.	39,84	2,80	3,07	5,87
	3.Vj.	41,89	2,05	3,31	5,37
	4.Vj.	44,97	3,08	3,48	6,56
1973	1.Vj.	46,44	1,47	3,73	5,20
	2.Vj.	48,88	2,44	3,85	6,29
	3.Vj.	49,14	0,26	4,06	4,32
	4.Vj.	50,00	0,86	4,08	4,94
1974	1.Vj.	48,90	-1,10	4,14	3,04
	2.Vj.	49,93	1,03	4,06	5,09
	3.Vj.	50,01	0,08	4,14	4,24
	4.Vj.	49,91	-0,10	4,15	4,05
1975	1.Vj.	49,73	-0,18	4,14	3,96
	2.Vj.	51,31	1,58	4,13	5,71
	3.Vj.	53,33	2,02	4,26	6,28
	4.Vj.	56,22	2,89	4,43	7,32
1976	1.Vj.	58,05	1,83	4,67	6,50
	2.Vj.	62,54	4,49	4,83	9,31
	3.Vj.	65,52	2,98	5,19	8,17
	4.Vj.	69,15	3,63	5,44	9,07
1977	1.Vj.	69,75	0,60	5,74	6,34
	2.Vj.	74,78	5,03	5,79	10,82
	3.Vj.	77,78	3,00	6,21	9,21
	4.Vj.	81,25	3,47	6,46	9,93
1978	1.Vj.	83,70	2,45	6,74	9,19
	2.Vj.	88,47	4,77	6,95	11,72
	3.Vj.	92,68	4,21	7,34	11,55
	4.Vj.	97,03	4,35	7,69	12,04
1979	1.Vj.	99,36	2,33	8,05	10,38
	2.Vj.	106,72	7,36	8,25	15,25
	3.Vj.	111,23	4,51	8,86	13,37
	4.Vj.	115,01	3,78	9,23	13,01
1980	1.Vj.	117,00	1,99	9,55	11,54

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 1

Tabelle 28

Kreditfinanzierungsquote für den gesamten privaten Verbrauch

Quartalsende		neugew. Kredite	Gesamt-Verbrauch	Kreditfinanzierungs-quote	
		Mrd.DM	Mrd.DM	v.H	(gegl.)
1969	1.Vj.	2,56	73,5	3,5	-
	2.Vj.	3,55	81,7	4,4	3,8
	3.Vj.	3,03	82,9	3,7	4,1
	4.Vj.	3,95	94,2	4,2	3,7
1970	1.Vj.	2,69	82,4	3,3	3,8
	2.Vj.	3,61	92,0	3,9	3,6
	3.Vj.	3,26	92,1	3,5	3,3
	4.Vj.	2,65	105,0	2,5	3,2
1971	1.Vj.	3,10	91,1	3,4	3,6
	2.Vj.	4,88	101,3	4,8	4,1
	3.Vj.	4,12	101,7	4,1	4,3
	4.Vj.	4,72	115,0	4,1	4,1
1972	1.Vj.	4,05	101,6	4,0	4,5
	2.Vj.	5,85	108,8	5,4	4,7
	3.Vj.	5,37	112,3	4,8	5,1
	4.Vj.	6,56	125,9	5,2	4,9
1973	1.Vj.	5,20	112,2	4,6	5,0
	2.Vj.	6,35	121,4	5,2	4,5
	3.Vj.	4,32	119,5	3,6	4,1
	4.Vj.	4,54	140,2	3,5	3,2
1974	1.Vj.	3,04	121,4	2,5	3,3
	2.Vj.	5,98	131,4	4,6	3,2
	3.Vj.	4,24	130,1	3,3	3,3
	4.Vj.	4,05	150,1	2,7	3,0
1975	1.Vj.	3,96	131,5	3,0	3,2
	2.Vj.	5,71	142,0	4,0	3,8
	3.Vj.	6,28	140,5	4,5	4,3
	4.Vj.	7,32	163,6	4,5	4,5
1976	1.Vj.	6,50	143,6	4,5	5,0
	2.Vj.	9,31	152,9	6,1	5,3
	3.Vj.	8,17	154,3	5,3	5,6
	4.Vj.	9,07	171,1	5,3	4,9
1977	1.Vj.	6,34	153,1	4,2	5,4
	2.Vj.	10,32	162,9	6,6	5,4
	3.Vj.	9,21	167,1	5,5	5,9
	4.Vj.	9,93	182,2	5,5	5,9
1978	1.Vj.	9,19	163,9	5,6	5,9
	2.Vj.	11,72	176,3	6,7	6,3
	3.Vj.	11,55	176,5	6,6	6,5
	4.Vj.	12,04	191,2	6,3	6,3
1979	1.Vj.	10,39	177,0	5,9	6,7
	2.Vj.	15,55	191,4	8,0	7,0
	3.Vj.	13,37	189,3	7,1	7,1
	4.Vj.	13,01	208,5	6,2	6,4
1980	1.Vj.	11,54	192,7	6,0	

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 24 und 27

Tabelle 29

Kreditfinanzierungsquote der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen

Quartalsende		Neugew. Kredite Mrd.DM	Sonstige Ausgaben Mrd.DM	Kreditfinanzierungs Quote v.H	(gegl.)
1969	1.Vj.	2,56	32,4	11,9	-
	2.Vj.	3,55	34,6	10,3	10,2
	3.Vj.	3,03	36,2	8,4	9,5
	4.Vj.	3,95	40,3	9,8	8,6
1970	1.Vj.	2,69	34,9	7,7	8,9
	2.Vj.	3,61	40,0	9,0	8,2
	3.Vj.	3,26	41,1	7,9	7,6
	4.Vj.	2,55	45,3	5,9	7,2
1971	1.Vj.	3,10	40,3	7,7	8,1
	2.Vj.	4,38	43,7	10,7	9,0
	3.Vj.	4,12	47,4	8,7	9,5
	4.Vj.	4,72	51,6	9,2	9,3
1972	1.Vj.	4,35	44,8	9,0	10,0
	2.Vj.	5,87	49,8	11,8	10,4
	3.Vj.	5,37	52,4	10,3	11,4
	4.Vj.	6,56	58,0	11,3	10,7
1973	1.Vj.	5,20	50,1	10,4	11,0
	2.Vj.	6,29	55,5	11,3	9,9
	3.Vj.	4,32	54,7	7,9	9,1
	4.Vj.	4,94	61,7	8,0	7,2
1974	1.Vj.	3,04	53,9	5,6	7,4
	2.Vj.	5,09	59,8	8,5	7,1
	3.Vj.	4,24	59,6	7,1	7,2
	4.Vj.	4,05	68,3	5,9	6,6
1975	1.Vj.	3,96	58,7	6,8	7,2
	2.Vj.	5,71	64,7	8,8	8,4
	3.Vj.	6,28	64,3	9,7	9,4
	4.Vj.	7,32	75,3	9,7	9,9
1976	1.Vj.	6,55	65,5	9,9	11,0
	2.Vj.	9,34	70,4	13,2	12,4
	3.Vj.	8,17	73,5	11,1	12,0
	4.Vj.	9,07	78,3	11,5	10,5
1977	1.Vj.	6,34	70,7	9,0	11,6
	2.Vj.	10,82	76,2	14,2	11,5
	3.Vj.	8,51	81,0	11,4	12,4
	4.Vj.	9,93	85,3	11,6	11,7
1978	1.Vj.	9,12	75,5	12,2	12,6
	2.Vj.	11,76	84,4	13,9	13,1
	3.Vj.	11,45	86,6	13,3	13,5
	4.Vj.	12,04	89,6	13,4	13,1
1979	1.Vj.	10,38	82,6	12,6	14,1
	2.Vj.	15,35	94,2	16,3	14,4
	3.Vj.	15,45	95,5	16,2	14,1
	4.Vj.	13,01	111,1	11,7	12,4
1980	1.Vj.	11,54	103,0	11,2	12,4

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 24 und 27

Tabelle 30

Anteil der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter an den Ausgaben für den privaten Verbrauch ausgewählter Haushalte

	Haushaltsform		
	Typ 1 v.H.	Typ 2 v.H.	Typ 3 v.H.
1969	2,6	8,7	11,1
1970	2,7	9,3	12,6
1971	3,0	10,8	13,7
1972	3,1	9,4	13,2
1973	4,0	11,2	12,1
1974	4,5	10,5	12,2
1975	4,6	12,0	14,1
1976	4,0	12,8	14,9
1977	4,3	12,9	14,3
1978	3,7	11,7	12,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, WiSta

Tabelle 31

31.1 Schätzung der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter

Jahr	privater Verbrauch insgesamt Mrd.DM	Anteil der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter v.H.	Mrd.DM
1969	330,83	8,7	28,78
1970	367,55	9,3	34,18
1971	407,93	10,8	44,05
1972	447,75	9,4	42,06
1973	491,69	11,2	55,07
1974	527,55	10,5	55,37
1975	574,55	12,0	68,95
1976	621,94	12,8	79,61
1977	665,30	12,9	85,82
1978	707,83	11,9	84,24
1979	756,30	12,8	98,09

31.2 Jährliche Kreditfinanzierungsquote der Ausgaben für langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter

Jahr	Ausgaben Mrd.DM	Neugewährte Konsumenten-Kredite Mrd.DM	Kredit-finanzierungs-quote v.H.
1969	28,78	13,09	45,48
1970	34,18	12,51	36,73
1971	44,05	17,12	38,18
1972	42,06	21,85	51,91
1973	55,07	20,75	37,63
1974	55,37	16,42	29,54
1975	68,95	22,26	32,73
1976	79,61	33,06	41,51
1977	85,82	36,30	42,30
1978	84,24	42,86	50,88
1979	98,09	50,29	51,27

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 24 und 30

Tabelle 32

Entwicklung der kredit- und nichtkreditfinanzierten Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen

Jahr	Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen (C I)		
	Mrd.DM	Veränderung gegen Vorjahr Mrd.DM	v.H.
1969	141,5	-	-
1970	161,3	19,8	14,0
1971	185,0	23,7	14,7
1972	205,0	20,0	10,8
1973	222,0	17,0	8,3
1974	241,4	19,4	8,7
1975	263,0	21,4	8,9
1976	288,2	25,2	9,6
1977	313,2	25,0	8,7
1978	336,1	22,9	7,3
1979	367,0	30,9	9,2

Jahr	Kreditfinanzierter Ausgabenteil (C II)		
	Mrd.DM	Veränderung gegen Vorjahr Mrd.DM	v.H.
1969	13,1	-	-
1970	12,2	- 0,1	- 6,7
1971	16,8	+ 4,6	+37,8
1972	21,9	+ 5,0	+29,9
1973	20,8	- 1,1	- 5,0
1974	16,4	- 4,3	-20,9
1975	23,3	+ 6,8	+41,7
1976	33,1	+ 9,8	+42,1
1977	36,3	+ 3,3	+42,1
1978	44,5	+ 8,2	+22,6
1979	52,0	+ 7,5	+16,9

Jahr	Nichtkreditfinanzierter Ausgabenteil (C III)		
	Mrd.DM	Veränderung gegen Vorjahr Mrd.DM	v.H.
1969	128,4	-	-
1970	149,1	20,7	16,1
1971	168,2	19,1	12,8
1972	183,2	15,0	8,9
1973	201,3	18,1	9,9
1974	225,0	23,7	11,8
1975	239,7	14,8	6,6
1976	255,2	15,4	6,4
1977	276,9	21,8	8,5
1978	291,6	14,7	5,3
1979	315,0	23,4	8,0

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tab.24 und 27

Tabelle 33

Beitrag der Finanzierungskomponenten zum Wachstum der Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen (Lundberg Komponenten)

Jahr	Wachstum C I	absoluter Wachstumsbeitrag C II	C III
	v.H.	v.H.	v.H.
1970	14,0	-0,6	14,6
1971	14,7	2,9	11,8
1972	10,8	2,7	8,1
1973	8,3	-0,5	8,8
1974	8,7	-1,9	10,6
1975	8,9	2,8	6,1
1976	9,6	3,7	5,9
1977	8,7	1,1	7,6
1978	7,3	2,6	4,7
1979	9,2	2,2	7,0

Jahr	Wachstum C I	relativer Wachstumsbeitrag* C II	C III
	v.H.	v.H.	v.H.
1970	14,0	3,9	96,1
1971	14,7	19,7	80,3
1972	10,8	25,0	75,0
1973	8,3	5,0	95,0
1974	8,7	15,2	84,8
1975	8,9	31,0	69,0
1976	8,6	38,5	61,5
1977	8,7	12,6	87,4
1978	7,3	35,6	64,4
1979	9,2	23,9	76,1

*Relativer Anteil der einzelner Wachstumskomponenten an der absolut gemessenen Summe der Gesamtveränderung

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tab. 32

Tabelle 24

Entwicklung des PKW-Bestandes

Quartal		Höhe Mio.	Veränderungen gegenüber Vorjahresquartal v.H.	v.H.
1969	1.Vj.	11,3	-	-
	2.Vj.	11,6	-	-
	3.Vj.	11,9	-	-
	4.Vj.	12,0	-	-
1970	1.Vj.	12,1	0,8	7,1
	2.Vj.	12,4	0,9	7,8
	3.Vj.	12,8	1,0	8,5
	4.Vj.	14,3	1,2	9,2
1971	1.Vj.	14,5	1,2	8,7
	2.Vj.	15,1	1,2	8,7
	3.Vj.	15,2	1,1	7,8
	4.Vj.	15,5	1,2	8,4
1972	1.Vj.	15,6	1,1	7,6
	2.Vj.	15,9	0,9	6,6
	3.Vj.	16,2	1,0	6,9
	4.Vj.	16,3	0,8	5,2
1973	1.Vj.	16,5	0,9	5,8
	2.Vj.	16,9	1,0	6,3
	3.Vj.	17,1	0,9	5,6
	4.Vj.	17,1	0,8	4,9
1974	1.Vj.	17,0	0,5	3,0
	2.Vj.	17,3	0,4	2,4
	3.Vj.	17,4	0,3	1,8
	4.Vj.	17,4	0,3	1,8
1975	1.Vj.	17,4	0,4	2,4
	2.Vj.	17,8	0,5	2,9
	3.Vj.	17,9	0,5	2,9
	4.Vj.	18,1	0,7	4,0
1976	1.Vj.	18,3	0,9	5,2
	2.Vj.	18,8	1,0	5,6
	3.Vj.	19,0	1,1	6,2
	4.Vj.	19,2	1,1	6,1
1977	1.Vj.	19,3	1,0	5,5
	2.Vj.	19,8	1,1	5,9
	3.Vj.	20,1	1,1	5,8
	4.Vj.	20,3	1,1	5,7
1978	1.Vj.	20,6	1,3	6,7
	2.Vj.	21,1	1,2	6,0
	3.Vj.	21,4	1,3	6,5
	4.Vj.	21,6	1,3	6,4
1979	1.Vj.	21,7	1,1	5,3
	2.Vj.	22,4	1,3	6,2
	3.Vj.	22,7	1,3	6,2
	4.Vj.	22,7	1,2	5,6

Quelle: IFO (Spiegel der Wirtschaft) Tab.K 1

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

Arndt, E., (Ziele und Wege)
Ziele und Wege der Stabilitätspolitik und der Gestaltungsspielraum der Notenbank, in: H.-D. Ortlieb und B. Molitor (Hrsg.), Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 13.Jg., Tübingen 1968, S. 100-117

Ballensiefen, M., (PKW-Zulassungen)
Zur Konjunkturreagibilität der PKW-Zulassungen, in: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen, Mitteilungen, 27.Jg., 1976, S. 281-295

Beckmann, G., (Haushalte sparen)
Warum private Haushalte sparen, in: TZ-Wirtschaft 3/1971, S. 16-17

Beckmann, G., (Werbung der Kreditinstitute)
Die Werbung der Kreditinstitute - Gestern und heute, in: TZ-Wirtschaft 4/1974, S. 28-30

Bellinger, B., (Verfahren der Kreditwürdigkeitsprüfung)
Neue Grundlagen und Verfahren der Kreditwürdigkeitsprüfung, in: A. Passardi (Hrsg.), Führung von Banken, Bern 1973, S. 9-36

Biervert, B., (Verbrauch und Konjunktur)
Verbrauch und Konjunktur, in: TZ-Wirtschaft 3/1971, S. 18-21

Biervert, B., Niessen, H.-J., (Privater Verbrauch und Konjunktur)
Privater Verbrauch und Konjunktur - Ergebnisse empirischer Konsumforschung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 186, 1971/72, S. 369-382

Booms, H., (Konzepte)
Geldtheoretische und -politische Konzepte der Deutschen Bundesbank - Ermittlung und Kritik, Bochum 1980

Bosch, A., (Konsumentenkredit)
Konsumentenkredit - Ein Hebel der Konjunkturpolitik, in: F. Böhm u.a. (Hrsg.), Ordo - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 15/16, Düsseldorf, München 1965, S. 485-518

Brunner, K., (Neuformulierung)
Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes, in: Kredit und Kapital, 1/1970, S. 1-30

Brunner, K., (Probleme)
Probleme der postkeynesianischen Geldtheorie, in: W. Ehrlicher u.a. (Hrsg.), Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 4, Die Monetarismus Kontroverse, Berlin 1978, S. 67-97

Buchholz, P., (Privatkreditgeschäft im Jahre 1971)
Das Privatkreditgeschäft im Jahre 1971, in: Sparkasse 8/1972, 89.Jg., S. 239-243

Buchholz, P., (Privatkredite im Jahre 1972)
Die Entwicklung der Privatkredite im Jahre 1972, in: Sparkasse 4/1973, 90.Jg., S. 115-118

Büschgen, H.E., (Planung von Wertpapierbeständen)
Zum Problem der Planung von Wertpapierbeständen, insbesondere durch Kreditinstitute und Investmentgesellschaften, in: Kredit und Kapital, 2. Jg., 1969, S. 1-59

Büschgen, H.E., (Grundriss)
Grundriss der Bankbetriebslehre, Stuttgart 1973

Büschgen, H.E., (Geschäftspolitik der Banken)
Geschäftspolitik der Banken im Konjunkturverlauf, in: J. Süchting (Hrsg.), Der Bankbetrieb zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden 1977, S. 31-54

Cansier, D., (Einwände)
Einwände gegen die Wirksamkeit der Fiskalpolitik - Ein Beitrag zur Kontroverse zwischen Keynesianern und Monetaristen, in: Kredit und Kapital, 10.Jg., 1977, S. 45-64

Clausse, G., (Dauerhafte Konsumgüter)
Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern im Konjunkturverlauf, Göttingen 1978

Cramer, J.-E., (Vertriebswege)
Vertriebswege der Teilzahlungsbanken in Deutschland, in: TZ-Wirtschaft 5/1973, S. 22-29

Cramer, J.-E., (Sonderangebot Kredit)
Sonderangebot Kredit, in: TZ-Wirtschaft 3/1976, S. 30-31

Commerzbank AG, (Privater Kunde)
Geschäftsbericht für das Jahr 1975 - Der private Kunde im Zentrum des Banken-Marketing, wiederabgedruckt in: TZ-Wirtschaft 3/1976, S. 24-28

Davies, J.C., (Some Relations)
Some Relations between Events and Attitudes, in: The American Political Science Review, Sept. 1952, S. 778 ff.

Deutsche Bundesbank, (Erste Ergebnisse)
Die ersten Ergebnisse der Konsumentenkreditstatistik, Monatsberichte Juni 1963, S. 3-11

Deutsche Bundesbank, (Aus den Ergebnissen)
Aus den Ergebnissen der Konsumenten- und Ratenkreditstatistik, in: Monatsberichte Mai 1964, S. 15-23

Deutsche Bundesbank, (Entwicklung)
Zur Entwicklung der Konsumentenkreditstatistik der Banken, in: Monatsberichte Juni 1966, S. 15-23

Deutsche Bundesbank, (Private Kreditnehmer)
Die privaten Kreditnehmer der Banken - Ergebnisse der Kreditnehmerstatistik, in: Monatsberichte 1970, S. 30-40

Deutsche Bundesbank, (Verpflichtungen von 1950 bis 1971)
Entwicklung des Geldvermögens und der Verpflichtungen von 1950 bis 1971, in: Monatsberichte März 1973, S. 24-52

Deutsche Bundesbank, (Neufassung)
Die Neufassung des Grundsatzes III über die Liquidität der Kreditinstitute gemäss 11 des Gesetzes über das Kreditwesen, in: Monatsberichte April 1973, S. 11-15

Deutsche Bundesbank, (Währungspolitische Institutionen und Instrumente)
Die währungspolitischen Institutionen und Instrumente in der Bundesrepublik Deutschland, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, 2., überarb. Aufl., Frankfurt a.M. 1975

Deutsche Bundesbank, (Geschäftsbericht)
Geschäftsberichte verschiedener Jahre

Deutscher Sparkassen-und Giroverband (Jahresbericht 1976)
Jahresbericht 1976

Deppe, H.-D., (Betriebswirtschaftliche Grundlagen)
Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Geldwirtschaft, Band 1: Einführung und Zahlungsverkehr, Stuttgart 1973

Dickertmann, D., Siedenberg, A., (Geldpolitische Lenkungsinstrumente)
Geldpolitische Lenkungsinstrumente in der Bundesrepublik Deutschland, 3., neub. und erw. Aufl., Düsseldorf 1979

Dickheuer, G., (Wirkungsprozess der Geldpolitik)
Wirkung und Wirkungsprozess der Geldpolitik - Eine mikro- und makroökonomische Analyse, Berlin 1975

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Verbrauch im ersten Vierteljahr 1970)
Der private Verbrauch im ersten Vierteljahr 1970, Wochenbericht 3/1970, 37.Jg., S. 217-218

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Entwicklungstendenzen)
Entwicklungstendenzen des privaten Verbrauchs 1970 in der Bundesrepublik Deutschland, Wochenbericht 48/1970, 37.Jg., S. 345-348

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Unverminderte Expansion)
Unverminderte Expansion der Ausgaben privater Haushalte, Wochenbericht 20/1971, 38.Jg., S. 143-146

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Verbrauch - starke Konjunkturstütze)
Der private Verbrauch - starke konjunkturstütze im Jahre 1971, Wochenbericht 12/1972, 39.Jg., S. 105-109

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Verbrauchskonjunktur bleibt lebhaft)
Verbrauchskonjunktur bleibt lebhaft, Wochenbericht 47/1972, 39.Jg., S. 408-410

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Schwächere Expansion)
Vor schwächerer Expansion des privaten Verbrauchs?
Wochenbericht 38/1973, 40.Jg., S. 346-349

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Ausgabenstruktur)
Zur Ausgabenstruktur privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, Wochenbericht 20/1974, 41.Jg., S. 189-192

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Festigung der Konsumkonjunktur)
Festigung der Konsumkonjunktur, Wochenbericht 18/1976, 43.Jg., S. 173-176

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Anteil langlebiger Güter)
Steigender Anteil langlebiger Güter am privaten Verbrauch, Wochenbericht 29/1976, 43.Jg., S. 274-275

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Verhaltene Expansion)
Verhaltene Expansion des privaten Verbrauchs, Wochenbericht 39/1977, 44.Jg., S. 349-351

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Verbrauch zur Jahreswende 1977/78)
Der private Verbrauch zur Jahreswende 1977/78, Wochenbericht 14/1978, 45.Jg., S. 139-141

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Verbrauch und Ersparnis)
Verbrauch und Ersparnis sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1977, Wochenbericht 11/1979, 46.Jg., S. 117-128

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Bedeutung des privaten Verbrauchs)
Die Bedeutung des privaten Verbrauchs für die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1960-1976, Wochenbericht 35/79, 46.Jg., S. 369-374

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Verbrauchskonjunktur wird labil)
Verbrauchskonjunktur wird labil, Wochenbericht 1-2/80, 47.Jg., S. 10-13

DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Anhaltende Konsumschwäche)
Anhaltende Konsumschwäche, Wochenbericht 41-42/80, 47.Jg., S. 439-441

Dow, C., (Geldpolitik in englischer Sicht)
Die Mittel der Geldpolitik in englischer Sicht, in: Konjunkturpolitik, 6.Jg., 1960, S. 129-166

Duesenberry, J., (Einkommen und Konsum)
Die Beziehungen zwischen Einkommen und Konsum und ihre Folgen, in: E.u.M.Streissler (Hrsg.), Konsum und Nachfrage, Köln, Berlin 1966, S. 277-301

Dürr, E., (Prozesspolitik)
Prozesspolitik, in: W.Ehrlicher u.a. (Hrsg.), Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Band 2, 3., neubearb. Aufl., Göttingen 1972, S. 95-177

Dunkelberg, W.C., Stafford, F.P., (Debt in the Consumer Portfolio)
Debt in the Consumer Portfolio: Evidence from a Panel Study, in: American Economic Review, Vol. 61, 1971, S. 598-613

Duwendag, D., (Theoretische Grundlagen)
Theoretische Grundlagen der monetären Stabilisierungspolitik, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 31. Jg., 1971, S. 121-140

Duwendag, D., (Kreditwesen)
Kreditwesen in der Bundesrepublik Deutschland - II: Überblick, in: HdWW, 4. Band, Tübingen 1978, S. 624-640

Duwendag, D. u.a., (Geldpolitik)
Geldtheorie und Geldpolitik, Köln 1974

Eckey, H.-F., (Konjunkturpolitik)
Strukturorientierte Konjunkturpolitik, Köln 1978

Egner, E., (Haushalt)
Der Haushalt - Eine Darstellung seiner volkswirtschaftlichen Gestalt, 2., umgearbeitete Aufl., Berlin 1976

Ehrlicher, W., (Systemzusammenhang)
Die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik im volkswirtschaftlichen Systemzusammenhang, in: E.Dürr (Hrsg.), Geld- und Bankpolitik, 2.Aufl., Köln, Berlin 1971, S. 55-76

Ellgering, I., (Entwicklung)
Die Entwicklung des Privatkreditgeschäftes 1974, in: Sparkasse 3/1975, 92.Jg., S. 73-75

Ellgering, I., (Allzweckkreditprogramm)
Das Allzweckkreditprogramm der Sparkassen, Stuttgart 1977

Elsner, K., (Wachstums- und Konjunkturtheorie)
Wachstums- und Konjunkturtheorie, in: W. Ehrlicher u.a. (Hrsg.), Kompendium der Volkswirtschaftslehre Band 1, Göttingen 1972, S. 237-287

Evans, M.K., (Macroeconomic Activity)
Macroeconomic Activity - Theory, Forecasting, Control, New York 1969

Feldbausch, F.K., (Lexikon)
Lexikon des Bankgeschäftes, Wiesbaden o.J.

Friedman, B.M., (Nicht-Kontroverse)
Die theoretische "Nicht-Kontroverse" um den Monetarismus, in: W. Ehrlicher u.a. (Hrsg.), Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 4, Die Monetarismus Kontroverse, Berlin 1978, S. 129-147

Friedman, M., (Optimale Geldmenge)
Die optimale Geldmenge, München 1976

Giesen, W., (Entwicklung)
Die Entwicklung des Teilzahlungskredites seit 20 Jahren, in: TZ-Wirtschaft 3/1973, S. 3-4

Glöggler, A., (Liquiditätstheorie)
Die Liquiditätstheorie des Geldes - Ein empirischer Test für die Bundesrepublik Deutschland, Freiburg i.Br. 1972

Giersch, H., (Konjunktur- und Wachstumspolitik)
Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft, Wiesbaden 1977

Haberler, G., (Consumer Instalment Credit)
Consumer Instalment Credit and Economic Fluctuations, New York 1942

Haberler, G., (Prosperität und Depression)
Prosperität und Depression - Eine theoretische Untersuchung der Konjunkturbewegungen, Tübingen, Zürich 1955

Hamm, W., (Entwicklung)
Der Konsumentenkredit in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: TZ-Wirtschaft 1/1975, S. 4-10

Hagenmüller, K.F., Diepen, G., (Bankbetrieb)
Der Bankbetrieb, 8., neubearb. und erw. Aufl., Wiesbaden 1977

Holzapfel, W., (Preisangaben)
Preisangaben bei Ratenkrediten, in: TZ-Wirtschaft 2/1975, S. 14-15

Hooven, E.v., (Konsumentenkredit)
Der Konsumentenkredit auf dem Weg zum Jahr 2000, in: TZ-Wirtschaft 3/1978, S. 22-26

Hujer, R. u.a., (Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung)
Methoden der empirischen Wirtschaftsforschung, München 1978

Humphrey, D.D., (Instalment Credit)
Instalment Credit and Business Cycles, in: National Bureau of Economic Research (Ed.), Consumer Instalment Credit, Part II, Vol. 1, Washington D.C. 1957, S. 3-55

IFO - Institut für Wirtschaftsforschung, (Spiegel der Wirtschaft)
Spiegel der Wirtschaft 1980/81, Frankfurt 1979

Institut für Handelsforschung, (Mitteilungen)
Mitteilungen des Institutes für Handelsforschung an der Universität zu Köln, 30.Jg., 10. 1978, Tabelle 4, S.131

Jaeger, G., (Sekundäre Finanzierungsinstitute)
Entwicklung der sekundären Finanzierungsinstitute in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bedeutung für die Zentralbankpolitik, Kieler Studien, Tübingen 1968

Jährig, A., Schuck, H., (Handbuch)
Handbuch des Kreditgeschäftes, neubearb. und erw. Aufl., Wiesbaden 1978

Jarchow, H.J., (Multiplikatoreffekte)
Multiplikatoreffekte bei Konsumentenkrediten, in: Weltwirtschaftliches Archiv 1964, S. 369-391

Jarchow, H.J., (Geldtheorie)
Theorie und Politik des Geldes - I. Geldtheorie, Göttingen 1973

Kaminsky, W., (Kundenstruktur)
Die Kundenstruktur der Teilzahlungsbanken, in: TZ-Wirtschaft, 1/1971, S. 8

Katona, G., (Massenkonsum)
Der Massenkonsum, Wien, Düsseldorf 1965

Katona, G., (Consumer Behavior)
Consumer Behavior and Monetary Policy, in: C.A.Andrae u.a. (Hrsg.), Geldtheorie und Geldpolitik, Berlin 1968, S. 117-132

Kartsaklis, G.A.B., (Theoretische Untersuchungen)
Theoretische Untersuchungen zum mikro- und makroökonomischen Kreditangebot, Berlin 1970

Kehl, W., (Universalbank)
Die Universalbank - Diversifikation durch Kredit- und Effektengeschäfte, Wiesbaden 1978

Keller, T., (Problem des Kreditgebers)
Der Konsumentenkredit als Problem des Kreditgebers, in: A. Lisowski (Hrsg.), Probleme des Konsumkredits, Zürich 1945, S. 41-54

Keynes, J.M., (Allgemeine Theorie)
Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1966

Klein, P.A., (Cyclical Timing)
The Cyclical Timing of Consumer Credit - 1920-67, New York 1971

Knorring, E.v. (Makroökonomische Konsumtheorie)
Die makroökonomische Konsumtheorie - Ein Überblick, in: WiSt, 1.Jg., Juli 1972, S. 288-293

Knothe, R., (Bankkunde)
Der neue Bankkunde, Wiesbaden 1967

Koch, W., (Teilzahlungswirtschaft)
Teilzahlungswirtschaft, in: HdSW, 10.Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959, S. 323-331

Köhler, C., (Geldwirtschaft)
Geldwirtschaft, Erster Band: Geldversorgung und Kreditpolitik, 2., veränderte Aufl., Berlin 1977

König, H., (Normaleinkommenshypothese)
Die Normaleinkommenshypothese der Konsumfunktion, in: Wirtschaftsstudien 4/1977, S. 168-173

König, H., (Konsumfunktionen)
Konsumfunktionen, in: HdWW, 4. Bd, Tübingen 1978, S. 513-528

Köppen, J.v. (Bankmarketing)
Bankmarketing von der Theorie zur Praxis, in: J.Süchting (Hrsg.), Der Bankbetrieb zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden 1977, S. 93-101

Kohler, R., (Bundesbankpolitik)
Grenzen der Bundesbankpolitik, Berlin 1979

Krämer, W., (Kreditprogramm)
Das Allzweckkreditprogramm der Sparkassen, in: Sparkasse 2/1976, 93.Jg., S. 386-388

Krömer, B., (Finanzen von Privathaushalten)
Konsolidierung der Finanzen von Privathaushalten, in: Sparkasse 1/1976, 93.Jg., S. 15-20

Krömer, B., (Mehr sparen)
Mehr sparen - aber anders, in: Dt. Spark. Zeitung vom 13.7.1979, 31.Jg., Nr. 53, S. 1

Krömer, B., (Haushalte 1979)
Geldverwendung privater Haushalte 1979, in: Sparkasse 3/1980, 97.Jg., S. 74-75

Krug, E., (Vergangenheit und Gegenwart)
Konsumentenkredit in Vergangenheit und Gegenwart, in: TZ-Wirtschaft 4/1974, S. 13-14

Küppers, B., (Entwicklungen)
Entwicklungen im Konsumentenkredit, in: TZ-Wirtschaft 3/1975, S. 14-16

Küppers, B., (Konsumentenkredit)
Entwicklungen im Konsumentenkredit und seinem Marketing, in: bank und markt 4/1975, S. 8-10

Land, G., (Privatkredite im Jahre 1973)
Privatkredite im Stabilitätssog: Die Entwicklung der Privatkredite im Jahre 1973, in: Sparkasse 5/1974, 91.Jg., S. 145-149

Land, G., (Nachfragebelebung)
Nachfragebelebung im Privatkreditgeschäft, in: Sparkasse 9/1975, 92.Jg., S. 277-279

Land, G., (Konsumkredit)
Konsumkredit in der Bewährung, in: TZ-Wirtschaft 3/1975, S. 8-12

Land, G., (Neue Impulse)
Neue Impulse im Konsumentenkreditgeschäft, in: TZ-Wirtschaft 1/1976, S. 3-6

Landmann, O., (Keynes)
Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: G. Bombach u.a. (Hrsg.), Der Keynesianismus I - Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik, Berlin, Heidelberg, New York 1976, S. 133-210

Leitermann, H., Schulz, W., (Neue Akzente)
Neue Akzente im amerikanischen Konsumentenkredit, in: TZ-Wirtschaft 3/1973, S. 34-35

Löffler, M., (Kreditlaufzeiten)
Ausdehnung der Kreditlaufzeiten für Teilzahlungskredite zum Erwerb von Kraftfahrzeugen? in: TZ-Wirtschaft 1/1974, S. 21

Loos, N., (Marktpolitik)
Die Marktpolitik der Kreditinstitute, Stuttgart 1969

Lorenz, J., (Sozialethische Beleuchtung)
Der Konsumkredit in sozial-ethischer Beleuchtung, in: A. Lisowsky (Hrsg.), Probleme des Konsumkredits, Zürich 1945, S. 83-106

Lutz, F.A., (Konsumentenkredit)
Der Konsumentenkredit, Köln, Berlin 1954

Martens, K., (Kleinkreditgeschäft)
Die Grossbanken bemühen sich um das Kleinkreditgeschäft, in: Industriekurier vom 10.11.1961

Mayer, T., (Permanent Income)
Permanent Income, Wealth and Consumption, Berkeley u.a. 1972

Mayer, T., (Monetarismus)
Die Struktur des Monetarismus, in: W. Ehrlicher u.a. (Hrsg.), Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 4: Die Monetarismus Kontroverse, Berlin 1978, S. 9-55

Meyer, F.W., (Problematik der Konsumfinanzierung)
Zur volkswirtschaftlichen Problematik der Konsumfinanzierung, Frankfurt 1954

Nerb, G., (Konsumentwicklung)
Zur Konsumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: G. Bombach u.a. (Hrsg.), Neuere Entwicklungen in der Theorie des Konsumentenverhaltens, Tübingen 1978, S. 38-85

Nerb, G., (Aspekte der Konsumentwicklung)
Strukturelle und konjunkturelle Aspekte der Konsumentwicklung, in: IFO-Schnelldienst 6/78, S. 12-23

Nerb, G., (Indikatoren)
Indikatoren für den Konsumgüterbereich, in: IFO-Schnelldienst, 35-36/79, S. 37-44

Neubauer, W., (Strategien)
Strategien, Techniken und Wirkungen der Geld- und der Kreditpolitik, Göttingen 1972

Neubauer, W., (Unmöglichkeit)
Über die Unmöglichkeit einer monetaristischen Geldpolitik, in: W. Ehrlicher u.a. (Hrsg.), Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 4: Die Monetarismus Kontroverse, Berlin 1978, S. 149-170

Neumann, M.J.M., (Zwischenziele und Indikatoren)
Zwischenziele und Indikatoren der Geldpolitik, in: Kredit und Kapital, 4/1971, S. 388-420

Nienhaus, K.-H., (Entwicklung)
Entwicklung des Konsumentenkredits, in: Sparkasse 7/1971, 88.Jg, S. 206-210

Nieschlag, R., (Warenkredit)
Der Warenkredit an letzte Verbraucher in Deutschland, Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung, neue Folge Nr. 1, Essen 1951

Nockemann, U. u.a., (Strukturwandel)
Strukturwandel im privaten Verbrauch bis 1990, in: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Mitteilungen, 30.Jg., 1979, S. 205-217

Nöll von der Nahmer, (Teilzahlungskredit)
Wie ist unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten der Teilzahlungskredit zu beurteilen, Schriftenreihe des Wirtschaftsverbandes Teilzahlungsbanken e.V., Heft 4, Wiesbaden, Mainz 1954

Oberhauser, A., (Liquiditätstheorie)
Die Liquiditätstheorie des Geldes als Gegenkonzept zum Monetarismus, in: Kredit und Kapital, 10.Jg., 1977, S. 207-232

Ötterli, M., (Beitrag der Banken)
Der Beitrag der Banken zu Konjunkturpolitik, in: A. Passardi (Hrsg.), Führung von Banken, Bern 1973, S. 121-134

Penzkofer, P., (Marketing und Bankorganisation)
Marketing und Bankorganisation, in: H.Linhardt u.a. (Hrsg.), Dienstleistungen in Theorie und Praxis, Stuttgart 1970, S. 126-150

Pitz, K.H., (Optimale Strukturierung des Banksortiments)
Die Anwendungsmöglichkeit der Portfolioselection-Theorie auf die optimale Strukturierung des Banksortiments, Bochum 1977

Pohl, R., (Konsumentenkredit)
Der Konsumentenkredit, in: Konjunkturpolitik, 1.Jg., 1954/55, S. 482-497

Pohl, R., (Transmissionsmechanismen)
Die Transmissionsmechanismen der Geldpolitik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 190, 1975/76, S. 1-28

Quistorp, A.v., (Geldvermögen der Sparer)
Daten über das Geldvermögen der Sparer, in: Sparkasse, 11/1980, 97.Jg., S. 282-387

Röpke, W., (Borgkauf)
Borgkauf im Lichte sozialethischer Kritik, Köln, Berlin 1954

Richter, A., (Verfahrenstechnik im Verbraucherkredit)
Prozessgesteuerte Verfahrenstechnik im Verbraucherkredit, in: TZ-Wirtschaft 1/1976, S. 8-11

Saxer, L., (Konsumkreditgeschäft)
Das schweizerische Konsumkreditgeschäft - Sozialpolitische Aspekte der bankmässigen Konsumkreditgewährung, Bern, Stuttgart 1978

Schimanski, S., (Theorie)
Theorie des Konsumentenkredites, Tübingen 1958

Schlesinger, H., (Neuere Erfahrungen)
Neuere Erfahrungen der Geldpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kredit und Kapital, 4/1976, Jg., S. 433-451

Schmidt, K.-D., (Strukturwandlungen)
Strukturwandlungen des privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1985, Kieler Diskussionsbeiträge, Mai 1956

Schmölders, G., (Bargeld)
Bargeld und Buchgeld, in: ZfGK, 1961, S. 5, wiederabgedruckt bei Katona (Consumer Behavior) S. 123

Schmölders, G., (Geldpolitik)
Geldpolitik, 2., neubearb. Aufl., Tübingen, Zürich 1968

Schmölders, G., (Liquiditätstheorie)
Von der "Quantitätstheorie" zur "Liquiditätstheorie" des Geldes, in: E.Dürr (Hrsg.), Geld- und Bankpolitik, 2. Aufl., Köln, Berlin, 1971, S. 77-94

Schmölders, G. u.a., (Umgang mit Geld)
Umgang mit Geld, Berlin 1969

Schneider, G., (Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit)
Konsumentenkredite in Zeiten von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, in: TZ-Wirtschaft, 3/1975, S. 20-21

Seidel, H., (Geldschöpfung)
Teilzahlungskredit und Geldschöpfung, Köln, Berlin 1954

Siebke, J., Willms, M., (Theorie)
Theorie der Geldpolitik, Berlin, Heidelberg, New York 1974

Simmert, D.B., (Kritische Anmerkungen)
Kritische Anmerkungen zur "neuen Geldpolitik", in: Sparkasse 8/1975, 92.Jg., S. 22-230

Slevogt, H., (Marketing für das Bankgeschäft)
Marketing für das Bankgeschäft, in: E.Floss u.a. (Hrsg.), Handbuch der Bankwerbung, Frankfurt a.M. 1972, S. 9-45

Statistisches Bundesamt, (Schulden)
Ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte am Jahresende 1973, in: WiSta 6/1975, S. 363-376

Stobbe, A., (Gesamtwirtschaftliche Theorie)
Gesamtwirtschaftliche Theorie, Berlin, Heidelberg, New York 1978

Streissler, E., (Einführung)
Einführung, in: E.u.M. Streissler (Hrsg.), Konsum und Nachfrage, Köln, Berlin 1966, S. 13-147

Streissler, E., (Theorien der Konsumfunktion)
Theorien der Konsumfunktion - Ein kritischer Überblick im Lichte der jüngsten Rezession, in: G. Bombach u.a. (Hrsg.), Neuere Entwicklungen in der Theorie des Konsumentenverhaltens, Tübingen 1978, S. 1-31

Strümpel, B., (Subjektive Liquidität)
Die subjektive Liquidität als Zielvariable der "Neuen Wirtschaftspolitik" - Zum Funktionswandel der modernen Geldpolitik, in: C.A. Andrae u.a. (Hrsg.), Geldtheorie und Geldpolitik, Berlin 1968, S. 95-

Strümpel, B., (Effekte)
Zins-, Erwartungs- und Vermögenseffekte - Zentralbank und Privathaushalte, in: D.Duwendag (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Bundesbank, Frankfurt 1973, S. 119-131

Stützel, W., (Kreditpolitik)
Moderne Kreditpolitik, in: E.Dürr (Hrsg.), Geld- und Bankpolitik, 2. Aufl., Köln, Berlin 1971

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,(JG 1971/72)
Währung, Geldwert, Wettbewerb - Entscheidungen für Morgen - , Jahresgutachten 1971/72, Stuttgart, Mainz 1971

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (JG 1972/73)
Gleicher Rang für den Geldwert, Jahresgutachten 1972/73, Stuttgart, Mainz 1972

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (JG1973/74)
Mut zur Stabilisierung, Jahresgutachten 1973/74, Stuttgart, Mainz 1973

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,(JG 1974/75)
Vollbeschäftigung für Morgen, Jahresgutachten 1974/75, Stuttgart, Mainz 1974

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (JG 1975/76)
Vor dem Aufschwung, Jahresgutachten 1975/76, Stuttgart, Mainz 1975

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (JG 1976/77)
Zeit zum Investieren, Jahresgutachten 1976/77, Stuttagrt, Mainz 1976

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (Jg 1977/78)
Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, Jahresgutachten 1977/78, Stuttgart, Mainz 1977

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,(JG 1978/79)
Wachstum und Währung, Jahresgutachten 1978/79, Stuttgart, Mainz 1978

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (JG 1979/80)
Herausforderung von Aussen, Jahresgutachten 1979/80, Stuttgart, Mainz 1979

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (JG 1980/81)
Unter Anpassungszwang, Jahresgutachten 1980/81, Stuttgart, Mainz 1980

Teichmann, U., (Konjunkturpolitik)
Grundriss der Konjunkturpolitik, München 1976

Tichy, G.J., (Konjunkturschwankungen)
Konjunkturschwankungen, Berlin, Heidelberg, New York 1976

Tietze, W., (Marketing im Kreditgewerbe)
Marketing im Kreditgewerbe, in: Österreichisches Bankarchiv II/1969, S. 81-101

Timmermann, V., (Regulierung)
Regulierung der Teilzahlungskredite - Ein nützliches Instrument der Geldpolitik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 182, S. 254-257

Timmermann, V., (Lieferantenkredit)
Lieferantenkredit und Geldpolitik, Berlin, New York 1971

Tobin, J., (Principles of Debt Management)
An Essay on Principles of Debt Management, in: Fiscal and Debt Management Politics, Commission on Money and Credit, Englewood Cliffs, N.J., S. 141 ff.

Wagner, A., (Wachstumszyklen)
Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1972

Wagner, V.J., (Konsumkredit in volkswirtschaftli[illegible]
Der privatwirtschaftliche Konsumkredit in volkswirtschaftlicher Sicht, in: A. Lisowsky (Hrsg.), Probleme des Konsumentenkredits, Zürich 1945, S. 107-128

Weibel, P., (Zur Anwendbarkeit von Punktbewertungssystemen)
Zur Anwendbarkeit von Punktbewertungssystemen in Konsumkreditinstituten, in: TZ-Wirtschaft 1/1972, S. 11-14, 2/1972, S. 19-23

Weissensee, G.J., (Kreditkarte)
Die Kreditkarte - Ein amerikanisches Phänomen, Bern 1970

Westphal, U., (Konsumgüternachfrage)
Zur Interdependenz von Konsumgüternachfrage und Vermögensanlage, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1974, S. 148-172

Wilhelm, J., (Effektiver Jahreszins)
Der effektive Jahreszins - Begriff, Bedeutung und Rechentechnik, in: TZ-Wirtschaft 1/1976, S. 12-15

Willms, M., (Zinstheoretische Grundlagen)
Zinstheoretische Grundlagen der Geldpolitik, Berlin 1971

Wittgen, R., (Kreditverkehr)
Moderner Kreditverkehr, München 1970

Woll, A., (Volkswirtschaftslehre)
Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 5.Aufl., München 1976

Lebenslauf

Ich wurde am 10. Mai 1951 in Stuttgart als Sohn des Architekten Martin Werwigk und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Vatter, geboren.

Von 1958 bis 1962 besuchte ich die Grundschule in Stuttgart-Untertürkheim und von 1962 bis 1972 das Wirtemberg-Gymnasium am selben Ort. Die Reifeprüfung bestand ich am 18.6.1971.

Vom Wintersemester 1971/1972 bis zum Sommersemester 1972 studierte ich Agrarökonomie an der Universität Hohenheim. Danach wechselte ich das Studienfach und wendete mich der Volkswirtschaftslehre zu. Ab Wintersemester 1972/1973 bis Wintersemester 1973/1974 war ich an der Universität in Kiel eingeschrieben. Im Sommersemester 1974 kam ich nach Tübingen, wo ich im Frühjahr 1977 die Diplomprüfung für Volkswirte ablegte.

Seit dem 1. August 1977 bin ich am Lehrstuhl von Herrn Professor Dr. Erich Arndt tätig. Zunächst als geprüfte wissenschaftlicheHilfskraft und seit Juli 1978 als wissenschaftlicher Angestellter.

Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren Dr. Erich Arndt, Dr. D. Cansier, Dr. H. Giersch, Dr. N. Kloten, Dr. H. Langen, Dr. S. Menrad, Dr. A.E. Ott, Dr. E. Scheele, Dr. M. Schweitzer, Dr. W. Wetzel und Dr. M. Willms.

Ich bin verheiratet und habe zwei Söhne.

D. GRÄBNER
DISSERTATIONS U. OFFSETDRUCKEREI

Gotenstraße 3
8602 Altendorf bei Bamberg
Telefon: 09545 /8791